



SACHSEN-ANHALT

Landesverwaltungsamt



Jahresrückblick 2009
Projekte, Daten und Fakten

Projekte 2009

Google-Street-View und Harry Potter	2
Westumfahrung Halle – Genehmigung der A 143 ein erneuter Hindernislauf?	4
Wenn alle Brunnlein fließen	6
Wie der „Lange Heinrich“ fiel	8
Unterwegs in Sachen Drogenaufklärung	10
Dienstleistung für Dienstleister	12
Schutz für Neuntöter und Rotbauchunke	14
MET- Mitteleuropäische Transversale	17
„Chemie die stimmt“ in Sachsen-Anhalt	20
Herzlich willkommen	22
Auch Anka muss zur Prüfung	24
Wellness inclusive	26
Auto versus Schwarzkittel	28
Konjunktur auch für heimisches Gewerbe	30
Deponie Schlangengrube Klieken	32
Gleiche Qualitätsstandards für Arzneimittel von der Ostsee bis zu den Alpen	33

Daten und Fakten 2009 36

Abteilung 1 - Zentraler Service	37
Abteilung 2 - Bau und Ordnung	50
Abteilung 3 - Kommunales und Wirtschaft	81
Abteilung 4 - Landwirtschaft und Umwelt	112
Abteilung 5 - Schule	145
Abteilung 6 - Familie, Gesundheit, Jugend und Versorgung	166
Impressum	190

Ob Google-Street-View im Wohngebiet, Personalakten im Müll oder Einsatz von Nachtsichtgeräten im Kino - es gibt nichts, was es nicht gibt! Das Gebiet, für das das Datenschutzteam des Landesverwaltungsamtes - der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich - zuständig ist, wird immer facettenreicher. Das zeigen die Probleme, mit denen sich Michael Wersdörfer als Referatsleiter und seine Mitarbeiterinnen im Jahr 2009 zu befassen hatten. Doch nicht nur qualitativ sondern auch quantitativ haben sich die von Betroffenen angezeigten Datenschutzverletzungen verändert. So war hier im Jahr 2008 ein Anstieg um 67% zu verzeichnen, 2009 waren es weitere 33 %.

Google-Street-View und Harry Potter

Datenschutzverletzungen in Sachsen-Anhalt
weiterhin auf hohem Niveau

„Gerade durch die großen Datenskandale der letzten Monate hat sich das Bewusstsein für die Relevanz des Datenschutzes im Alltag bei den Bürgerinnen und Bürgern stark verändert. Das ist gut und richtig, denn der Bürger ist mündig und muss sich nicht alles gefallen lassen. Deshalb wendet er sich immer öfter an uns.“, so Michael Wersdörfer. Die Anzahl der Beschwerdeverfahren bewegte sich 2009 auf dem gleichen hohen Niveau wie im Vorjahr. Hinzu kamen viele telefonische Nachfragen, bei denen der Anrufer sich über seine Rechte informieren wollte.

In zwei Fällen war Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr bundesweiter Vorreiter. So befährt Google seit dem Jahre 2008 die Straßen der Städte und Gemeinden in Deutschland mit Fahrzeugen, auf denen sich Kameras befinden, um Straßenpanoramen für den Internetdienst Google-Street-View aufzunehmen. Es wird von dem Unternehmen beabsichtigt, die Bilder für jeden sichtbar ins Internet einzustellen. Die Ängste und Bedenken, die sich teilweise in der Öffentlichkeit artikulieren, sind nicht unbegründet. So können Personen in einer kompromittierenden Situation aufgenommen oder Hauseigentümer, die das Erscheinungsbild ihres Grundstücks nicht öffentlich zur Schau stellen wollen, plötzlich einer weltweiten Öffentlichkeit preisgegeben werden. Damit die Bürger und Bürgerinnen ihre persönlichen Rechte wahren können, hat das Landesverwaltungsamt als erste Datenaufsichtsbehörde ein Online-Formular entwickelt, mit dem sich die Nutzung der Daten verhindern lässt. Kaum wurde es im Juni 2009 ins Netz gestellt (www.landesverwaltungsamt.sachsen-anhalt.de), gab es Zugriffe auf das Formular und Anfragen von Buxtehude bis Garmisch-Partenkirchen.



Ja selbst im Kino tut sich was: nicht nur die Zuschauer beobachten die Leinwand, nein, auch die Zuschauer werden beobachtet. Und da es dunkel ist, mittels Nachtsichtgeräten! So geschehen in einem Magdeburger Kino. Mit diesem Novum konfrontiert, hat das Landesverwaltungsamt als erste Aufsichtsbehörde bundesweit Stellung bezogen und eine von anderen Behörden mittlerweile übernommene Festlegung getroffen. Nachtsichtgeräte müssen im Einzelfall akzeptiert werden, wenn die Kinobesucher vor dem Kartenkauf auf die Überwachung gut sichtbar hingewiesen wurden. Hintergrund der Nachtsichtgeräteaktion waren illegale Kopien des neuesten „Harry-Potter-Films“, die im Internet aufgetaucht waren und die nachweislich in einem Magdeburger Kino aufgenommen wurden.

Dass im Bereich Datenschutz dringender Handlungsbedarf besteht, hat auch der Gesetzgeber erkannt und zum 01.09.2009 eine erste Gesetzesänderung erlassen. Die Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) - BDSG-Novelle II - sind ein Ergebnis, um den „Datenmissbrauchsskandalen“, die häufig den illegalen Datenhandel oder unzulässige Mitarbeiterkontrollen betrafen, besser entgegenzutreten zu können.

Mit der vorgenannten Novelle wurden u. a. die Regelungen zum Adresshandel und zur Nutzung von Daten für Werbezwecke geändert.

Die Zulässigkeit der Nutzung sog. Listendaten, d.h. Berufs-, Branchen- oder Geschäftsbezeichnung, Name, Titel, akademischer Grad, Anschrift und Geburtsjahr, Gruppenmerkmal bleibt zwar erhalten, allerdings gilt dies nur für bestimmte Bereiche. Dazu zählen die Werbung für eigene Zwecke, die Werbung im Hinblick auf die berufliche Tätigkeit des Betroffenen und die Werbung für Spenden.



Für Werbezwecke dürfen personenbezogene Daten grundsätzlich nur noch mit wirksamer schriftlicher oder elektronischer Einwilligung genutzt werden. Listendaten können zwar weiterhin für Werbezwecke an Dritte weitergegeben werden, jedoch muss nunmehr die Stelle, die die Daten **erstmalig** erhoben hat, aus der nachfolgenden Werbung eindeutig hervorgehen.

Damit verbessert die BDSG-Novelle II die Möglichkeiten der Datenschutzkontrolle. Ab sofort können Verbraucher und Datenschützer die Herkunft und ggf. die Spur der Daten besser nachvollziehen. Auch die Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz werden mittels ergänzter Anordnungs- und Ahndungsrechte erweitert. Die Arbeit wird also auch in den nächsten Jahren nicht ausfallen.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Justitiariat
Referatsleiter Herr Wersdörfer

Im Autobahnring rund um Halle (Saale) klappt seit Jahren eine erhebliche Lücke. Dort, wo im Westen die A 143 die Verbindung zwischen A 38 und A 14 herstellen soll, fehlt noch ein Stück. Dazu läuft gegenwärtig im Referat Planfeststellungsverfahren – das Planergänzungs- und –änderungsverfahren für die nördliche Fortführung der Autobahn A 143 bis zur Autobahn A 14.

Technisch gesehen sind die Parameter klar. Den Beteiligten, der Straßenbauverwaltung des Lan-

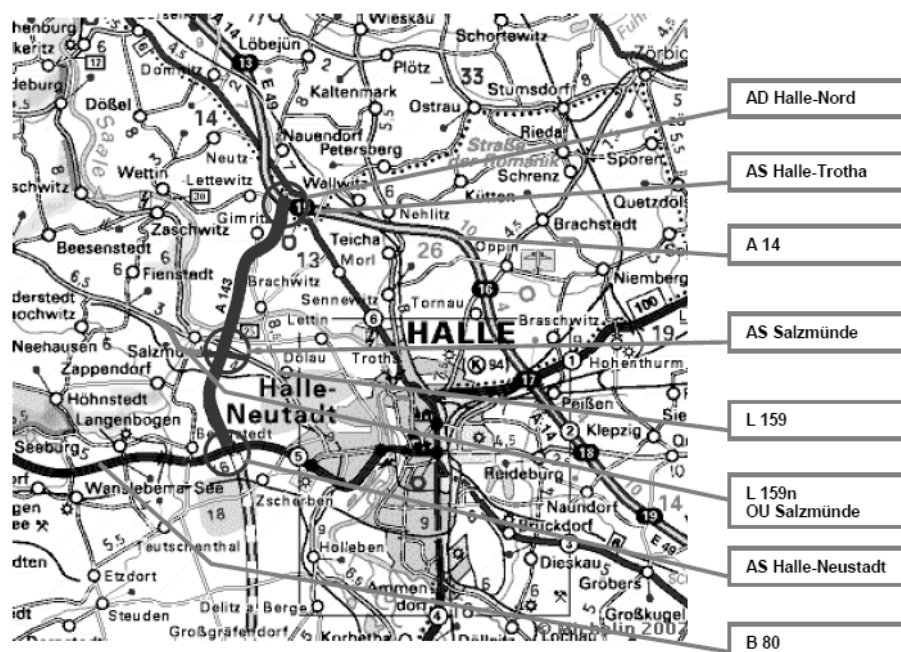
des Sachsen-Anhalt, die sich des Projektmanagementunternehmens DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) bedient, der Öffentlichkeit, den Naturschutzvereinen sowie dem Landesverwaltungsamt als Planfeststellungsbehörde sind diese wohl vertraut, denn ein ursprüngliches Verfahren fand vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine zumindest vorübergehende Unterbrechung.

Das Vorhaben ist eine Maßnahme, die unter der Bezeichnung „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 13“ in den Bedarfsplänen des Bundes für den Straßenbau 1992 und 2003 geführt wird.

Sie verbindet als neue Straßenbaumaßnahme die beiden Bundesautobahnen A 38 im Süden und die A 14 im Norden und dient der Schließung des Autobahnringes um Halle. Der Beginn der ca. 12,8 km langen Baustrecke schließt an das Bauende des bereits 2001 planfestgestellten Südabschnittes an und wird durch eine neue Führung der Landesstraße L 159 bei Salzmünde ergänzt. Der nördliche Abschnitt der Westumfahrung beginnt an der Anschlussstelle Halle-Neustadt (Bundesstraße B 80) östlich der Ortslage Bennstedt und endet an der Autobahn A 14 (Magdeburg – Halle) am Autobahndreieck Halle-Nord, nördlich der Anschlussstelle Halle-Trotha. Im überregionalen Straßennetz wird im Zuge der beabsichtigten Anschlussstelle Salzmünde die landesseitig geplante Ortsumfahrung der Landes-

Westumfahrung Halle – Genehmigung der A 143 ein erneuter Hindernislauf ?

Schutz für Knabenkraut und Fledermaus



Zum Hindernislauf wurde dieses Verfahren deshalb, weil das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil vom 17. Januar 2007 die vorläufige Unterbrechung der Bauausführung anordnete, um das mittlerweile stärker in das deutsche Fachplanungsrecht hineingreifende Gemeinschaftsrecht der Europäischen Gemeinschaft berücksichtigt zu sehen.

Als mit Mängeln behaftet wurde vor allem die Handhabung des Habitatschutzes angesehen, da ein FFH-Gebiet geschnitten und ein weiteres betroffen wird. Außerdem wurde eine stärkere Beachtung des Artenschutzes, vor allem bei Fledermäusen und Lebensraumtypen der Orchideen gefordert.

Nach diesem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wurde teilweise in der juristischen Fachliteratur (so Professor Dr. Bernhard Stür) von einem Hindernisritt durch den gemeinschaftsrechtlichen Hindernisparcours des Habitatschutzes und des Artenschutzes gesprochen, der mit ungeahntem Schlussstück am dreifachen Oxer für die Vorhabenträger und Planfeststellungsbehörden enden könnte.



Ein solcher juristischer Hindernisritt wird von der Planfeststellungsbehörde des Landesverwaltungsamtes nun nicht mehr erwartet. Vielmehr ist man auf einen juristischen Hindernislauf eingestellt, der, so steht zu vermuten, erneut zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig führen wird. Der Kläger, ein im Land Sachsen-Anhalt anerkannter Naturschutzverein, befürchtet nach wie vor Nachteile für Natur und Umwelt durch den Bau des Lückenschlusses. Zu erwarten

seien, so seine Befürchtungen, erhebliche Verletzungen der Schutz- und Erhaltungsziele der FFH-Gebiete und gravierende Beeinträchtigungen von europäisch geschützten Pflanzen (Knabenkraut) und Tieren (vor allem Fledermäuse).

Aufgrund der vorgesehenen Kompensations- und Vermeidungsmaßnahmen des Vorhabenträgers im Habitatschutzbereich bestehen nach dessen Vorstellung gute Voraussetzungen, die Maßnahme dennoch realisieren zu können. Im derzeit laufenden Verfahren wird allerdings auch die Europäische Kommission aus Habitatschutzgründen wahrscheinlich ein Wörtchen mitreden wollen.

Wie schon gesagt, die Prämissen bei dem neuen Hindernislauf sind bekannt, Hürden werden zu überwinden sein. Aber die Beteiligten sind auf bevorstehende Hürden eingestellt.



Da der Mensch zwar mehrere Wochen ohne Nahrung, aber nur wenige Tage ohne Wasser überleben kann, kommt der Grundversorgung mit lebensnotwendigem Trinkwasser eine herausragende Bedeutung zu.

Trinkwasser kommt aus dem Wasserhahn – das ist für die allermeisten Menschen selbst in den entlegendsten Orten Sachsens-Anhalts eine Selbstverständlichkeit. Bei

Havarien kommt der Wasserwagen oder man überbrückt die wasserlosen Stunden mit Wasserflaschen aus dem Supermarkt. Was aber passiert im übergreifenden Katastrophen-, Krisen- oder gar Kriegsfall, wenn alle „normalen“ Versorgungswege unterbrochen sind. Auch wenn sich das heute keiner vorstellen oder ausmalen mag – der Staat muss auch für solche Situationen vorsorgen. Bei der Trinkwasserversorgung sind dabei generell zwischen der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der Trinkwasser-Notversorgung zu unterscheiden.

Während die Trinkwasserversorgung in Friedenszeiten ausschließlich eine Aufgabe der öffentlichen Wasserversorger (Gemeinden oder Zweckverbände) nach dem Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt ist, gilt für die Trinkwasser-Notversorgung der Bevölkerung im Verteidigungsfall das Wassersicherstellungsgesetz (WasSG) des Bundes.

Das fordert, die anlagentechnischen Voraussetzungen, wie den Bau und die Sanierung von Trinkwasser-Notbrunnen, zu schaffen, unabhängig vom Eintritt von Krisen oder Kriegen. Natürlich stehen diese Anlagen auch, z. B. im Katastrophenfall, für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung (und das unabhängig davon, dass im Zivilschutzfall der Bund für Trinkwasserversorgung zuständig wäre und im Katastrophenfall das Land).



Brunnen Nr. 16 in der Hegelstraße

Wenn alle Brunnlein fließen

Trinkwasser-Notbrunnen in Sachsen-Anhalt für den Katastrophen- und Krisenfall

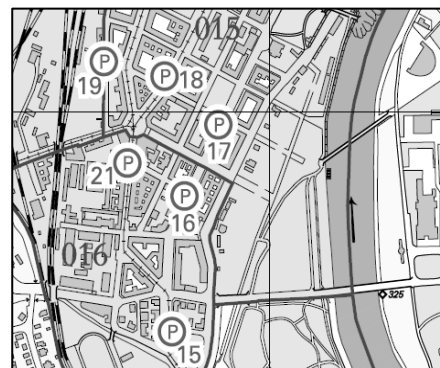


Trinkwasser-Notbrunnen Nr. 69
in Magdeburg, Jacobstraße,
Herr Müller vom Tiefbauamt
Magdeburg testet die Pumpe

Die Vorgaben des Wassersicherstellungsgesetzes und der dazugehörigen Rechtsverordnungen werden im Auftrag des Bundes von den Ländern und den Kommunen sowie weiteren von den zu Maßnahmen der Vorsorge Verpflichteten ausgeführt. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) beaufsichtigt die Umsetzung des Wassersicherstellungsgesetzes und ist u. a. für die Mittelzuweisung und zentrale Beschaffung zuständig.

Das Landesverwaltungsamt überwacht und prüft die Gesamtplanung (Planungsauftrag), prüft die Anträge zur Durchführung von Maßnahmen (Voruntersuchungen, Neubau und Sanierung von Brunnen), und erlässt Verpflichtungsbescheide zur Umsetzung und Kontrolle der durchgeführten Vorsorge-maßnahmen.

Die Planung der Anlagen zur Trinkwasser-Notversorgung selbst erfolgt durch die Landkreise und kreisfreien Städte. Dabei sollen Vorsorgemaßnahmen - wie Trinkwassernotbrunnen – vorrangig in Ballungsgebieten, wie z.B. in Magdeburg und Halle (Saale) installiert werden.



Notwasserplanung der Landeshauptstadt Magdeburg (Versorgungsbereichsgrenze rot)

Während in der Stadt Halle mit Unterstützung des BBK im Jahr 2010 die ersten Trinkwasser-Notbrunnen eingerichtet werden sollen, verfügt die Landeshauptstadt Magdeburg bereits über 83 funktionstüchtige handbetriebene Einzelbrunnen. Diese Notbrunnen zeichnen sich durch ihre stromnetzunabhängige Fördertechnik aus, sprich – sie werden wie in den „guten alten Zeiten“ per Hand betrieben. Außerdem fügen sie sich mit ihrem, historischen Vorbildern nachempfundenen, Äußeren, harmonisch in das Stadtbild ein.

Im Jahr 2009 wurden in Magdeburg vier neue Trinkwasser-Notbrunnen errichtet und sieben Trinkwasser-Notbrunnen saniert. Für diese Maßnahmen hat der Bund Haushaltsmittel in Höhe von rd. 110.000 Euro bereitgestellt. Für 2010 liegen Anträge zur Durchführung von Maßnahmen in gleichem Umfang vor.

Im Land Sachsen-Anhalt gibt es bisher insgesamt 199 neue bzw. sanierte Trinkwasser-Notbrunnen, die den Vorgaben des WasSG entsprechen.



Transport einer Handständerpumpe vom Typ Till Eulenspiegel für Brunnen Nr. 8, Olvenstädter Straße - Ecke G. Hauptmannstraße am 24.09.2009



Die Pumpe schwebt ein.



Die Arbeiten sind abgeschlossen.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Wasser
Referatsleiter Herr Wenzel

Es war keine leichte Entscheidung, die das Landesverwaltungsamt als obere Denkmalschutzbehörde im Juli 2009 zu treffen hatte: nach langer und sorgfältiger Prüfung und den gesetzlichen Vorgaben folgend, genehmigte es der Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH (MDSE), den „Lange Heinrich“ in der Landeshauptstadt Magdeburg abzureißen.

Der 108,1 m hohe „Lange Heinrich“, wie ihn der Volksmund schon bald nach seiner Errichtung im Jahr 1921/22 nannte, war der höchste von ehemals zahlreichen Industrieschornsteinen auf dem Gelände der Krupp-Grusonwerke, der sogar noch den Nordturm des Doms um 4 m überragte. Er war Bestandteil der „Licht- und Kraftwerke“ auf dem Gelände und diente zur Abführung der Rauchgase der vielen Kessel des Kesselhauses. Über ei-

nen Zeitraum von etwa 80

Jahren hatte dieser

Schornstein in seinem

Urzustand seine Stand-

festigkeit und über 70

Jahre lang seine Betriebstüchtigkeit

bewiesen. Gebaut wurde er von der seinerzeit bekannten Spezial-Baufirma des feuerungstechnischen Gewerbes, Rudolf Hanack, Magdeburg.

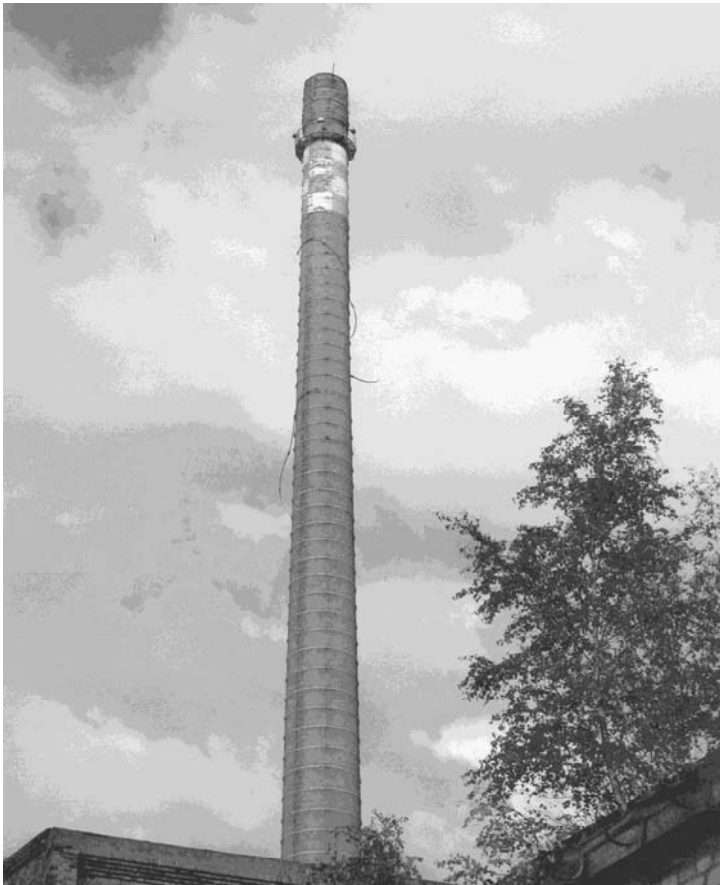
Wie der „Lange Heinrich“ fiel

Landesverwaltungsamt genehmigte den Abriss

„Es ist wahr, dass damit ein bedeutendes Industriedenkmal aus der Magdeburger Innenstadt verloren geht. Wir haben über viele Jahre um den Erhalt des Schornsteins gekämpft, nach Lösungen und sanierungswilligen Investoren gesucht, aber den Verfall nicht aufhalten können“, erklärte der Präsident des Landesverwaltungsamtes, Thomas Leimbach damals auf der eigens einberufenen Pressekonferenz. „Obwohl gerade in Magdeburg viele Denkmale sehr gelungen erhalten und saniert wurden, bleiben für dieses technische Denkmal nicht genügend Fördermittel der Stadt oder des Landes, um dem Eigentümer eine wirtschaftlich vertretbare Erhaltung zu ermöglichen.“

Bereits 1995 war bei der oberen Denkmalschutzbehörde ein Antrag auf Abriss des Denkmals eingereicht worden, der - ebenso wie ein weiterer Antrag im Jahr 2000 - abgelehnt wurde, da zu diesem Zeitpunkt die Abrisskosten höher gewesen wären als die Erhaltungskosten, so dass die Erhaltung dieses für die Stadt Magdeburg und ihre Industriegeschichte emotional so bedeutsamen Denkmals für die damaligen Eigentümer zumutbar war.

Aus den jüngsten Gutachten, die für die Beurteilung und Entscheidung über den Abrissantrag herangezogen wurden, ging hervor, dass sich dann aber der bauliche Zustand des Schornsteins, besonders im oberen Drittel, erheblich verschlechtert hatte. Dies war zum einen den ausgebliebenen Teilerneuerungen und Generalüberholungen geschuldet, besonders aber der Stilllegung des Schornsteins im Jahr 1993.



Die Schäden waren schließlich so groß, dass eine Begehung des Schornsteins aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich war. Deshalb konnte seit dem Jahr 2007 auch die vorgeschriebene Flughindernisbefeuerungsanlage (blinkende Lichter, die Flugzeuge oder Hubschrauber z. B. der benachbarten Medizinischen Akademie auf das Vorhandensein eines hohen Bauwerks als „Hindernis“ hinweisen) nicht mehr gewartet werden, die noch im Jahr 2006 komplett erneuert worden war. Wäre die Hindernisbefeuerung damals ausgefallen, hätte der Schornstein bis auf eine Höhe von ca. 50 m zurückgebaut werden müssen, womit seine Denkmaleigenschaft verloren gegangen wäre.

Die Prüfungen des zuständigen Referates im vergangenen Jahr ergaben, dass eine Sanierung des Schornsteins der Eigentümerin nicht mehr zugemutet werden könne, da der Schornstein nicht mehr genutzt wurde und daher nicht die Erträge für eine Sanierung erwirtschaften konnte. In solchen Fällen sieht das Denkmalschutzgesetz des Landes eine Genehmigung des Denkmalabrisses vor.

„Denkmale und die damit verbundenen Verpflichtungen werden leider oft als Belastung empfunden. Ein Baudenkmal zu besitzen und zu erhalten heißt, Verantwortung zu übernehmen und ist natürlich auch eine finanzielle Bürde. Das Landesverwaltungsamt als obere Denkmalschutzbehörde versucht, mit fachkundiger Beratung und Fördermittelvergaben den Erhalt von Denkmälern nach Kräften zu unterstützen, denn jedes abgerissene Denkmal bedeutet den Verlust eines Teils der Kulturgeschichte Sachsens-Anhalts.“, so Präsident Leimbach abschließend auf der Pressekonferenz.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe
Referatsleiterin Frau Stüwe

Wenn die Schülerinnen und Schüler der Klassen 11 und 12 der Fachoberschule Gesundheit und Soziales des Berufsschulzentrums „August von Parseval“ in eine Förderschule, Sekundarschule oder ein Gymnasium gerufen werden, dann kommen sie mit viel Gepäck und einem klaren Ziel – den Kids klarzumachen, dass Drogen, illegale wie legale, ihr Leben zerstören können.

Unterwegs in Sachen Drogenaufklärung—Schüler schulen Schüler im „Antidrogenparcours“

Um diese Botschaft zu verdeutlichen, wurde vor rund 10 Jahren ein so genannter „Antidrogenparcours“ entwickelt, welcher aus verschiedenen Stationen besteht, die die Kinder absolvieren müssen. An jeder Station wird das Thema Drogen bzw. Drogensucht bearbeitet, und das auf ganz unterschiedliche Weise. So testen die Schüler an Station eins beispielsweise ihr Wissen über die Folgen der Sucht in Form eines Kreuzworträtsels. An Station zwei soll bei einer Gesprächsrunde anhand von verschiedenen Gegenständen, die Süchte berühren, über eventuelle Erfahrungen mit Süchten, Sorgen, Ängsten gesprochen werden. Bei Station drei werden anhand einer Pro und Contra Diskussion verschiedene aktuell in der Gesellschaft auftretende Problemfelder aufgegriffen. Zudem gibt es weitere Stationen mit Rollen-, Mal- und Würfelspielen.





Die Schüler der Fachoberschule führen mit den Kindern und Jugendlichen die einzelnen Stationen des Parcours durch. Dabei steht im Vordergrund, mit den Schülern ins Gespräch zu kommen, um sich mit dem Thema „Sucht“ auseinander zu setzen und dieses zu reflektieren.

Es ist nicht vordergründig das Ziel, eine Drogenaufklärung über Information zu machen, sondern aktiv Ängste abzubauen, konkrete Situationen zum NEIN – Sagen im Rollenspiel zu üben.

Dabei erfuh auch die Thematik seit den Anfangsjahren eine Wandelung. Heute wird der Schwerpunkt auf Rauchen und Alkoholkonsum („Koma-Saufen“) gelegt, um den aktuellen Problemen der Gesellschaft zu begegnen. Daher findet auch immer eine Anpassung des Parcours statt. Ein Ziel in Zukunft wird sein, sich mit dem Thema „Essstörungen“ zu beschäftigen und den Parcours fachlich-thematisch damit zu besetzen. Auch die Verbindung „Dünn sein und Rauchen“ stellt dabei ein Thema dar. So bieten die Stationen, Spiele etc. neue Herausforderungen für die Schüler, dies auch methodisch und fachlich umsetzen.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Berufsbildende Schulen
Referatsleiter Herr Schich

Das Landesverwaltungsamt setzte ab Dezember 2009 als „Einheitlicher Ansprechpartner“ die EU-Dienstleistungsrichtlinie für das Land Sachsen-Anhalt um.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein zentrales Instrument zur Durchsetzung des EU-Binnenmarktes. Sie gibt den Anstoß zu Verwaltungsvereinfachung und elektronischer Kommunikation und trägt so zum wirtschaftlichen Zusammenwachsen Europas bei. Ziel ist die Schaffung eines wirklichen Binnenmarktes für Dienstleistungen bis zum Jahr 2010.

Eine wesentliche Vorgabe der EU zur Verwaltungsvereinfachung ist die Schaffung sog. „Einheitlicher Ansprechpartner“ als zentrale Anlaufstellen für Dienstleistungs-

Dienstleistung für Dienstleister

unternehmen. Ein One-Stop-Shop für Unternehmen, der ihnen hilft, die Komplexität nationaler/ regionaler Zuständigkeiten zu bewältigen.

Mit der im September 2008 getroffenen Entscheidung der Landesregierung, die Aufgabe des „Einheitlichen Ansprechpartners“ auf das LVwA zu übertragen, fiel der Startschuss für die konkrete Umsetzung dieser Vorgabe in Sachsen-Anhalt.

Ab dem 28.12.2009 haben Dienstleister und Unternehmen aus allen EU/EWR-Staaten und dem Inland die Möglichkeit, Behördengänge in Sachsen-Anhalt abzuwickeln, ohne selbst von Behörde zu Behörde gehen und dabei viel Zeit investieren zu müssen. Dafür steht ihnen das LVwA als „Einheitlicher Ansprechpartner“ (EA) zur Verfügung.



Die Inanspruchnahme des EA ist eine Option und keine Pflicht. Selbstverständlich können sich Dienstleister auch künftig – wie bisher – selbst an die zuständigen Behörden wenden.

Entscheiden sie sich jedoch, den EA zu nutzen, ist er für sie Verfahrensbegleiter und Lotse. Er informiert, nimmt Anträge und Unterlagen entgegen, leitet sie an die zuständigen Stellen weiter, überwacht Fristen und wickelt die gesamte Verfahrenskorrespondenz zwischen Unternehmen und zuständigen Behörden ab.

Das LVwA als EA bietet Unternehmen damit einen Service, der dienstleistungsrelevante Genehmigungsverfahren einfacher und zeitaufwendige Behördengänge Vergangenheit werden lässt.

Der Aufbau einer solchen Serviceeinrichtung war eine wesentliche Aufgabe des vergangenen Jahres. Neben der Schaffung umfangreicher technischer und organisatorischer Voraussetzungen war der „EA“ personell zu besetzen. So wurde zum 01.11.2009 beim Abteilungsleiter 3 – Kommunales und Wirtschaft - die Koordinierungsstelle EG-DLR eingerichtet.



Der Leiterin der Koordinierungsstelle, Frau Dr. Bien, stehen mit einer IT-Sachbearbeiterin und zwei Fallmanagern kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Seite, die dafür Sorge tragen, dass Dienstleistungsunternehmen die gewünschte Unterstützung erhalten, von Information und Beratung bis hin zur störungsfreien elektronischen Abwicklung aller Formalitäten und Verfahren, die die Aufnahme und Ausübung ihrer Tätigkeit betreffen.

Die Landesregierung verknüpft mit dem EA vor allem die Erwartung, dass in- und ausländische Dienstleister möglichst günstige Bedingungen für eine Betätigung im Land Sachsen-Anhalt vorfinden. Die Mitarbeiter/innen der Koordinierungsstelle sind sich der großen Verantwortung bewusst, die damit verbunden ist. Die Qualität ihrer „Dienstleistung für Dienstleister“ wird ein wichtiger Standortfaktor für Sachsen-Anhalt sein.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Koordinierungsstelle „Einheitlicher Ansprechpartner“
Leiterin Frau Dr. Bien

Erstes Vogelschutzgebiet Sachsen-Anhalts mit integrierten FFH-Gebieten als Naturschutzgebiet ausgewiesen

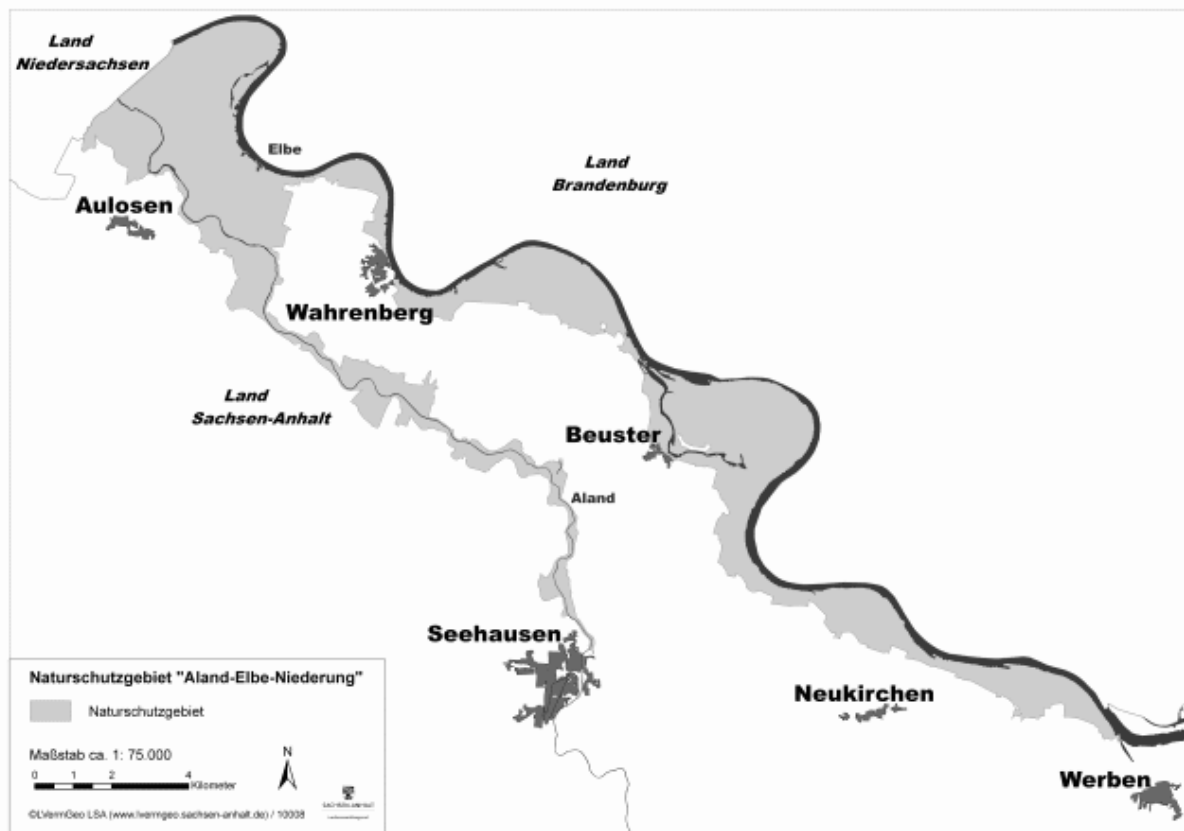
Am 16. Juni 2009 wurde im Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Nr. 7 die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Aland-Elbe-Niederung“ veröffentlicht und trat einen Tag später in Kraft.

Die Ausweisung des Gebietes mit seiner Größe von 6.009 Hektar, meist land- oder forstwirtschaftlich ge-

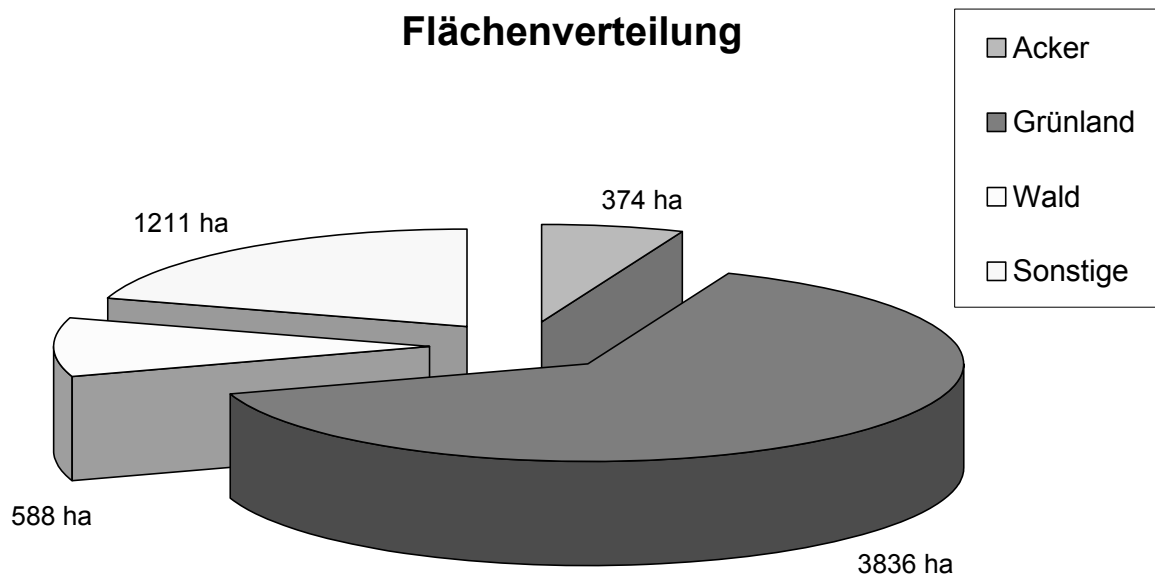
Schutz für Neuntöter und Rotbauchunke

nutzter Flächen, stellte bisher ungewohnte Anforderungen an die Obere Naturschutzbehörde. Der erfolgreiche Abschluss des Verfahrens macht nun den Weg frei für die weitere Umsetzung der nationalrechtlichen Sicherung der Natura 2000-Gebiete, deren Ausweisung in nächster Zeit ansteht.

Das NSG „Aland-Elbe-Niederung“ liegt im Norden Sachsen-Anhalts, nördlich Seehausen/Altmark entlang des westlichen Elbufers. Die naturschutzfachliche Bedeutung der naturnahen Überflutungsaue der Elbe und des Alands wurde bereits früh erkannt. So wurden schon 1967 ungefähr 192 Hektar hauptsächlich Auwaldflächen in der „Hohen Garbe“ als NSG ausgewiesen.



Übersichtskarte des NSG



Nutzungsartenverteilung

Durch die grenznahe Lage und damit einhergehende Störungsarmut, entwickelte sich im Hinblick auf die Arten- und Lebensraumausstattung naturschutzfachlich besonders wertvolles Gebiet. Um dieses auch nach dessen allgemeiner Zugänglichkeit im Zuge der Grenzöffnung in seiner Ursprünglichkeit zu erhalten, wurden schon vor der deutschen Wiedervereinigung, am 28. September 1990, zwei NSG und ein Landschaftsschutzgebiet in der Region ausgewiesen. In den beiden NSG „Garbe-Aland-Niederung“ und „Elbaue Beuster-Wahrenberg“ waren bereits 68 % der heutigen NSG-Fläche enthalten.

1992 wurde das Gebiet, nahezu in den Grenzen des heutigen NSG, gemäß der Europäischen Vogelschutzrichtlinie als Europäisches Vogelschutzgebiet gemeldet, während 1993 im Flächenverbund mit der Elbaue Jerichow die Anerkennung als Feuchtgebiet internationaler Bedeutung (FIB) nach der Ramsar-Konvention folgte. Im Oktober 2000 wurden zwei FFH-Gebiete, die nunmehr Bestandteil des NSG sind, an die EU-Kommission gemeldet. Seit 2006 ist das Gebiet Bestandteil des Biosphärenreservats „Mittelelbe“.

Das NSG „Aland-Elbe-Niederung“ ist stark grünlanddominiert. Durch seine pflanzliche Artenvielfalt bietet es auch einer vielfältigen Insekten- und Kleinsäugerfauna Lebensraum, die wiederum Brut- und Rastvogelarten als Nahrungsgrundlage dient. Unter anderem nutzen Neuntöter, Sperbergrasmücke, Großer Brachvogel und Kiebitz die Wiesen als Nahrungs- und Bruthabitat und auch Rot- und Schwarzmilan, Rohrweihe und Weiß- und Schwarzstorch jagen dort.

Die zahlreichen Gewässer beherbergen viele seltene Fischarten (z. B. Bitterling, Flussneunauge, Rapfen); bieten Amphibienarten, hier seien besonders Kammmolch und Rotbauchunke genannt, und Insektenarten, wie die Libellen Asiatische Keiljungfer und Grüne Mosaikjungfer Lebensraum.



Rotbauchunke

Das Verfahren wurde am 31.03.2008 mit dem Versand der Verfahrensunterlagen an die Verwaltungsgemeinschaft Seehausen/Altmark (mit Bitte um öffentliche Auslegung in den einzelnen Gemeinden) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der in Sachsen-Anhalt anerkannten Naturschutzverbände eingeleitet. Bestandteil der Unterlagen war ein Flyer für die Bürger, um von Anfang an auch die Bevölkerung über Zweck und Umfang der Unterschutzstellung zu informieren.

Die hohe Zahl eingegangener Stellungnahmen zeigte das große öffentliche Interesse am Verfahren. Die zur Abwägung der Stellungnahmen geführte Abwägungstabelle umfasste zum Ende des Verfahrens etwa 1.200 Seiten. Innerhalb des Verfahrens wurden zahlreiche Gespräche mit Betroffenen und Interessierten, vor allem mit im Gebiet wirtschaftenden Landwirten und deren Berufsstandsvertretung, geführt.

Mit dem Abschluss des Ausweisungsverfahrens zum NSG „Aland-Elbe-Niederung“ wurde der Grundstein für die weitere nationalrechtliche Sicherung der NATURA 2000-Gebiete gelegt. Die gemeinsam mit den Nutzern gefundenen Regelungen sind beispielgebend für Gebiete mit ähnlich hohem Nutzungsdruck.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Naturschutz, Landschaftspflege
Referatsleiter Herr Dr. Thalmann

Die RWE Energy AG beabsichtigt, eine kapazitätsstarke Erdgasleitung zu bauen, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Verbindung von den russischen Gasfeldern zum bestehenden Versorgungsnetz in Mittel- und Westeuropa herstellt.

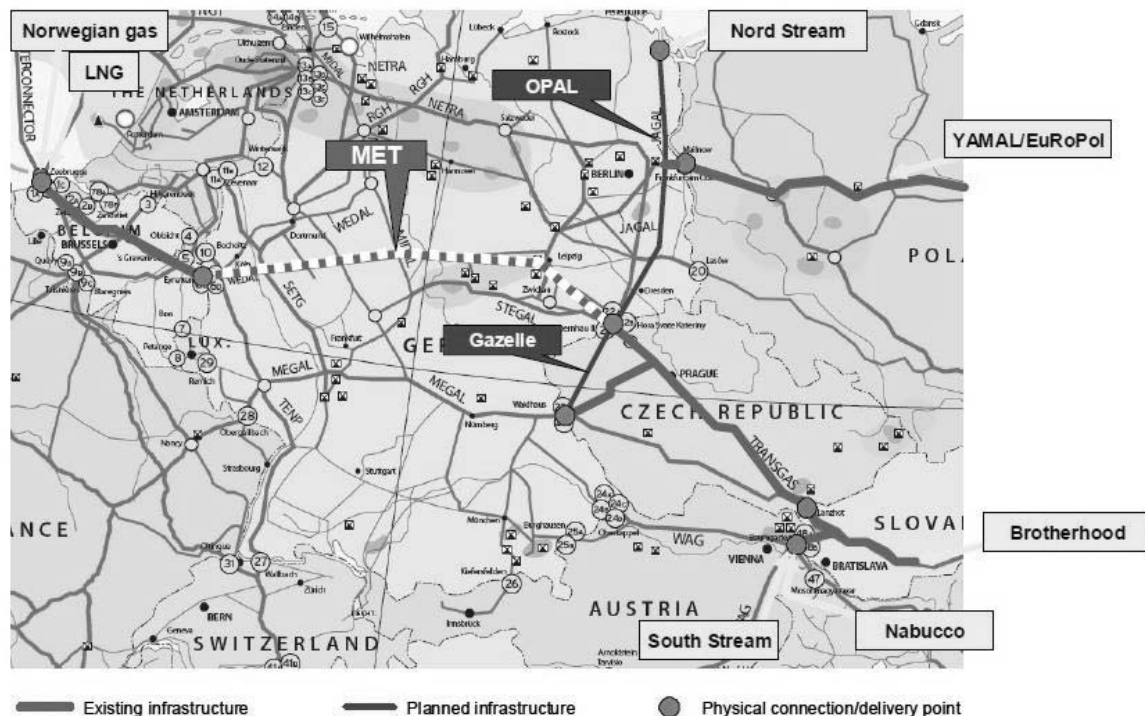
MET- Mitteleuropäische Transversale

Neue Erdgastransportleitung quer durch Mittel- und Westeuropa

Die geplante Erdgastransportleitung MET soll an das vorhandene Transitsystem in Tschechien anschließen, wo neben den Gasmengen aus Russland zukünftig auch Gas aus dem kaspischen Raum über die NABUCCO Erdgasleitung sowie verflüssigtes Erdgas aus Kroatien transportiert werden kann.

Nach derzeitiger Planung soll die Erdgastransportleitung auf eine Gesamtkapazität von 5 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr ausgelegt werden.

Die MET im europäischen Zusammenhang



Quelle: RWE Rheinland Westfalen Netz AG

Außerdem ist beabsichtigt, die geplante Erdgastransportleitung MET an den bestehenden Speicher Staßfurt anzubinden. Dieser soll auf ein Mehrfaches seiner momentanen Kapazität ausgebaut werden. Nach Angaben des Vorhabenträgers belegen zahlreiche Untersuchungen, dass zukünftig verstärkt Gas aus den GUS-Staaten nach Westeuropa importiert werden muss, um den Bedarf nachhaltig sichern zu können. So sollen mit der geplanten Ostseepipeline von Russland nach Deutschland in der ersten Ausbaustufe jährlich 27 Mrd. m³ Erdgas transportiert werden. Mit der Realisierung der zweiten Baustufe wird sich die Kapazität dieser Leitung verdoppeln. Die derzeit bestehenden Systeme der deutschen Fernleitungsbetreiber dürften zur Bewältigung der prognostizierten Mengenzuwächse aus den GUS-Staaten nicht ausreichen.

Allein innerhalb Deutschlands entsteht ein erhöhter Bedarf an Leitungstransportkapazität in Ost-West-Richtung, sowohl zur Abdeckung des inländischen Bedarfs als auch zum Transit in weiter westlich gelegene Länder.

Die geplante MET soll im Vergleich zu bestehenden leistungsfähigen Transitstrecken (z.B. MEGAL) deutlich weiter nördlich und damit näher am zukünftigen Importschwerpunkt liegen. Neben der Anbindung an das herkömmliche Transitsystem durch Tschechien wird die geplante Leitung über die geplante Ostseepipelineanbindungsleitung (OPAL) auch mit der neuen Pipeline durch die Ostsee und der bestehenden Pipeline durch Polen (YAMAL) verbunden werden.

Mit dem Anschluss der MET an mehrere vorgelagerte Transitsysteme wird sich das Risiko des Verlustes von Gas aufgrund von Störungen in östlich vorgelagerten Systemen außerhalb Deutschlands reduzieren. Die Mitteleuropäische Transversale wird dazu beitragen, die großräumige Versorgungssicherheit mit Erdgas in Mittel- und Westeuropa zu erhöhen.

Mit einer Gesamtlänge von ca. 740 km führt die geplante Erdgastransportleitung von der tschechischen Staatsgrenze in Sachsen bei Sayda durch die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Hessen nach Nordrhein-Westfalen zur belgischen Staatsgrenze nahe dem belgischen Eynatten.

Entsprechend der gesetzlichen Grundlagen wurde in allen sechs Bundesländern für die geplante Erdgastrasse MET ein Raumordnungsverfahren durchgeführt. Für den Abschnitt durch Sachsen-Anhalt war das Referat Raumordnung des Landesverwaltungsamtes zuständig.

Im Januar 2007 fand für alle beteiligten Bundesländer ein erstes Informationsgespräch zu dem geplanten Vorhaben statt.

Zur Vorbereitung des Raumordnungsverfahrens für den 100 km langen Teilabschnitt in Sachsen-Anhalt wurden 2007 mehrere Vorbesprechungen durchgeführt. Am 21. Februar 2008 führte die obere Landesplanungsbehörde beim LVwA eine Antragskonferenz zur Abgrenzung des Untersuchungsrahmens sowie zur Festlegung der Art und des Umfangs der nach Landesplanungsgesetz beizubringenden Unterlagen durch.



Von der RWE Energy AG wurde in das Raumordnungsverfahren eine Hauptvariante mit drei Untervarianten für die Erdgastrasse eingebracht. Es wurden im Verfahren insgesamt 139 öffentliche Stellen, Verbände sowie sonstige fachlich berührte Stellen einbezogen. Abgegeben wurden 94 Stellungnahmen mit Hinweisen und Bedenken bis hin zur völligen Ablehnung des Vorhabens. Im Laufe des Verfahrens fanden Abstimmungen mit den in den Nachbarländern zuständigen Stellen für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens für die MET, der Landesdirektion Sachsen und dem Thüringer Landesverwaltungsamt, statt.

Die Raumordnungsverfahren für die Erdgastransportleitung MET konnten im April 2009 in Sachsen-Anhalt und Thüringen und im August 2009 in Sachsen abgeschlossen werden.

Im Ergebnis des durchgeführten Raumordnungsverfahrens einschließlich der Umweltverträglichkeitsprüfung konnte für den Teilabschnitt Sachsen-Anhalt die Hauptvariante unter Beachtung von Maßgaben als Vorzugsvariante unter raumordnerischen Gesichtspunkten benannt werden.

Seitens der RWE Energy AG wurde im Oktober 2009 mitgeteilt, dass die Raumordnungsverfahren in allen Bundesländern abgeschlossen sind und nunmehr ein raumordnerisch abgestimmter Trassenkorridor für die Erdgastransportleitung Mitteleuropäische Transversale vorliegt.

Damit sind nun gute Voraussetzungen für das noch durchzuführende Planfeststellungsverfahren nach Energiewirtschaftsgesetz geschaffen.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Raumordnung, Landesentwicklung
Referatsleiterin Frau Meininger

Eine wesentliche inhaltliche Aufgabe des Referates Gymnasien und Gesamtschulen ist die Begabtenförderung im Land Sachsen-Anhalt. Sie dient der besonderen außerunterrichtlichen Förderung von begabten Schülerinnen und Schülern aus den unterschiedlichen Schulformen.

Korrespondenzzirkel, Kreisarbeitsgemeinschaften, Spezialistenlager und Schülerwettbewerbe sind Angebote in der Begabtenförderung.

Korrespondenzzirkel stellen die erste Stufe der Begabtenförderung dar. Im Jahr 2009 konnten den Schülerinnen und Schülern von Klasse 3 der Grundschule bis Klasse 10 der Sekundarschule und der Gymnasien/Gesamtschulen 31 Korrespondenzzirkel in den Fächern Mathematik, Chemie, Physik, Biologie, Englisch und Latein angeboten werden.

„Chemie die stimmt“ -in Sachsen-Anhalt

Erfahrungen und Ergebnisse der Begabtenförderung

Schülerinnen und Schüler, die in den Korrespondenzzirkeln erfolgreich tätig waren, können in die zweite Stufe der Begabtenförderung, die Kreisarbeitsgemeinschaften, aufgenommen werden. Diese dienen dem Erkennen und Fördern von besonderen Begabungen und arbeiten nach einem Konzept mit klaren inhaltlichen Schwerpunkten. Konzeptionelle Arbeit, inhaltliche Bewertung und Auswertung der Ergebnisse werden durch das LVWA begleitet und unterstützt. Durch die Leiterinnen und Leiter der Kreisarbeitsgemeinschaften werden die Schülerinnen und Schülern benannt, die mit besonderen Begabungen und Talenten auffallen, um gemeinsam zu beraten, wie sie weiter individuell gefördert werden können. Die nächste Stufe der Begabtenförderung sind die Spezialistenlager, in denen Schülerinnen und Schüler mit neuen Themengebieten bekannt gemacht werden, sich eigenständig Wissen und Können aneignen und im Team Probleme lösen. Daneben sollen Spezialistenlager für ihre Teilnehmer zu einem Gemeinschaftserlebnis werden und ihnen interessante kulturelle und sportliche Aktivitäten bieten. Auf diese Weise stellen Spezialistenlager eine angemessene intellektuelle und soziale Herausforderung für begabte Schülerinnen und Schüler dar und tragen zur weiteren Entwicklung ihrer Lern- und Sozialkompetenz bei. Das für die Durchführung verantwortliche Landesverwaltungsamt prüft gemeinsam mit den Landeskoordinatoren die geplanten Spezialistenlager hinsichtlich ihrer Effektivitäten und schlägt gegebenenfalls daraus resultierend inhaltliche Neustrukturierungen vor.

Im Sommer 2009 fanden 16 Spezialistenlager für 230 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe vier bis elf aus Sachsen-Anhalt statt. Im Raum Halle war traditionsgemäß die Kunst mit vier Werkstätten vertreten. Außerdem fanden jeweils zwei Spezialistenlager auf den Gebieten Mathematik/Informatik, Englisch und Chemie statt.

In und um Magdeburg gab es zwei mathematische und jeweils ein naturwissenschaftliches, biologisches und musikalische Spezialistenlager; neu war das „Grüne Labor“ in Gatersleben.

Zusätzlich probten die Mitglieder des Landes-Akkordeon-Ensembles Sachsen-Anhalt in einem Spezialistenlager in Tangerhütte. Höhepunkt dieses Intensivkurses war das Abschlusskonzert in der Klosterkirche Ilsenburg.

Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt der Begabtenförderung stellen die Schülerwettbewerbe dar. Diese sind schulische Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler. Dabei können die Schüler ihr Wissen und Können bei den Bundeswettbewerben, einschließlich der Qualifikationsrunden auf Landesebene, oder bei Wettbewerben, die ausschließlich auf Landesebene organisiert werden, testen.

Gelegenheiten gab es dafür u. a. bei folgenden Olympiaden und Wettbewerben:

- Mathematikolympiade
- Chemieolympiade „Chemie zum Anfassen“
- Landeswettbewerb „Chemie die stimmt“
- Landeswettbewerb „Chemkids“
- Landeswettbewerb „Bio-Chemie“
- Landes-Physik-Olympiade
- Internationale Junior Science Olympiade (IJSO)
- Landeswettbewerb „Jugend forscht“
- Landeswettbewerb „Jugend debattiert“
- Bundeswettbewerb Fremdsprachen

2009 konnten in den Wettbewerben und Olympiaden wieder sehr gute Ergebnisse und Platzierungen erzielt werden. Schülerinnen und Schüler, die in einem Wettbewerb besondere Leistungen erbracht haben, wurden durch den Kultusminister ausgezeichnet. Ebenso werden besondere Erfolge der Schulen bei der Organisation, Durchführung oder Beteiligung an Schülerwettbewerben vom Landesverwaltungsamt gewürdigt.



Interessierte Zuhörer bei „Jugend debattiert“
im Dienstgebäude Dessauer Straße

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Gymnasien, Gesamtschulen
Referatsleiter Herr Boine

Dunkle, ungemütliche Eingangsbereiche und eine Pförtnerin hinter Glas und Sprelakard – das war gestern, zumindest in unserer Liegenschaft in der Dessauer Straße 70 in Halle (Saale). Nach gut einem halben Jahr Bauzeit hat das Landesverwaltungsamt am 5. Juni 2009 hier den umgebauten Empfangsbereich einweihen können. In dem Gebäude befinden sich überwiegend die Referate der Abteilung Landwirtschaft und Umwelt. Was lag da näher, als die Inbetriebnahme des umgebauten Foyers anlässlich des „Tags der Umwelt 2009“ zusammen mit einem „Tag der offenen Tür“ zu veranstalten? Auch die damalige Ministerin für Landwirtschaft und Umweltschutz Petra Wernicke, ließ es sich nicht nehmen, diese Veranstaltung zu eröffnen.

Herzlich Willkommen-

Neuer Empfangsbereich in der Dessauer Straße

Der gesamte Foyerbereich, einschließlich des Treppenübergangs in das erste Obergeschoss, wird durch eine helle Farbgebung geprägt und präsentiert sich als Eingangsbereich einer modernen, ihre Besucher willkommen heißenden Behörde. „Hingucker“ ist der neue, zu allen Seiten offene Tresen in der Mitte des Eingangsbereichs, der jeden Besucher zur unkomplizierten Kontaktaufnahme mit dem Empfangspersonal einlädt. Wer sich noch an den alten Zustand mit der dunklen Pförtnerkabine erinnert, wird bestätigen: Das Landesverwaltungsamt macht nun auch durch die bauliche Neugestaltung deutlich, dass die Zeiten lange vorbei sind, in denen Behörden den Anschein erweckten, sich von ihren Kunden abschotten bzw. den eintretenden Besucher einschüchtern zu müssen.



Ein Blickfang ist natürlich auch der moderne Trinkbrunnen, der nach der Eröffnungsfeier besonders von den Kindern des Kindergartens „Goldenes Schlüsselchen“ und der freien Schule „Riesenklein“ ausprobiert wurde, die ein Ständchen und viele nette Grüße zur Einweihung mitbrachten.

Sie nutzten dann, wie viele der eingeladenen Gäste aus anderen Behörden und dem umliegenden Schulen und des Wohngebiets die zahlreichen Angebote, mit denen die Referate sich und ihre Arbeit vorstellten. Das reichte von der Lärm-messung und einem spannenden Quiz bis zum Ponnyreiten für die Jüngsten. Für Kita-Gruppen und Grundschulkinder gab es Unterricht im Grünen (dafür wurde extra eine Wiese hinter dem Haus wochenlang nicht gemäht) sowie Wissens- und Bastelstände des Biosphärenreservats Südharz. Besonderer Anziehungspunkt für die großen Gäste waren die Stände der Biobauern und Forstbetriebe.



Wie oft bei umfangreichen Baumaßnahmen gab es während der Bauphase viele Überraschungen und so manche Verzögerung. So war die Feststellung der Handwerker nach dem Rückbau der alten Deckenverkleidung, dass die Geschossdecke die Anforderungen an die Brandschutzbestimmungen bei weitem nicht erfüllt und daher mit einer neuen Beschichtung versehen werden musste, eine Ursache für die Bauzeitverlängerung. Aber auch Tresenhersteller und Geländerbauer haben es bis zum Schluss spannend gemacht, ob die Freigabe des Eingangsbereichs noch rechtzeitig zum Tag der Umwelt möglich ist.

Als das neue Foyer dann an seine Nutzer übergeben werden konnte, waren natürlich auch alle Mitarbeiter erleichtert, nach vielen Wochen mit Staub- und Lärmbelästigungen den Besuchern ihren neuen Empfangsbereich präsentieren zu können.

Die notwendigen Umbauarbeiten für eine Verbesserung der Erreichbarkeit, gerade auch im Hinblick auf die Gestaltung barrierefreier Zugangswege zu den Büros der Mitarbeiter, sind damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Im Jahr 2010 wird beispielsweise ein behindertengerechter Fahrstuhl an der nördlichen, über den Parkplatz zu erreichenden, Seite des Gebäudekomplexes errichtet werden.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Innerer Dienst
Referatsleiter Herr Teske

Anka ist eine ganz Liebe. Das sagt zumindest ihr Herrchen. Anka ist ein Bullterrier und damit ein geborener „Vermutungshund“. Ganz im Gegenteil zu Pudel Gero hat sie sich zwar auf der Hundewiese noch nie am Hosenbein anderer Hundehalter oder an ungehörigen Nachbarshunden vergriffen. Sie und ihre Nachkommen müssen ihr sanftes Wesen trotzdem ab sofort in einem Wesenstest nachweisen. Und ihr Herrchen muss per Prüfung zeigen, dass er zu Hause und an der Leine der Herr ist. So verlangen es das Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren sowie die dazu gehörende Verordnung, die am 01.03.2009 in Kraft traten. Pudel Gero und sein Frauchen bleiben dagegen ungeschoren, wenn er sich nicht weiterhin so aufmüpfig verhält und dann als Vorfallshund zum Test zitiert wird.

Auch Anka muss zur Prüfung

Nach dem neuen Hundegesetz müssen „Vermutungshunde“
und „Vorfallshunde“ einen Wesenstest bestehen

Zweck des Gesetzes ist es, Gefahren für die öffentliche Sicherheit, die mit dem Halten und Führen von Hunden verbunden sind, vorzubeugen und bzw. diese abzuwehren.

In Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Geburt des Hundes, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder einem individuell gezeigten, nicht sozialverträglichen Verhalten sieht das Hundegesetz besondere, jeweils unterschiedliche Pflichten vor.

Für vor dem 01.03.2009 geborene Hunde, die weder einer kritischen Rasse (bzw. einer Kreuzung mit dieser) angehören noch durch Aggressivität negativ auffällig geworden sind, findet das Hundegesetz keine Anwendung.

Schock über Kampfhund-Angriff sitzt noch

**Nur wenige
Halter melden
Kampfhunde**

NEUES GESETZ Vorgaben werden häufig ignoriert. In Eisleben biss ein Hund zu, der einen Maulkorb hätte tragen müssen

Kinder schwer verletzt

**Bewährungsstrafe
für Hundeangriff**

„Ich wollte mich
noch wegdrehen,
aber da hat der
Hund schon
zugebissen.“
17-jähriges Opfer

Allerdings dürfen sog. Vermutungshunde (Pitbull-Terrier, American Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier, Bullterrier sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden), nur gehalten werden, wenn sie erfolgreich einen Wesenstest absolviert haben. Diese Regelung gilt unabhängig vom Geburtsdatum des Hundes.



Eine Alltagssituation, nachgestellt im Wesenstest: Ein Kind (hier eine Puppe) schreit im Wagen. Der Hund darf neugierig gucken, aber keine Aggression zeigen. Test-Hündin Gina reagiert völlig korrekt. Foto: Jana Wiehe

Volksstimme Magdeburg vom 16.05.2009

Hunde, die durch besondere Aggressivität aufgefallen sind oder schon einmal zugebissen haben und deren Gefährlichkeit deshalb von der zuständigen Behörde per Bescheid festgestellt worden ist - sogenannte Vorfallshunde - dürfen nur mit einer amtlichen Erlaubnis gehalten werden. Auf das Geburtsdatum des Hundes kommt es hier ebenfalls nicht an. Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn der Halter des Hundes das 18. Lebensjahr vollendet hat, zuverlässig und geeignet ist und dies in einer Sachkundeprüfung nachgewiesen hat. Der Hund muss erfolgreich einen Wesenstest absolviert haben, mit einem Transponder gekennzeichnet und haftpflichtversichert sein. Außerdem gelten für das Führen solcher gefährlichen Hunde besondere Vorschriften, z. B. der Leinen- und Maulkorbzwang.

Zuständig für die Abnahme der Hundesachkundeprüfung, bestehend aus einem theoretischen und praktischen Teil, ist das Landesverwaltungsamt. Während die theoretische Prüfung in Form eines schriftlichen Verfahrens an den Standorten Halle, Magdeburg und Dessau durchgeführt wird, wird der praktische Teil von sachverständigen Personen (Tierärzten, Hundeschulen), die einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt geschlossen haben, abgenommen.

Dem Landesverwaltungsamt obliegt bei der Umsetzung des Hundegesetzes die direkte Fachaufsicht, die Einrichtung und der Betrieb des zentralen Hunderegisters, die Berechnung und Auszahlung der Pauschalbeträge an die Kommunen, zur Abgeltung der dort durch das Gesetz verursachten Mehrkosten sowie die Bearbeitung der Widersprüche.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Hoheitsangelegenheiten, Gefahrenabwehr,
Ausländerangelegenheiten
Referatsleiter Herr Kühne

Wimpern tuschen, Rouge auflegen, Handmassage, Nagelstyling – damit hatten die Gäste des Sachsen-Anhalt-Tages so mitten auf der grünen Wiese im Zelt des Landesverwaltungsamtes nicht gerechnet. Umso größer war der Zustrom.

Die hier Hand anlegten waren Schülerinnen der Berufsfachschule Kosmetik des ersten und zweiten Ausbildungsjahres der Berufsbildenden Schulen Wernigerode, Landkreis Harz. Vermittelt durch die Schulverwaltung beim Landesverwaltungsamt und unter der fachlichen Anleitung ihrer Lehrerinnen Frau Schwörer und Frau Schönkarl gestalteten sie mit viel Eifer und Kreativität dieses etwas andere Projekt.

Wellness inclusive am Infostand des Landesverwaltungsamtes

Im Pavillon des Landesverwaltungsamtes verwöhnten die angehenden Kosmetikerinnen die Besucher und Besucherinnen mit individuellen Angeboten, wie zum Beispiel Wellness-Behandlungen für die Hände, Nageldesign, Teilmassagen mit ätherischen Ölen und Korrektur der Augenbrauen. Auf Wunsch wurden auch viele Pflegetipps weitergegeben.



Aber nicht nur die Besucherinnen gingen hochzufrieden aus dem Zelt, auch die Schülerinnen waren stolz über das überaus zahlreiche Lob. Dieses Projekt war im wahrsten Sinne des Wortes ein fächerübergreifendes Unterrichtsprojekt. So wurden nicht nur die praktischen Fähigkeiten der Schülerinnen aus den Unterrichtsfächern Dekorative Kosmetik, Handpflege und Kosmetische Grund-

ausbildung Gesichtspflege abgefordert, sondern auch Fachkenntnisse der Fächer Dermatologie und Theorie der Kosmetik hinterfragt. Die Arbeit mit den Kunden, ein wichtiges Thema im Unterrichtsfach „Psychologie und Verkaufskunde“, stand im Mittelpunkt des Projektes.



Und auch wenn der Erfolg des Projektes nicht in Zahlen messbar ist, hat er doch die Motivation der Schülerinnen für ihren Ausbildungsberuf spürbar beeinflusst. Diese positiven Erfahrungen sollen zukünftig vertieft und weitergeführt werden.

Es gibt im Verlaufe des Schuljahres schon verschiedene Ansatzpunkte, an denen angeknüpft werden kann. So beteiligen sich die Schülerinnen jährlich an vielen regionalen Höhepunkten den, u. a. an den Aktivitäten zur „Fitnesswoche für Senioren“, am Weltkindertag und am Harzfest.

Hier einige Auszüge aus dem Gästebuch:

„Virginias Handmassage war einfach toll.“

„Ein großes Dankeschön an Bnar. Die Stunde in eurem Zelt war sehr interessant und angenehm. Macht weiter so....“

„...Das Augenbrauenzupfen war sogar schmerzfrei!...“

„Die Behandlung von Vanessa und Nadine war angenehm und wohltuend. ...Wir sagen

„Danke“ –macht weiter im Beruf!...“

Besonders haben sich die Schülerinnen beim Sachsen-Anhalt-Tag über die vielen lobenden Worte gefreut, die zufriedene Besucher(innen) in das „Gästebuch“ geschrieben haben.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Berufsbildende Schulen
Referatsleiter Herr Schich



Im September beginnt die Jagdsaison in den Wäldern, eine kreuzgefährliche Zeit für Reh, Fuchs, Wildschwein und alles was sich sonst noch so als jagdbares Getier in Feld, Flur und Wald tummelt. Wenn man aufmerksam die Zeitungen verfolgt, stellt man allerdings fest, dass die Menschen ganzjährig und nicht nur mit Gewehr und Jagdhund das Wild in höheren Zahlen „zur Strecke“ bringen. Schaden nehmen dabei allerdings meistens beide.

Auto versus Schwarzkittel –

Wildunfälle in Sachsen-Anhalt
nehmen seit Jahren zu

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle auf den Straßen Sachsens-Anhalts hat im Verlauf der vergangenen Jahre eine rückläufige Tendenz. Von mehr als 107.000 Unfällen im Jahr 1996 sind solche Vorfälle bis zum Jahr 2008 auf weniger als 80.000 Unfälle gesunken.

Viele Wildunfälle

Zehn Rehe
verenden

Salzwedel (ap). Wild
haben die Polizeibeam
Freitag und Sonnabend

Hirschkuh bei Unfall
verletzt und erschoss

Pkw rammt
Wildschwein

Zuckerdorf Klein Wanzleben

Opel Astra
erfasst Reh

Viss
Wildu

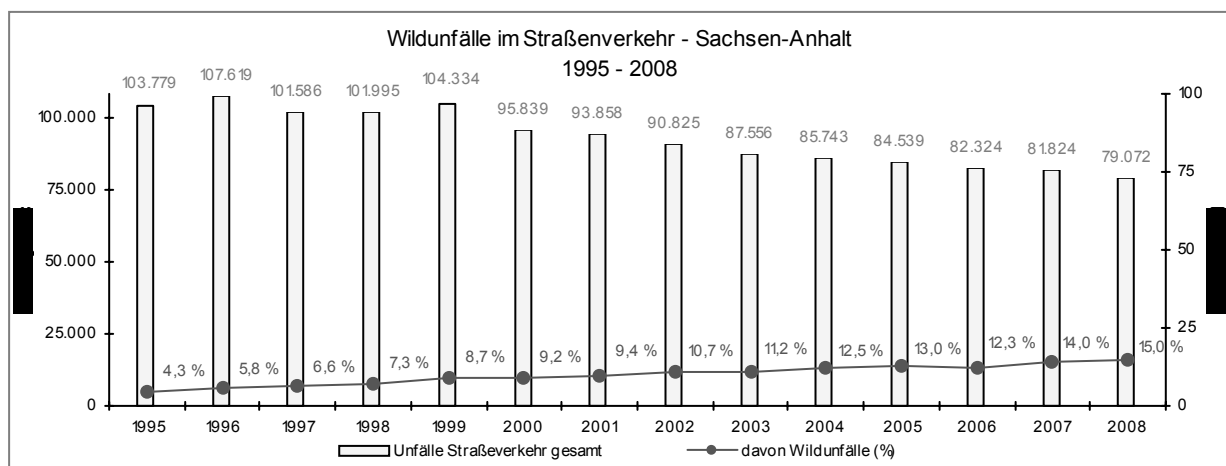
Hase läuft auf B 107 einem
Havelberger vors Auto

Reh tot,
Auto kaputt

Salzwedel/Kuhfelde (hi). Ein
Wildunfall hat sich am Mitt-
wochabend auf der Bundes-
straße 248 zwischen Salzwedel

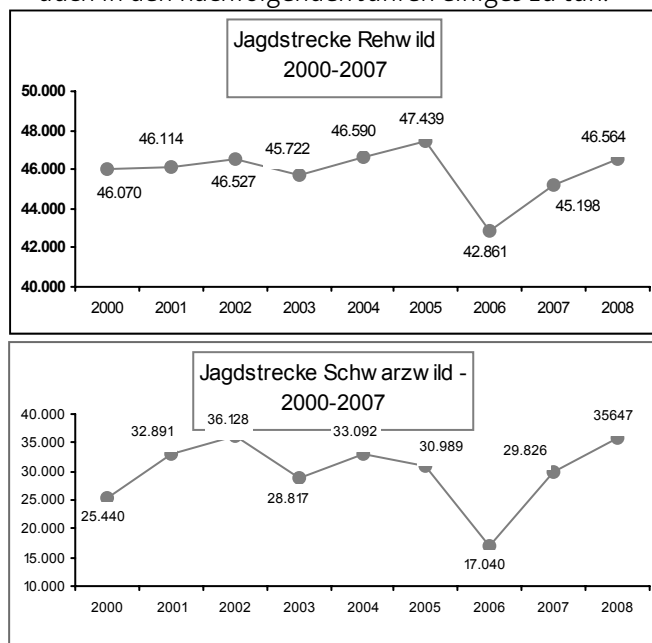
Der Anteil der Unfälle mit Beteiligung von Wildtieren hat hingegen eine ständige sowohl prozentuale als auch absolute Steigerung erfahren. Von ca. 4.500 im Jahr 1995 ist die Zahl Wildunfälle im Jahr 2008 auf ca. 12.000 Ereignissen gestiegen. Im ersten Halbjahr 2009 erreichten die Wildunfälle einen Anteil von 15 % am gesamten Unfallgeschehen.

Beteiligt am Wildunfallgeschehen sind dabei hauptsächlich Rehwild, gefolgt von Fuchs und Schwarzwild.



Einige Straßenabschnitte erweisen sich als besonders lebensgefährlich für die vierbeinigen Verkehrsteilnehmer. Die Polizei hat in den einzelnen Landkreisen die besonderen Wildunfallsschwerpunkte festgestellt:

Einer davon ist ein fünf Kilometer langer Abschnitt der B 107 zwischen Hohengöhren und Klietz im Landkreis Stendal. Als Gründe für solch gehäuftes Unfallgeschehen kommen immer mehrere Ursachen in Frage: Straßenbau durch wildreiches Gebiet, bei dem gewohnte Wildwechsel durchschnitten werden; zunehmende Verkehrsdichte; Ansteigen der Wildtierpopulationen. Nach den Analysen des Wildunfallgeschehens und der Jagdstrecke der letzten Jahre im Landkreis Stendal stellte die dortige Jagdbehörde fest, dass besonders das Rehwild in der Altmark überproportional zugenommen hat. Im Ergebnis hat die Jagdbehörde vor Ort einen höheren Abschussplan für Rehwild festgesetzt. Mit der Reduktion des Wildbestandes kann zumindest zeitweise in der Nähe von Unfall-Schwerpunkten eine Entlastung erreicht werden. Allerdings werden frei werdende Reviere nach und nach wieder durch anderes Rehwild besetzt. Da bleibt für die Jäger vor Ort also auch in den nachfolgenden Jahren einiges zu tun.



Kontakt im Landesverwaltungsamt:
Referat Forst- und Jagdhoheit
Referatsleiter Herr Schuffenhauer

Landkreis/ kreisfr. Stadt	Unfallsschwerpunkt/ Straßennummer	Länge (km)
Salzwedel	B 248, Kuhfelde - Salzwedel	3,0
	B 71, Cheinitz - Winterfeld	2,5
	L 11, Apenburg - Hohentramm	3,0
	L 22, Röwitz - Buchhorst	3,0
Stendal	B 190, Kreisgrenze SAW - B 189	8,0
	B 107, Sandau - Havelberg	2,8
	B 107, Hohengöhren - Klietz	5,0
	B 188, Langen-Salzwedel-Tangermünde	3,0
Bördekreis	B 71, Abzweig Hütten bis Abzweig Born	
	K 1106, Haldensleben - Sattelle	2,9
	B 246, Hornhausen - Neuwegersleben	3,4
Harz	B 81, L 85, Ilsenburg - Stapelburg	2,6
	L 83, neu Rundstedt - Röderhof	3,0
Mansfeld-Südharz	L 151, Blankenheim-Wimmelburg	5,0
	L 219, Allstedt - Lodersleben	5,0
Salzlandkreis	L 63, Lödderitz - Kühren	2,1
Wittenberg	B 107, Köselitz - Görzitz	6,2
	B 2, Abfahrt Thießen bis Abfahrt Köpnick	4,4
Magdeburg	K 1170, Glindenberger Weg	0,9
Burgenlandkreis	L 191, Hohenmölsen - Nonnewitz	3,0

Als Antwort auf die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hatte der Bundestag am 13. Februar 2009 das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland verabschiedet (KP II). Ziel des Gesetzes ist es, zielgerichtet und rasch angemessene Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur einzuleiten. Kernstück des Konjunkturpaketes II ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Volumen von bundesweit 13,3 Mrd. Euro, wovon das Land Sachsen-Anhalt nach dem Verteilungsschlüssel 356,2 Mio. Euro erhält. Zuzüglich der Kofinanzierung durch Land und Kommunen in Höhe von 118,8 Mio. Euro stehen für Investitionsvorhaben in Sachsen-Anhalt insgesamt über 475 Mio. Euro zur Verfügung.

Konjunktur auch für heimisches Gewerbe

Umsetzung des Konjunkturpaketes II durch das Landesverwaltungsamt

50 Mio. Euro sind als Pauschalzuweisungen direkt an die Kommunen gegangen. Deren Aufteilung für die Jahre 2009 und 2010 auf die einzelnen Kommunen erfolgte einwohnerbezogen (pro Einwohner rd. 18,20 Euro, eigener Kofinanzierungsbeitrag der Kommune: 2,60 Euro). Dort wurden die Zuweisungen mit konkreten Maßnahmen untersetzt. Die zuständige Kommunalaufsicht hatte die finanzielle Machbarkeit zu prüfen. Der für die Landkreise und kreisfreien Städte zuständigen Kommunalaufsicht im Landesverwaltungsamt lagen seit Juli 2009 knapp 400 Projekt-Anmeldungen zur Prüfung vor.

Der größere Teil der Konjunkturpaket II – Mittel, ca. 425 Mio. Euro, wird in Sachsen-Anhalt projektbezogen vergeben. Dafür wurde von der Landesregierung ein inhaltlicher Rahmen abgesteckt. Für Antragsannahme, Prüfung und Vergabe der Mittel für verschiedene Verwendungsschwerpunkte ist auch das Landesverwaltungsamt zuständig.

Das LVwA wird hiervon bis Ende 2010 knapp 122,5 Mio. Euro ausreichen. Bis zum 31. Dezember 2009 wurden bereits 203 Projekte mit einem Gesamtvolumen von über 92,3 Mio. Euro genehmigt.



Sanierte Schule in Bad Lauchstädt.

Übersicht zu einigen Projektschwerpunkten beim LVwA:

<i>Projekte</i>	<i>durch LVwA bewilligte Fördermittel (in Euro)</i>
Stadtumbau Ost - Aufwertung	16.625.000
Sanierung von Musikschulen	14.252.942
Sanierung von Kultureinrichtungen, Denkmalschutzmaßnahmen	12.242.298
Ergänzender Katastrophenschutz	7.084.438
Lärmschutz an kommunalen Straßen	14.326.400
Sanierung von Sportstätten	6.076.650
Schulbau, freie Träger	5.630.054
Städtebauliche Sanierung im ländlichen Raum	5.244.444
Deponiesanierung (siehe Beispiel Seite 34)	2.998.764
Sanierung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung (siehe Beispiel Seite 20)	2.500.000

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Haushalt, Fördermittelmanagement
Referatsleiter Herr Latz

Die Hausmülldeponie „Schlangengrube“ Klieben (Landkreis Wittenberg) – an der B 187 liegend – gehört zu den Deponien, die auch mit Hilfe von KP II-Mitteln rekultiviert werden. Hier wurden von 1968 bis zum Mai 2005 auf einer Gesamtfläche von rd. 13 ha. Abfälle der Deponieklasse II (z. B. Hausmüll, Bauschutt, Bodenaushub) abgelagert.

Mittel aus dem KP II: Deponie Schlangengrube Klieben – Südfeld , BAV der Oberflächenabdichtung

Mit den Mitteln aus KP II sollen die Arbeiten für die notwendige Oberflächenabdeckung im Südfeld der Deponie weitestgehend abgeschlossen werden. Dabei ist der Einbau eines Oberflächenabdichtungssystems auf einer Teilfläche von 5,4 ha vorgesehen. Der Landkreis Wittenberg, als Bauherr, eröffnete am 12.10.2009 die Baustelle. Seitdem wurden schon gute Fortschritte erreicht. Am 31.12.2010 soll die Maßnahme abgeschlossen werden. Es ist vorgesehen, die Deponie in den folgenden Jahren zu Begrünen. Für die Arbeiten werden vorwiegend Unternehmen der Region herangezogen.



Insgesamt stehen für Investitionen im Abfallbereich 4,5 Mio. Euro zur Verfügung. Gefördert werden ca. 10 Maßnahmen zur umweltgerechten Deponieschließung und –sanierung. Die Rekultivierungsvorhaben dienen der nachhaltigen Verbesserung der Umweltsituation am Deponiestandort und der Wiedereingliederung der betroffenen Areale in die Natur und Landschaft. Die kurzfristige Realisierung, wie das genannte Beispiel zeigt, dient den Zielen des Umweltschutzes und entspricht gleichzeitig dem Anliegen des Konjunkturpaketes II zur Belebung der Konjunktur.

Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Abfall, Bodenschutz
Stellv. Referatsleiterin Frau Dr. Hagel

Jeder Bürger hat einen Anspruch auf sichere, d. h. qualitätsgerecht hergestellte und geprüfte, wirksame und unbedenkliche Arzneimittel. Wer kontrolliert dies und welche Richtlinien gelten dafür?

Die Überprüfung der qualitätsgerechten Herstellung und Prüfung von Arzneimitteln war auch 2009 eine der Hauptaufgaben des Referats – Arzneimittel- und Apothekenwesen. Hierbei wird nahezu die gesamte Herstellungs- und Vertriebskette von Arzneimitteln in Sachsen-Anhalt überwacht. Dazu gehören u. a. die hier ansässigen pharmazeutischen Herstellungsbetriebe, Prüfeinrichtungen, Vertriebsfirmen, Arzneimittelgroßhandelsbetriebe und Apotheken, die Krankenhäuser versorgen. Manchmal geht die Überwachungspflicht auch weit über Sachsen-Anhalt hinaus, wenn hiesige Firmen die Herstellung von einzelnen Arzneimitteln in Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft in Auftrag geben. Ein wichtiges Arbeitsinstrument ist dabei das Qualitätssystem der deutschen Arzneimittel-Überwachungsbehörden

Gleiche Qualitätsstandards für Arzneimittel von der Ostsee bis zu den Alpen

2009 bestand das System bereits seit 5 Jahre, Anlass genug, das System vorzustellen.

Der Leser wird jetzt vielleicht verwundert denken: „Es gibt Gesetze, Verordnungen, Leitfäden, ergänzende Leitlinien usw. ... Da steht doch sicher alles drin. Wozu muss es zusätzlich ein Qualitätssystem geben?“

Dafür gibt es mehrere Gründe:

Seitens der Europäischen Union (EU) wird nicht nur die Notwendigkeit einer einheitlichen Gesetzgebung, sondern auch gleiche Standards bei der Durchführung der Überwachung gesehen. Diese Vorgaben mussten bzw. müssen jeweils in das nationale Recht der Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Zur Aufarbeitung der HIV- / HCV-Infektionsübertragungen durch mangelhaft hergestellte und getestete Blutprodukte in den 1990er Jahren kam eine unter Vorsitz des Bundesministeriums für Gesundheit eigens eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu folgender Auffassung:

„Entsprechend den internationalen Vorgaben zur gegenseitigen Anerkennung der Inspektionen und zur Gewährleistung der Qualität der Inspektionen soll in den Ländern ein Qualitätssicherungssystem für die Überwachung aufgebaut werden, das von einer länderübergreifenden Stelle zertifiziert wird.“

Die Überwachung pharmazeutischer Einrichtungen fällt in die Hoheit der 16 Bundesländer. Je nach Organisationsstruktur in den Bundesländern gab es deshalb in den 1990er Jahren über 30 Inspektorate in Deutschland.

Das führte dazu, dass z. B. in Ermangelung einer gesetzlichen Vorgabe zur Ausstattung einer Herstellungserlaubnis für Arzneimittel bis 1999 nahezu jedes Inspektorat seine eigene Herstellungserlaubnis „kreierte“. Dies wurde insbesondere im Ausland kritisch betrachtet und erforderte dringend eine Vereinheitlichung.

Seit 1998 gibt es bei der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) themenbezogene Expertenfachgruppen, die Dokumente zum Qualitätssystem erstellen. Die Apotheker des Referats Arzneimittel- und Apothekenwesen arbeiten daran aktiv mit und engagieren sich derzeit in 5 Expertenfachgruppen.

Damit haben sie einen erheblichen Anteil an der Entwicklung des aktuellen Qualitätssystems. Das gliedert sich in drei Teile:



Qualitätspolitik

Die Qualitätspolitik beschreibt die Zielsetzung des Qualitätssystems für die Bereiche der Human- und Tierarzneimittelüberwachung sowie der Untersuchung von Arzneimitteln.

Qualitätsmanagement

Das Qualitätsmanagement-Handbuch enthält insgesamt 17 Qualitätsleitlinien, die die Gesamtheit aller qualitätssichernden Maßnahmen zusammenfassend darlegen. Diese Leitlinien haben z. B. die Bereiche Personal, Inspektionsverfahren, Maßnahmen bei festgestellten Fehlern und Mängeln oder Erlaubniserteilung zum Gegenstand.

Qualitätssicherung

Das Qualitätssicherungshandbuch umfasst 17 Kapitel entsprechend der oben genannten 17 Leitlinien. Dabei wird zwischen

- *länderübergreifend geltenden Dokumenten* und
- *behördenspezifischen Dokumenten*

unterschieden.

Im Ergebnis der länderübergreifenden Arbeit der Expertenfachgruppen wurden insgesamt ca. 40 Verfahrensanweisungen, überwiegend mit Bezug zur pharmazeutischen Überwachung sowie 8 Inspektionshilfen, sogenannte Aides mémoire, erarbeitet.

Die jeweils zuständigen Überwachungsbehörden in den Bundesländern setzen diese abschließend in Kraft. Im Landesverwaltungsamt obliegt dies dem Präsidenten.

Am 29.09.1999 wurden die ersten länderübergreifend geltenden Dokumente durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales zur Umsetzung in Sachsen-Anhalt genehmigt.

Den deutschen Arzneimittel-Überwachungsbehörden ist es mit dem Qualitätssystem gelungen, für viele (Routine-)Verfahren und Abläufe von der Ostsee bis zu den Alpen einheitliche Standards zu etablieren. Dass dieses Qualitätssystem internationalen Ansprüchen genügt, hat sich mittlerweile in der Praxis bestätigt, zum Teil sogar durch Evaluierungen vor Ort in den Inspektoraten. So wurde das Referat Arzneimittel- und Apothekenwesen im Februar 2000 einer Überprüfung durch die kanadische Behörde unterzogen.

Natürlich können mit Maßnahmen des Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung Veränderungen nicht über Nacht erzielt werden können – das gilt auch für behördliche Systeme. Mittels Selbstinspektionen und interner Audits überprüfen die pharmazeutischen Inspektorate immer wieder selbst oder länderübergreifend, ob Abläufe und Verfahren den Vorgaben des Qualitätssystems entsprechen. So wurde das Referat Arzneimittel- und Apothekenwesen beim Landesverwaltungsamt bereits zweimal von einem Audit-Team aus Vertretern anderer Bundesländer erfolgreich überprüft. Gleiches gilt für die letzte Selbstinspektion am 19.11.2009 (siehe Foto).



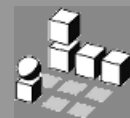
Kontakt im Landesverwaltungsamt: Referat Arzneimittel- und Apothekenwesen

Stellv. Referatsleiterin Frau Dr. zur Horst-Meyer

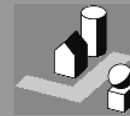
Abteilung 1
Zentraler Service



Abteilung 2
Bau und Ordnung



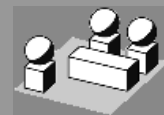
Abteilung 3
Kommunales und Wirtschaft



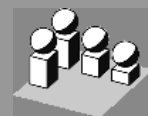
Abteilung 4
Landwirtschaft und Umwelt



Abteilung 5
Schule



Abteilung 6
Familie, Gesundheit, Jugend und Versorgung





Abteilung 1 - Zentraler Service

Abteilungsleiter

Malte Riechers

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1400

E-Mail: malte.riechers@lwa.sachsen-anhalt.de

Referat Haushalt, Fördermittelmanagement

Referat Organisation, Informationstechnik

Referat Innerer Dienst

Referat Personaleinsatz, Personalbetreuung

Referat Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung

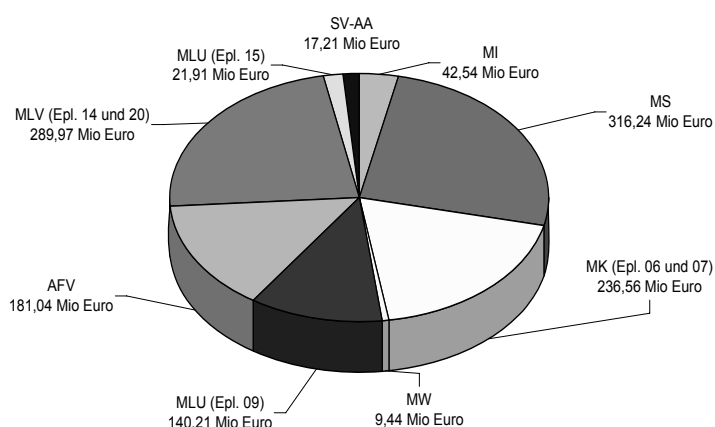
Referat Justitiariat

Referat Haushalt, Fördermittelmanagement



Referatsleiter Konrad Latz
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-1404
 E-Mail: konrad.latz@lvwa.sachsen-anhalt.de

Im Rahmen der Ausführung des Haushaltsplans werden im Zuständigkeitsbereich des Landesverwaltungsamtes (LVwA) die Haushaltsmittel von Teilen 11 verschiedener Einzelpläne bewirtschaftet. Das Referat „Haushalt, Fördermittelmanagement“ und der Beauftragte für den Haushalt (BfH) koordinieren und unterstützen die diesbezügliche Arbeit in den jeweiligen Referaten. Im Haushaltsjahr 2009 wurde durch das LVwA ein Volumen - ohne Personalausgaben - von rund 1,25 Milliarden Euro bewirtschaftet.



Ausgewählte statistische Angaben

Bewirtschaftungsvolumen des LVwA ohne Personalkosten	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro	2009 in Mio. Euro
1. Mittel des Ministeriums für Gesundheit und Soziales (MS)	293,79	313,57	316,24
2. Mittel des Kultusministeriums (MK)	253,06	242,44	236,56
3. Mittel des Ministeriums für Wirtschaft und Ar- beit (MW)	26,03	12,10	9,44
4. Mittel des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt / Bereich Landwirtschaft (MLU/09)	96,43	68,54	140,21
5. Mittel der Allgemeinen Finanzverwaltung (AFV)	132,33	145,47	181,04
6. Mittel des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr (MLV)	300,43	298,42	289,97
7. Mittel des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt / Bereich Umwelt (MLU/15)	16,38	25,86	21,91
8. Mittel aus dem Sondervermögen Schwerbehin- derten-Ausgleichsabgabe (SV-AA)	35,57	24,73	17,21
9. Mittel des Innenministeriums (MI)	26,53	55,02	42,51

In den 24 Förderreferaten des LVwA wurden im Jahr 2009 Zuwendungen in Höhe von ca. 424 Mio. Euro (2008: ca. 366,4 Mio. Euro) ausgereicht (EU-Fördermittel: ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes), EFRE (Europäischer Fonds zur regionalen Entwicklung), ESF (Europäischer Sozialfonds), EFF (Europäischer Fischfonds), Bundes- und Landesmittel).

Ausgezahlte Fördermittel für	2007 gerundet in Euro	2008 gerundet in Euro	2008 gerundet in Euro
Abfallwirtschaft, Bodenschutz	14.620.000	2.900.000	946.000
Abwasser	34.130.000	15.500.000	29.949.200
Allgemeine Hoheitsangelegenheiten (Entschädigungszahlungen an Opfer- verbände)	29.400	7.500	31.200
Beschäftigungs- und Arbeitsmarktför- derung	60.000.000	26.800.000	46.294.800
Brand- und Katastrophenschutz	3.800.000	3.600.000	3.394.900
Denkmalschutz	4.800.000	4.200.000	2.949.300
Erwachsenenbildung	3.700.000	3.900.000	3.735.300
Familien- und Frauenförderung	9.360.000	9.200.000	10.005.700
Forst- und Jagdhoheit	1.600.000	3.100.000	3.854.400
Großschutzgebiete	600.000	550.000	519.600
Heimaufsicht, Rettungsdienst, Gesundheitswesen	8.000.000	6.400.000	32.049.700
Integrationsprojekte für Aussiedler	282.000	243.000	1.020.600
Jugendarbeit	7.130.000	8.700.000	13.962.000
Kindertageseinrichtungen	8.230.000	4.010.500	4.129.400
Kulturförderung	50.500.000	51.300.000	48.307.700
Landwirtschaft	4.650.000	1.700.000	5.530.200
Naturschutz, Landschaftspflege	0	33.000	3.510.200
Schulen, Bereich Halle	354.000	520.000	431.100
Schulen, Bereich Magdeburg	500.000	488.000	534.900
Sportförderung	20.300.000	12.560.000	5.966.000
Städte-, Wohnungsbau-, Schulbauför- derung	163.200.000	142.000.000	121.750.900
Verkehrswesen	70.000.000	68.400.000	69.701.000
Wirtschaftsförderung	115.000	115.000	112.000
Gesamt:	465.962.400	366.355.000 0	408.686.100

Referat Organisation, Informationstechnik



Referatsleiterin Carin Kirschner
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1406
E-Mail: carin.kirschner@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Organisation, Informationstechnik ist als Fachreferat in der Abteilung Zentraler Service für alle aufbau- und ablauforganisatorischen Fragen im LVwA zuständig. Hierzu gehören auch die Geschäftsverteilungspläne aller Referate, die inneren Ordnungen sowie die Regelungen zur Arbeitszeit. Das Aufgabenspektrum umfasst gleichfalls die Bewirtschaftung aller dem LVwA als zentraler Bündelungsbehörde für die Erfüllung der Fachaufgaben zugewiesenen Planstellen und Stellen, deren sachgerechte Verteilung und Verwendung sowie die Erfüllung der durch Kabinettsbeschlüsse auferlegten Einsparquoten.

Die organisatorische Anpassung der Strukturen, die Durchführung von Organisationsuntersuchungen zur Feststellung des Stellen- und Personalbedarfs, die Fortführung der internen Aufgabenkritik unter der Maßgabe des Personalentwicklungskonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Begleitung der Veränderungen im Rahmen des 2. Funktionalreformgesetzes gehörten zu den Tätigkeitsschwerpunkten des vergangenen Jahres.

Insbesondere die organisatorische Vorbereitung und Umsetzung des Übergangs von Aufgaben im Rahmen des Funktionalreformgesetzes aus den Abteilungen 2, 4 und 6 in die Landkreise, kreisfreien Städte und Kommunen haben im Jahr 2009 zu größeren strukturellen Veränderungen in den Abteilungen und Referaten geführt.

Veränderungen im Stellenbestand des LVwA:

Kapitel	Anzahl der Planstellen/ Stellen		Anzahl der Stellen - TGr. 96 ****		
	1.1.2009	1.1.2010	1.1.2008	1.1.2009	1.1.2010
0310 (MI-LVwA)*	1.049	973	109	93	65
Summe der FK** (ohne Ausbildung MK***)	833	777	121	68	39
Insgesamt	1.882	1.750	230	161	104

* MI - Ministerium des Innern

** FK - Fachkapitelstellen, die den anderen Ministerien zugeordnet sind

*** MK - Kultusministerium

**** TGr. - Titelgruppe (Einsparquote)

Dies betraf u. a. die Ausgliederung der Aufgaben

- nach dem Bundeselterngeldgesetz,
- der Aufsicht über Kindertagesstätten,
- nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz,
- nach dem Naturschutzgesetz sowie
- nach dem Futtermittelrecht.

Gleichfalls sind durch das Referat Organisation, Informationstechnik alle durch Gesetze und Erlasse dem LVwA neu zugewiesenen Aufgaben organisatorisch den fachlich zuständigen Referaten zuzuordnen und die organisatorischen und stellentechnischen Voraussetzungen für deren sachgerechte Erledigung zu schaffen.

Beispiele hierfür sind die Umsetzung aller Aufgaben nach dem Konjunkturpaket II, die EU-Förderprogramme oder die EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Der Prozess der ständigen organisatorischen Veränderung wird auch zukünftig – bedingt durch weitere Aufgabenverdichtungen, Altersabgänge oder neue Aufgaben – zu begleiten sein.

Dem Referat Organisation, Informationstechnik obliegen außerdem die rechtskonforme Bewertung aller Arbeitsplätze der Tarifbeschäftigten und die Bewertung der Dienstposten der Beamten im LVwA sowie - den Befugnissen entsprechend – auch in den nachgeordneten Dienststellen.

Die Zentrale Vordruckstelle als weiterer Aufgabenschwerpunkt sichert für das gesamte Land Sachsen-Anhalt die fachliche und technische Umsetzung der durch Gesetz geregelten Vordrucke und deren Zugriffe durch Bürger und Behörden.

Der Bereich Informationstechnik ist für die gesamte technische Infrastruktur des LVwA und die diesbezügliche strategische Fortschreibung zuständig. Als Servicestelle werden von hier aus alle IT-Nutzer betreut und die Anwendung der ca. 250 Fachverfahren im LVwA gesichert.

Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2009 waren in diesem Bereich beispielsweise die Fortführung der Modernisierung der IT-Infrastruktur, die Begleitung der Funktionalreform, die informationstechnische Absicherung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und anderer neuer Aufgaben oder die Absicherung aller internen Umzüge am Standort Magdeburg.

Referat Innerer Dienst



Referatsleiter Falko Teske
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1249
E-Mail: falko.teske@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Innerer Dienst war auch im Jahr 2009 mit mehreren Umzugsaktionen befasst. So wurden hausinterne Umzügen sowie der Leerzug des Dienstgebäudes Halberstädter Straße 39a in Magdeburg durch das Referat realisiert.

Mit der Kündigung des Mietvertrages über das Dienstgebäude Halberstädter Straße 39a haben sich die Liegenschaften des LVWA in Magdeburg von zwei auf nur noch eine Liegenschaft reduziert.

Zur Vorbereitung der Aufgabe des Gebäudes in der Halberstädter Straße 39a in Magdeburg mussten innerhalb des Dienstgebäudes in der Olvenstedter Straße 1-2 zunächst 316 Arbeitsplätze intern umziehen. Zugleich erfolgte die Sanierung und malermäßige Instandsetzung von 120 Dienstzimmern in der Olvenstedter Straße.

Aus der Halberstädter Straße 39a wurden insgesamt 135 Arbeitsplätze in die Olvenstedter Straße 1-2 umgesetzt. Im Einzelnen wurden unter anderem ca. 3800 m laufende Akten, 500 Schreibtische, 560 Drehstühle, 420 Kleiderschränke sowie 9600 Umzugskartons transportiert.

Im Rahmen der Beschaffung wurden durch das Referat Innerer Dienst im Jahr 2009 insgesamt 158 Beschaffungsmaßnahmen durchgeführt. Beispielsweise fallen hier runter:

- Jahresverträge Geschäftsbedarf, Papier, Verbrauchsmaterial für Faxgeräte und Kopierer sowie Leuchtmittel
- Beschaffung von 220 Bürodrehstühlen.
- Beschaffung von Regalen für die Archive im Dienstgebäude Maxim-Gorki-Straße 7 (Halle)
- Beschaffung von 760 Meter Aktenregale für die Liegenschaft Olvenstedter Str.1-2 (Magdburg) im Rahmen des Umzugs,
- aber auch die Beschaffung von Dienstleistungen, wie den Transport aller Akten aus dem Aufgabengebiet Bundeselterngeld, welches aufgrund des 2. Funktionalreformgesetzes zum 1. Januar 2010 auf die Landkreise und kreisfreie Städte übergegangen ist, an die nun zuständigen Behörden.

Des Weiteren wurden im Jahre 2009 131 Anträge auf Ausstellung von Arbeitsentgeltbescheinigungen unter Berücksichtigung der Ausfallzeiten für die Rentenversicherung bearbeitet.

Referat Personaleinsatz, Personalbetreuung



Referatsleiterin Sabine Quest

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1446

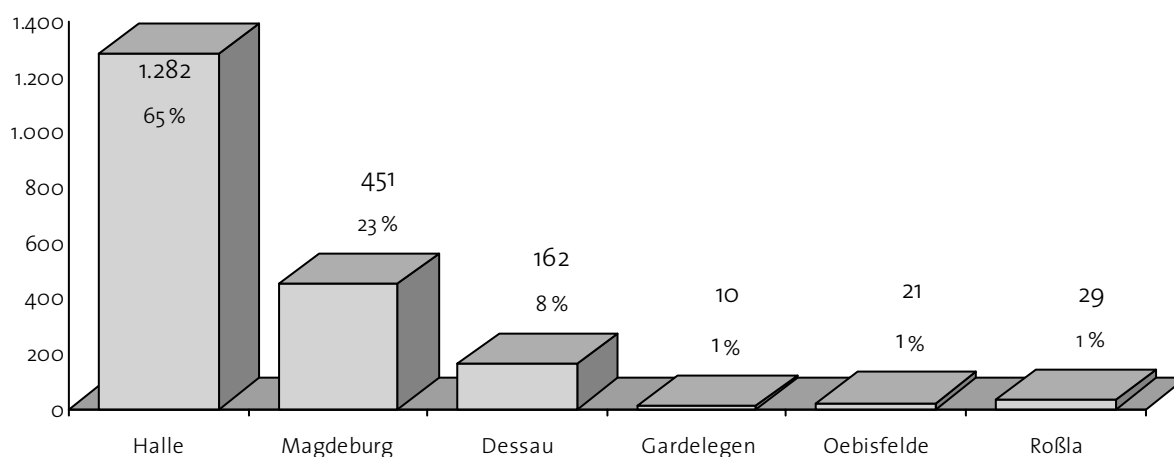
E-Mail: sabine.quest@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat "Personaleinsatz, Personalbetreuung" ist für die Planung, Auswahl und den Einsatz des Personals des Landesverwaltungsamtes - außer Lehrpersonalien- verantwortlich. Hier werden - bis auf die Angelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer- die personellen Belange der Bediensteten der Behörde einschließlich des nachgeordneten Bereiches betreut.

Ausgewählte statistische Angaben

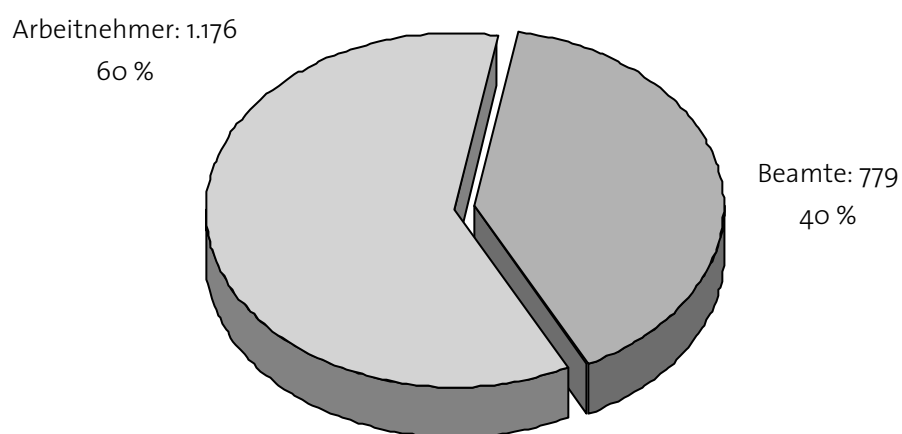
Angabe zum Stand	31.12.2008
Personalbestand	2076
Ausscheiden durch Versetzungen	97
Ausscheiden durch Erreichen der Altersgrenze/nach Altersteilzeit	55
Ausscheiden mit Abfindung	0
Ausscheiden nach Befristung	36
Ausscheiden aus sonstigen Gründen	40
Zugänge	107
Angabe zum Stand 31.12.2009	1.955

Personal LVWA zum 31.12.2009 nach Standorten



Personalbestand zum 31.12.2009	1.955	
davon weiblich	1.332	68,13 %
männlich	623	31,87 %

Personalbestand LVwA zum 31.12.2009 nach Status



Personalbestand zum 31.12.2009	1.955	
davon bis 25 Jahre	12	0,61 %
26 - 30 Jahre	47	2,40 %
31 - 35 Jahre	107	5,47 %
36 - 40 Jahre	167	8,54 %
41 - 45 Jahre	309	15,81 %
46 - 50 Jahre	398	20,36 %
51 - 55 Jahre	366	18,72 %
56 - 60 Jahre	367	18,77 %
61 - 65 Jahre	182	9,31 %

Das Durchschnittsalter beträgt 49 Jahre.

Referat Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung



Referatsleiterin Angela Schreck

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1290

E-Mail: angela.schreck@lvwa.sachsen-anhalt.de

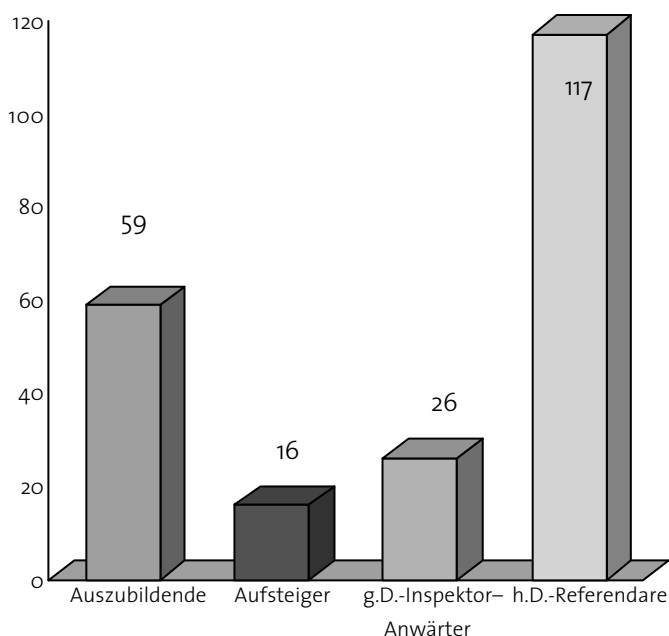
Die vordringliche Aufgabe dieses Referates ist es, die vorhandenen Fähigkeiten und Neigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erkennen, zu entwickeln und sie mit den jeweiligen Anforderungen der Arbeitsplätze bzw. Dienstposten in Übereinstimmung zu bringen. Es ist zuständig für die Auszubildenden, Anwärter, Referendare, Aufstiegsbeamten in eine höhere Laufbahn und Praktikanten während ihrer Ausbildung im Landesverwaltungsamt.

Im Rahmen der Aufgaben als Landesvormerkstelle werden Soldaten auf Zeit beraten und gemäß § 10 Soldatenversorgungsgesetz (SVG) in den öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt auf Vorbehaltsstellen eingegliedert.

1. Ausbildung

Im Jahr 2009 absolvierten insgesamt 218 Personen in verschiedenen Ausbildungsrichtungen ihre Ausbildung bzw. einen Teil dieser im Landesverwaltungsamt.

Darüber hinaus nutzten 79 Schüler, Studenten usw. die Möglichkeit, durch ein Praktikum die Arbeit in der Verwaltung kennen zu lernen sowie berufliche Erfahrungen und Kenntnisse zu sammeln.



Auszubildende : 59

davon Verwaltungsfachangestellte: 53

- Fachinformatiker für Systemintegration: 4
- Fachangestellte für Bürokommunikation : 2

Aufsteiger in den gehobenen und in den höheren allg. Verwaltungsdienst: 16

- davon in den gehobenen Dienst (gD): 12
- in den höheren Dienst (hD): 4

g.D. - Inspektor-Anwärter: 26

davon Umwelterinspektor-Anwärter: 9

- Landwirtschaftsinspektor-Anwärter: 4
- Vermessungsinspektor-Anwärter: 8
- Bauinspektor-Anwärter: 5

■ h.D. - Referendare: 117

davon Baureferendare: 7

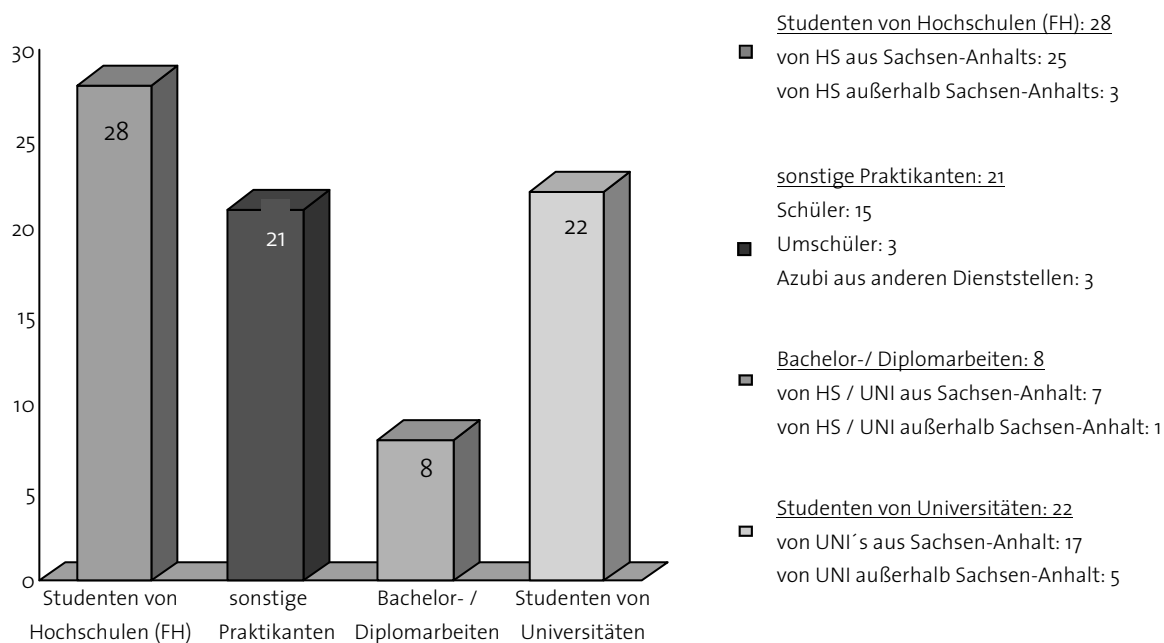
Landwirtschaftsreferendare: 3

Vermessungsreferendare: 3

Veterinärreferendare: 4

Rechtsreferendare: 100

Praktikumsverträge

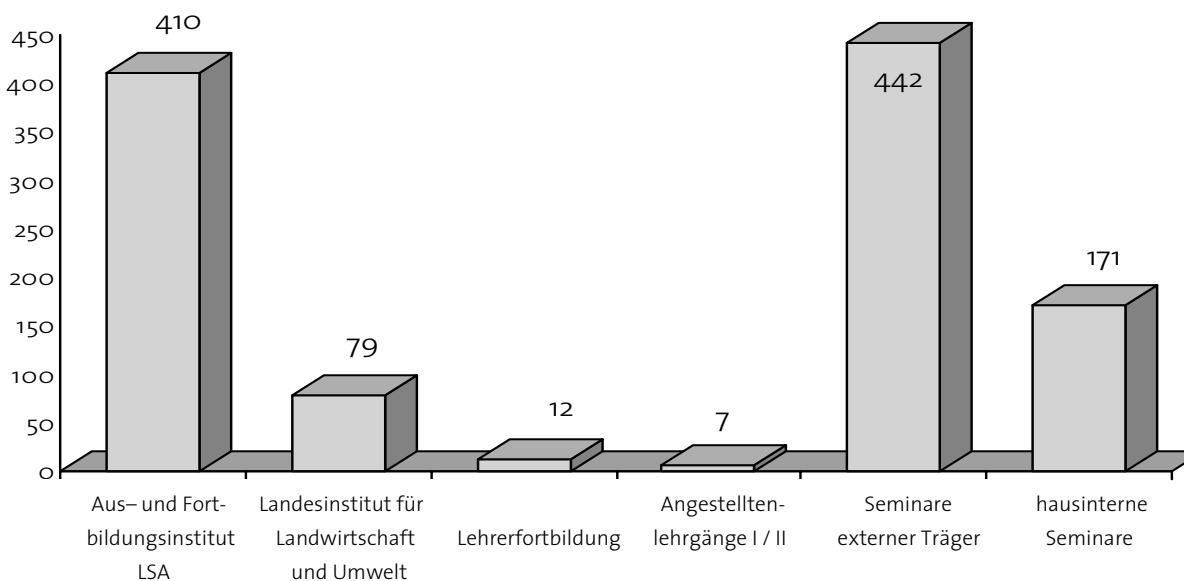


2. Fortbildung

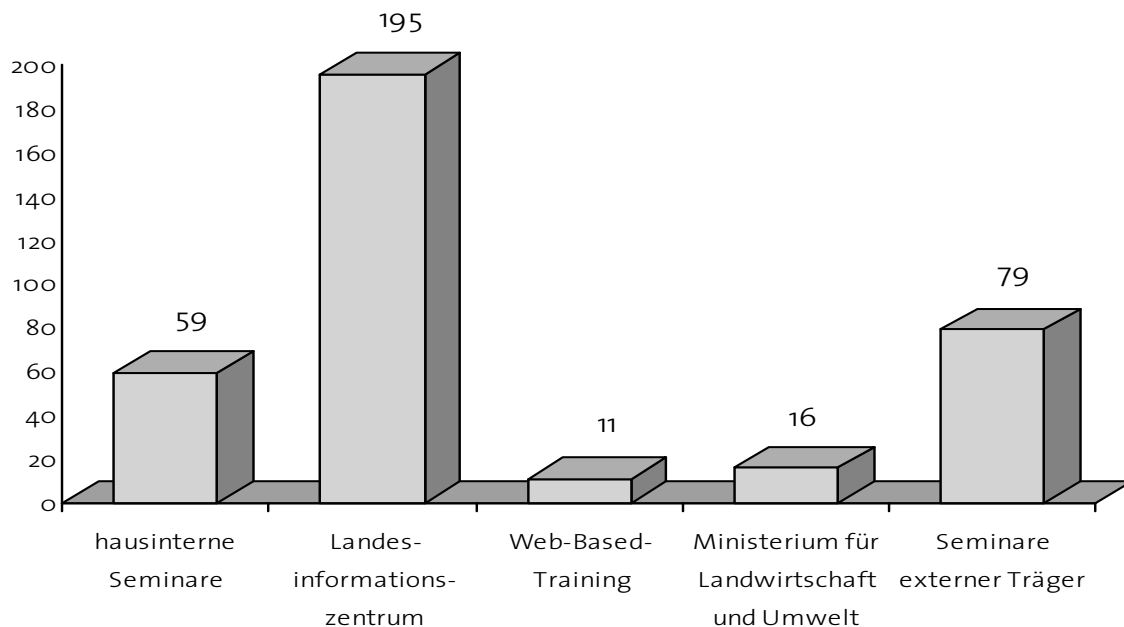
Im Jahr 2009 erfolgten auf der Grundlage einer entsprechenden Bedarfsanalyse im Ergebnis der jährlichen Fortbildungsgespräche zwischen Mitarbeiterinnen und Vorgesetzten 1121 Entsendungen zu Fortbildungsveranstaltungen des Landes, externen Fortbildungsträgern sowie zu diversen hausinternen Fortbildungsseminaren.

Darüber hinaus nahmen 360 Mitarbeiter an hausinternen IT- Seminaren, IT- Seminaren des Landesinformationszentrums (LIZ), der Ministerien, externer Fortbildungsträger sowie am Web Based Training (WBT) teil.

Fortbildungsveranstaltungen - außer IT (1.121 Teilnehmer)



IT-Fortbildung (360 Teilnehmer)



3. Personalentwicklung

Neben einer bedarfsgerechten Fortbildung, den Maßnahmen der Aufstiegsförderung für Beschäftigte und Beamte wurde u.a. das Gesundheitsmanagement im Landesverwaltungsamt (GML) als ein Instrument der Personalentwicklung auch im Jahr 2009 fortgeführt. Die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und damit der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit bis zum Rentenalter im Interesse der Beschäftigten und der Dienststelle ist gerade in Zeiten der Arbeitsverdichtung durch Personalabbau bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs ein grundlegendes Ziel der Gesundheitsförderung und somit eine wesentliche Voraussetzung für eine moderne, leistungsfähige und innovative Dienstleistungsbehörde.

Maßnahmen, wie die Beratung durch eine Ernährungswissenschaftlerin hinsichtlich gesunder Kost in den Kantinen, der Gefährdungsanalyse von Arbeitsplätzen einschließlich der Umsetzung entsprechender Maßnahmen, flexible Arbeitszeiten, Heim- und Telearbeit sollen der Senkung gesundheitsbelasteter Arbeitsbedingungen und der Verbesserung der Arbeitszufriedenheit dienen. Auf der Grundlage des § 84 Abs. 2 SGB IX wurde auch das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) fortgeführt. Seit der Einführung des BEM im Jahr 2007 verringerte sich die Zahl der Langzeiterkrankten im LVWA.

4. Vormerkstelle nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG)

Die Landesvormerkstelle betreute im Jahr 2009 459 eingliederungsberechtigte Soldaten. Im Rahmen ihrer Aufgaben wurden 193 Bewerbungen von Soldaten auf Zeit auf Vorbehaltsstellen im öffentlichen Dienst bearbeitet. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um ca. 25 v. H. und zeigt, dass der öffentliche Dienst für die Soldaten auf Zeit weiter an Attraktivität gewonnen hat.

Referat Justitiariat



Referatsleiter Michael Wersdörfer
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-3857
 E-Mail: michael.wersdoerfer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Justitiariat ist zuständig für allgemeine Rechtsangelegenheiten des Landesverwaltungsamtes, den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich und die Enteignungsverfahren. Rechtsangelegenheiten sind zivilrechtliche Streitigkeiten, Überprüfung von Gerichts- und Anwaltskosten und Prüfung strafrechtlich relevanter Sachverhalte. Im Bereich Datenschutz wird das Einhalten der bundes- und landesrechtlich relevanten Bestimmungen überwacht, wobei das Referat sowohl von Amts wegen als auch auf Hinweise und Beschwerden hin tätig wird. Weiterhin werden die Enteignungsverfahren einschließlich der Besitzeinweisungs- und Entschädigungsverfahren durchgeführt.

Ausgewählte statistische Angaben

Rechtsangelegenheiten 2005-2009

	2005	2006	2007	2008	2009
Rechtsfragen	123	278	234	187	203
Strafanzeigen	12	25	26	18	9
Zivilrechtliche Streitigkeiten/ Schadensersatz	7	12	15	24	25
Verkehrsunfälle	3	-	8	5	3
sonstige Gerichtsverfahren	-	3	-	-	-
Insolvenzverfahren	3	3	5	1	1
Bevollmächtigungen	58	57	39	27	21

Strafanzeigen 2006-2009

	2006	2007	2008	2009
Arzneimittelgesetz	2	1	4	1
Subventionsbetrug	9	8	1	2
Betrug	6	4	4	1
Diebstahl	4	4	3	2
Unerlaubtes Betreiben von Anlagen	0	2	1	1

Verfahren nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz 2005-2009

	2005	2006	2007	2008	2009
Neueingänge	223	465	1079	768	951
laufende Verfahren	360	609	495	1523	1.647
abgearbeitete Verfahren	165	216	441	529	902

Beschwerdeverfahren im Datenschutz 2006-2009

	2006	2007	2008	2009
Erheben von Daten	11	101	22	20
Speichern von Daten	6	5	8	9
Übermitteln von Daten	12	11	19	25
Auskunftsrecht	1	3	1	6
Nutzung persönlicher Daten	12	12	8	15
Videoüberwachung	6	4	14	10
sonstige	1	1	1	3
Abgabe zuständigkeitshalber				13

Beratungsanfragen im Datenschutz 2009

Erhebung von Daten	4	Videoüberwachung	3
Speicherung von Daten	3	Datenschutzbeauftragter	8
Übermittlung von Daten	9	Sonstiges	7
Nutzung von Daten	3		

Ordnungswidrigkeitenverfahren im Datenschutz 2006-2009

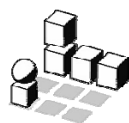
	2006	2007	2008	2009
neue Verfahren	6	6	3	6
laufende Verfahren	11	6	11	12
abgeschlossene Verfahren	2	4	2	2

Verfahren nach dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt 2009

Verfahren	10
Widerspruchsverfahren	4

Enteignungen 2005-2009

	2005	2006	2007	2008	2009
Neueingänge	29	84	71	62	81
offene Verfahren insgesamt	115	128	117	79	80
davon anhängige Gerichtsverfahren	17	21	8	7	8
abgeschlossene Verfahren	169	105	77	109	82



Abteilung 2 - Bau und Ordnung

Abteilungsleiterin
Dr. Annekatriin Preuße
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1201

E-Mail: annekatriin.preusse@lvwa.sachsen-anhalt.de

Referat Hoheitsangelegenheiten, Gefahrenabwehr, Ausländerangelegenheiten

Referat Brand- und Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, militärische Angelegenheiten

Referat Verbraucherschutz, Veterinärangelegenheiten

Referat Bauwesen

Referat Städte- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Schulbauförderung

Referat LARoV* - Vermögensrecht

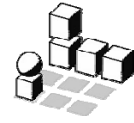
Referat LARoV - Singularentschädigung

Referat LARoV - Unternehmensentschädigung

Referat Integration, Aussiedler, 2. SED-UnBerG

* LARoV - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen

Referat Hoheitsangelegenheiten, Gefahrenabwehr, Ausländerangelegenheiten



Referatsleiter Achim Kühne
Olvenstedter Straße 1-2
39108 Magdeburg
Tel.: (0391) 567-2242
E-Mail: achim.kuehne@lvwa.sachsen-anhalt.de

Die Aufgaben des Referates bestehen in der allgemeinen und besonderen Gefahrenabwehr, Ausländerfragen sowie Hoheitsangelegenheiten.

Aufgaben der Gefahrenabwehr u.a.:

- die Allgemeinen Angelegenheiten des Gefahrenabwehrrechts und des Ordnungswidrigkeitsrechts
- das Vereins- und Versammlungsrecht
- das Glücksspiel-, Buchmacher- und Totalisatorenwesen
- das Waffen- und Sprengstoffrecht/die Kampfmittelbeseitigung
- externe Alarm- und Gefahrenabwehrpläne

Aufgaben im Bereich Ausländer u.a.:

- Widerspruchs- und Kostenbescheide nach dem Aufenthaltsrecht
- Petitionen, Eingaben, Fachaufsichtsbeschwerden über die Ausländerbehörden
- Zustimmungsverfahren nach der Arbeitsaufenthaltsverordnung
- Verteilung und Umverteilung von Ausländern
- Aufsicht über die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) und die Zentrale Abschiebestelle (ZABSt), Sonderprojekt Zentrale Ausreisereinrichtung (GU-ZAST)
- Erstattung von Verwaltungskosten und Kosten für die ZAST, Einnahme Abschiebekosten
- Abschiebung und Zurückschiebung (Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany)

Aufgaben im Bereich Hoheitsangelegenheiten u.a

- das Standesamts- und Personenstandswesen
- das Einbürgerungsrecht
- die Konsularangelegenheit
- Ordensanregungen
- Auszeichnungen und Ehrungen
- das Melde-, Pass- und Personalausweiswesen
- Durchführung des Gräbergesetzes (Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft)
- Zuwendungen für Opferverbände

I. Allgemeine Angelegenheiten des Gefahrenabwehrrechts 2009

Verfahren	Bestand	Erledigung	Offene Verfahren
A) Widerspruchsverfahren (einschl. Kostenfestsetzungsbescheide)			
– Abschleppfälle	78	34	44
– Vorfälle mit Hunden nach GefHuG	28	10	18
– Gebäudesicherung	3	2	1
– Schulpflicht	1	1	0
– Waffen-/Sprengstoffrecht	29	21	8
– Sonstige	18	14	5
B) Petitionen / Eingaben / Kl. Anfrage	21	21	0
C) Erstzuständigkeits- und Fachaufsichtsangelegenheiten			
Freischaltungen Hunderegister	369	369	0
Rundverfügungen	23	23	0
Infoveranstaltungen	3	3	0
Auszahlungsanordnungen	256	256	0
Annahmeanordnungen	52	52	0
Problematische Einzelfälle	157	126	31
Vertragsabschlüsse praktische Sachkundeprüfungen	20	20	0
Sonstige Fachaufsichts- und Grundsatzangelegenheiten u. a. Vollzugsbeamte der Verwaltungsbehörden der Gefahrenabwehr, Fachaufsicht fließender und ruhender Verkehr, Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Graffiti-GAVO, Schulpflicht - Grundsatzfragen/ Widerspruchsverfahren	57	46	11
D) Presserecht des Landes / Rundfunkgebührenstaatsvertrag	16	16	0
E) Ordnungsamtsleitertagungen/ Landesarbeitskreis Umwelt	-	2/1	-

Externe Alarm- und Gefahrenabwehrpläne

Aufgrund der Seveso-II-Richtlinie sind für störfallrelevante Betriebe externe Alarm- und Gefahrenabwehrpläne zu erarbeiten.

Anzahl maßgeblicher Betriebe	61
abgeschlossene Verfahren	35
Prüfungsphase Landkreise	0
Prüfungsphase LVwA	26

II. Ordnungsrechtliche Verfügungen im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen

Maßnahmen gegen Gewalttäter „Sport“ im Jahre 2009 in der laufenden Spielsaison als Fachaufsichtsbehörde.

Polizeidirektion	Gefahrenprognosen	erlassene Ordnungsverfügungen
Nord	62	43
Süd	92	43 (zzgl. 36 ohne Zutun / Gefahrenprognose der PD Süd)
Ost	0	0
gesamt	154	122
Widersprüche gegen die Ordnungsverfügungen		0

III. Glücksspielwesen

Verfahren	Gewerbliche Spielvermittlung	Lotto / SKL*	Poker	Lotterien/ Ausspielungen
Anzahl gesamt	25	65	6	1
davon Erstbescheid LVwA	12	50	0	1
laufende Verfahren	13	15	0	0
Fachaufsichtliche Begleitung	0	0	6	0
Laufende Verfahren Fachaufsicht	0	0	0	0
Rundverfügungen		0	2	0

* einschließlich 383 Kontrollen der Lottoannahmestellen LSA

IV. Spielrecht - Zuständigkeit für die §§ 33c bis 33i, 14 Abs. 3 GewO im Jahr 2009

	Rundverfügungen	Widerspruchsverfahren
	1	8
in Bearbeitung		2
erledigt		6

V. Buchmacherwesen und Rennvereine 2009

	Neuerteilungen/ Änderungen	Verlängerungen	a) Klagerverfahren b) Widersprüche
Buchmacher/- gehilfenerlaubnisse	0/1	1	-
Rennvereine	0/0	1	-

VI. Sperrzeitenrecht

Sperrzeitenverkürzung

beantragte Zustimmungen	a) Zustimmung b) Ablehnung	laufender Verfahren	Rundverfügungen
3	a) 3 b) -	-	-

VII. Sonn- und Feiertagsrecht

fachaufsichtliche Weisungen (schriftlich)	Rundverfügungen
4	1

VIII. Versammlungsrecht

Angemeldete Versammlungen	862
"rechte" Versammlungen (NPD usw.)	37
Fachaufsichtlich vom LVwA begleitete	
a) "rechte" Versammlungen	15
b) zu verbotende Skinheadkonzerten	3
aufgelöste/verhinderte	
a) "rechte" Versammlungen	0
b) zu verbotende Skinheadkonzerten	1
Allgemeinverfügungen Verbot	2

IX. Bestattungswesen

fachaufsichtliche Weisungen (schriftlich)	Widerspruchsverfahren
2	a) insgesamt 5
	b) offen 1
	c) erledigt 4

X. Allgemeine Hoheitsangelegenheiten

Verfahren	abgeschlos- sen 2008	Offene Vor- gänge am 1.1.2009	Neuein- gänge 2009	abgeschlos- sen 2009	Offene Vor- gänge Stand 1.1.2009
Einbürgerung	29	51	0	33	18
Ordensangelegenheiten	61	13	53	53	13
Widersprüche Namens- recht	9	14	1	8	7
Widersprüche Melde-, Paß- und Ausweisrecht	0	0	3	0	3
Anerkennung ausländi- scher Entscheidungen Ehe- sachen	72	11	41	38	14
Zuwendungen an Opfer- verbände	6	0	5	5	0
Beglaubigungen, Apostille	2.037	0	2.003	2.003	
Alters- und Ehejubiläen	9.416	0	9.719	9.719	
Zustellersuchen	667	23	680	680	
Ruherechtsentscheidun- gen	0	7	2	0	9

Seit Juli 2006 erfolgt beim Landesverwaltungsamt die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit (Aushändigung der Einbürgerungsurkunde) in einer feierlichen Zeremonie. Insgesamt haben 2009 in den drei durchgeführten Feierstunden 17 ausländische Staatsangehörige die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

XI. Widersprüche und Petitionen im Ausländerecht

Verfahren	Bestand 1.1.2009	Neuzugänge	Erledigung	Offene Ver- fahren 31.12.2009
Widersprüche im Ausländerrecht (einschließlich Wohnsitznahmen)	510	362	377	353
Petitionen	4	10	14	0
Eingaben	9	4	12	1

XII. Wohnsitznahmeverfügung in die Gemeinschaftsunterkunft /Zentrale Ausreisereinrichtung (vormals GU-ZAST)

neue Anträge der Landkreise auf Zuweisung in die Ausreisereinrichtung	4
davon Zustimmung LVwA	0
davon Ablehnung LVwA	3
Zuweisungen in die Ausreisereinrichtung insgesamt *	254
davon Zuweisung nicht nachgekommen	24
davon (in der Ausreisereinrichtung) aufhältige Ausländer*	94
davon Identitätsfeststellungen *	60
davon abgeschobene Ausländer *	38
davon Sonstige*	38

* Stand 31.12.2009

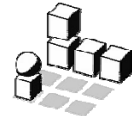
XIII. Fachaufsicht über die Ausländerbehörden

Beanstandung der Fachaufsicht	60
Geschäftsprüfungen bei den Ausländerbehörden	1
Zustimmungsvorbehalte gegenüber Ausländerbehörden	0

XIV. Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt (ZAST)

Aufnahme von Asylbewerbern	1153
davon Männer	660
davon Frauen	204
davon Kinder	289
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	+20,1%
Zuweisungen in die Gemeinschaftsunterkunft GU-)ZAST	417

Referat Brand- und Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, militärische Angelegenheiten



Referatsleiter Detlev Mrusek
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-2567
E-Mail: detlev.mrusek@lvwa.sachsen-anhalt.de

Die Schwerpunkte im Referat liegen in:

- im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes Beteiligung in Genehmigungsverfahren
- Fachaufsicht über die Brandschutzprüfer der Landkreise und kreisfreien Städte
- Anordnung, Genehmigung und Überprüfung von Werkfeuerwehren
- Angelegenheiten des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung
- Fachaufsicht über die Landkreise/kreisfreien Städte im Katastrophenschutz, Katastrophenschutzplanung und Betreuung der Katastrophenschutzes
- Förderung des Brand- und Katastrophenschutzes
- Zivilschutz,
- Bindeglied zwischen ziviler und militärischer Seite, Wahrnehmung der Fachaufsicht und Bearbeitung von Widersprüchen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, Genehmigungen sowie sonstige Maßnahmen bei Manövern und Übungen der Bundeswehr sowie Streitkräfte anderer Länder

Katastrophenschutz

Seit 2005 ist durch die Änderung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 28. Juni 2005 das Landesverwaltungsamt obere Katastrophenschutzbehörde. Damit ist neben einem Aufgabenzuwachs auch ein Verantwortungszuwachs verbunden. War bislang das Landesverwaltungsamt bei der Katastrophenabwehr weitgehend auf eine unterstützende und Fachaufsicht ausübende Tätigkeit beschränkt, kann nunmehr auch aktiv in die Katastrophenbewältigung eingegriffen werden. Dies ist naturgemäß von mehreren Voraussetzungen abhängig.

Schwerpunkt der Arbeit war in diesem Jahr, neben der Vorbereitung und Durchführung einer Katastrophenschutzübung, die Leitung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, welche Empfehlungen sowohl für die Umsetzung des ergänzenden Katastrophenschutzes (Bund) als auch für ein zukunftsorientiertes Landeskonzzept (Notfall- und Katastrophenvorsorgesystem) erarbeitete. In Umsetzung dieser Neukonzeption wurden in diesem Jahr bereits 11 fabrikneue Krankentransportfahrzeuge (KTW Typ B) an verschiedene untere Katastrophenschutzbehörden des Landes übergeben und eine größere Anzahl von ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-ErkKW) befinden sich derzeit in einem Nachrüstungsprogramm (Upgrade der Messausstattung).

Förderung des Brand- und Katastrophenschutzes

Im Haushaltsjahr 2009 wurden 7 Zuwendungsbescheide über insgesamt 158.917,53 Euro zur Förderung des Katastrophenschutzes erteilt. Schwerpunkte waren hier der weitere Aufbau von Wasserrettungszügen, sowie des Sanitätsdienst. Empfänger der Zuwendungen waren die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen sowie untere Katastrophenschutzbehörden.

Für den Bereich des Brandschutzes wurden im Haushaltsjahr 2009 31 Zuwendungsbescheide über insgesamt 3.897.000 Euro erteilt.

Davon waren 27 Bescheide für das Haushaltsjahr 2009 über eine Gesamtsumme von 3.236.000 Euro und vier Zuwendungsbescheide für 2010 über 661.000 Euro.

Gefördert wurden vorrangig die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen sowie Baumaßnahmen für Feuerwehrrhäuser.

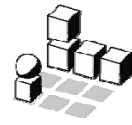
Militärische Angelegenheiten

Schwerpunkte sind hier die Bearbeitung von Widerspruchsbescheiden nach dem Unterhaltssicherungsgesetz sowie die Entgegennahme der Anmeldung und Genehmigung von Manövern und militärischen Übungen.

Unterhaltssicherungsbehörden sind die Landkreise und kreisfreien Städten als Erstbescheider. Nur ein geringer Anteil der Bescheide wird angefochten. Bei diesen Vorgängen handelt es sich in der Regel um schwierige Vorgänge. Insgesamt wurden 2009 17 Widerspruchsbescheide erteilt.

2009 wurden insgesamt 27 Manöver und militärische Übungen angemeldet.

Referat Verbraucherschutz, Veterinärangelegenheiten



Referatsleiter Dr. Reinhard Stehmann
Dessauer Straße 70
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1605
E-Mail: reinhard.stehmann@lvwa.sachsen-anhalt.de

Tierseuchenbekämpfung u. a.:

- Überwachung der Bekämpfung von anzeige- und meldepflichtigen Tierseuchen bei Nutz, Wild- und Heimtieren in Sachsen-Anhalt
- Anleitung und Koordinierung der Zoonosebekämpfung insbesondere bei Geflügel und Schweinen, unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Bekämpfungsprogramme für Hühnerzuchtgeflügel, Legehennen und erstmals 2009 Masthähnchen
- Entscheidung über Anträge des innergemeinschaftlichen Verbringens und bei der Ein- und Ausfuhr von Tieren, Waren und Tierseuchenerregern
- Durchführung von Verfahren zur Zulassung von Tierhaltungsbetrieben, Besamungsstationen und Zoologischen Gärten für den innergemeinschaftlichen Handel einschl. Kontrollen



Tierseuchenübung 2009

Übersicht der Neuinfektionen anzeigepflichtiger Tierseuchen

	2009	2008	2007	2006
TSE (Transmissible Spongiforme Enzephalopathie)	0	0	0	1
BHVI-Infektion des Rindes (Bovine Herpesvirus Typ I)	2	1	2	1
Salmonellose des Rindes	4	3	3	13
Amerikanische Faulbrut der Bienen	5	0	1	2
BVD (Bovine Virus Diarrhoe)	38	44	47	27
IHN (Infektiöse Hämatopoetische Nekrose der Salmoniden)	0	0	0	1
VHS (Virale Hämorrhagische Septikämie der Salmoniden)	1	0	2	1
KHV (Koi-Herpesvirus-Infektion bei Koikarpfen)	3	5	7	1
Aviäre Influenza	0	1	220	0
Bluetongue Disease	13	60	47	0

Tierische Nebenproduktbeseitigung

- Zulassung von Betrieben und Anlagen zur Nebenproduktverarbeitung und -beseitigung sowie Registrierung von Betrieben, die tierische Nebenprodukte befördern
- Abgabe von 46 Stellungnahmen nach BImSchG und Baurecht zum Bau und Betrieb von Biogasanlagen, die mit tierischen Inputstoffen nach dem TierNebG arbeiten

Pflanzliche Lebensmittelüberwachung, Bedarfsgegenstände, Kosmetika u.a.

- Planung und Koordinierung der Probenuntersuchung und amtlichen Kontrollen auf der Grundlage des Bundesweiten Überwachungsplans (BÜp)
- Planung und Koordinierung der Probenahme für das bundesweite, jährliche Lebensmittel-Monitoringprogramm für die Überwachung der Lebensmittel auf Rückstände
- In Zusammenhang mit dem Landesprogramm „Schwerpunktaufgaben“ und des BÜp erfolgte außerdem die Teilnahme an 20 Vor-Ort-Kontrollen, im Rahmen sogen. Teamkontrollen, zur Überprüfung der Rückverfolgbarkeitssysteme und HACCP-Konzepte der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeunternehmen sowie Allergenkennzeichnung

- Bearbeitung zahlreicher EU-weiter Beanstandungen auf Grund von nicht sicheren Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln, infolge von Meldungen im EU-Schnellwarnsystem RASFF, bei denen auch Deutschland betroffen war, einschließlich Kontrolle und Koordinierung von Rückrufaktionen
- Mitarbeit im Rahmen der EU-Initiative „Better Training for Safer Food“ (BTSF) in der Funktion als Landeskontaktstelle für Sachsen-Anhalt mit der Aufgabe, über die von der EU angebotenen Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen auf den Rechtsgebieten Tierseuchen, Tierarzneimittel, Tiererschutz, Futtermittel, Ein- und Ausfuhr sowie Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände zu informieren und die Teilnahme möglicher Landeskandidaten zu koordinieren und zu organisieren.
- Planung und Koordinierung der berufspraktischen Ausbildung für staatlich geprüfte Lebensmittelchemiker/innen im Vollzug der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung des Landes Sachsen-Anhalt

Lebensmittelhygiene / Fleischhygiene u. a.

- Im Rahmen von Teamkontrollen wurden in insgesamt 8 Fleisch- und Fischverarbeitungsbetrieben sowie in Milchbe- und verarbeitungsbetrieben wurden die Voraussetzungen für die Teilnahme am innergemeinschaftlichen Handelsverkehr überprüft.
- Durchführung der Fortbildung von 100 Lebensmittelkontrolleuren gemäß Lebensmittelkontrolleur-Verordnung
- Vorbereitende Organisation der Akkreditierung amtlicher Laboratorien, die Untersuchungen auf Trichinellen durchführen.
- Im Rahmen der Fachaufsicht wurde die Untersuchung von 21 lebensmittelbedingten Erkrankungen mit 188 Erkrankten, davon 10 hospitalisiert, überwacht.
- Es wurden durch die Planung, Zuweisung und Überwachung der Probenahme zum Nationalen Rückstandskontrollplan 2009 sowie mehrjährigen Nationalen Rückstandskontrollplan die Voraussetzungen für die entsprechende Überwachung der Lebensmittelsicherheit nach EU-Recht geschaffen.
- Teilnahme am Schulprojekt Sozialkunde- / Rechtskundeunterricht des Landesverwaltungsamtes (5 Unterrichtsstunden)

Das Referat als Genehmigungsbehörde

Rechtsgebiet	Anzahl Zulassungen		Anzahl Genehmigungen	
	2008	2009	2008	2009
Fleisch- und Geflügelfleischhygienerecht	13	105	7 ¹⁾	6 ¹⁾
Lebensmittelhygienerecht	2	17	15 ¹⁾	2 ¹⁾
Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände-, Weinrecht	3	5	6	2
Futtermittelrecht	3	3	2	2
Tierseuchenrecht einschließlich Binnenmarkt tierseuchenschutzverordnung	7	11	253	26
Nebenproduktbeseitigungsrecht	28	13 ⁴⁾	7	9
Tierschutzrecht	23 ²⁾	29 ²⁾	62	48
Arzneimittelrecht	91 ³⁾	165 ³⁾	2	2 ⁵⁾

1) Teamkontrollen

2) tierschutz- und tierseuchenrechtliche Stellungnahmen nach BimSchG

3) Kontrollen tierärztlicher Hausapotheken

4) mit Registrierungen von Betrieben, die tierische Nebenprodukte befördern

5) Genehmigungen im Zusammenhang mit der Einfuhr von Tierimpfstoffen

Futtermittelüberwachung, HIT (Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere) – Datenbank, Cross Compliance u. a.

- Registrierung und Zulassung von Futtermittelunternehmen nach der VO (EG) Nr. 183/2005 (Futtermittelhygieneverordnung);
- Koordination der Überwachung von Rückrufverfahren von nicht sicheren Futtermitteln
- Zulassungen von Kennzeichnungselementen, wie Ohrmarken, Chips, Transponder und Boli für Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen für das Inverkehrbringen in Sachsen-Anhalt nach dem Tierseuchenrecht
- Durchführung der Risikoanalyse für den Bereich der Nichtprämienbetriebe der Schaf- und Ziegenhalter gemäß der VO (EG) Nr. 1505/2006
- Fachaufsicht gegenüber den Landkreisen / kreisfreien Städten bei der Dokumentation der Blauzungenimpfungen in der HIT-Datenbank
-

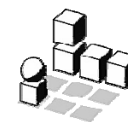
Tierschutz, u. a.

- Genehmigung von 48 Versuchen mit Tieren nach dem Tierschutzgesetz
- Bearbeitung von 41 anzeigepflichtigen Tierversuchen
- Geschäftsführung der Tierschutzethikkommission (2009: 5 Sitzungen)
- Einbindung in 29 Verfahren nach dem BImSchG bezüglich Tier- und Tierseuchenschutz (Stellungnahmen/Genehmigungen)

Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Tierimpfstoffen, u. a.

- Kontrollen tierärztlicher Hausapotheken turnusmäßig sowie bei Verdacht auf Verstöße gegen geltendes Arzneimittelrecht
- Bearbeitung von erstmaligen Anmeldungen tierärztlicher Hausapotheken und entsprechender Änderungsanzeigen
- Kontrolle der Dokumentation der Anwendung von Tierarzneimitteln bei Lebensmittel liefernden Tieren
- Koordinierung der Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und -impfstoffen
- Überwachung von Tierimpfstoffherstellern in Sachsen-Anhalt
- Durchführung von GMP-Inspektionen bei Tierimpfstoffwerken und Erteilung von Herstellungserlaubnissen
- Ausstellung von WHO- und Gesundheitszertifikaten für Tierimpfstoffhersteller
- Bearbeitung von Anträgen auf Einfuhr von Tierimpfstoffen
- Mitarbeit in der Expertenfachgruppe 16 (Tierimpfstoffe) der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Referat Bauwesen



Referatsleiter Prof. Thomas Nestler
 Olvenstedter Straße 1-2
 39108 Magdeburg
 Tel.: (0391) 567-2201
 E-Mail: thomas.nestler@lvwa.sachsen-anhalt.de

Die Schwerpunkte des Referates liegen im öffentlichen Baurecht, dem Bauordnungs- und dem Städtebaurecht.

Als Genehmigungsbehörde ist das Referat im Bereich Bauleitplanung gegenüber den Kommunen zuständig für deren Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, Vorhaben- und Erschließungspläne sowie deren sonstigen städtebaulichen Satzungen nach dem Baugesetzbuch. Weiterhin entscheidet das Referat als obere Bauaufsichtsbehörde über bauordnungsrechtliche Widersprüche, bearbeitet Eingaben und Petitionen und führt die Fachaufsicht über die unteren Bauaufsichtsbehörden des Landes.

Für „Fliegende Bauten“ erteilt das Referat die erforderlichen Genehmigungen. Seit September 2008 werden darüber hinaus in diesem Bereich Gastspielprüfbücher sowie Befähigungszeugnisse für technische Bühnen- und Studiofachkräfte gem. Versammlungsstättenverordnung ausgestellt.

Zum 01.06.2009 wurde im Referat die Fachstelle für Bauordnungsrecht nach § 59 BauO LSA eingereicht, die im Rahmen der vom Landesverwaltungsamt zu führenden fachrechtlichen Anlagenzulassungsverfahren die bauaufsichtlichen Aufgaben und Befugnisse wahrnimmt.

Prüfung von Bauleitplänen und sonstigen städtebaulichen Satzungen im Jahr 2009

Verfahren	geprüft	genehmigt	zurück- gezogen	versagt	verfristet
Bauleitpläne	80	61	19	0	4
davon FNP	61	51	10		3
B-Pläne	19	10	9		1
sonstige städtebaulichen Satzungen	-	-	-	-	-

Verfahren in der oberen Bauaufsicht

Verfahren	offene Vorgänge zum 1.1.2009	Neueingänge 2009	Erledigung 2009	offene Vorgänge zum 31.12.2009
Widersprüche	313	377	394	296
Eingaben und Petitionen	16	29	38	7
Vorgänge der allgemeinen Fachaufsicht	21	103	93	31
Genehmigungen "Fliegende Bauten"	11	147	144	14
Ausstellung von Gastspielprüfbüchern	-	5	5	-
Ausstellung von Befähigungszeugnissen	-	1	1	-

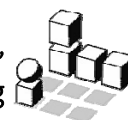
Verfahren	Gesamtanzahl	Erledigung 2009	Offene Vorgänge zum 31.12.2009
fachrechtliche Zulassungsverfahren	100	35	65
baurechtliche Einzelfragen	369	352	17
Baugenehmigungsverfahren	65	25	40
Bauüberwachung	62	5	57
Ordnungswidrigkeitenverfahren	3	-	3

Zu den noch nicht abschließend erledigten fachrechtlichen Anlagenzulassungsverfahren wurden 83 Stellungnahmen zur Vollständigkeit von Antrag und Unterlagen, 12 Stellungnahmen zur Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 8 a BImSchG und 65 sonstige Stellungnahmen abgegeben.

Zu den insgesamt 62 anhängigen Verfahren zur Bauüberwachung wurden in 27 Fällen ordnungsbehördliche Verfahren durch Anhörungen zur beabsichtigten Nachforderung von Nachweisen wegen nicht erfüllter aufschiebender Bedingungen und Auflagen eingeleitet.

Es wurden weiterhin 11 Bescheide über die Erteilung nachträglicher Auflagen auf der Grundlage von Auflagenvorbehalten in den Genehmigungsbescheiden einschließlich der zugehörigen Kostenbescheide erlassen und 18 Prüfaufträge zur bauaufsichtlichen Prüfung von Standsicherheitsnachweisen erteilt.

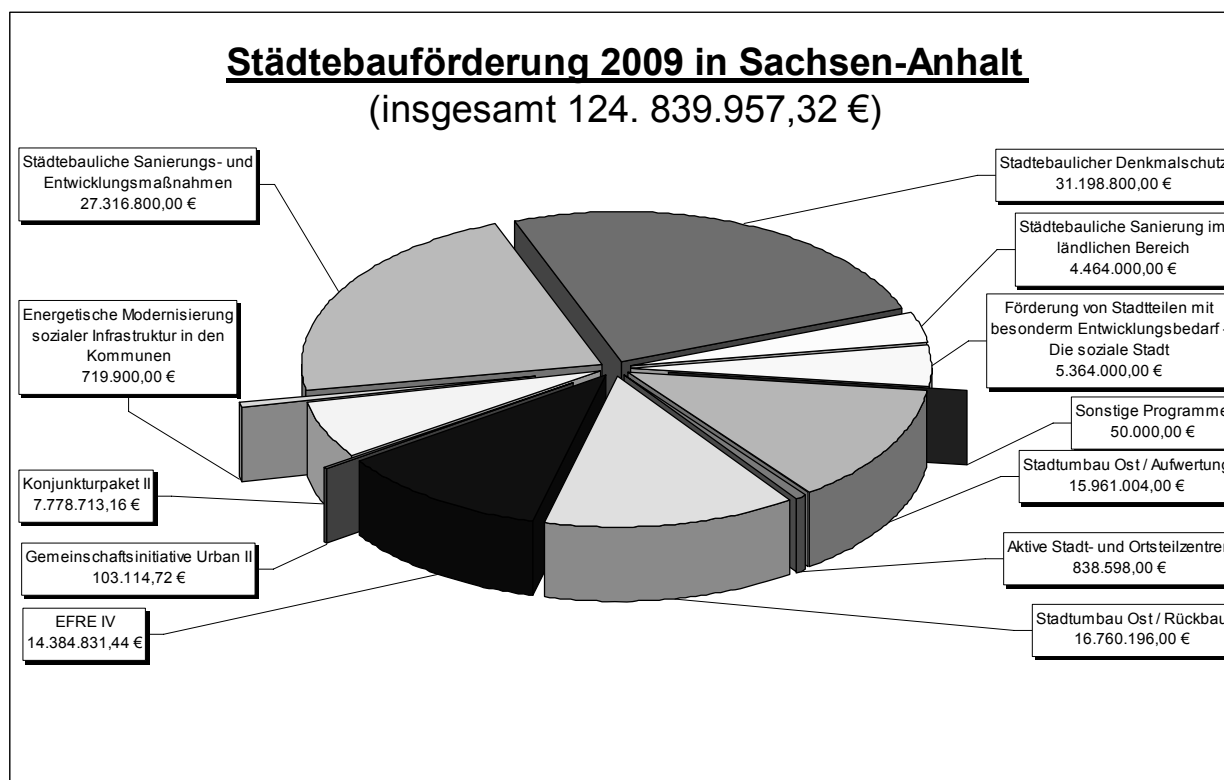
Referat Städte- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Schulbauförderung



Referatsleiterin Gabriele Neugebauer
Olvenstedter Straße 1-2
39108 Magdeburg
Tel.: (0391) 567-2606
E-Mail: gabriele.neugebauer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Städtebauförderung

Im Rahmen der Städtebauförderung können Zuwendungen aus den folgenden Förderprogrammen gewährt werden:



1. Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem BauGB

Das Förderungsprogramm dient der Vorbereitung, Durchführung, Abwicklung und Finanzierung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen gemäß der §§ 136 – 171 BauGB. Dabei wird das durch Satzung festgelegte Sanierungsgebiet als Gesamtmaßnahme gefördert.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	27.316.800,00 €
----------------------------	-----------------

2. Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne

Förderzweck ist die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes als Sonderförderprogramm für die neuen Länder. Augenmerk wird hier vor allem auf den städtebaulichen Aspekt gelegt. Dieser Aspekt gründet immer im flächenmäßigen Zusammenhang der Objekte und dem sich daraus ergebenden erhaltenswerten städtebaulichen Charakter des Gebietes.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	31.198.800,00 €
----------------------------	-----------------

3. Förderung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen im ländlichen Bereich

Dieses Förderprogramm wurde speziell zur Sanierung von Kleinstädten und Gemeinden entwickelt, die nicht ausschließlich landwirtschaftlich strukturiert sind. Fördergegenstand sind hier kleinere Gebiete als in der klassischen Sanierung, die nicht zwingend über eine Satzung festgelegt werden müssen. Ab dem Programmjahr 2008 werden die verfügbaren Fördermittel dieses Programms bei einzelnen Projekten durch Mittel aus dem EFRE IV verstärkt.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	4.464.000,00 €
----------------------------	----------------

4. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt

Gegenstand der Förderung ist das Wohnumfeld und die Schaffung einer zeitgemäßen sozialen Infrastruktur. Dies soll die in den Großwohnsiedlungen weiterhin verstärkt auftretende Abwanderung und die damit einhergehende soziale Segregation stoppen und die Funktionalität der Gebiete erhalten bzw. wieder herstellen.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	5.364.000,00 €
----------------------------	----------------

5. Stadtumbau Ost – Programmbereich Aufwertung

Der Programmteil Stadtteil- / Stadtquartiersaufwertung des Stadtumbau-Ost dient der Wiederherstellung intakter Stadtstrukturen. Durch die Anpassung der Infrastruktur, die städtebauliche Aufwertung städtischer Brachflächen und den gezielten Erhalt stadtbildprägender Gebäude sollen die Quartiere wieder zu attraktiven Wohn- und Lebensstandorten gestaltet werden.

Seit dem Programmjahr 2007 werden die verfügbaren Fördermittel dieses Programms bei einzelnen Projekten durch Mittel aus dem EFRE IV verstärkt. Außerdem werden in diesem Förderprogramm die Projekte der Internationalen Bauausstellung 2010 gefördert, soweit der Projektinhalt über die Förderrichtlinie förderfähig ist.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	15.961.004,00 €
----------------------------	-----------------

6. Stadtumbau Ost – Programmbereich Rückbau

Das derzeit wohl bekannteste Förderprogramm im Bereich der Städtebauförderung soll den durch den zunehmenden Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern entstandenen Überhang an Wohnraum beseitigen und dadurch städtebauliche und stadtbildprägende Missstände beseitigen. Fördergegenstand ist der physische Abriss / Rückbau von leerstehenden und dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungen.

Stadtumbau Ost – Rückbau (ab Programmjahr 2004)	2008	2009
<u>IB Bank</u>	24.518.939,00€	16.760.196,00€

Ab dem Programmjahr 2004 wird das Cashmanagement durch die IB wahrgenommen. Genaue Aussagen zur Auszahlung der Fördermittel an die Kommunen können ab diesem Zeitpunkt nicht mehr gegeben werden.

7. Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Dieses Förderprogramm wird aus dem Förderfonds Sachsen-Anhalt gespeist, der die als Darlehen gewährte Förderung revolving für städtebauliche Einzelvorhaben einsetzt. Hier können erstmalig auch private Bauherren eine Förderung über den Städtebau erfahren, soweit das Einzelvorhaben städtebauliche Ziele realisiert. Der notwendige Darlehensvertrag wird durch das Referat 205 mit dem jeweiligen Investor abgeschlossen und ist nach spätestens 5 Jahren zurückzuzahlen.

8. Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren

Das Förderprogramm dient der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen mit Funktionsverlust der „zentralen Versorgungsbereiche“. Insbesondere durch gewerblichen Leerstand in den zentralen Versorgungsbereichen werden Innenstadtzentren sowie Nebenzentren in Stadtteilen vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Die Fördermittel sollen für die Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standort für Wirtschaft, Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben dienen.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	838.598,00 €
----------------------------	--------------

9. Förderung der energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen

Das Förderprogramm, auch Investitionspakt genannt, hat zum Ziel, unmittelbare oder mittelbare öffentliche Gebäude energetisch zu modernisieren. Es setzt den Schwerpunkt bei der sozialen Infrastruktur in Kommunen, weil dort ein großer Gebäudebestand mit hohem Energieeinsparpotential besteht. Die zumeist kleinteiligen Maßnahmen bringen dem örtlichen Mittelstand von Handwerk und Baubetrieben Beschäftigung und Wachstum.

<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	719.900,00 €
----------------------------	--------------

10. Konjunkturpaket II

Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unterstützen der Bund und das Land mit der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturpaket II) zusätzliche Investitionen der Kommunen. Einen Schwerpunkt bildet dabei der Städtebau. In den Jahren 2009 bis 2011 werden dabei insgesamt 21.875.000,00 € zur Verfügung gestellt. Mit diesen Fördermitteln werden dringende Infrastrukturmaßnahmen mit dem Schwerpunkt auf Gemeinbedarfseinrichtungen der Kommunen realisiert.

Landesinitiative URBAN 21

Die Landesinitiative URBAN 21 ist kein selbständiges Förderprogramm. Entsprechend dem Operationellen Programm des Landes Sachsen-Anhalt können die Förderprogramme der Städtebauförderung durch Mittel des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur verstärkten Förderung der nationalen Förderungsmittel verwendet werden.

EFRE IV

Wie bereits in der vergangenen Strukturfondsperiode werden die Mittel des EFRE zur Verstärkung der Fördermittel von Bund, Land und Kommune eingesetzt. Im Rahmen des EFRE ist eine Kofinanzierung der Programme Förderung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen im ländlichen Bereich und Stadtumbau Ost – Programmbereich Auswertung zulässig.

Die Beteiligung des EFRE beträgt derzeit 58 v. H. von den förderfähigen Kosten.

EFRE IV	
<u>Land Sachsen-Anhalt</u>	14.384.831,44 €

URBAN II	
<u>Dessau-Roßlau</u>	103.114,72 €

Sonstige Programme	50.000,00 €
--------------------	-------------

Im Rahmen der vorstehenden Förderprogramme konnten im vergangenen Jahr 124.939.957,32 € an die Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt ausgezahlt werden. Zusammen mit den kommunalen Eigenmitteln standen insgesamt 161.835.317,49 € für städtebauliche Maßnahmen zur Verfügung.

Im Jahr 2009 wurden aus den Förderprogrammen der Städtebauförderung an die folgenden Kommunen Fördermittel ausgezahlt

Schulbauförderung

2008 wurde die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Schulbaumaßnahmen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Landes Sachsen-Anhalt (EU-Schulbaurichtlinie) veröffentlicht.

Von den insgesamt 216 Anträgen mit einem Fördervolumen in Höhe von ca. 452 Mio. € erhielten auf Grund Ihrer hervorragenden pädagogischen Konzepte sowie der langfristigen Bestandssicherheit 39 Schulträger eine Förderwürdigkeitszusage.

Für diese Projekte wurden Fördermittel in Höhe von ca. 98 Mio. € gebunden.

In der Zeit vom 01. September bis zum 30. November 2009 hatten die Schulträger erneut die Möglichkeit Anträge auf Förderung im Rahmen der EU-Schulbaurichtlinie einzureichen. Zurzeit liegen 124 Anträge mit einem Investitionsvolumen in Höhe von ca. 270,4 Mio. € vor.

Weiterhin wurde 2009 das Zukunftsinvestitionsgesetz beschlossen. Ein Teil der Mittel, die durch das Konjunkturpaket 2 zur Verfügung gestellt wurden, sind für die Sanierung von Schulen und Weiterbildungseinrichtungen vorgesehen.

So wurden für Einrichtungen der Weiterbildung im Bereich der Erwachsenenbildung (freie Träger) Fördermittel in Höhe von 2,5 Mio. € bereitgestellt. 12 Schulträger beantragten Zuschüsse mit einem Antragsvolumen in Höhe von 2,57 Mio. €.

Schulbauförderung (freie Träger)	
Zuwendungsempfänger	bewilligte Fördersummen
BZG Ostharz gGmbH, Quedlinburg	154.000,00 €
Freie Waldorfschule Magdeburg	250.000,00 €
Verein „Freie Schule Oschersleben“	195.510,00 €
Hans Klein Privatschule gGmbH, Belleben	361.820,00 €
Landschulheim Grovesmühle gGmbH	361.858,53 €
Klusstiftung Schneidlingen	50.027,90 €
Grundschule am Kirchplatz, Veckenstedt	200.914,43 €
Bodelschwingh - Haus Wolmirstedt	10.944,06 €
Medizinische Berufs-Akademie GmbH, Naumburg	500.000,00 €
Johannes-Schulstiftung der evangelischen Kirche, Gnadau	361.820,00 €
Ökumenisches Domgymnasium, Magdeburg	230.560,00 €
Christlicher Schulverein Halberstadt e.V.	338.920,00 €
Erste Kreativitätsschule Sachsen-Anhalt e.V.	500.000,00 €
Freie Schule Altmark e.V., Depekolk	102.542,83 €

Schulbauförderung (freie Träger)	
Zuwendungsempfänger	bewilligte Fördersummen
Grundschule Martin Luther Oppin	309.312,50 €
Innova Sozialwerk Eisleben gGmbH	215.863,49 €
Freie Waldorfschule Halle	66.500,00 €
Initiative zur Förderung aktiver und freier Pädagogik, Magdeburg	250.000,00 €
Freie Ganztagsschule Altmark e.V., Salzwedel	500.000,00 €
Stiftung evangelische Jugendhilfe St. Johannis, Magdeburg	500.000,00 €
insgesamt bewilligt:	5.630.053,74 €

Sonderprogramm des Bundes Investitionsprogramm "Zukunft, Bildung und Betreuung" 2003-2007 (IZBB)

Das Sonderprogramm des Bundes Investitionsprogramm "Zukunft, Bildung und Betreuung" 2003-2007 (IZBB), aus welchem dem Land Sachsen-Anhalt 125 Mio. € Fördermittel zur Verfügung standen, konnte abgeschlossen werden.

Alle 60 IZBB - Maßnahmen wurden entsprechend ihrem pädagogischen Konzept durch den Einsatz der gesamten Bundesmittel in Höhe von 125 Mio. € umgesetzt.

Bereich Wohngeld

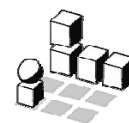
Der Referatsbereich Wohnungswesen nimmt landesweit die Fachaufsicht gegenüber 37 kommunale-Wohngeldbehörden (Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden/Verwaltungsgemeinschaften ab 20.000 Einwohner) wahr. Außerdem fungiert er als Widerspruchsbehörde gegenüber den o. g. kommunalen Wohngeldbehörden.

Die Neufassung des ab 1. Januar 2009 geltenden Wohngeldgesetzes brachte umfangreiche Rechtsänderungen mit sich, die einen erhöhten Beratungsbedarf sowohl den Wohngeldbehörden als auch den Bürgern gegenüber erforderte. Um dem besser Rechnung tragen zu können, wurde im Referatsbereich ein „Arbeitskreis Wohngeld“ ins Leben gerufen, in dem auch Vertreter ausgewählter Wohngeldbehörden mitarbeiten. Als Mitglied im Arbeitskreis Wohngeld leistete der Bereich fachliche und rechtliche Unterstützung bei anhängigen Klageverfahren der Kommunen. Weiterhin trägt er u. a. zur Klärung von Grundsatzfragen rechtlicher Natur bei.

Dem Referatsbereich obliegen Entscheidungen zum Verbraucherinsolvenzverfahren sowie zur Umsetzung haushaltsrechtlicher Angelegenheiten. Durch die Wohngeldbehörden des Landes wurden im Jahr 2009 ca. 51,5 Millionen Euro Wohngeldmittel ausgezahlt.

Die Rechtmäßigkeit von Wohngeldzahlungen wurde in 351 Widerspruchsverfahren überprüft. Entscheidungsschwerpunkte lagen hier u. a. im Bereich der Rückforderungen sowie im Hinblick auf Verfahren der verschiedenen Sozialleistungsträger untereinander. Dabei waren komplizierte Abgrenzungsprobleme zum SGB II, zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) und zum Sozialhilferecht (SGB XII) zu berücksichtigen.

Referat LARoV - Vermögensrecht

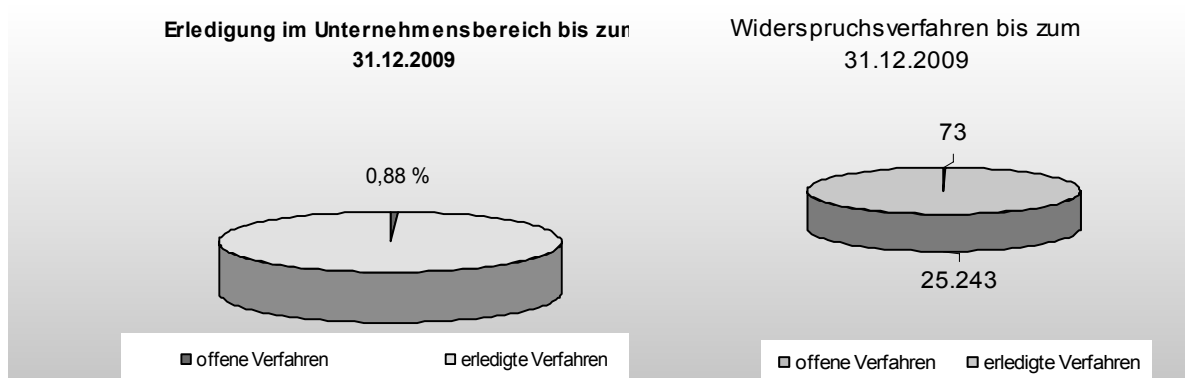


Referatsleiterin Steffi Albrecht
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-3711
 E-Mail: steffi.albrecht@lvwa.sachsen-anhalt.de

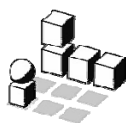
Das Referat vollzieht im Landesverwaltungsamt das Recht der offenen Vermögensfragen nach dem Vermögensgesetz. Es ist zum einen zuständig für die Entscheidung über Anträge auf Rückgabe von Unternehmen bzw. Unternehmensresten – meist Grundstücken (Unternehmensbereich). Zum anderen bearbeitet das Referat Widersprüche gegen die von den Landkreisen und kreisfreien Städten als untere Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen getroffenen Entscheidungen in Bezug auf Vermögenswerte ohne Unternehmensbezug (Widerspruchsbereich).

Die vom Landesverwaltungsamt zu lösenden offenen Vermögensfragen sind überwiegend abgeschlossen. Die Erledigungsquote der unternehmensbezogenen Anträge erhöhte sich um 0,52 %, so dass diese zum Jahresende 99,12 % beträgt.

Bis zum 31.12.2009 hatten die unteren Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen 25.316 Widersprüche, denen sie nicht abhelfen konnten, zur Entscheidung vorgelegt. Seinerzeit war über 22.480 Widersprüche durch Bescheid entschieden worden, 2.763 hatten sich sonst, etwa durch Widerspruchsrücknahme, erledigt. Die Erledigungsquote beträgt 99,71 %.



Zur Gewährleistung des Grundstücksverkehrs erteilt das Referat auf Antrag Auskunft darüber, ob bei ihm in Bezug auf ein bestimmtes Grundstück noch ein offener Restitutionsantrag vorliegt. Diese Auskünfte, auch Atteste genannt, werden zur Erteilung einer Grundstücksverkehrsgenehmigung in den gesetzlich beschriebenen Fällen benötigt und zumeist innerhalb eines Tages erteilt. Im Referat sind 2009 15.163 Attestanfragen zu 59.122 Immobilien erledigt worden.



Referat LARoV - Singularentschädigung

Referatsleiter Reinhard Paul Engel

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-3754

E-Mail: reinhardpaul.engel@lwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Singularentschädigung nimmt die Interessen des Entschädigungsfonds der Bundesrepublik Deutschland wahr.

Wenn ein Anspruch auf Rückübertragung abgewiesen oder Entschädigung nach dem Entschädigungsgesetz gewährt wurde, entscheiden die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen (ÄRoV) bei den kreisfreien Städten und Landkreisen über die Höhe der Entschädigung, soweit es sich um Ansprüche von Einzelpersonen handelt bzw. Teile eines Unternehmens umfasst sind, ohne dass dieses selbst in seiner Gesamtheit einer Schädigung unterlag.

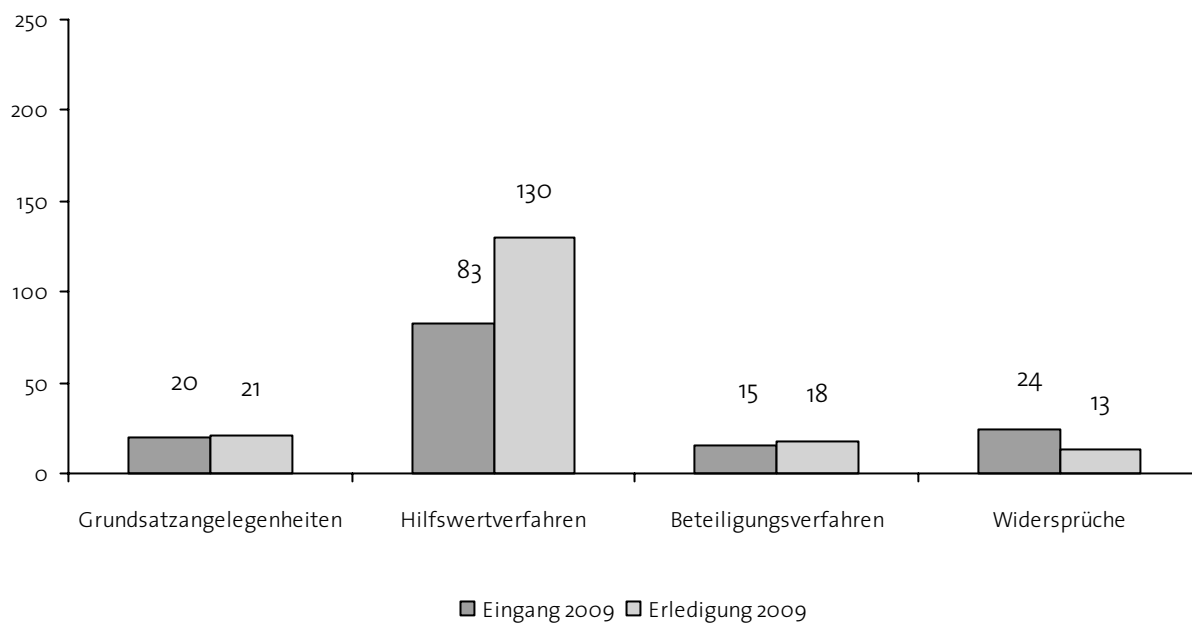
Im Rahmen der Fachaufsicht überprüft das Referat Singularentschädigung die Entschädigungsbescheide der 14 ÄRoV im Land Sachsen-Anhalt. Für gegen diese Entscheidungen gerichtete Widersprüche ist das Referat die zuständige Widerspruchsbehörde.

Eingegangene/davon erledigte Verfahren und die damit betroffenen Vermögenswerte in den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen Sachsen-Anhalts bis zum 31.12.2009

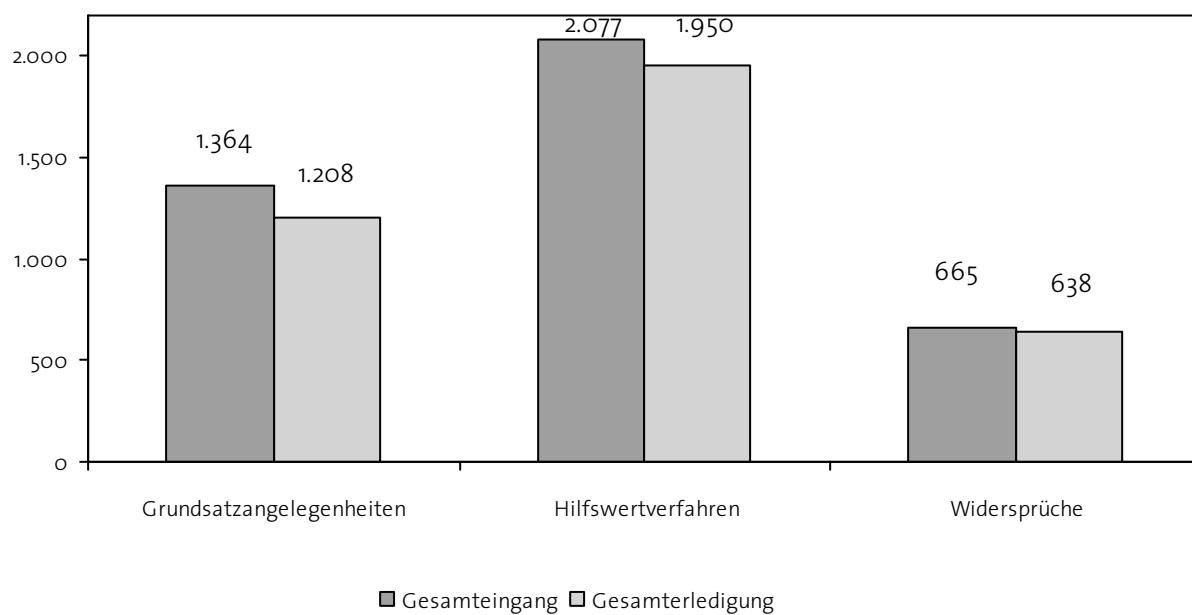
Anträge / Erledigung nach dem EALG	24.710	21.229
Beantragte / Erledigte Vermögenswerte	54.308	46.504
hiervon Grundvermögen	16.947	
Geldforderungen	32.170	
Bewegliche Vermögenswerte	4.379	
Sonstige Forderungen	812	

Als Fachaufsicht zum EALG bearbeitete das Referat unter anderem Grundsatzangelegenheiten (z.B. Einzelanfragen zu Rechtsproblematiken; Hilfen zur Verfahrensweise bei besonders komplexen Vorgängen), erstellte Hilfswerte (Berechnung der Ausgangsgröße für die Entschädigung nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes), führte Widerspruchsverfahren durch (Bearbeitung von Widerspruchsverfahren nach dem EALG und dem DDR-EErfG) und war zuständig für die Überprüfung von Beteiligungsverfahren (Verfahren mit größerer finanzieller Auswirkung für den Entschädigungsfonds). Darüber hinaus wurden Fortbildungsveranstaltungen auf der Grundlage von aktuellen Rechtsprechungen und schwierigen und komplexen Sachverhalten für die ÄRoV durchgeführt.

Eingänge / Erledigungen 2009



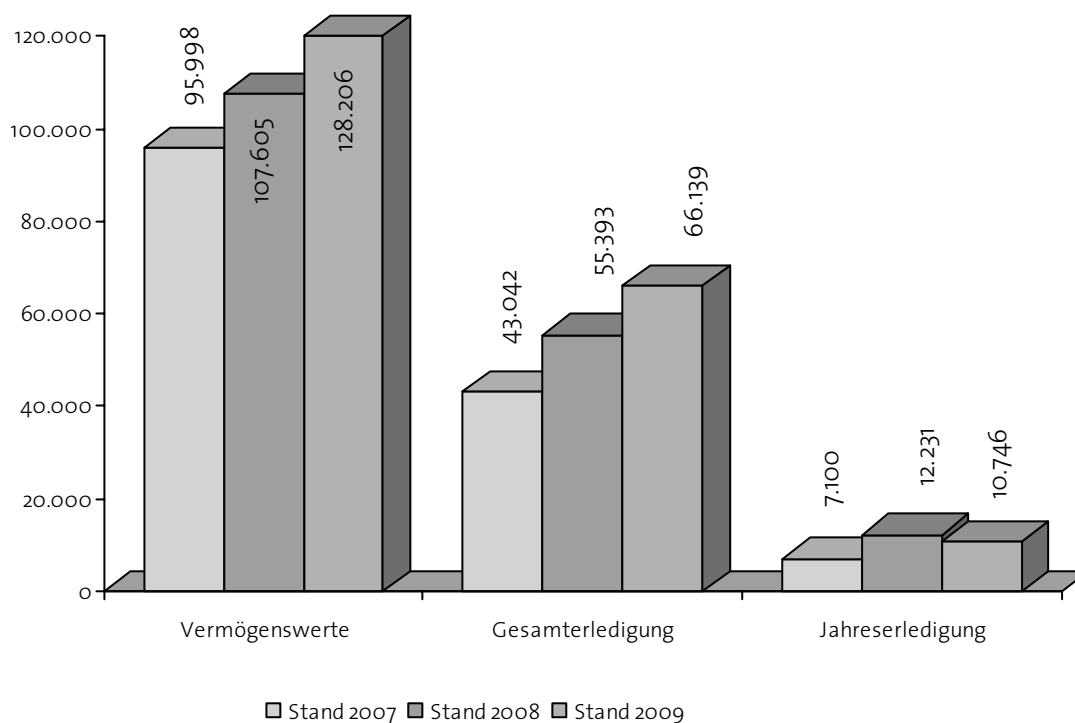
Gesamteingänge / Gesamterledigungen



Die Gesamteingänge- und Ausgänge sind im Bereich Beteiligungsverfahren auf Grund einer Umstellung des Erfassungssystems und der inzwischen verstrichenen Zeit nicht ermittelbar.

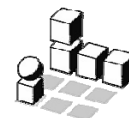
Das Referat bearbeitet zudem Anträge auf Rückgabe beweglicher Sachen, die im Zusammenhang mit der Enteignung der Land- und Forstwirtschaften im Zuge der Bodenreform in den Schlössern und Guts-häusern konfisziert worden sind. Ein Großteil der Rückgabeanträge weist nicht Einzelgegenstände aus, sondern bezieht sich auf Sachgesamtheiten (z.B. Schlossinventar), die wiederum aus mehreren 100 Vermögenswerten bestehen können. Die Zahl der tatsächlich beantragten Rückgabeobjekte ist daher um ein Vielfaches höher als die derzeit erfassten Vermögenswerte.

Kunst- und Kulturgüter



Im Rahmen des bereits vorgestellten Rechercheprojektes an der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle wurden ca. 1,7 Millionen Bände, das entspricht ca. 40 km Regalen, überprüft und 77.676 Bände als Restitute erfasst. Neben den laufenden Bücherrückgaben innerhalb dieses Projektes wurden weitere Restitute aus dem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt sowie der Bibliothek des Landesamtes für Denkmalschutz und Archäologie an Berechtigte zurück übertragen. Weitere Buchrecherchen erfolgten 2009 in der barocken Kulissenbibliothek in den Franckeschen Stiftungen zu Halle sowie beginnend in der Stadtbibliothek Magdeburg.

Referat LARoV - Unternehmensentschädigung



Referatsleiter Wolfmar Bartel
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-3712
E-Mail: wolfmar.bartel@lvwa.sachsen-anhalt.de

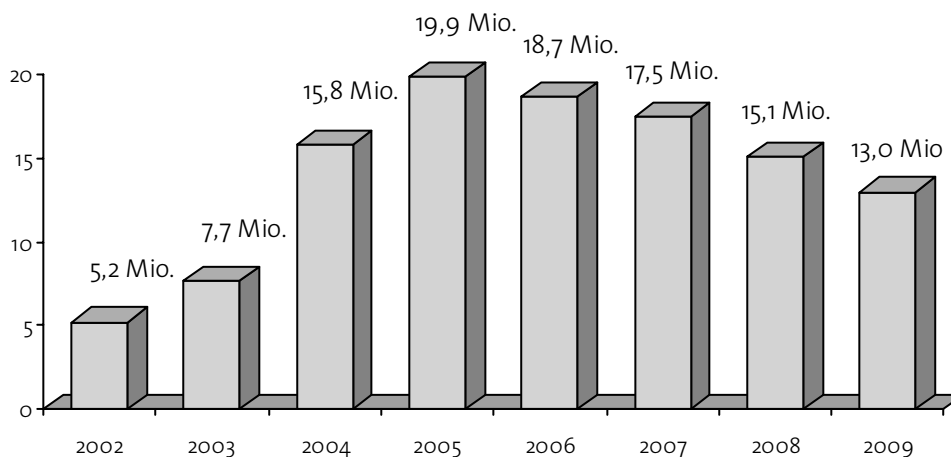
Das Referat Unternehmensentschädigung ist im Auftrag des Bundes zuständig

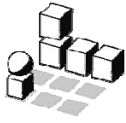
- für die Berechnung von sämtlichen unternehmensbezogenen Entschädigungsansprüchen nach dem Entschädigungsgesetz im Land Sachsen-Anhalt. Die Grundlage dieser Berechnungen bilden die vermögensrechtliche Entscheidungen des Referats Vermögensrecht des Landesverwaltungsamtes in Unternehmenssachen sowie der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen (ÄRoV) zu land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen;
- für alle im Land Sachsen-Anhalt geltend gemachten unternehmensbezogenen Ansprüche nach dem Ausgleichsleistungsgesetz und dem DDR-Entschädigungserfüllungsgesetz. Diese Bearbeitung umfasst neben der Feststellung der Berechtigung einschließlich der Prüfung von gesetzlichen Ausschlussgründen auch die Berechnung der Höhe der Ausgleichsleistung bzw. der Entschädigung;
- im Rahmen der fachlichen Zuständigkeit auch für die Bearbeitung von Klageverfahren. Hierbei ist zu beachten, dass gegen Entscheidungen des Referates ein Widerspruchsverfahren nicht stattfindet;

Bei einem Erfassungstand von 15.055 Anträgen gibt es derzeit 11.823 Erledigungen. Bei den Vermögenswerten gibt es 28.573 erfasste Verfahren mit 19.752 Erledigungen.

Der nachfolgenden Abbildung sind die seit 2002 jährlich ausgereichten Entschädigungen/ Ausgleichsleistungen zu entnehmen.

Leistungen nach den EALG in Euro





Referat Integration, Aussiedler, 2. SED UnBerG

Referatsleiter Wilfried Nickels

Kühnauer Straße 161

o6846 Dessau

Tel.: (0340) 6506-304

E-Mail: wilfried.nickels@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat nimmt landesweit Aufgaben zur Unterstützung und Begleitung der Spätaussiedler und bleibeberechtigten Personengruppen wahr und ist zuständig für die Integration von bleibeberechtigten Migranten. Darüber hinaus führt es die Aufnahme- und Verteilverfahren der dem Land Sachsen-Anhalt zugewiesenen Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer durch und kontrolliert die Unterkünfte, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten für die Unterbringung von bleibeberechtigten Migranten und Asylbewerbern betrieben werden.

Als zweiten Schwerpunkt bearbeitet das Referat die Anträge auf verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitation nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (2. SED-UnBerG) und ist zuständig für die Durchführung des Häftlingshilfegesetzes einschließlich der Gewährung von Kapitalentschädigungen.

Nach der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern durch das Land Sachsen-Anhalt“ gewährte das Referat 193.177,85 Euro Landesmittel (2008: 165.758,89 Euro) für Integrationsmaßnahmen in den Kommunen und Städten des Landes.

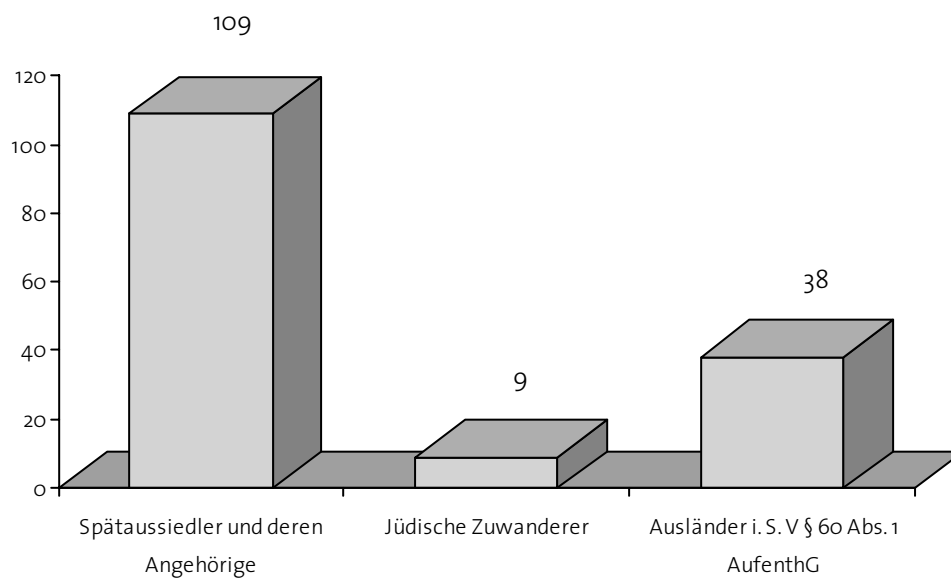
Mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt wurden in den Landkreisen und kreisfreien Städten zwischenzeitlich 12 Koordinierungsstellen zur Integration von Zuwanderern eingerichtet und mit 390.251,75 Euro gefördert.

Mit der am 10. März 2009 in Kraft getretenen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen sowie zur interkulturellen Öffnung von Organisationen, Einrichtungen und Diensten wurden im Jahr 2009 23 Projekte mit einem Volumen von 367.827,86 Euro gefördert.

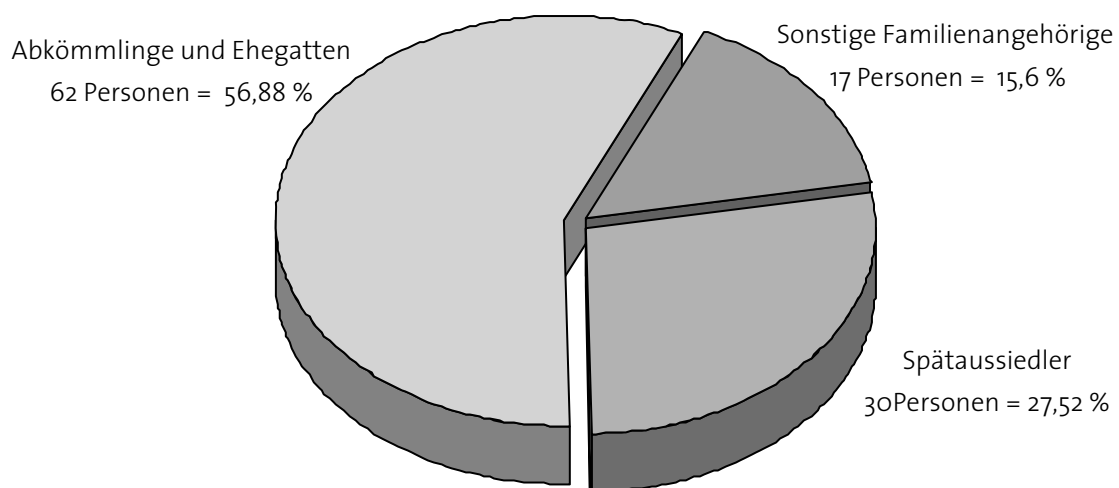
2009 sind folgende Migranten aufgenommen und verteilt worden:

Zusammensetzung der nach dem AufnG LSA bleibeberechtigten Migranten im Jahr 2009

Zusammensetzung der nach dem AufnG LSA bleibeberechtigten Migranten im Jahre 2009

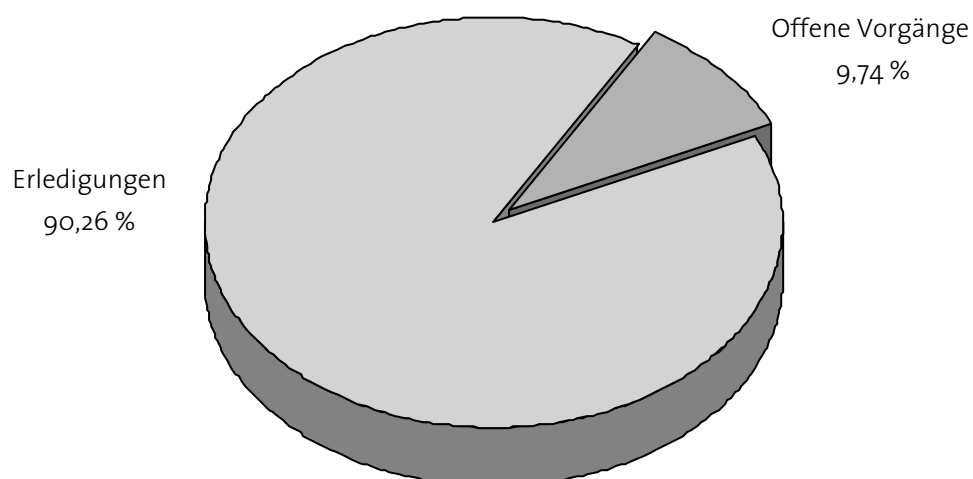


Aufteilung der 2009 aufgenommenen Spätaussiedler und deren Angehörigen nach Status

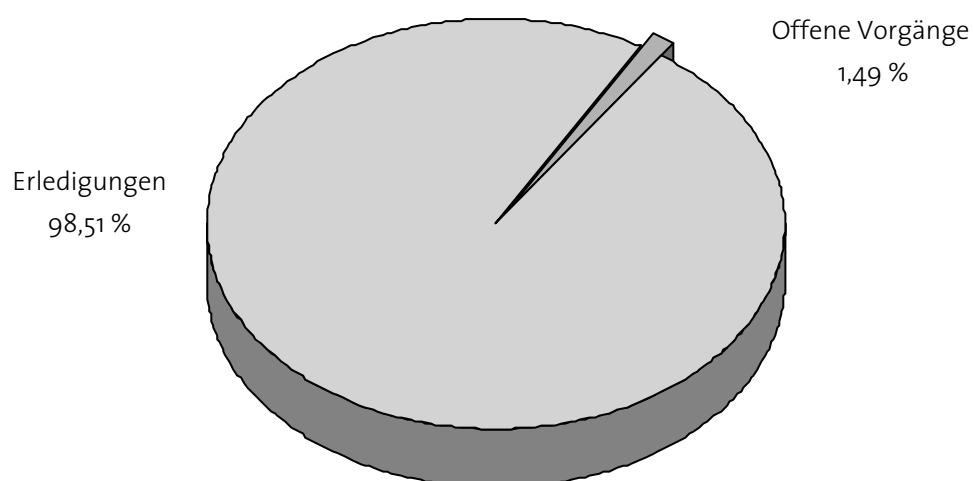


Rehabilitierung nach dem 2. SEDUnBerG:

Erledigungen beruflicher Rehabilitierungsanträge in % insgesamt zum 31.12.2009

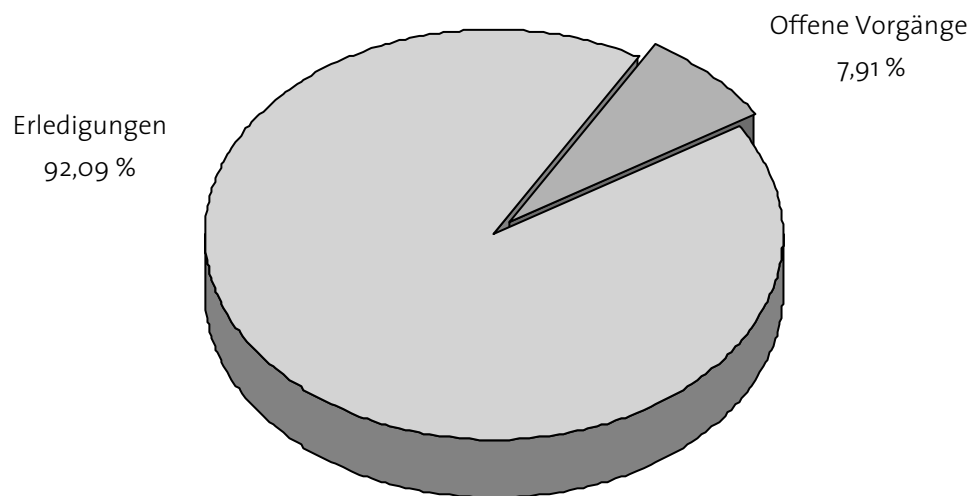


Erledigungen verwaltungsrechtlicher Rehabilitierungsanträge in % insgesamt zum 31.12.2009

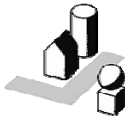


Das Referat hat bis zum 31.12.2009 von 23.966 Anträgen auf verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung 92,09 % abschließend bearbeitet. Im Jahr 2009 wurden 382 Neuanträge gestellt.

Erledigungen beruflicher und verwaltungsrechtlicher Rehabilitierungsanträge in % insgesamt
zum 31.12.2009



Im Jahr 2009 wurden sieben Anträge einer Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 1 i.V.m. § 25 Abs. 2 StrRehaG mit einer Höhe von insgesamt 28.499,91 Euro sowie sechs Anträge auf Nachzahlung einer Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 5 StrRehaG in Höhe von insgesamt 10.246,44 Euro bewilligt.



Abteilung 3 - Kommunales und Wirtschaft

Abteilungsleiter

Peter Kuras

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1361

E-Mail: peter.kuras@lvwa.sachsen-anhalt.de

Referat Wirtschaft

Referat Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung

Referat Kommunalrecht, Kommunale Wirtschaft und Finanzen

Referat Stiftungen

Referat Verkehrswesen

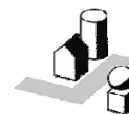
Referat Planfeststellungsverfahren

Referat Raumordnung, Landesentwicklung

Referat Kultur, Fachstelle für öffentliche Bibliotheken

Referat Sport

Referat Wirtschaft



Referatsleiter Gernot Kruse
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1535
E-Mail: gernot.kruse@lvwa.sachsen-anhalt.de

Im Aufgabenbereich *Wirtschaftsförderung* nimmt das Referat die Anträge der Kommunen für Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ entgegen. Ziel ist, die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu stärken, um günstige Bedingungen für die Ansiedlung und die Erweiterung von Unternehmen zu schaffen. Die im Berichtsjahr eingegangenen Anträge hatten Investitionen im Umfang von insgesamt 123,9 Mio. Euro zum Gegenstand. 38 Anträge mit einem Investitionsvolumen von 94,6 Mio. Euro wurden an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur abschließenden Entscheidung übergeben.

Das Referat Wirtschaft führt außerdem die Geschäfte des Landesfachausschusses für Kur- und Erholungsorte.

Im weiteren Aufgabenbereich *Gewerbe, Handel, Handwerk* ist das Referat für die Bestellung der Bezirksschornsteinfegermeister zuständig, ebenso für einen möglichen Widerruf und mitunter für erforderliche Aufsichtsmaßnahmen. Die Bezirksschornsteinfegermeister sind Gewerbetreibende und gehören dem Handwerk an, zugleich nehmen sie aber öffentliche Aufgaben wahr, insbesondere die Feuerstättenschau. Mit der Neufassung des Schornsteinfegerrechts Ende 2008 ergaben sich zahlreiche Veränderungen. Um die praktische Handhabung der neuen Rechtsvorschriften zu erleichtern, führte das Referat im Mai eine Veranstaltung für die Landkreise und kreisfreien Städte unter Einschluss der Schornsteinfeger-Innungen durch. Im Jahr 2009 wurden 25 Bezirksschornsteinfegermeister auf sieben Jahre bestellt - davon zwölf unmittelbar und 13 nach Ablauf der zuvor geltenden einjährigen Probezeit. In einer Feierstunde am 27. Oktober 2009 überreichte Präsident Leimbach den neuen Amtsinhabern ihre Bestellungsurkunden.

Soweit es um Verstöße im Bereich des Gewerbe- und Handwerksrechts geht, soll das Referat – so ein Erlass vom Juli 2008 - die Bekämpfung der Schwarzarbeit koordinieren und die kommunalen Verfolgungsbehörden anleiten. Hierzu fand im Januar 2009 eine Auftaktkonferenz statt. Im 2. Halbjahr gab es vier eintägige Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der kommunalen Verfolgungsbehörden. Im Rahmen von vier Geschäftsprüfungen wurde die Tätigkeit der kommunalen Verfolgungsbehörden durch das Referat als zuständige Fachaufsicht stichprobenweise überprüft. Im Verlauf des Jahres konnte die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) und auch den Handwerkskammern vertieft werden. So gab es im Dezember 2009 im Süden des Landes eine gemeinsame Schwerpunktprüfung unter Mitwirkung der FKS, der Gewerbeaufsicht (Landesamt für Verbraucherschutz) und den Kommunalbehörden (Ordnungsämter und Fachämter). Nunmehr können sich Interessierte über das Internet (www.lvwa.sachsen-anhalt.de/schwarzarbeit) informieren und verdächtige Vorgänge anzeigen.

Außerdem ist das Referat Widerspruchsbehörde für Verfahren im Gewerbe- und Gaststättenrecht und übt die Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte aus. Es ist ferner für die Bestellung besonders sachkundiger Versteigerer (§ 34 b Abs. 5 GewO) zuständig. Schließlich obliegt ihm im Einzelfall die Entscheidung über Anträge auf Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen im öffentlichen Interesse.

Weiterhin sind im Referat die Angelegenheiten des *Öffentlichen Auftragswesens* und der *Preisprüfung* zu bearbeiten. Die zwei beim Referat Wirtschaft angesiedelten Vergabekammern werden auf Antrag von Unternehmen tätig, die als Bieter an einem Auftrag interessiert sind. Die Mitglieder der Vergabekammern unterliegen in ihrer Tätigkeit keinen Weisungen. Sie sind für öffentliche Aufträge zuständig, welche die - Ende des Jahres mit Wirkung zum 1. Januar 2010 neu festgesetzten - europäischen Schwellenwerte erreichen oder überschreiten. Im Jahr 2009 wurden fast doppelt so viele Verfahren bei den Vergabekammern anhängig wie im Vorjahr. Unterhalb der Schwellenwerte ist das Referat Nachprüfungsstelle für die Vergabeverfahren der Landkreise und kreisfreien Städte.

Die im Referat tätige Preisüberwachungsstelle Sachsen-Anhalt prüft auf Ersuchen des Bundes, des Landes und der Kommunen Markt- und Selbstkostenpreise von öffentlichen Aufträgen sowie Zuwendungen auf Kostenbasis für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Das öffentliche Preisrecht ist anzuwenden, wenn es um öffentliche Aufträge für spezielle Güter geht, die nur von einem oder wenigen Unternehmen angeboten werden. Die Preisprüfer als neutrale Gutachter ermitteln die angefallenen, auftragsbezogenen Kosten anhand der betrieblichen Unterlagen der Auftragnehmer und prüfen, ob die Vorgaben des öffentlichen Preisrechts eingehalten wurden. Im Jahr 2009 wurden 26 Prüfungsersuchen erledigt. Im Ergebnis waren bei 11 Prüfungen preisliche Abweichungen zu verzeichnen, die bei einem geprüften Auftragswert von 16,7 Mio Euro zu Rechnungskürzungen in Höhe von insgesamt 0,48 Mio. Euro führten.

Ausgewählte statistische Angaben:

Gewerberecht, Gaststättenrecht	
Widerspruchsverfahren	
Eingänge	8
Erledigungen (zum Teil aus Vorjahren)	17
Anfragen, Beschwerden	37
Anträge nach § 34 b Abs. 5 GewO	1

Wirtschaftsförderung	
Infrastrukturvorhaben (Gemeinschaftsaufgabe)	
Eingänge 2009	65
Erschließung und Revitalisierung von Gewerbeflächen	7
Verkehrsverbindungen für Gewerbegebiete und –betriebe	9
Tourismus (Geländeerschließung, Basiseinrichtungen)	37
Abwasser	2
Breitbandförderung	1
Machbarkeitsstudien, Regionale Entwicklungskonzepte	9

Öffentliches Auftragswesen	
Nachprüfungsanträge bei den Vergabekammern	109
Nachprüfungsersuchen bei der Nachprüfungsstelle	46
Sonstige Anfragen zu vergaberechtlichen Sachverhalten	54

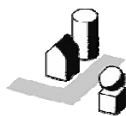
Preisprüfung	
Eingegangene Prüfungsersuchen	14
Erledigte Prüfungsersuchen	26
Noch anhängige Prüfungsersuchen	54

Prädikatisierung von Kur- und Erholungsorten	
Überprüfung bestehender Prädikate	8
Erteilung neuer Prädikate	2

Schornsteinfegerwesen	
Bestellung von Bezirksschornsteinfegermeistern	25
davon nach Probejahr	13
Widerruf der Bestellung	2
Erteilung eines Warnungsgeldes	13
Widerspruchsverfahren zu Gebührenbescheiden und Duldungsverfügungen Eingänge	10
Erledigungen (zum Teil aus Vorjahren)	13
Beschwerden, Petitionen	2

Ladenöffnung	
Anträge zu §8 LadÖffZeitG LSA	1

Schwarzarbeitsbekämpfung	
Auskunftsersuchen nach §112 Telekommunikationsgesetz	31



Referat Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung

Referatsleiterin Margret Cordes

Kühnauer Straße 161

06846 Dessau

Tel.: (0340) 6506-550

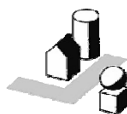
E-Mail: margret.cordes@lvwa.sachsen-anhalt.de

Den Hauptschwerpunkt der Tätigkeit des Referates bildete 2009 die Gewährung von Zuwendungen für Projekte, die Angehörige bestimmter Personengruppen ganz gezielt fit für den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt machen sollen. Wichtigstes arbeitsmarktpolitisches Instrument ist der Europäische Sozialfonds (ESF). Die Aktivitäten des Jahres 2009 in der Programmperiode 2007 bis 2013 der ESF-Förderung sind für vier Prioritätsachsen der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Projekte und Fördermittelauszahlung 2009

	Prioritätsachse	Förderprogramme	Anzahl aktueller Projekte	Auszahlung Mio. Euro
1	Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen	Einzelprojekte (EP) zur Qualifizierung von Existenzgründern; Richtlinie (RL) zur Qualifizierung von Existenzgründern; EP zur Qualifizierung von Beschäftigten; RL zur Qualifizierung von Beschäftigten; EP zur Qualifizierung von Beschäftigten zur Unterstützung der Personal- und Organisationsentwicklung (POE)	563	18,1
2	Verbesserung des Humankapitals	Unterstützung wissenschaftlicher Karrieren von Frauen; EP zur Beförderung des Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft; Ausbildungsförderung für Alleinerziehende; Berufsorientierung in zukunftssträchtigen Berufen; EP zur Förderung der Erstausbildung; Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung in den Handwerkskammern; Gegen Abwanderung junger Landeskinder (GAJL); Nachwuchskräftepool; Förderung von arbeitslosen Absolventen/-innen; Einstellungshilfen zu GAJL; Produktives Lernen an Schulen in Sachsen-Anhalt; Projekte zur frühen Berufsorientierung; Chancengleichheit/Förderung von Frauen in Beruf und Bildung;	500	13,9

EU-Aktion	Bezeichnung	Förderprogramme	Anzahl aktueller Projekte	Auszahlung Mio. Euro
3	Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen	Zuwendungen zu Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleiches und der Straffälligenentschuldung; Förderung der "Zukunft mit Arbeit"; Praktikumsmaßnahmen für besondere Zielgruppen; EP für Zielgruppen des Arbeitsmarktes; Qualifizierung; EP Einstiegsgeld; Information und Beratung von Strafgefangenen; Gefangenen- und Entlassenenfürsorge; Beihilfen und Unterstützungen; Integration von Strafgefangenen und Maßregelvollzugspatienten in den Arbeitsmarkt; Programm "Lokales Kapital"; Qualifizierung und Eingliederung von behinderten Personen; Förderprogramm Selbstfindung-Training-Anleitung-Betreuung-Initiative-Lernen für benachteiligte Jugendliche in Sachsen-Anhalt (STABIL)	430	12,6
5	Transnationale Maßnahmen	EP transnationaler Maßnahmen zur beruflichen Integration	7	1,5
		gesamt	1.500	46,1



Referat Kommunalrecht, Kommunale Wirtschaft und Finanzen

Referatsleiter Volker Harms

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1425

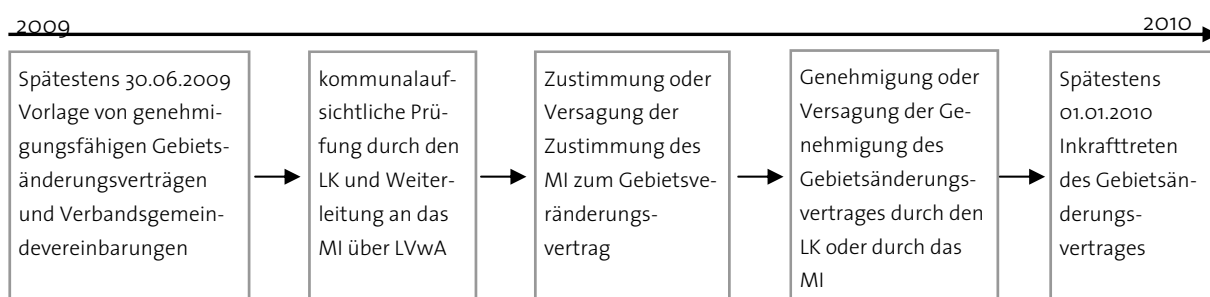
E-Mail: volker.harms@lvwa.sachsen-anhalt.de

Im Berichtsjahr 2009 standen im *Referatsbereich der Kommunalen Verfassung und Verwaltung* die Begleitung und der Abschluss der Gemeindegebietsreform im Land Sachsen-Anhalt im Mittelpunkt der kommunalverfassungsrechtlichen Arbeit. Wurden im Jahr zuvor zahlreiche Informationsveranstaltungen für kommunale Entscheidungsträger sowie fachaufsichtliche Beratungen zu Vertragsgestaltungen und wahlrechtlichen Fragen mit Vertretern von Kommunen und Aufsichtsbehörden durchgeführt, verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2009 erwartungsgemäß auf die Prüfung einer Vielzahl freiwilliger Gebietsänderungen durch das Landesverwaltungsamt sowie deren Abstimmung mit den Landkreisen als Genehmigungsbehörden und dem Ministerium des Innern als oberste Kommunalaufsichtsbehörde.

Neben diesen zusätzlichen Aktivitäten beriet das Referat in kommunalverfassungsrechtlichen Fragestellungen, führte eine Vielzahl von Genehmigungs- und Widerspruchsverfahren in den Bereichen kommunale Zusammenarbeit, Satzungs- und Vertragsrecht sowie dem Kommunalabgabenrecht durch und prüfte Petitionen mit kommunalverfassungsrechtlichem Bezug.

Landkreis / kreisfreie Stadt	Stand 01.01.2009	Stand 01.01.2009				
	Gemeinden gesamt	davon Mitgliedsge- meinden einer Ver- bandsge- meinde	davon Mitgliedsge- meinden von Verwal- tungs- gemein- schaften	Einheits ge- meinden	Verbands- gemeinden	Verwal- tungs- gemein- schaften
ABI	88	0	83	5	0	6
BK	117	0	112	5	0	8
BLK	120	0	117	3	0	10
HZ	77	0	71	6	0	11
JL	41	0	38	3	0	4
MSH	93	0	91	2	0	9
SAW	119	0	117	2	0	5
SDL	125	0	123	2	0	7
SK	73	0	69	4	0	12
SLK	66	0	59	7	0	7
WB	68	0	66	2	0	7
DE	1	0	0	1	0	0
HAL	1	0	0	1	0	0
MD	1	0	0	1	0	0

1. freiwillige Phase zur Bildung von Einheitsgemeinden sowie Verbandsgemeinden

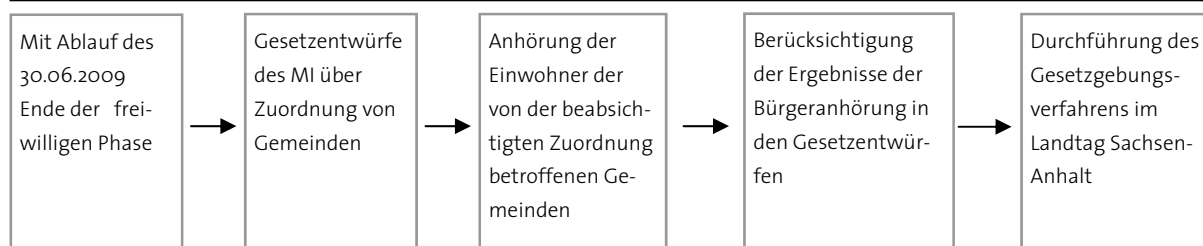


Landkreis / kreisfreie Stadt	Stand 01.01.2010	Stand 01.01.2010					
	Gemein- den ge- samt	davon Mitglieds- ge- meinden einer Ver- bandsge- meinde	davon noch zuzuord- nende Mit- gliedsgeme- inden von Verwal- tungs- gemein- schaften	davon noch zuzuord- nende Ge- meinden die nicht Mitglied einer Ver- waltungs- gemein- schaft sind	Einheitsge- meinden	Verbands- gemeinden	Verwal- tungs- gemein- schaften
ABI	13	0	0	3	10	0	0
BK	44	26	2	7	9	4	1
BLK	50	27	19	0	4	4	3
HZ	26	7	5	2	12	1	2
JL	10	0	2	0	8	0	1
MSH	34	13	0	12	9	2	0
SAW	41	8	27	1	5	1	2
SDL	49	18	18	8	5	3	1
SK	34	6	14	2	12	1	2
SLK	23	10	0	2	11	2	0
WB	40	0	36	0	4	0	5
DE	1	0	0	0	1	0	0
HAL	1	0	0	0	1	0	0
MD	1	0	0	0	1	0	0

2. gesetzliche Phase zur Zuordnung von Gemeinden zu Einheitsgemeinden durch Neubildung oder Eingemeindung

30.06.2009

2010



Im Bereich der *Allgemeinen Kommunalaufsicht* stellten im Jahr 2009 wieder allgemeine Beschwerden, Eingaben und Petitionen zum Kommunalverfassungsrecht, zur Arbeitsweise der Verwaltung, zum Privatrecht, zum Vergaberecht, zum Abgabenrecht und zum Schulrecht den Bearbeitungsschwerpunkt dar.

Darüber hinaus waren zahlreiche Dienstaufsichtsbeschwerden zu prüfen und an die zuständigen Dienststellen weiterzuleiten.

Einen erheblichen Umfang nahm die Verfolgung der Prüfergebnisse des Landesrechnungshofes über die von ihm in Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführten überörtlichen Prüfungen ein. Die vorgelegten Berichte bezogen sich insbesondere auf

- die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in Privatrechtsform,
- den Vergleich überörtlicher Prüfungen nach KIFÖG mit abschließendem Gesamtbericht,
- die Prüfung der Verwendung von Haushaltsmitteln für Stadtrats- bzw. Landtagsfraktionen,
- Prüfung von Gebühren und Gebührensatzungen im Abfallrecht und
- turnusgemäß durchgeführte überörtliche Prüfungen der Haushalte.

Die Berichte wurden auf kommunalaufsichtlichen Handlungsbedarf geprüft und die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt.

Weiterhin wurde eine kleine Anfrage des Landtages zur personellen Ausstattung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen beantwortet.

Im *Aufgabenbereich Öffentliches Dienstrecht* lag auch im Jahr 2009 der Schwerpunkt in der Bearbeitung von Einzelfällen und der Anleitung und Beratung der Unteren Kommunalaufsichtsbehörden sowie der Kommunen.

Besonderer Regelungs- und Beratungsbedarf ergab sich durch das Inkrafttreten des für die Bundesländer unmittelbar geltenden Beamtenstatusgesetzes am 01.04.2009.

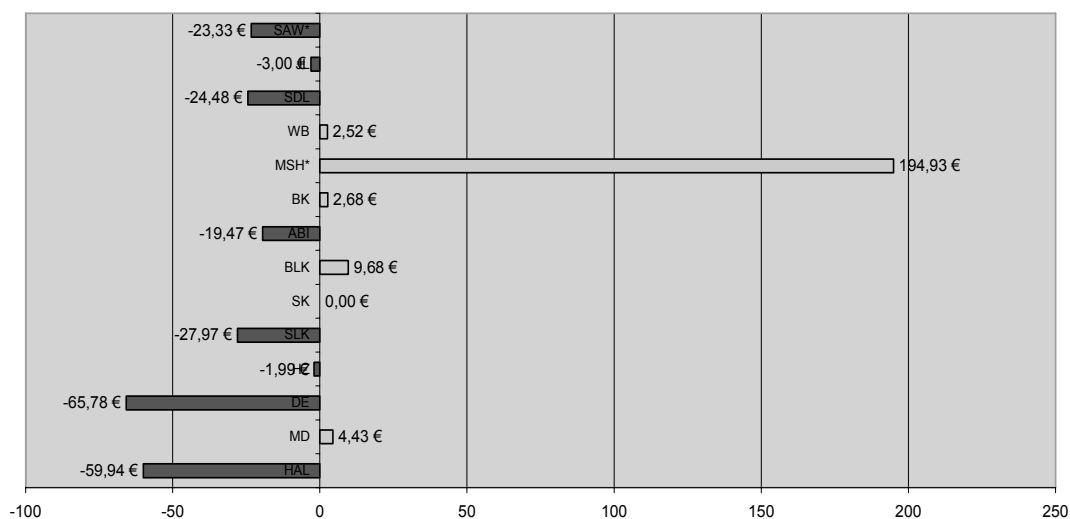
Nachfragen der Kommunen hat es weiterhin hinsichtlich der Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gegeben. Einen Schwerpunkt bildeten hier die Anträge auf Zulassung von Ausnahmen von tariflichen Bestimmungen. Diese betrafen im Wesentlichen die Zulassung von Zahlungen eines übertariflichen Entgeltes bei Verringerung der Arbeitszeit und den Erlass von Abfindungsrichtlinien. Ziel war hier die Einsparung von Personalkosten und der Stellenabbau.

Im Berichtsjahr sind zahlreiche bereits laufende Disziplinarverfahren fortgeführt bzw. auf Grund des Bekanntwerdens von zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkten, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, neu eingeleitet worden. In den Fällen, in denen durch grob fahrlässig bzw. vorsätzlich begangene Dienstpflichtverletzungen ein Schaden entstanden ist, sind Regressansprüche gegen die kommunalen Bediensteten geltend gemacht bzw. fachaufsichtlich die Unteren Kommunalaufsichtsbehörden hierzu veranlasst worden.

Im *Aufgabenbereich Kommunale Finanzen* bestand – wie auch in den Vorjahren – eine wesentliche Aufgabe darin, die Kreisfreien Städte und Landkreise bei der nach wie vor notwendigen Fortführung der Konsolidierung der kommunalen Haushalte zu unterstützen.

Anlässlich der jährlichen Prüfung der Haushalte wurde festgestellt, dass im Vergleich zu den Vorjahren in vielen Landkreisen und Kreisfreien Städten eine Stabilisierung der Haushaltslage zu verzeichnen war. Dies zeigte sich insbesondere daran, dass in einigen der beaufsichtigten Kommunen die aktuellen Einnahmen die Ausgaben überstiegen. Ansonsten war zumindest ein deutlicher Rückgang der strukturellen Defizite erkennbar.

Strukturelle Defizite / Überschüsse der Landkreise und kreisfreien Städte in € pro Einwohner im HHJ 2009

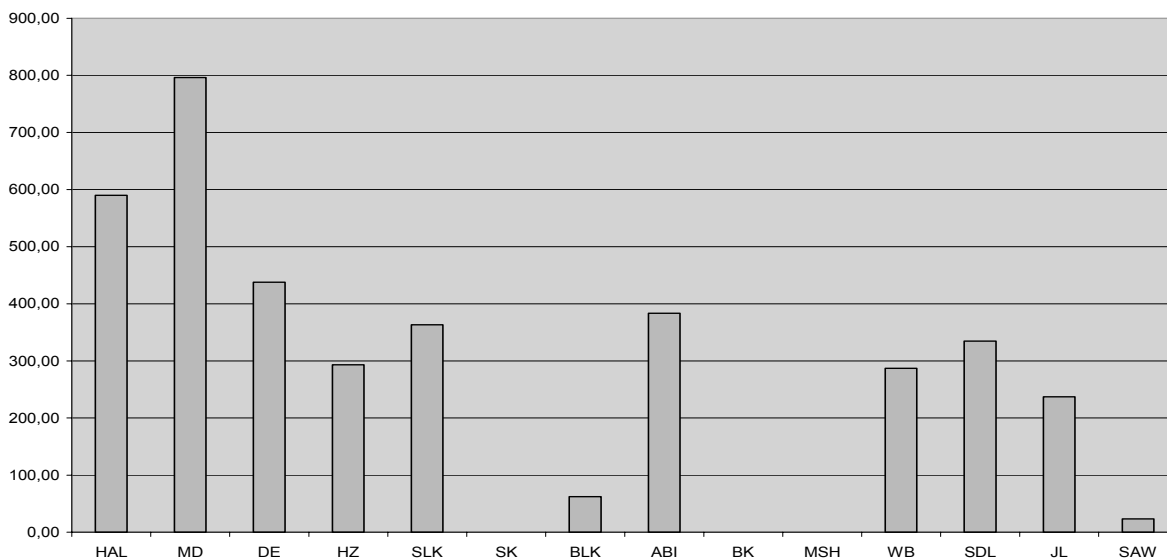


Das strukturelle Defizit stellt die finanzielle Lücke zwischen den regelmäßigen Einnahmen (allgemeine Zuweisungen des Landes, Kreisumlage und Steuereinnahmen) und den laufenden Ausgaben innerhalb eines Haushaltsjahres dar.

Kameralistik: Hier werden Einnahmen und Ausgaben betrachtet, es wird nur der Geldverbrauch erfasst. Doppik: Hier werden alle Geschäftsvorfälle planmäßig und lückenlos aufgezeichnet, so dass ständig ein Überblick über die Vermögenslage und den Schuldenstand möglich ist. Gemäß dem Gesetz zur Einführung des Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens für die Kommunen des Landes Sachsen - Anhalt sind die Haushalte ab spätestens 2011 ausschließlich doppisch zu führen.

*Die Landkreise Mansfeld-Südharz und Altmarkkreis Salzwedel führen ihre Haushalte doppisch. Der hohe Überschuss des Landkreises Mansfeld-Südharz ergibt sich aus einer einmaligen Vermögensveräußerung.

Kumuliertes Defizit der kreisfreien Städte und Landkreise in € je Einwohner 2009

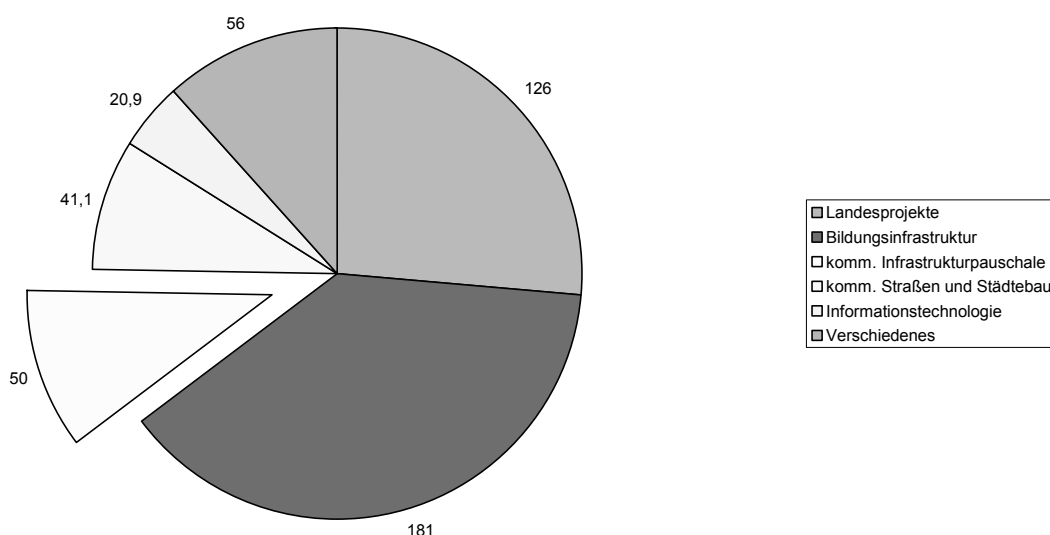


In den Fällen, in denen Überschüsse erwirtschaftet wurden, konnten diese zum Abbau bestehender Altfehl beträge eingesetzt werden. Die Landkreise Börde, Saalekreis und Mansfeld-Südharz erreichten bereits im Jahr 2009 einen Haushaltsausgleich unter Abdeckung aller erwirtschafteten Fehlbeträge und sind somit ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherung der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben vollständig nachkommen. Im Übrigen aber bestehen zum großen Teil noch gravierende Altdefizite, deren erforderlicher Ausgleich die kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten massiv einschränkt.

Angesichts der im Berichtsjahr zu Tage getretenen Finanz- und Wirtschaftskrise ist es Aufgabe der Kommunalaufsicht die Kommunen noch intensiver anzuhalten, durch eine äußerst sparsame Haushaltsplanung und Wirtschaftsführung sicher zu stellen, dass die eingetretenen Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, damit eine neuerliche Verschlechterung der finanziellen Lage möglichst verhindert werden kann.

Umfangreicher Arbeitsbedarf ergab sich für das Referat aus dem Konjunkturprogramm II, durch welches für die Jahre 2009 und 2010 ein Investitionsprogramm in Höhe von insgesamt 13,3 Mrd. Euro aufgelegt wurde, um vor allem in den Kommunen zusätzliche Investitionen anzustoßen, von denen heimische Unternehmen profitieren können. Die Kosten teilen sich der Bund, welcher 75 v.H. der Anteile trägt, sowie Länder und Kommunen, die jeweils 12,5 v.H. der Anteile tragen. Für das Land Sachsen-Anhalt stehen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz insgesamt 475 Mio. Euro zur Verfügung. Städten und Gemeinden wurde durch Kabinettsbeschluss vom 31.03.2009 neben der Inanspruchnahme von verschiedenen Förderprogrammen ein pauschaler Verfügungsrahmen von 50 Mio. Euro eingeräumt, in dem es den Kommunen ermöglicht wurde, innerhalb der zulässigen Förderbereiche eine freie Entscheidung über die Verwendung der Mittel zu treffen. Dieser Betrag entspricht ca. 18,20 Euro/Einwohner inklusive eines Eigenanteils i.H.v. 2,60 Euro.

Verwendung der Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz im Land Sachsen-Anhalt in Mio. €

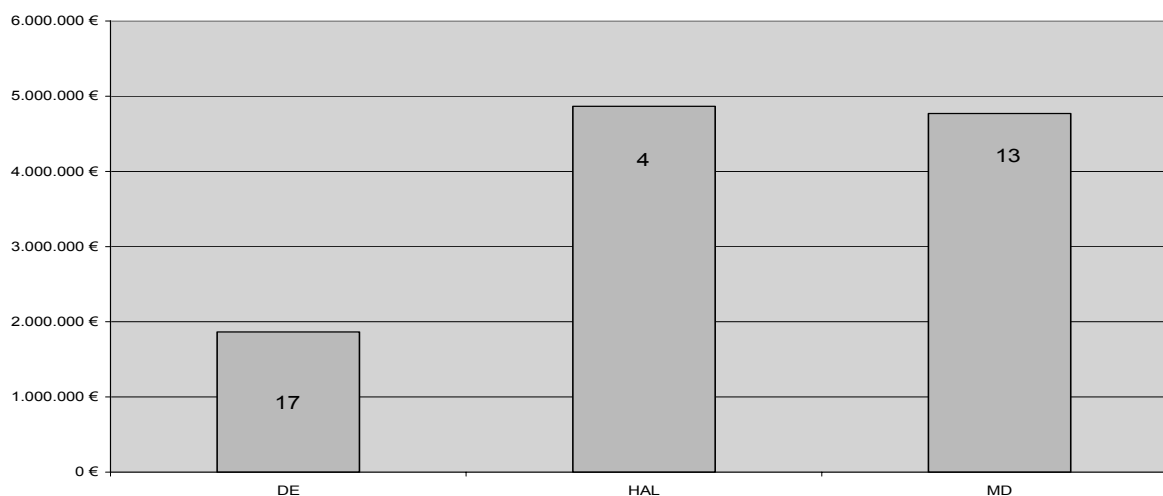


Durch gemeinsamen Runderlass des Ministeriums der Finanzen, der Staatskanzlei und der übrigen Ministerien vom 24.04.2009 wurde bestimmt, dass der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte, d.h. der hauptamtliche Bürgermeister bzw. der Leiter des gemeinsamen Verwaltungsamtes, zu versichern hat, dass eine Vereinbarkeit mit den gesetzlichen Regelungen vorliegt. Die Kommunalaufsicht hatte nach einer Plausibilitätsprüfung zu bestätigen, dass die Finanzierung gesichert ist. Auf Grundlage dieser positiven Bestätigung durfte die Gemeinde mit der Einzelmaßnahme beginnen. Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt wurde mit der Auszahlung nach Bestätigung der Kommunalaufsicht beauftragt. Alle vorbereitenden Maßnahmen sowie die Umsetzung verblieben in den Gemeinden.

Dieses vereinfachte Verfahren, dass wesentliche Prüfungsschritte im Verantwortungsbereich der Gemeinden belässt und damit vor allem auf die kommunale Selbstverwaltung baut, stellte auch die Kommunalaufsicht vor neue Herausforderungen. In einer gemeinsamen Beratung 19.06.2009 konnten offene Fragen geklärt werden, um ein reibungsloses und zügiges Verfahren sicher zu stellen. Ziel des Landesverwaltungsamtes war, eine Bearbeitungsfrist von maximal 48 Stunden zu gewährleisten. Besonderer Diskussionsbedarf ergab sich daraus, dass es gemäß dem gemeinsamen Runderlass auch finanzschwachen Gemeinden zu ermöglichen war, z.B. Investitionen zur Energieeinsparung durchzuführen, obwohl der Eigenanteil aus eigener Kraft nicht geleistet werden kann und damit eine weitere Kreditaufnahme notwendig wurde. Nach allgemeinen Grundsätzen hätte dies durch die Kommunalaufsicht versagt werden müssen, wovon angesichts der Bedeutung des Konjunkturpaketes II sowie der Rentierlichkeit wegen zukünftig reduzierter Betriebskosten jedoch abgesehen werden sollte.

Insgesamt wurden durch das Landesverwaltungsamt im eigenen Zuständigkeitsbereich zur kommunalen Investitionspauschale 34 positive Stellungnahmen im Gesamtvolumen von 11.497.959 Euro abgegeben. Unter Berücksichtigung aller Einzelfördermaßnahmen, welche ebenfalls durch das Konjunkturpaket II finanziert wurden, erhöht sich die Anzahl positiver Stellungnahmen bei einem Investitionsvolumen von 181.224.430 Euro auf 334.

Volumen und Anzahl der Maßnahmen, die in den kreisfreien Städten im Rahmen der kommunalen Investitionspauschale realisiert werden sollen



Von den derzeit 508 Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im Land Sachsen-Anhalt werden 442 in der Form des privaten Rechts geführt. 281 Unternehmen unterliegen unmittelbar der Aufsicht des *Bereiches Kommunale Wirtschaft* des Referats.

	Land insgesamt	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden	Kreisfreie Städte
Eigenbetrieb	63	14	37	12
Anstalt öff. Rechts	3	2	0	1
Eigenunternehmen	185	67	96	22
Beteiligungsunternehmen	257	62	94	101
Unternehmen gesamt	508	145	227	136

Den Schwerpunkt der Arbeit bildete im Jahr 2009 die Begleitung von Anzeigeverfahren im Zusammenhang mit Unternehmensumstrukturierungen in Folge der zum 01.07.2007 erfolgten Kreisneugliederung. Das betraf den Bedarf nach Beratung im Vorfeld von Umstrukturierungen, Aufgabenübernahmen oder Anteilsveräußerungen kommunaler Unternehmen. Hierbei war insbesondere mit Blick auf das europäische Vergabe- und Beihilferecht ein erhöhter Nachfragebedarf zu verzeichnen.

Als Beispiele für Umstrukturierungen seien hier genannt Straßenmeistereien, ÖPNV-Unternehmen, Abfallbetriebe, Volkshochschulen, Musikschulen, Wirtschaftsförderbetriebe, Stadtwerke und Krankenhäuser einschließlich der damit verbundenen Gründung von Tochtergesellschaften. Im Bereich der kommunalen Krankenhäuser sind nunmehr bis auf das als Eigenbetrieb geführte Klinikum in Dessau-Roßlau alle Krankenhäuser des Landes Sachsen-Anhalt formell oder materiell privatisiert.

Wirtschaftspläne waren von 27 Eigenbetrieben und 147 Unternehmen des privaten Rechts auf Einhaltung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zu prüfen. Parallel dazu erfolgte im Rahmen der Beteiligungsbetreuung die Auswertung der vorgelegten Jahresabschlussberichte hinsichtlich der kommunalaufsichtlichen Relevanz der von den Wirtschaftsprüfern getroffenen Feststellungen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ergab sich durch die zusätzliche Aufgabenübertragung zum Normenscreening, d. h. die Überprüfung sämtlicher Satzungen und Rechtsverordnungen der Kommunen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Im Ergebnis dieser Überprüfung und Anpassung der Normen soll eine Gleichbehandlung aller ausländischen Dienstleister europaweit gewährleistet werden. Die Prüfungsfreigabe umfasste 2.986 Normen der Landkreise und kreisfreien Städte sowie unmittelbar beaufsichtigter Zweckverbände.

Der *Aufgabenbereich Zweckverbände, Abgabenrecht, Aufsicht Umweltbereich –außer Wasser-* führte im Berichtsjahr die unmittelbare Aufsicht über:

- 5 Regionale Planungsgemeinschaften,
- 2 Stadt-Umland-Verbände,
- 2 Anstalten des öffentlichen Rechts,
- 7 Zweckverbände aus unterschiedlichen Bereichen.

Der Abfallzweckverband Anhalt-Mitte wurde mit Beschluss vom 15.04.2009 aufgelöst.

Darüber hinaus sind 24 Eigenbetriebe und 8 GmbHS im Abfallbereich zu beaufsichtigen.

Ein Aufgabenschwerpunkt des Bereichs ist die Prüfung der Rechtmäßigkeit und die Entscheidung zu den jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplänen bzw. Haushaltssatzungen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 17 Wirtschaftspläne bzw. Haushaltssatzungen sowie 4 Nachträge vorgelegt. Aber auch Änderungen der Verbands- bzw. Unternehmenssatzungen waren nach kommunalrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Darüber hinaus wurden die von 6 Landkreisen sowie den 3 kreisfreien Städten angezeigten Änderungssatzungen hinsichtlich des Abfallentsorgungs- und -gebührenrechts im Zusammenwirken mit weiteren Referaten des LVwA umfassend geprüft. Als besonders problematisch gestaltete sich dabei die Vereinheitlichung noch unterschiedlichen Satzungsrechts in den von der Kreisgebietsreform betroffenen Landkreisen.

Der Aufgabenbereich Aufsicht Wasser, Konsolidierung Aufgabenträger Abwasserbeseitigung hat im Rahmen seiner Zuständigkeit zur Gewährung von Teilentschuldungs- und Sanierungshilfe im Jahr 2009 die 23 betreffenden Teilentschuldungsempfänger erneut einer Verwendungsnachweisprüfung unterzogen. Dabei konnte festgestellt werden, dass 13 Teilentschuldungsempfänger ihre Pflichten und Nebenbestimmungen aus den Teilentschuldungsverträgen und –bescheiden bislang erfüllt haben und somit nunmehr bis zum Abschluss der Zahlungen durch das Land einer routinemäßigen Kontrolle zur wirtschaftlichen Entwicklung des Aufgabenträgers unterliegen.

Bei 10 Teilentschuldungsempfängern konnte keine vollständige Erfüllung der Pflichten und Nebenbestimmungen festgestellt werden. Es mangelt überwiegend an gebotenen Strukturveränderungen oder der Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenträgern. In einem Fall musste das Referat 305 auf Grund der nicht fristgerechten Erfüllung von Pflichten aus Teilentschuldungsverträgen bereits eine Nachfrist zur Erfüllung der Pflichten vor Kündigung der Teilentschuldungsverträge setzen.

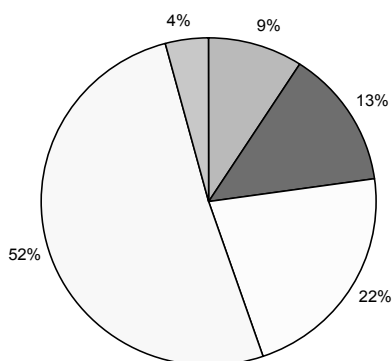
Im Rahmen der bei 7 Aufgabenträgern durchgeführten Bilanzanalysen wurden betriebswirtschaftliche Kennzahlen ermittelt, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens herangezogen werden. In allen geprüften Fällen wurde der positive Einfluss der Teilentschuldungshilfe auf die Eigenkapitalausstattung festgestellt.

Im Rahmen seiner Fachaufsicht hat das Referat 305 auf Veranlassung des MI die unteren Kommunal-
aufsichtsbehörden aufgefordert, die Aufgabenträger der Wasser- und Abwasserbeseitigung auf ihre
Beitragserhebungspflicht gemäß § 6 Abs. 1 KAG LSA hinzuweisen. Dabei war zu ermitteln, ob bei Erhe-
bung eines Herstellungsbeitrages auch sog. Altanschlussnehmer mit einem besonderen Herstellungs-
beitrag (II) berücksichtigt werden.

Die sachliche Beitragspflicht zur Entrichtung eines besonderen Herstellungsbeitrags betrifft solche
Grundstücke, die vor Inkrafttreten des KAG LSA an eine zentrale leitungsgebundene Anlage angeschlos-
sen waren oder eine Anschlussmöglichkeit hatten, die jedoch im Rechtssinne nicht als öffentliche Ein-
richtung zu betrachten war. Eigentümer dieser Grundstücke unterliegen zwar einer im KAG LSA gebote-
nen Privilegierung, wurden aber in der Vergangenheit überwiegend vollständig von den Aufgabenträ-
gern von der Beitragserhebung befreit. Nach dem Grundsatz der Einnahmebeschaffung sollten die Auf-
gabenträger veranlasst werden, diesen besonderen Beitrag zu erheben.

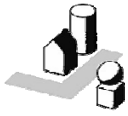
Die mit Rundverfügung des Referates 305 erfolgte Erfassung zum aktuellen Stand der Erhebung des
besonderen Herstellungsbeitrages bei den Aufgabenträgern der Abwasserbeseitigung ergab folgendes
Ergebnis:

**Stand der Erhebung des besonderen Herstellungsbeitrags zum 11.12.2009 bei den Aufgabenträgern (AT)
der Abwasserbeseitigung**



■ Erhebung abgeschlossen (13 AT)	■ Erhebung vorgesehen (19 AT)
□ bisher kein Satzungsrecht geschaffen (31 AT)	□ keine Grundstücke für Erhebung HB II vorhanden (72 AT)
□ privatrechtliches Entgelt (6 AT)	

Aus der tabellarischen Aufstellung ist ersichtlich, dass bei 52 % der Aufgabenträger keine Grundstücke,
die die Erhebung des Herstellungsbeitrages II begründen würden, vorhanden sind. 9 % der Aufgaben-
träger haben das Satzungsrecht für den Herstellungsbeitrag II geschaffen und diese Abgaben auch
schon erhoben. 13 % der Aufgabenträger befinden sich in der Vorbereitung zur Schaffung des Satzungs-
rechts. 22 % der Aufgabenträger hat sich mit der Erhebung des Herstellungsbeitrages II bisher noch
nicht auseinander gesetzt. Kommunalaufsichtliche Mittel zur Durchsetzung der Beitragserhebungs-
pflicht wurden bisher nicht eingesetzt. Die Kommunalaufsichtsbehörden werden die Umsetzung der
Beitragserhebungspflicht im Jahr 2010 überwachen.



Referat Stiftungen

Referatsleiterin Gabriele Strohmeier

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1826

E-Mail: gabriele.strohmeier@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Stiftungen nimmt die Aufgaben der Stiftungsbehörde für die rechtsfähigen Stiftungen des Privatrechts mit Sitz im Land Sachsen-Anhalt wahr. Hierzu zählen neben der Anerkennung neuer Stiftungen nach § 80 Abs. 2 BGB auch die Beratung von potentiellen Stiftern, die Beaufsichtigung der zum 31.12.2009 bestehenden 222 Stiftungen (darunter 88 Altstiftungen, welche vor 1990 errichtet wurden) auf der Grundlage des Landesstiftungsgesetzes, die Führung des Stiftungsverzeichnisses und die Prüfung der Jahresrechnungen der nicht kirchlichen Stiftungen. Des Weiteren werden Anfragen zu möglicherweise noch fortbestehenden Altstiftungen, die Feststellung ihrer Rechtsnatur bis hin zur Revitalisierung (Eintragung in das Stiftungsverzeichnis) geprüft.

Darüber hinaus ist das Referat für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an wirtschaftliche Vereine gemäß § 22 BGB, die Genehmigung von Satzungsänderungen der derzeit 160 bestehenden wirtschaftlichen Vereine sowie für die Führung des Vereinsverzeichnisses der wirtschaftlichen Vereine zuständig. Zudem werden zwei altrechtliche Vereinigungen beaufsichtigt, welche vor 1900 entstanden sind.

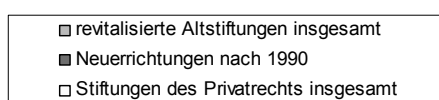
Außerdem ist das Referat für die Entziehung der Rechtsfähigkeit nach § 43 Abs. 2 BGB bei Vereinen zuständig, die satzungswidrig einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb verfolgen. Darüber hinaus fertigt das Referat im Wege der Amtshilfe Stellungnahmen nach § 9 Vereinsregisterverordnung für das Registergericht in Stendal, wenn dort Zweifel bestehen, ob der Zweck eines Idealvereins tatsächlich auf einen nicht wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.

Ausgewählte statistische Angaben

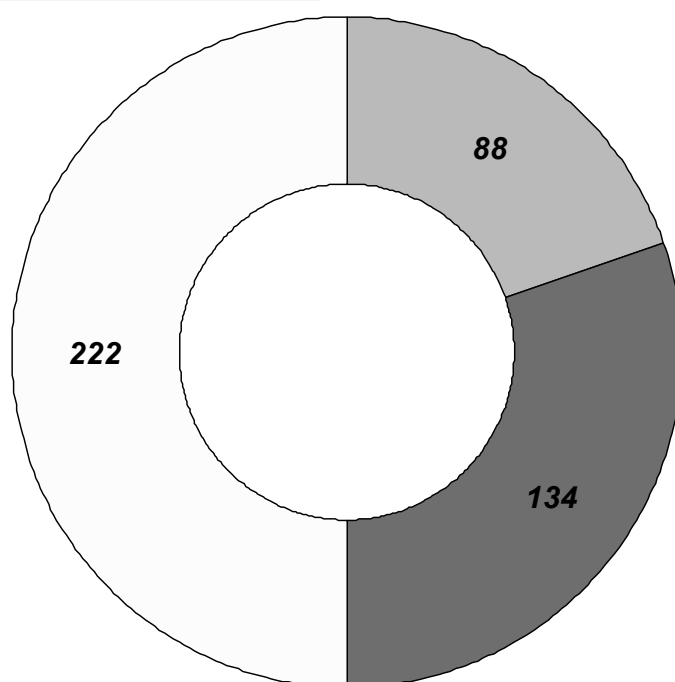
Stiftungen:

- 222 bestehende Stiftungen des Privatrechts
- 8 Anerkennungen als rechtsfähige Stiftungen ;
- 1 Revitalisierungen von Altstiftungen;
- 1 Genehmigung der Sitzverlegung einer Stiftung von München nach Dessau-Roßlau;
- Genehmigung von 20 Satzungsänderungen;
- Erstellung von 83 Legitimationsbescheinigungen;
- Änderung des Stiftungsverzeichnisses bei 75 Stiftungen;
- 8 Anfragen zu Altstiftungen (Rechtsnatur/Fortbestand)
- Beratung von 61 Stiftungsinitiativen;
- Prüfung von 57 Jahresrechnungen;.

Landkreise/ kreisfreie Stadt	Anzahl der Stiftungen	davon Neuerrichtun- gen nach 1990	davon reaktivierte Altstif- tungen
Altmarkkreis Salz- wedel	6	3	3
Anhalt-Bitterfeld	19	10	9
Börde	11	6	5
Burgenlandkreis	17	17	0
Dessau-Roßlau	10	6	4
Halle	27	16	11
Harz	26	16	10
Jerichower Land	6	4	2
Magdeburg	28	22	6
Mansfeld-Südharz	10	4	6
Saalekreis	12	9	3
Salzlandkreis	28	11	17
Stendal	8	2	6
Wittenberg	14	8	6
Land Sachsen- Anhalt	222	134	88



Stiftungen LSA Stand 2009



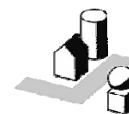
wirtschaftliche Vereine (w. V.):

- 158 wirtschaftliche Vereine, davon:
- 16 Erzeugergemeinschaften (EZG);
- 133 Forstliche Vereinigungen wie Forstbetriebsgemeinschaften (FBG) oder Waldgemeinschaften (WG) und
- 9 sonstige wirtschaftliche Vereine.
- Genehmigung von 15 Satzungsänderungen;
- Änderung des Vereinsverzeichnisses bei 18 wirtschaftlichen Vereinen.
- 2 Löschungen aus dem Vereinsregister;
- Aufsicht über 2 altrechtliche Vereinigungen;
- 5 Stellungnahmen nach § 9 Vereinsregisterverordnung;
- 1 Verfahren nach § 43 Abs. 2 BGB.

Regionale Verteilung der Stiftungen und der wirtschaftlichen Vereine

Landkreise/ kreisfreie Stadt	Anzahl der wirtschaft- lichen Vereine	Anzahl der altrechtlichen Vereinigungen
Altmarkkreis Salz- wedel	21	
Anhalt-Bitterfeld	4	
Börde	17	
Burgenlandkreis	11	
Dessau-Roßlau	1	
Halle		1
Harz	17	
Jerichower Land	16	
Magdeburg		
Mansfeld-Südharz	24	
Saalekreis	2	
Salzlandkreis	3	
Stendal	21	1
Wittenberg	22	
Land Sachsen- Anhalt	159	2

Referat Verkehrswesen



Referatsleiter Bernd Sänger
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1358
E-Mail: bernd.saenger@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat 307 übt die Fachaufsicht über die unteren Straßenverkehrsbehörden, die Kfz-Zulassungsstellen und die Fahrerlaubnisbehrden aus. Es erteilt Ausnahmegenehmigungen nach der Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrszulassungsordnung, der Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr sowie der Fahrerlaubnisverordnung.

Weiterhin übt das Referat die Aufsicht über die amtlich anerkannten berwachungsorganisationen für den Kraftfahrzeugverkehr zur Durchführung von Hauptuntersuchungen, Abgasuntersuchen und Sicherheitsprüfungen sowie Ein- und Anbauabnahmen aus.

Das Referat ist Genehmigungsbehörde für die Durchführung von Großraum- und Schwerlasttransporten und ist zuständig für die Anerkennung von Begutachtungsstellen für Fahreignung, Kursen zur Wiederherstellung der Fahreignung, Seminarleitern für besondere Aufbauseminare, Sehteststellen und Stellen für die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen sowie Ausbildung in Erster Hilfe.

Das Referat 307 ist zuständig für die Durchführung der Prüfungen nach der Prüfungsordnung für Fahrlehrer durch den Fahrlehrerprfungsausschuss.

Zu den Aufgaben des Referates gehört die Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte in ihrer Funktion als Genehmigungsbehörde für den Linienverkehr (ffentlicher Personennahverkehr) und den Gelegenheitsverkehr (u. a. Taxen und Mietwagen) sowie als Erlaubnisbehörde für den gewerblichen Güterkraftverkehr. Das Referat bewilligt Fördermittel für Investitionsmaßnahmen im ÖPNV, einschließlich der Beschaffung von Fahrzeugen.

Das Referat ist zuständig für die Anerkennung von Ausbildungsstätten und deren Widerruf nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz sowie für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

Das Referat bearbeitet Anträge auf Gewährung von Fördermitteln für den kommunalen Straßenbau und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur.

Seit dem 01.07.2009 obliegt dem Referat 307 die Zuständigkeit für die Ausführung der Landesschiff-fahrts- und Hafenverordnung insbesondere mit den Aufgaben der Genehmigung der gewerblichen Schifffahrt, der Erteilung von Schiffsführerscheinen einschließlich der Durchführung der hierfür erforderlichen Prüfung sowie deren Entziehung, der technischen Zulassung von Fahrzeugen, Schwimmkörpern und schwimmende Anlagen durch die Schiffsuntersuchungskommission, der Zuteilung amtlicher Kennzeichen, der befristeten Sperrung von Gewässern, der Prüfung von Anzeigen für Sportveranstaltungen, der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen, der Anordnung der Beschilderung und Betonung in und an Gewässern sowie der Überwachung der Häfen. Das Referat 307 bewilligt zudem Fördermittel für Häfen und Fähren.

Das Referat ist Rechtsaufsichtsbehörde über die Kreisstraßenbaulastträger sowie Fachaufsicht über die unteren Straßenaufsichtsbehörden. Als obere Luftverkehrsbehörde erteilt das Referat 307 u. a. luftrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse, übt die Luftaufsicht an Flughäfen und Landeplätzen aus. Darüber hinaus ist das Referat die Luftsicherheitsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt.

Das Referat 307 konnte den Kommunen, Landkreisen und Verkehrsunternehmen im Jahr 2009 insgesamt ca. 128 Mio. Euro in Form von Fördermitteln für Investitionsvorhaben des Kommunalen Straßenbaus, des Brückenbaus, des ÖPNV, der Binnenschifffahrt, der Eisenbahninfrastruktur, von Zuweisungen zur Absicherung des ÖPNV, von Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr und die Eisenbahninfrastruktur sowie von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II nach intensiver fachlicher und wirtschaftlicher Prüfung zur Verfügung stellen. Im Einzelnen wurden folgende Beträge (in Mio. Euro) ausgezahlt:

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) - Förderung

	2007	2008	2009
Zuweisungen an die kommunalen Aufgabenträger	34,9	36,8	33,4
Sonderzuweisungen		2,0	5,0
Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Straßenpersonenverkehr gemäß § 45 a PBerfG	30,9	31,0	26,5
ÖPNV-Investitionsmaßnahmen	18,6	12,0	10,658
Förderung in der Straßenbahninfrastruktur - EFRE -			0,459

Kommunaler Straßenbau - Förderung

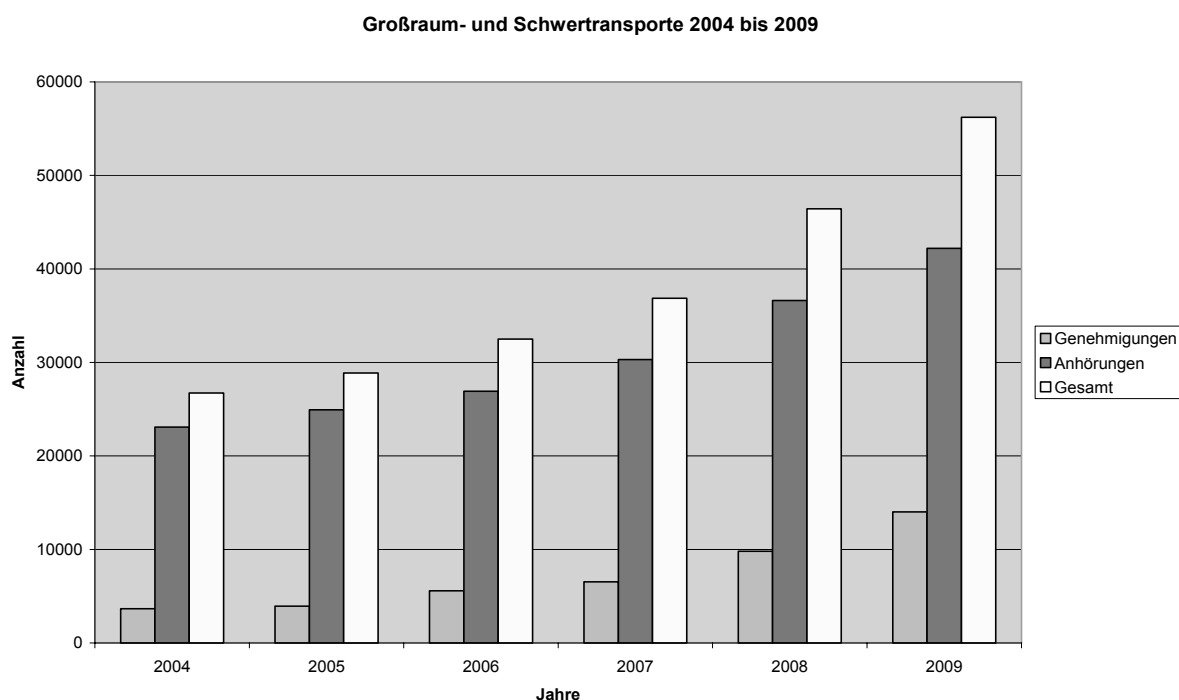
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG, EntflechtG)	47,4	53,8	39,2
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)	1,01	0,5	0,3
Zahlungen nach § 11 a Finanzausgleichsgesetz (FAG)	11,1	12,3	9,1

Ausgewählte statistische Angaben

Großraum- und Schwerlasttransporte

Anhörungen	30.312	36.637	42.196
Genehmigungen	6.543	9.800	14.021

Entwicklung jährlicher Anstieg Großraum- und Schwerlasttransporte



Förderung von Häfen und Fähren	2007	2008	2009
Anzahl der erteilten Zuwendungsbescheide:	4	1	4

Straßenverkehrsordnung (StVO)

Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse (z. B. radsportliche Veranstaltungen)	392	134	367
--	-----	-----	-----

Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO)

Ausnahmegenehmigungen	2.739	3.062	2.965
-----------------------	-------	-------	-------

Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV)

Genehmigungen / Erlaubnisse	128	79	84
-----------------------------	-----	----	----

Widerspruchsbearbeitung

Kfz-Zulassungswesen	138	143	169
Führerscheinwesen	135	109	143
Straßenverkehrsordnung (StVO)	40	43	61
Bearbeitung von Petitionen/Beschwerden/Fachaufsichtlichen Maßnahmen	1.054	1.119	1.143

Fahrlehrerprüfungsausschuss

Anzahl der Prüfungsentscheidungen	126	134	132
-----------------------------------	-----	-----	-----

Aufsicht über die Überwachungsorganisationen für den Kfz-Verkehr

Zustimmung zur Betrauung als Prüfer	16	28	16
-------------------------------------	----	----	----

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz

Anzahl Anerkennung von Ausbildungsstätten nach § 7 Abs. 1 Nr. 5 BKrFQG		17	89
--	--	----	----

Binnenschifffahrt

Auf der Grundlage der Verordnung zur Durchführung der Schifffahrt auf der oberen Saale und der Unstrut (SchiffSU-VO) wurden durch das Referat folgende Entscheidungen getroffen:

	2007	2008	2009
Schiffsführerscheinprüfung	3	4	7
Schiffsuntersuchungen	9	1	10
ausgestellte Schifferdienstbücher	2	2	2
Kontrolle der Schifferdienstbücher			11
Genehmigungen nach § 9 SchiffSU-VO	10	16	13
Genehmigungen nach § 77 WG LSA für Fahrgastschiffe, Bootsverleihe etc	10	9	2
Ordnungswidrigkeitsverfahren	3	5	13
Prüfverfahren zu Anfragen gzgl. In Entstehung befindlicher Seen			11

Kreisstraßenaufsicht

Vorgänge zu straßenrechtlichen Problemen, Umstufungsverfahren, Einziehungsverfahren, zu Festsetzungen von Ortsdurchfahrten einschließlich straßenrechtlicher Entscheidungen	246	286	113
---	-----	-----	-----

Kreisstraßenaufsicht

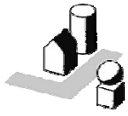
Vorgänge zu straßenrechtlichen Problemen, Umstufungsverfahren, Einziehungsverfahren, zu Festsetzungen von Ortsdurchfahrten einschließlich straßenrechtlicher Entscheidungen	246	286	113
---	-----	-----	-----

Luftverkehr

Genehmigungen und Änderungsgenehmigungen für Flugplätze	1	5	2
Außenstart- und -landeurlaubnisse	145	146	157
Genehmigte Luftfahrtveranstaltungen	12	13	17
Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange	451	489	430
Stellungnahmen und Zustimmung zu Luftfahrthindernissen	219	236	208
Antragsbearbeitung, Lizenzen	293	349	313
Zuverlässigkeitsverfahren nach § 7 LuftSiG	448	527	303
Anzahl der geprüften Luftsicherheitsassistenten	113	231	216
Anzahl der durchgeführten Prüfungen von Luftfahrern:	103	99	149
Ordnungswidrigkeitsverfahren	15	13	6

Förderung Kommunalen Straßenbau

Eisenbahninfrastruktur—Anzahl der erteilten Zuwendungsbescheide:	8	9	2
Ausgleichszahlungen nach § 16 AEG—Anzahl der erteilten Bescheide:	12	13	14
Kommunaler Straßenbau / EntflechtG -Anzahl der erteilten Bescheide (einschließlich FAG)	245	229	209



Referat Planfeststellung

Referatsleiter Christian Hundrieser

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1280

E-Mail: christian.hundrieser@lvwa.sachsen-anhalt.de

Gut ausgebaute Verkehrsverbindungen sind für die Bevölkerung und Wirtschaft unerlässlich. Nicht nur, um die heutigen Verkehrsströme zu bewältigen, sondern auch um Städte und Gemeinden von stark frequentierten Ortsdurchfahrten zu entlasten oder Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Zudem beeinflusst eine gute Infrastruktur die Gewerbeansiedlung. Deshalb verwundert nicht, dass gerade der Straßenbau den Aufgabenschwerpunkt im Referat Planfeststellungsverfahren bildet. Planfeststellung ist auch zugleich Wirtschaftsförderung.

Für bedeutende Baumaßnahmen (siehe Übersicht) schreibt der Gesetzgeber die Durchführung von förmlichen Planfeststellungsverfahren vor. Vorteil: Nur eine Behörde wird tätig, bündelt alle relevanten Sachverhalte, ermittelt, beteiligt die Öffentlichkeit, klärt auf und trifft am Ende eine alles umfassende und in allen Belangen konzentrierte und verbindliche Entscheidung. Das ist der Planfeststellungsbeschluss.

Folgende Projekte müssen der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens unterzogen werden und bilden zugleich den Aufgabenkatalog des Referates 308:

Aufgabenschwerpunkte sind dabei:

- **Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen**
Bundesfernstraßengesetz, Straßengesetz Sachsen-Anhalt
- **Flughäfen und Landeplätze mit beschränktem Bauschutzbereich**
Luftverkehrsgesetz
- **Anhörungsverfahren im Rahmen von Planfeststellungsverfahren des Eisenbahn-Bundesamtes für bundeseigene Eisenbahnen**
Allgemeines Eisenbahngesetz
- **Betriebsanlagen der nicht bundeseigenen Eisenbahnen** (öffentliche Eisenbahnen z.B. Harzer Schmalspurbahn; nicht öffentliche Eisenbahnen z.B. Betriebs- oder Anschlussbahnen)
Allgemeines Eisenbahngesetz
- **Energieanlagen** (Hochspannungsfreileitungen ab 110 kV und Gasversorgungsleitungen ab einem Durchmesser von mehr als 300 mm)
Energiewirtschaftsgesetz
- **Bergbahnen** (Standseilbahnen, Seilschwebbahnen, Schleppaufzüge, Zahnradbahnen)
Landeseisenbahn- und Bergbahngesetz

Die Dauer der bisweilen sehr anspruchsvollen Baurechtschaffungsverfahren schwankt zwischen 1 und 2 Jahren. Notwendige Nachbesserungen in den Unterlagen eines laufenden Verfahrens oder manchmal auch neuerliche Untersuchungen können den durchschnittlichen Zeitrahmen von 18 Monaten erheblich beeinflussen.

Nur die Vorhaben für den Schienenverkehr bundeseigener Eisenbahnen lassen sich im Referat in kürzerer Zeit abarbeiten. Hier ist das Landesverwaltungsamt nur Anhörungsbehörde bis zur Durchführung des Erörterungstermins. Danach ist eine Stellungnahme zum Anhörungsverfahren zu fertigen (Abschlussbericht) und übergibt das Verfahren an das Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Halle, die als Planfeststellungsbehörde den Planfeststellungsbeschluss erlässt.

Aufteilung der Baurechtschaffungsverfahren 2009

Im Jahr 2009 wurden 47 Verwaltungsverfahren einschließlich Verfahren zur Ausnahme von der Änderungsperre sowie Plangebietsverordnung bearbeitet und abgeschlossen.

nach Projekten

Verfahren für Bundesautobahnen (A14, A38, 143)	5
Verfahren für Bundesstraßen	18
Verfahren für Landesstraßen	7
Verfahren für Schienenprojekte (DB-Gleisnetz)	6
Verfahren für Energieanlagen (ab 110-kV Hochspannungsfreileitungen und Gasversorgungsleitungen)	8
Sonstige (Private Baumaßnahmen mit Veränderungssperre und Akteneinsicht)	5

nach Verfahrensarten

Planfeststellungsverfahren	15
Plangenehmigungsverfahren	5
Entscheidung für das Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung	7
Änderungs- und Ergänzungsverfahren	6
Anhörungsverfahren für Planfeststellungsverfahren des Eisenbahn-Bundesamtes Außenstelle Halle	6
Sonstige Bescheidung (z. B. Ausnahmen von der Veränderungssperre)	8

2. Zu den 2009 getroffenen Planfeststellungsentscheidungen gehören beispielhaft:

- Neubau der Bundesstraße B 246a im Zuge der OU Schönebeck mit der Elbquerung
- Neubau der Bundesstraße B 81 Egelnd Nord bis zur B 246a
- Neubau der Bundesstraße B 176 mit der OU Weißenfels Nord
- Neubau der Landesstraße L 75 Hoym - Ballenstedt
- Ausbau der Ortsdurchfahrt Weißenfels im Zuge der L 182 Burgwerbener Straße
- Neubau der Zugbildungsanlage in Halle (Anhörungsverfahren)
- Neubau eines Radweges zwischen Heeren und Stendal im Zuge der L 32
- Änderung des Flugplatzes Magdeburg zugunsten der Hubschrauberstaffel
- Ersatzneubau der 110-kV-Freileitung Marke – Dessau in Dessau - Roßlau/Alten
- Ersatzneubau der 380-kV-Freileitung Ragow - Bad Lauchstädt im Industriegebiet A 14

Das Straßennetz von Sachsen-Anhalt umfasst mittlerweile 384 km Bundesautobahnen, 2.396 km Bundesstraßen und 3.866 km Landesstraßen. Für etliche zu sanierende aber auch für neu hinzukommende Straßenkilometer wurden die erforderlichen Baurechtsverfahren geführt. Sie bilden die Voraussetzungen für eine gut funktionierende Infrastruktur. Das mit den Verwaltungsverfahren verwirklichte Bauprogramm 2009 umfasste dabei investive Ausgaben in Höhe von mehr als 300 Millionen Euro.

3. Klageverfahren

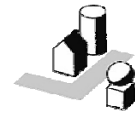
Im Jahr 2009 sind alle getroffenen Entscheidungen auch bestandskräftig geworden. Klagen wurden keine erhoben.

1.025 Verfahren wurden in Sachsen-Anhalt von 1992 – 2009 abgeschlossen:

Planfeststellungsverfahren	336
Plangenehmigungsverfahren	103
Planverzichtsverfahren	243
Änderungs- und Ergänzungsverfahren zu Planfeststellungsverfahren	176
Anhörungsverfahren für das Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Halle	167

Vor allem für Verfahren von privaten Unternehmen sind Verwaltungsgebühren zu erheben. Seit Bestehen des Landesverwaltungsamtes wurden für die Durchführung von Planfeststellungsverfahren oder die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen von der Veränderungssperre Gelder i. H. von 336.752,42 Euro erhoben und dem Landeshaushalt zugeführt, davon allein im Jahre 2009 139.282,85 Euro.

Referat Raumordnung, Landesentwicklung



Referatsleiterin Birgit Meininger
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1375
E-Mail: birgit.meininger@lvwa.sachsen-anhalt.de

Im Referat werden bedeutende Investitionen von privaten Vorhabenträgern und öffentliche Infrastrukturmaßnahmen einer landesplanerischen Abstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung unterzogen. Mit der Aufbereitung und dem zur Verfügung stellen wesentlicher Geodaten erfüllt das Referat gleichzeitig eine wichtige Servicefunktion gegenüber Planern, Investoren und der gesamten öffentlichen Verwaltung. Große Bedeutung hat dabei die Raubeobachtung.

Raumordnungsverfahren

Ein Arbeitsschwerpunkt ist die landesplanerische Abstimmung in Form von Raumordnungsverfahren. Im Jahr 2009 befanden sich 9 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in landesplanerischer Abstimmung, für die ein Raumordnungsverfahren erforderlich ist.

Dazu zählten u.a.:

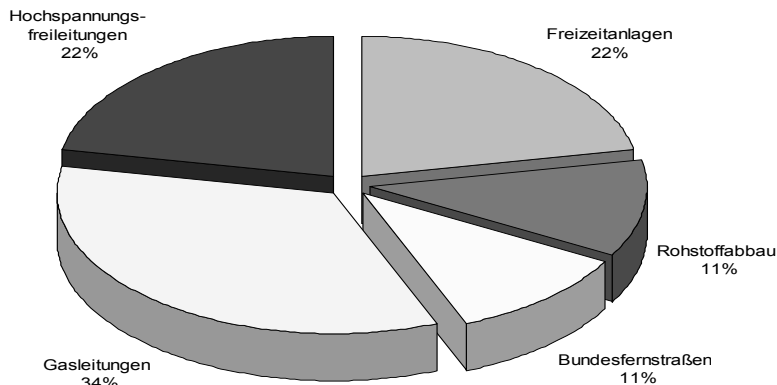
- Erdgastransportleitung Seyda-Werne-Eynatten, Abschnitt Sachsen-Anhalt (Mittleuropäische Transversale)
- Neubau Verbindungsleitung „Erdgasuntergrundspeicher Peißen-JAGAL“
- Neubau 380-kV-Leitung zwischen Industrie- und Gewerbepark Arneburg und Rochau
- Anbindungsleitung vom Kavernenspeicher Staßfurt zum Gasfernleitungsnetz der ONTRAS
- Entertainment Center Vockerode
- Bodehalle Thale

Abgeschlossen wurde 2009 das Raumordnungsverfahren für die sogenannte Mittleuropäische Transversale, d.h. die Erdgastransportleitung Seyda-Werne-Eynatten im Abschnitt Sachsen-Anhalt, so dass damit die Grundlagen für das Genehmigungsverfahren gelegt werden konnte.

Bündelung der Trägerbeteiligung des Landesverwaltungsamtes zur Bauleitplanung und Rohstoffwirtschaft

Im Rahmen der dem Referat übertragenen Koordinierung und Abgabe gebündelter Stellungnahmen für das Landesverwaltungsamt nach § 4 BauGB in den Verfahren für Flächennutzungspläne, Bebauungspläne und sonstige Satzungen, nach § 52 BBergG in Verfahren für bergbauliche Vorhaben und Verfahren zum Abbau von oberflächennahen Rohstoffen sowie im Rahmen weiterer Bündelungen wurden insgesamt 492 Vorgänge bearbeitet.

Raumordnungsverfahren nach Vorhabengruppen



Landesplanerische Stellungnahmen

1110 Vorhaben wurden raumordnerisch geprüft, wobei für 721 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen die landesplanerische Abstimmung in Form von landesplanerischen Stellungnahmen durchgeführt wurde. Dies betraf insbesondere

- Fachplanungen, z. B. Naturschutz, Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Erholung und Touristik, Kommunikationsinfrastruktur, raumbedeutsame Bauleitplanung, Landwirtschaft und Tierproduktion;
- regenerative Energien mit Schwerpunkt Wind, Solar und Biomasse;
- Fördermittelanträge.

Landesplanerische Prüfungen insgesamt 2009 (2008)	1.110 (1.032)
davon Raumordnungsverfahren	9 (10)
davon landesplanerische Stellungnahmen	721 (663)
davon Prüfung nicht raumbedeutsamer Vorhaben	380 (359)

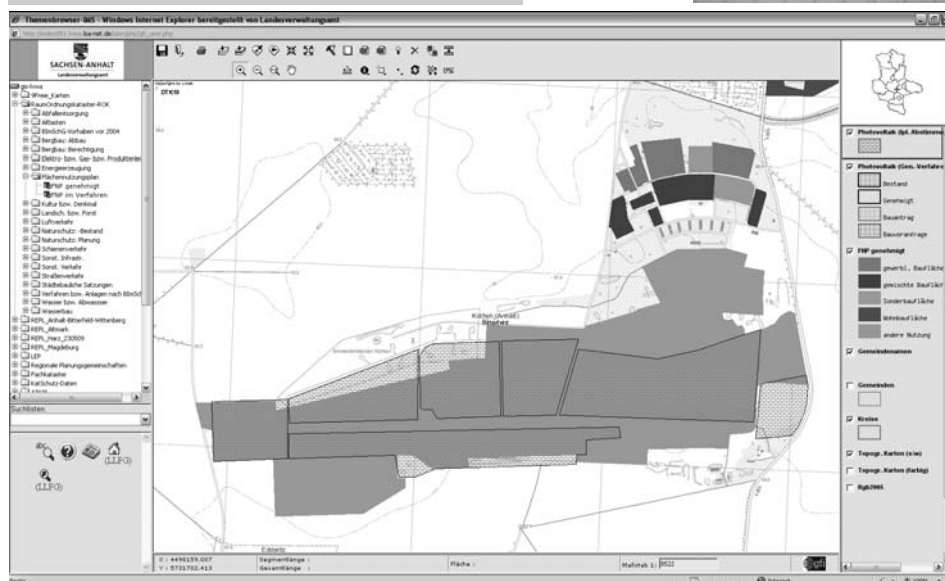
Raumbeobachtung

Fortlaufende Erfassung und Bewertung raumbedeutsamer Entwicklungen und Tatbestände. Schwerpunkt im Jahr 2009 war die Analyse im Bereich der Erneuerbaren Energien einschließlich der Zuarbeit für den Raumordnungsbericht 2009 zur Thematik Windenergie und Photovoltaik.

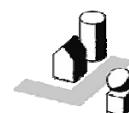
Führung des digitalen Raumordnungskatasters und des GIS-Auskunftssystems LVWA

- laufende Aktualisierung und Weiterentwicklung der Datenbestände des Raumordnungskatasters; Unterstützung der Kartenherstellung in den Fachreferaten;
- Bereitstellung der Inhalte des Raumordnungskatasters durch arbeitsplatznah aufbereitete Präsentation mittels Intranet-Technologien für alle PC-Arbeitsplätze im Landesverwaltungsamt (GIS-Auskunftssystem) sowie im MLV und im MLU;
- Unterstützung der Beteiligung der Fachreferate des Hauses als Träger öffentlicher Belange zur Bauleitplanung durch zeitnahe Bereitstellung der Planungen und Maßnahmen in digitaler Form;
- Erstellung von topografischen Karten im Zuge der Raumberechnung für das Landesverwaltungsamt;
- Aufbereitung und Bereitstellung der Inhalte des Raumordnungskatasters und weiterer raumbezogener Daten für alle GIS-Arbeitsplätze des Hauses;
- Zusammenarbeit mit den Landkreisen zur laufenden Bereitstellung aktueller Daten, zum Beispiel Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie Einzelhandel;
- Übergabe der Inhalte des Raumordnungskatasters an die Landkreise und die Regionalen Planungsgemeinschaften zur Unterstützung bei der Nutzung ihrer GIS-Arbeitsplätze;
- Erstellung digitaler Auszüge aus dem Raumordnungskataster für 141 Anfragen von Behörden, Planungsbüros, Investoren und sonstiger Kunden, darüber hinaus 21 Datenabgaben in Form von Karten;
- ständige Beratung in der länderübergreifenden AG Raumordnungskataster.

Auszug aus dem Raumordnungskataster zum Photovoltaikpark Köthen (ehem. Flugplatz) Gesamtleistung von 45.000 kWp—Freifläche von rund 116 Hektar



Referat Sport



Referatsleiterin Sigrid Arndt
 Olvenstedter Straße 1-2
 39108 Magdeburg
 Tel.: (0391) 567-2120
 E-Mail: sigrid.arndt@lvwa.sachsen-anhalt.de

Neben der Förderung des Hochleistungssports in Sachsen-Anhalt ist das Sportreferat 2009 zuständig für die Förderung des Sportstättenbaus für die Kommunen und Sportvereine im Land Sachsen-Anhalt gewesen.

Es war Ansprechpartner, Mittler und Berater für den Olympiastützpunkt Magdeburg/Halle und die Leistungszentren, die Kommunen und Landkreise, Sportverbände und –vereine. Das Referat arbeitete hierbei eng mit den zuständigen Bundes- und Landesministerien, dem Deutschen Sportbund sowie dem Landessportbund zusammen.

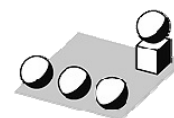
Das Referat ist zudem die zuständige Stelle für die Berufsausbildung der Bäderfachangestellten für die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2009 befanden sich 83 Auszubildende in der Berufsausbildung zum/zur Fachangestellten für Bäderbetriebe und 15 Auszubildende legten mit Erfolg ihre Prüfung zum/zur Fachangestellten für Bäderbetriebe ab.

Zweckbestimmung	ausgezahlt 2007 in Mio. Euro	ausgezahlt 2008 in Mio. Euro	Ansatz 2009 in Mio. Euro	ausgezahlt 2009 in Mio. Euro
Olympiastützpunkt Magdeburg/Halle	0,51	0,51	0,49	0,49
Olympiavorbereitung	0,11	0,11	0,10	0,097
Internate und Mensen der Sportschulen	1,98	1,95	1,85	1,85
Gesamt	2,60	2,57	2,44	2,437

Förderung des Sportstättenbaus	2006	2007	2008	2009
Zugewiesene Mittel in Mio. Euro	5,9	6,5	3,9	2,6
Bewilligte Mittel in Mio. Euro	5,9	3,4	3,7	2,5
Anträge	54	47	35	38
Bewilligte Anträge	23	17	12	16
Abgelehnte Anträge	18	26	17	17
Übernahme in 2006 bzw. 2007	13	4	6	5

Förderung Vereinssportstättenbau bis 50.000 €	2008	2009
Zugewiesene Mittel in Mio €	1,02	1,02
Bewilligte Mittel in Mio €	1,02	1,02
Anträge	72	135
Bewilligte Anträge	65	90
Abgelehnte Anträge	7	23
Übernahme in 2009 bzw. 2010	0	22

Abteilung 4 - Landwirtschaft und Umwelt



Abteilungsleiter
Gert Zender
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1377
E-Mail: gert.zender@lvwa.sachsen-anhalt.de

Referat Abfallwirtschaft, Bodenschutz

Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung

Referat Wasser

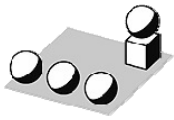
Referat Abwasser

Referat Naturschutz, Landschaftspflege

Referat Forst- und Jagdhoheit

Referat Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei

Referat Großschutzgebiete



Referat Abfallwirtschaft, Bodenschutz

Referatsleiter/ -in NN
Referentin Dr. Sandra Hagel (m.d.W.d.G.b.)
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-2154
E-Mail: sandra.hagel@lvwa.sachsen-anhalt.de

Von den Mitarbeitern im Referat Abfallwirtschaft, Bodenschutz wurden auch 2009 die behördengebundenen Tätigkeiten und die verwaltungstechnischen Maßnahmen für eine ordnungsgemäße sowie rechtskonforme Genehmigung, Überwachung und Kontrolle der abfallwirtschaftlichen Aktivitäten in Sachsen-Anhalt veranlasst. Zuständigkeitsgemäß wurden auch fachtechnische und bodenschutzbezogenen Vorgänge bearbeitet sowie Lösungsansätze und Vorschläge zum umweltgerechten Umgang mit Altlasten, Altanlagen und belasteten Flächen erarbeitet. Dabei ist der Anteil an fachaufsichtlicher Tätigkeit durch die Mitarbeiter des Referates, besonders im Rahmen der Genehmigung und Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen sowie Deponien, deutlich gewachsen. Die fachrechtliche Anleitung der unteren abfall- und Bodenschutzbehörden wurde neben den turnusgemäßen Dienstberatungen besonders durch anlassbezogene Maßnahmen ergänzt. Im Zusammenhang mit den Fällen von illegaler Abfallentsorgung in Sachsen-Anhalt wurde die legislativ gebundene Überwachungstätigkeit bei Deponien, Abfallentsorgungsanlagen und bei der Stoffstromkontrolle deutlich ausgeweitet. Durch den Erlass fachaufsichtlicher Verfügungen konnten auch die unteren Abfall- und Bodenschutzbehörden stärker in diese Maßnahmen eingebunden und bei ihren Entscheidungen unterstützt werden. Eine wichtige Aufgabe bestand darin, die bisher zugeordneten sowie 2009 neu dazugekommenen Aufgaben und Verpflichtungen, wie zum Beispiel eine deutlich intensivierte Stoffstrom- und Anlagenüberwachung, in der erforderlichen Quantität sowie angemessenen Qualität zu organisieren und zu gewährleisten. Mit der zeitnahen Präsentation von Kontrollergebnissen der behördlichen Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen auf den Internetseiten des LVwA sowie bei den Landkreisen /kreisfreien Städten wurde das Angebot an öffentlich zugängigen Umweltinformationen und transparenten Behördenentscheidungen wesentlich erweitert. Eine neue Aufgabe für das Referat waren auch die Bewilligungsverfahren bei der Vergabe von Fördermitteln im Rahmen des Konjunkturförderungsprogramms KP II.

Die Schwerpunkte der in den Referatenbereichen 2009 geleisteten Verwaltungsarbeit sind gemäß der bestehenden Arbeits- und Aufgabenstrukturen nachfolgend dargestellt.

Im Referatenbereich **Rechtsangelegenheiten, Fördermittel** wurden im Rahmen der über die unteren Abfall- und Bodenschutzbehörden bestehenden Rechts- und Fachaufsicht auch 2009 viele abfall- und bodenschutzrechtliche Rechtsbehelfsverfahren geführt.

Aus Anlass von Anfragen und Beschwerden sind auch die Vielzahl der durch Bürger herangetragenen Sachverhalte fachaufsichtlich aufgeklärt und einer Lösung zugeführt worden.

Ebenfalls wurden die zu eigenen Entscheidungen des Referates anhängigen Klageverfahren, darunter auch mehrinstanzliche, teilweise abschließend bearbeitet. Bekanntgewordene Verstöße gegen die Vielzahl der abfallrechtlichen Vorschriften führten häufig zur Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren, innerhalb derer die Verstöße mit teilweise erheblichen Bußgeldern geahndet wurden. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt des Bereichs liegt in der Rechtmäßigkeitsprüfung von insbesondere satzungsrechtlich getroffenen Entscheidungen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (ÖRE). So wurden Abfallentsorgungs- und Abfallgebührensatzungen fachrechtlich und in Zusammenarbeit mit der Kommunalaufsicht geprüft. Neben dieser Satzungsprüfung wurde auch die Rechtmäßigkeit satzungsmäßig oder im Einzelfall vorgenommener Ausschlüsse von Abfällen aus der Entsorgungspflicht der ÖRE geprüft und ggf. im Wege der Zustimmung bestätigt.

Einen besonderen Arbeitsschwerpunkt im Referentenbereich Deponien/ **Abfallwirtschaftsplanung** stellte 2009 das Erreichen des Bestandschutzes entsprechend den Festlegungen in der Deponievereinfachungsverordnung dar. Dazu waren für die Deponien bis Mitte 2009 insgesamt 41 Anordnungen zur Stilllegung von Deponien zu erlassen. 2009 wurde das Planfeststellungsverfahren für die DK II Deponie Hängelsberge erfolgreich abgeschlossen.

Mit dem Betrieb der Deponie Hängelsberge, die nach Stand der Technik errichtet wurde und über alle dafür erforderlichen betrieblichen Einrichtungen und Anlagen verfügt, wird die langfristige Entsorgung nicht verwertbarer Abfälle aus dem Raum Magdeburg aus Haushaltungen und aus dem gewerblichen Bereich bis zum Jahr 2023 sichergestellt. Die Deponie Hängelsberge ist eine entsorgungswirtschaftliche Anlage von regionaler und auch überregionaler Bedeutung im Land Sachsen-Anhalt. Von der Deponie gehen aufgrund ihrer baulichen Ausführung nach Stand der Technik, ihres bisherigen Anlagenbetriebes und der Organisation der Abfallbeseitigung weder Umweltbeeinträchtigungen noch andere Beeinträchtigungen benachbarter Grundstücke aus. Diese werden auch bei der beabsichtigten Weiterführung des Deponiebetriebes nicht zu erwarten sein. 280 Deponiekontrollen auf den insgesamt 116 Deponien, die im Regelfall unangemeldet erfolgten, erbrachten keine Hinweise auf illegale Aktivitäten. Zur Behebung der Vor-Ort festgestellten Mängel (z.B. defekte Pegel, Wühlschäden, unzureichende Tagesabdeckung der Abfälle, Beschädigung der Umzäunung, Erosionserscheinungen an den Deponieböschungen) wurden den Deponieinhabern jeweils Fristen (während der Kontrolle und im Nachgang schriftlich) gesetzt, über deren Umsetzung das LVWA schriftlich informiert wurde und die im Rahmen von Nachkontrollen durch den zuständigen Bearbeiter auf der Deponie geprüft wurden bzw. werden.

Arbeitsschwerpunkt im Referentenbereich **Bodenschutz** war auch 2009 die grundlegende Erfassung und Anpassung der Altgenehmigungen für Verfüllungen von Kies- und Sandgruben der jeweiligen Landkreise. Im Zusammenwirken mit der oberen Naturschutzbehörde wurden anhängige Widerspruchverfahren bearbeitet. Im Ergebnis erfolgten behördliche Kontrollen zur Umsetzung der dienstaufsichtlichen Weisungen an die zuständigen unteren Behörden sowie zur Gewährleistung des Rechtsstatus der Anlagen.

Auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses vom 15.04.2008 erfolgten - zusätzlich zu den bestehenden Aufgaben des Fachbereiches Bodenschutz - Prüfungen und Bewertungen von Sachvorgängen die in originärer Zuständigkeit des Landesamtes für Geologie und Bergwesen (LAGB) liegen.

Ausgewählte statistische Angaben

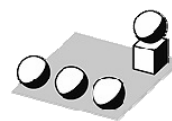
Aufgabengebiet	bearbeitete Vorgänge
Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren	80
Bearbeitung abfall- und bodenschutzrechtlicher Widerspruchsverfahren	82
Bearbeitung abfall- bodenschutzrechtlicher Klageverfahren	4
Prüfung von Abfallsatzungen	19
Bearbeitung kommunalaufsichtlicher Anfragen	17
repressive Anleitung der unteren Abfallbehörden	13
präventive Anleitung der unteren Abfallbehörden	124
Durchführung von referatsinternen rechtlichen Prüfungen	415
Vergabe von Fördermitteln einschließlich aller Verfahrensfragen	19
Verwendungsnachweisprüfverfahren	2
Bewilligung von Fördermitteln (Bewilligungsverfahren nach Konjunkturförderprogramm K II – neue Aufgabe ab 2009)	6
Stellungnahmen/Entscheidungen zu Abfallentsorgungsanlagen im Rahmen der Fachaufsicht	227
Deponiegenehmigungsverfahren	5
Überwachungen von Deponien insgesamt	280
davon anlassbezogene Kontrollen u. a. Bauverwaltung in Fördervorhaben	14
Grenzüberschreitende Abfallverbringungen (Notifizierungen)	219
Entsorgung gefährlicher Abfälle in ST (Entsorgungsnachweise)	1516
abfall- und immissionsschutzrechtliche Anlagenüberwachungen	209
Einvernehmensvorgänge mit LAGB 2009	23

Fördermittelprogramme 2009

Zahlreiche Umweltsanierungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt konnten im Ergebnis von Verfahren zur Fördermittelausreichung und Verwendungsnachweiskontrolle finanziell unterstützt werden.

Art der Vorhaben	Anzahl	ausgereichte EU-Fördermittel in Mio. Euro
Unterstützung von Vorhaben der Altlastensanierung	2	0,025
Unterstützung von Vorhabensträgern beim Flächen- und Gebäuderecycling	8	0,921
gesamt	15	2,858

Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung



Referatsleiter Dr. Hans-Jürgen Discher
 Dessauer Straße 70
 06118 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-2500
 E-Mail: hans-juergen.discher@lwa.sachsen-anhalt.de

Schwerpunktaufgaben des Referates sind:

- Vergabe von Fördermitteln für Maßnahmen des Immissionsschutzes,
- Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG),
- Stellungnahmen im Rahmen von Fachplanungen,
- Anlagenüberwachung,
- Gentechnik,
- Umweltverträglichkeitsprüfung.
- Chemikaliensicherheit in Bezug auf den Umweltschutz und den allgemeinen Gesundheitsschutz
- Europäisches Schadstofffreisetzungs- und –verbringungsregister (für Sachsen-Anhalt)
- Klimaschutz im Industriebereich

Ausgewählte statistische Angaben

Genehmigung von Anlagen nach dem BImSchG mit Öffentlichkeitsbeteiligung

Anzahl der eingereichten Anträge		47 (79 in 2008/ 84 in 2007/69 in 2006)		
Anzahl der erteilten Genehmigungen		48 (89/63/73)		
davon: Störfallanlagen		10 (26/16/10)		
Genehmigungen mit UVP		13 (13/13/30)		
Fachbereich	Genehmigungen	%	Investitionssumme in Mio. Euro	%
Land- und Nahrungsgüterwirtschaft	10	20,8	30,683	5,9
Kraftwerke/Windfarmen	2	4,2	0,690	0,1
Chemie	13	27,1	54,144	10,3
Metallurgie	3	6,2	18,350	3,5
Abfallentsorgungsanlagen	11	23,0	18,240	3,5
sonstige Fachbereiche	9	18,7	401,895	76,7
Gesamt 2009	48	100,0	524,003	100,0
2008	89		109,7	
2007	63		921,4	
2006	73		444,4	
2005	56		585,2	

Genehmigung von Anlagen nach dem BImSchG für Anlagen der Spalte 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen

Anzahl der eingereichten Anträge	102	(2008: 83)
Anzahl der erteilten Genehmigungen	83	(69)

Fachbereich	Genehmigungen (2008)	%	Investitionssumme in Mio. Euro (Vorjahr)	%
Land- und Nahrungsgüterwirtschaft	7 (7)	8,4	8,529 (4,0)	3,7
Kraftwerke/Windfarmen	54 (59)	73,5	202,671 (48,2)	87,3
Chemie	1 (-)	1,2	0 (-)	0
Metallurgie	1 (-)	1,2	0,120 (-)	0
Abfallentsorgungsanlagen	4 (4)	4,8	14,590 (0,2)	6,3
Lageranlagen	9 (4)	10,8	6,224 (0,4)	2,7
Gesamt 2009	83	100	232,134	100
2008	69		52,8	
2007	79		297,3	
2006	102		229,9	
2005	103		115,4	

2009 wurden keine Müllverbrennungsanlagen genehmigt.

Umweltverträglichkeitsprüfung

Im laufenden Jahr 2009 bearbeitete Aufträge der verfahrensführenden Referate:

- Anzahl der Vorgänge 278 (Vorjahr: 254)
- Umweltverträglichkeitsprüfungen 32 (30)
- allgemeine oder standortbezogene Vorprüfungen
des Einzelfalles auf UVP-Pflicht 190 (167)
- Stellungnahmen zu Scoping- u. Erörterungsterminen
bzw. zur Vollständigkeit der Planunterlagen 56 (57)

Besondere Schwerpunkte 2009:

1. Industrie- und Abfallentsorgungsanlagen 70 Vorgänge (Vorjahr: 82)
2. Straßen- und Leitungstrassen 38 Vorgänge (45)
3. Anlagen zur alternativen Energiegewinnung 106 Vorgänge (73)
4. Anlagen der Tierproduktion 48 Vorgänge (33)
5. Wasserbau bzw. Hochwasserschutz 16 Vorgänge (21)

Anlagenbezogener Immissionsschutz:

Der Bereich Anlagenüberwachung ist für die regelmäßige Kontrolle nach § 52 BImSchG von 2518 Betriebsstätten mit 4696 Anlagen zuständig, davon unterliegen 485 Betriebe mit 648 Anlagen und Nebeneinrichtungen der EU-Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen. Für diese Anlagen sind u. a. die Bestimmungen der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft zum Stand der besten verfügbaren Technik durchzusetzen.

Im 1. Quartal 2009 wurden für 70 Betriebe, die von der Deutschen Emissionshandelsstelle beim Umweltbundesamt Zuteilungsbescheide nach dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz TEHG erhalten haben, die Monitoringkonzepte sowie die Emissionsberichterstattung als Beitrag zum Klimaschutz geprüft.

393 Umweltberichte wurden im Rahmen des europäischen Schadstofffreisetzungs- und Transferregisters mittels der Berichtssoftware BUBE-Online durch die Betreiber eingereicht und im LVwA umfassend geprüft.

Für 28 Großfeuerungsanlagen wurden die Jahresberichte auf Einhaltung vorgegebener Grenzwerte und hinsichtlich der Emissionen und des Brennstoffverbrauches geprüft.

Im Jahr 2009 bestand für Betriebe die Pflicht zur Erstellung von Emissionserklärungen.

Im Landesverwaltungsamt wurden 666 Erklärungen umfassend geprüft.

Im Bereich der Anlagenüberwachung wurden 2009

127 Fachstellungnahmen im Genehmigungsverfahren erarbeitet

586 Anlagen und Betriebskontrollen durchgeführt

282 Messberichte zur Einhaltung von Emissionsgrenzwerten geprüft

271 Änderungsanzeigen bearbeitet

084 Bauanträge geprüft und Genehmigungsbescheide erstellt

165 nachträgliche Anordnungen und andere Verwaltungsakte zur Erfüllung von Betreiberpflichten oder zum Stand der Technik erarbeitet

Für 41 Standorte bzw. von 111 betroffenen Bürgern lagen Beschwerden über Umweltbelästigungen vor, die umfassend geprüft wurden.

In 6 Fällen mussten Betriebsuntersagungen oder Stilllegungen angeordnet werden. In 5 Fällen wurden Buß- und Zwangsgeldverfahren durchgeführt.

Weiterhin wurden 4 Oberinspektor-Anwärter und 4 Referendare des umwelttechnischen Verwaltungsdienstes ausgebildet und betreut. 2 Referendare wurden erfolgreich zum Abschluss geführt. Darüber hinaus wurden auch Referendare, Anwärter und Praktikanten anderer Fachbereiche betreut.

Zur Erfüllung der Aufgaben war auch die Teilnahme an Bund – Länder – Arbeitskreisen erforderlich (Monitoring / Emissionshandel, PRTR, Referendarausbildung)

Störfallrecht

Der zuletzt 2005 geänderten Störfall-Verordnung unterliegen 121 Betriebsbereiche, davon 47 mit Grundpflichten und 74 mit erweiterten Pflichten. Diese 121 Betriebsbereiche umfassen etwa 300 genehmigungsbedürftige und nicht genehmigungsbedürftige Anlagen. Insgesamt wurden in 28 Betriebsbereichen Inspektionen durch das LVwA durchgeführt. Davon erfolgten 13 Teilinspektionen des Sicherheitsmanagementsystems durch 6 Sachverständige, wobei von den zugewiesenen Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000,00 € 19.389,60 € in Anspruch genommen wurden.

Chemikalienrecht

Für das Inverkehrbringen von sachkundepflichtigen Chemikalien wurden 63 Sachkundeprüfungen nach § 5 Chemikalien-Verbotsverordnung abgenommen bzw. anerkannt.

Auf Grundlage der Chemikalien-Klimaschutzverordnung erfolgten 38 Betriebs- Zertifizierungen für Kälte- und Klimafachbetriebe und 3 Anerkennungsbescheide für Aus- und Fortbildungseinrichtungen.

Chemikalienrechtliche Vorortkontrollen in Zuständigkeit des LVwA wurden bei 14 Firmen und Großhandelseinrichtungen zur Umsetzung der deutschen und EU-rechtlichen Vorschriften zum Chemikalienrecht wie z. B. Biozid- Produkterecht, klimaschutzrechtliche Vorschriften, ChemVOCFarbV und Detergenzien-Verordnung durchgeführt.

Einen Schwerpunkt bildeten 3 Unternehmenskontrollen zum EU-weiten Projekt „REACH-EN-FORCE-1“ zur Umsetzung der REACH-Verordnung (Vorregistrierungs-/Registrierungsdaten ECHA Helsinki/Sicherheitsdatenblätter).

Chemikalienrechtliche Verstöße im Internethandel wurden in 64 Fällen verfolgt.

Im Rahmen der Fachanleitung/Fachaufsicht über die unteren chemikalienrechtlichen Vollzugsbehörden erfolgten 4 Rundverfügungen bzw. Fachinformationen und 2 Dienstbesprechungen im LVwA.

Sachgebiet Bauplanung

Vorgänge gesamt: 645

davon Satzungen nach BauGB: 516

Stellungnahmen ROV, PFV: 52

Stellungnahmen BImSch-Verf.: 77

Zur Berichterstattung 11. BImSchV wurden ca. 700 Betreiber angeschrieben und bei der Anwendung der BUBE-Software betreut.

Sachgebiet Physikalische Umweltfaktoren

Vorgänge Lärmschutz gesamt: 228

davon Stellungnahmen BImSch-Verf.: 197

Beschwerden: 14

Sonstiges: 17

Vorgänge zu Hochfrequenz: Anzeigen: 448

Bauanträge: 18

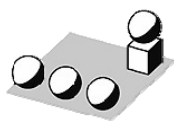
Beschwerden: 7

Als Sonderaufgabe wurden 6 Zuwendungsbescheide zu Maßnahmen im Rahmen Konjunkturpaket II erteilt.

Gentechnik

Gentechnische Arbeiten im geschlossenen System (Labor oder Produktion)	2009
Anmeldeverfahren zu Errichtung und Betrieb (§ 8 Abs. 2 GenTG)	9
Anzeigeverfahren Errichtung und Betrieb (§ 8 Abs. 2 GenTG) weitere Arbeiten der Sicherheitsstufe 2 (§ 9 Abs. 1 GenTG)	24
Änderungsmitteilungen (§ 21 GenTG)	29
Mitteilungen gemäß Auflagen	76
gentechnische Anlagen insgesamt (Stand 31.12.2008)	202
davon Sicherheitsstufe 1	154
Sicherheitsstufe 2	48

Freisetzungen (Anpflanzung transgener Pflanzen auf Versuchsflächen im Freiland)	2009 (2008)
Anzahl ausgeführter Vorhaben (insgesamt an 6 Standorten)	14(11)
Behördliche Kontrollgänge des LVvA auf Freisetzungsflächen	22(28)



Referat Wasser

Referatsleiter Ragner Wenzel

Dessauer Straße 70

06118 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-2410

E-Mail: ragner.wenzel@lwva.sachsen-anhalt.de

Das Referat Wasser nimmt als obere Wasserbehörde die Aufgaben als Vollzugsbehörde für die Bereiche wasserwirtschaftliche Verfahren und wassergefährdende Stoffe wahr. Dem Referat obliegt die Talsperrenaufsicht im Land Sachsen Anhalt.

Schwerpunkt der Vollzugstätigkeit bilden die Planfeststellungs- und -genehmigungsverfahren für den Ausbau von Gewässern 1. Ordnung, den Deichbau, Außerbetriebsetzen und Beseitigen von Stauanlagen an Gewässern 1. Ordnung und die Herstellung stehender Gewässer (Tagebaurestlöcher, Kiesseen).

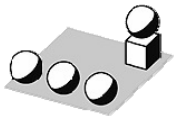
Die abgeschlossenen Verwaltungsverfahren lassen sich in Zahlen wie folgt zusammenfassen:

Zuständigkeiten	Abgeschlossene Vorgänge
Planfeststellungsverfahren nach Wasserrecht	12
A) vorzeitiger Beginn	
B) Plangenehmigung	
C) Planfeststellungsbeschluss	
D) Erledigung in sonstiger Weise	
Widerspruchs-, Klage- und Ordnungswidrigkeitsverfahren	12
Erlaubniserteilung für Gewässerbenutzungen nach § 5 WG LSA	44
Ausnahmegenehmigungen für Maßnahmen an Deichen nach §§ 133/134 WG LSA	29
Regelung des Gemeingebrauchs bzgl. Stauanlagen und Wasserspeicher nach § 75 WG LSA	22
Genehmigungen für Maßnahmen nach §§ 93, 94, 97 WG LSA	25
Wahrnehmung der Aufgaben als Träger öffentlicher Belange	524
Fördermittelbearbeitung (Baufachliche Stellungnahmen, Mittelablauf, Verwendungsnachweisprüfung)	38
Genehmigungen von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen für die Fälle, wo die untere Wasserbehörde in eigener Sache beteiligt ist (§ 163 ff i. V. m. 172 (2) WG LSA)	6
Wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Trinkwassernotversorgung § 4 WasSG	34
Wasserrechtliche Stellungnahmen für Bergbehörden	11
Überwachung von Abbaumaßnahmen (Auflagenkontrolle) der nach § 120 WG LSA genehmigten bergbaurechtlichen Verfahren	34

Fördermittel	Bescheide	Fördervolumen in Euro
Hochwasserschutz EFRE	16	7.938.500
Hochwasserschutz ELER/GAK	150	15.370.000
Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie	3	79.058

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit im Referatsbereich – Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie / WRRL – bildete die Durchführung des Anhörungsverfahrens zum Entwurf des Bewirtschaftungsplanes/ Maßnahmenprogrammes und Umweltbericht der Flussgebietsgemeinschaften Elbe und Weser.

Im Ergebnis waren ca. 230 Stellungnahmen mit über 1.200 Einzelforderungen zu bewerten. Am 22.12.2009 erfolgte die Veröffentlichung der Bewirtschaftungspläne im Internet unter www.saubereswasser.sachsen-anhalt.de.



Referat Abwasser

Referatsleiter Frank Hasselbach

Dessauer Straße 70

06118 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-2862

E-Mail: frank.hasselbach@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Abwasser nimmt als obere Wasserbehörde entsprechend der geltenden Zuständigkeitsregelungen die Aufgaben als Vollzugsbehörde im Wesentlichen durch die Erteilung von Einleiterlaubnissen, die Genehmigung und Überwachung von Abwasseranlagen und die überörtliche Abwasserbeseitigungsplanung wahr. Es vollzieht außerdem das Abwasserabgabengesetz und bewilligt Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Vorhaben der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Die Tätigkeiten des Rechtsbereichs konzentrierten sich in 2009 auf die Bearbeitung von Widersprüchen gegen abwasserrechtliche Entscheidungen der unteren Wasserbehörden, auf die Prozessvertretung des Referats in überwiegend abwasserabgabenrechtlichen und vereinzelt allgemeinen wasserrechtlichen Verwaltungsrechtsstreitigkeiten gegen Verwaltungsakte des Referats Abwasser sowie auf die fachrechtliche Beratung der 14 unteren Wasserbehörden.

Im zurückliegenden Jahr wurden insgesamt 48 Widerspruchsverfahren (Abwasserabgabenrecht und allgemeines Wasserrecht) abgeschlossen, wohingegen 22 Widersprüche von den unteren Wasserbehörden zur Entscheidung neu vorgelegt wurden. Außerdem wurden 44 Klageverfahren beendet, davon allein 25 wegen Abwasserabgabenrecht. Von den übrigen 19 Verfahren betrafen 10 Bewilligungs- und Verwendungsnachweisverfahren und 9 sonstige wasserrechtliche Entscheidungen des Referates.

Der Referatsbereich Kommunalabwasser hat im Jahr 2009

312 Zuwendungsanträge für Maßnahmen der kommunalen Abwasserentsorgung baufachlich geprüft,

55 wasserrechtliche Erlaubnisse für Abwassereinleitungen in Gewässer erteilt,

562 fachliche Stellungnahmen in Beteiligungsverfahren als Träger öffentlicher Belange erarbeitet,

32 Verwendungsnachweise für Abwassermaßnahmen, die mit EU-Mitteln gefördert wurden, baufachlich geprüft und

17 Verwendungsnachweise für Abwassermaßnahmen, die mit Landesmitteln gefördert wurden, baufachlich geprüft.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Abschluss der Prüfung und Genehmigung der Abwasserbeseitigungskonzepte (nach § 151 WG LSA) der drei kreisfreien Städte Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau. Die hohe Bedeutung dieser Entscheidungen ergibt sich daraus, dass die Genehmigung der Abwasserbeseitigungskonzepte landesweit für alle Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung unabdingbare Voraussetzung für den Erlass von Ausschlusssatzungen (§ 151 Abs. 4 WG LSA) ist. Von diesen Satzungen hing wiederum ab, ob ein Verfügungsberechtigter eines Grundstückes, das von der öffentlichen Abwasserentsorgung bis 2016 ausgeschlossen ist, seine Grundstückskläranlage nach entsprechender Verfügung durch die untere Wasserbehörde bis zum 31.12.2009 an den Stand der Technik anpassen musste.

Die damit verbundene und vom Landesgesetzgeber bezweckte Errichtung von biologischen Kleinkläranlagen war im Jahr 2009 immerhin Gegenstand von 31 der insgesamt 43 durch den Fachbereich bearbeiteten Beschwerden und Petitionen.

Der Industrieabwasserbereich im Referat Abwasser ist für die Durchführung von wasserrechtlichen Planfeststellungs- und Erlaubnisverfahren, für die behördliche Überwachung von Gewässerbenutzungen und Industrieanlagen sowie für Fachstellungnahmen im Beteiligungsverfahren anderer Fachreferate des LVwA entsprechend Landeswassergesetz und der Wasser-ZustVO verantwortlich. Zudem obliegt dem Fachbereich das Erstellen und Fortschreiben des landesweit geltenden Probenahmeplans „Abwasser“ für die planmäßigen behördlichen Abwasseruntersuchungen der Abwassereinleiter im Land Sachsen-Anhalt.

Schwerpunkte im Jahr 2009 waren auf dem Gebiet der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren:

- die Wahrnehmung der Aufgaben sowohl der Genehmigungs- als auch der Bauaufsichtsbehörde im Zusammenhang mit dem Bruch des Kalkteichs 19 der Solvay Chemicals GmbH in Bernburg, und zwar insbesondere
 - die Erteilung der Baugenehmigung für die Errichtung eines Schutzdammes zur Sicherung der Kreuzung L 64 / L 73,
 - die Leitung der Quartalsbesprechungen hinsichtlich der sog. „Kalkteiche“,
 - die Festlegung der Vorgehensweise, des Betriebsregimes, der Überwachung (Monitoring) und des Nachweises der Standsicherheit für den Weiterbetrieb der Kalkteiche 15b, 18, 19b, 20 und 21,
 - die Beurteilung und Prüfung sowie Festlegung der Eingangsparameter für die Standsicherheitsnachweise aller Kalkteiche,
 - die Bauüberwachung (vor Ort) speziell unter den Gesichtspunkten der Standsicherheit aller vorhandenen Anlagen sowie der Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen (Monitoring, Betriebsregime, geänderter Aufbau der Kalkteiche) sowie
 - die Durchführung der UVP-Vorprüfung zur Errichtung des Kalkteiches 18b.
- der Abschluss von Baugenehmigungsverfahren im Rahmen der Wahrnehmung der Aufgaben und Pflichten der Bauaufsichtsbehörde (§ 59 BauO LSA) inklusive Bauüberwachung und Bauendabnahme beim Gemeinschaftsklärwerk Bitterfeld-Wolfen, und zwar konkret die Errichtung eines Abwasserbehälters und die Errichtung der Rohrbrücken R und Z.
- der Beginn des Planfeststellungsverfahrens für die Kläranlage Weißenfels (Antrag, Vollständigkeitsprüfung, öffentliche Bekanntmachung).
- die Durchführung von 56 weiteren wasserrechtlichen Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren, wobei hervorzuheben sind die Verfahren der
- TEW Servicegesellschaft mbH, Gemeinschaftsklärwerk Bitterfeld-Wolfen GmbH, Gemeinschaftskläranlage (GKA) Wittenberg, Delipapier GmbH, Solvay Chemicals GmbH, Sodawerk Staßfurt GmbH & Co. KG, InfraLeuna GmbH, Dow Olefinverbund GmbH, Evonik Steag GmbH und der Infra Zeitz Servicegesellschaft mbH.
- die Erarbeitung von 234 Fachstellungnahmen in Beteiligungsverfahren anderer Fachreferate des LVwA.

Die behördliche Überwachung aller Abwassereinleiter in Sachsen-Anhalt stellt sich im Jahr 2009 folgendermaßen dar:

	Anzahl der Anlagen (2008/2007)	Kommunale Anlagen (2008/2007)	Industrieanlagen (2008/2007)
Anlagen, insgesamt	866 (888/897)	348 (385/428)	518 (503/469)
Anlagen, Zust. LVwA	150 (154/137)	8 (9/8)	142 (145/129)

Die behördliche Überwachung von Abwasseranlagen erfolgt in Sachsen-Anhalt durch die unteren Wasserbehörden (UWB), die obere Wasserbehörde (OWB) und die Bergbehörde (Landesamt für Geologie und Bergwesen - LAGB)

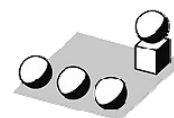
- Als allein zuständige Vollzugsbehörde für das Abwasserabgabenrecht im Land Sachsen-Anhalt hat das Referat die Abwasserabgabepflichtigen in 2009 im Umfang von 17,11 Mio. € zur Abwasserabgabe veranlagt. Da es sich um eine zweckgebundene Lenkungsabgabe für die Planung und Finanzierung von Maßnahmen des Landes zur Verbesserung der Gewässergüte handelt, fließen diese Mittel überwiegend als Fördermittel wieder in wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie den Bau von Regenrückhaltebecken und Anlagen zur Reinigung des Niederschlagswassers, den Bau von Anlagen zur Beseitigung des Klärschlammes oder den Bau von Hauptverbindingssammeln, die die Errichtung von Gemeinschaftskläranlagen ermöglichen, zurück.
- Von dieser Abgabeschuld konnten die Abgabepflichtigen durch investive Aufwendungen, z.B. für den Bau von Schmutz- und Regenwasserkanälen, insgesamt 6,44 Mio. € verrechnen, d.h. mindernd auf ihre Zahlungsverpflichtung anrechnen lassen. Infolgedessen belaufen sich die vom Referat Abwasser durch Bescheide festgesetzten Abwasserabgabenforderungen landesweit auf insgesamt 10,67 Mio. €.

Im Haushaltsjahr 2009 hat das Referat als Bewilligungsbehörde insgesamt 55,7 Mio. € Fördermittel bewirtschaftet. Davon standen knapp 80% allein zur Neubewilligung für wasserwirtschaftliche Vorhaben (41,1 Mio. €) zur Verfügung.

Während des gesamten Jahres wurden 324 Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen der Trinkwasserversorgung, der Abwasserbeseitigung sowie zum Hochwasserschutz bearbeitet und beschieden. Davon konnten 135 Vorhaben mit insgesamt 34,4 Mio. € gefördert werden, darunter auch 4 Trinkwasservorhaben mit 1 Mio. € Zuwendungen. Zudem wurde für 72 Vorhaben ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erteilt. In diesem Zeitraum haben die Bearbeiter – in Abhängigkeit vom Baufortschritt der Vorhaben – zusammen 24,2 Mio. € Fördermittel an die Zuwendungsempfänger (Zweckverbände und Gemeinden) ausgezahlt.

Neben der Gewährung von Fördermitteln hat das Referat im Jahr 2009 gleichermaßen kontrolliert, ob die Zuwendungsempfänger die gewährten Fördermittel zweckentsprechend verwendet haben. Im Wege dieser Verwendungsnachweisprüfung wurden insgesamt 149 Zuwendungsverfahren abgeschlossen.

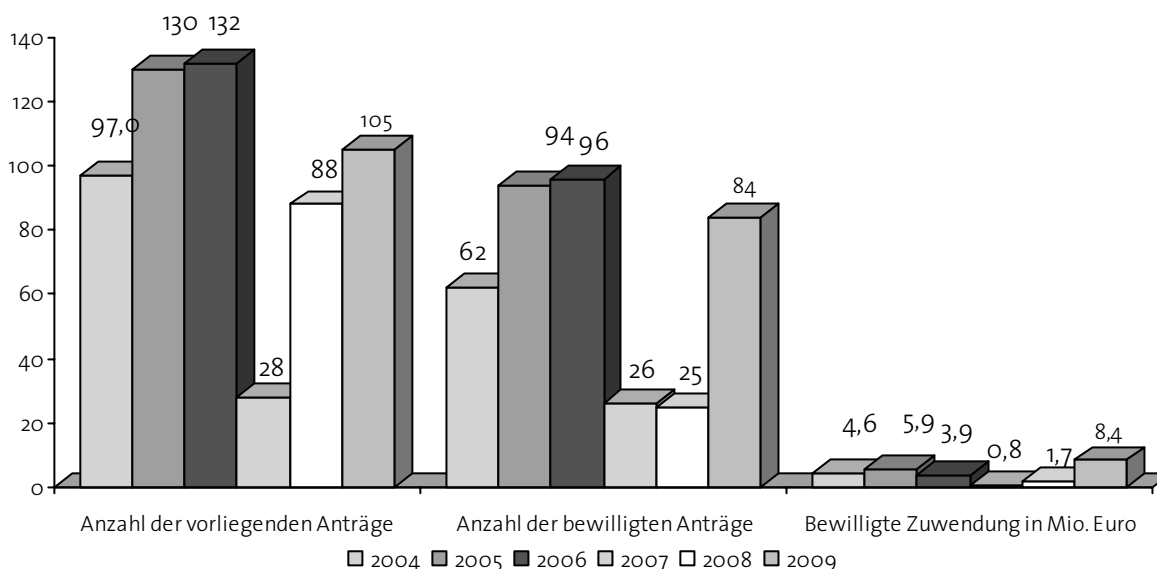
Referat Naturschutz, Landschaftspflege



Referatsleiter Dr. Uwe Thalmann
 Dessauer Straße 70
 06118 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-2600
 E-Mail: uwe.thalmann@lwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat nimmt im Land Sachsen-Anhalt die Aufgaben der oberen Naturschutzbehörde wahr. Schwerpunkte der Tätigkeiten bestehen in der Ausweisung und Betreuung von Naturschutzgebieten, der Erarbeitung von fachlichen Stellungnahmen bei geplanten Eingriffen in Natur und Landschaft, der Bearbeitung von Fördermittelanträgen, der Erteilung artenschutzrechtlicher Genehmigungen sowie Aufgaben im Rahmen der Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzes „NATURA 2000“.

Der Fördermittelbereich bewirtschaftet Haushaltsmittel für bestimmte Aufgaben des Landesamtes für Umweltschutz (LAU) wie auch Zuwendungen für die Förderung von Naturschutz- und Landschaftspflegeprojekten. Die Mittel des LAU dienen der Erstellung von Managementplänen für Natura 2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) wie auch für praktische Maßnahmen zur Entwicklung solcher Gebiete. Die Projektförderung hat als Schwerpunkt ebenfalls die Entwicklung der Natura 2000-Gebiete, wobei solche Maßnahmen im Einzelfall sogar mit 100 % bezuschusst werden können. Daneben können auch Projekte zur ökologischen Verbesserung anderer wertvoller Naturräume und als flankierende Maßnahmen Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. 2009 wurden für Projekte des Naturschutzes und der Landschaftspflege insgesamt 8,4 Mio. € gebunden und für bereits umgesetzte Maßnahmen 3,6 Mio. € (davon 2,4 Mio. € EU-Mittel und 1,2 Mio. € Landesmittel) ausgezahlt. Zu solchen Maßnahmen zählen u. a. die Pflege von Bergwiesen, die Mahd von Salzstellen, die Entbuschung auf artenreichen Trockenrasen im Nordharz oder auf Kupferschieferhalden im Mansfelder Raum, Ziegenbeweidung von wertvollen FFH-Trockenrasenlebensräumen im Saaletal oder großflächige Beweidungsprojekte mit Heckrindern und Koniks auf ehemaligen Truppenübungsplätzen oder in der Bergbaufolgelandschaft.



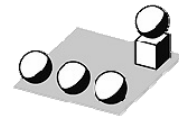
Durchführung von mehreren Projekten zur Gewässersanierung von Altarmen und Teichen, zur Beseitigung von Neophyten in der Muldeaue und umfassende artenschutzgerechte Umbaumaßnahmen von mehreren Trafotürmen sind auf Grund der Förderung möglich geworden und wurden erfolgreich umgesetzt. Nicht nur praktische Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen, sondern auch wissenschaftliche Untersuchungen - wie z. B. zur Grünlandbewirtschaftung und zu den Auswirkungen modellhaften Beweidungsprojekte und Wiedervernässungsmaßnahmen – und umfangreiche Pflegeprogramme für FFH-Gebiete waren Gegenstand der Förderung im Jahr 2009. Bewilligt wurden aber auch Projekte zur Artenvielfalt auf Kalkscherbenäckern, zur Förderung von Tierarten (Schwarzblauer Ameisenbläuling, Kleine Hufeisennase, Großtrappe, Wachtelkönig, Wiesenweihe) die an spezifische Umweltbedingungen angewiesen sind und von den Schutzmaßnahmen profitierten. Um die Öffentlichkeit über besonders schützenswerte Gebiete oder die im Land Sachsen-Anhalt vorkommenden Arten zu informieren und zu sensibilisieren, wurden 2009 insbesondere die Projekte „Interaktive Naturerlebnisstationen zur Sensibilisierung insbesondere von Kindern im Zeitzer Forst“ und „Informationskonzept zur nachhaltigen Nutzung von FFH-Lebensraumtypen im NATURA 2000-Gebiet Oranienbaumer Heide“ gefördert.

	2005	2006	2007	2008	2009
Anfangsbestand und Neuzugänge	1.795	1.590	1.759	1.672	1.637
Vorgänge insgesamt bearbeitet und abgeschlossen	1.589	1.510	1.523	1.463	1.413
davon Eingriffe, Fördermittel, Zuarbeiten etc.	1.256	1.188	1.113	1.061	1.045
Befreiungen, Genehmigungen, Erlaubnisse, Zustimmungen	313	314	365	353	358
Widersprüche	20	10	25	47	10

Insgesamt erfolgte 2009 die Bewertung von 727 Vorhaben im Hinblick auf deren Wirkungen in Bezug zur Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes, wobei 178 Verträglichkeitsprüfungen für FFH-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat-, Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung) und Europäischen Vogelschutzgebiete (SPA-Gebiete) integriert waren.

Am 16. Juni 2009 wurde im Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Nr. 7 des 6. Jahrgangs die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Aland-Elbe-Niederung“ (Landkreis Stendal) veröffentlicht und trat zum 17. Juni 2009 in Kraft. Damit wurde die erste der nationalrechtlichen Sicherung dienende Ausweisung eines gesamten Vogelschutzgebietes einschließlich überlappender FFH-Gebiete in Sachsen-Anhalt abgeschlossen. Mit dem am 21. Dezember 2009 eröffneten Unterschutzstellungsverfahren des Vogelschutzgebietes „Bergbaufolgelandschaft Kayna-Süd“ (Landkreise Burgenlandkreis, Saalekreis) mit seinen offenen und halboffenen Bereichen, Rohbodenstandorten, Gebüsch und Pionierwäldern soll insbesondere ein Brut-, Nahrungs- und Rastplatzgebiet für seltene und bestandsbedrohte Vogelarten innerhalb der Bergbaufolgelandschaft gesichert werden. Damit sind erst 10 % der Gebietsflächen der EU-SPA in Sachsen-Anhalt nationalrechtlich gesichert bzw. im Verfahren. Zu den weiteren Verfahren existiert eine Prioritätenliste, die sich insbesondere aus landesweit bedeutsamen infrastrukturellen Erfordernissen sowie der Fertigstellung gebietsspezifischer Managementpläne für die Natura 2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) definiert.

Referat Forst- und Jagdhoheit



Referatsleiter Frank Schuffenhauer
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-2800
E-Mail: frank.schuffenhauer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Forst- und Jagdhoheit nimmt im Landesverwaltungsamt die Aufgabe der oberen Forstbehörde wahr.

Das Waldbrandjahr 2009 in Sachsen-Anhalt blieb hinsichtlich der Waldbrandfläche unter dem langjährigen Mittel. Die Anzahl der Waldbrände bewegte sich auf dem Vorjahresniveau.

Zwischen dem Auftreten von Waldbränden und Niederschlägen besteht ein enger Zusammenhang. Die Niederschlagsverteilung ist wiederum sehr stark abhängig von den vorhandenen standörtlichen Faktoren Lage und Klima. Das Land Sachsen-Anhalt ist geomorphologisch sehr vielgestaltig und vereint drei große mitteleuropäische Naturraumregionen (= Standortsregionen). Dazu zählen das Tiefland, das Hügelland und das Mittelgebirge die eine spezifische Waldverteilung und Baumartenverteilung aufweisen.

Den höchsten Waldanteil besitzt die Standortsregion Tiefland mit einem Anteil von 53 % an der Gesamtwaldfläche Sachsen-Anhalts. Im langjährigen Durchschnitt treten ca. 81 % der Waldbrände im Tiefland auf.

Um den Anforderungen einer im Land sehr differenzierten Waldbrandgefährdung nach zu kommen, wurden die Wälder aller Eigentumsarten für jeden Landkreis (11) und jede kreisfreie Stadt (3) einer Waldbrandgefahrenklasse zugeordnet. Das Land Sachsen-Anhalt wurde, abgewandelt nach MIßBACH, in drei Waldbrandgefahrenklassen (A; B; C) eingeteilt. Dabei bedeutet A die höchste und C die geringste Waldbrandgefährdung. Diese Klassifizierung stützt sich auf langjährige Statistiken über die jährliche Waldbrandfläche und das Auftreten von Großbränden. Unter Berücksichtigung der Waldbrandgefahrenklassen werden Waldbrandwarnstufen I bis IV („Waldbrandgefahr“ bis „Höchste Waldbrandgefahr“) nach amtlichen meteorologischen Daten, sowie nach einem Zustand der Vegetation entsprechenden Vegetationsfaktor ermittelt und erfordern unterschiedlich intensive Waldbrandvorbeugungsmaßnahmen, entsprechend der Waldbrandschutzverordnung (WaldbrSchVO). In der Tabelle 1 sind die Standortsregionen für Sachsen-Anhalt mit den in den Landkreisen und kreisfreien Städten ausgewiesenen Waldbrandgefahrenklassen dargestellt.

Die Jahresdurchschnittswerte der Niederschläge in der Standortsregion Tiefland liegen bei 550 mm bei einer Jahresdurchschnittstemperatur von 8 - 9°C. Nur im Nordwesten sowie in den Staugebieten, z.B. am Fläming, kommen Werte um 600 mm und darüber vor, während die Durchschnittswerte in stärker kontinental beeinflussten Gebieten bis auf 480 mm zurückgehen.

Standortsregion	Landkreis/kreisfreie Stadt (k.S.) (überwiegender Anteil an Standortsregion)	Waldbrandgefahren- klasse	Gesamtwaldfläche [ha]
Tiefland	Dessau-Roßlau (k.S.)	B**	9.450
	Altmarkkreis Salzwedel	A*	66.542
	Anhalt Bitterfeld	A	30.834
	Jerichower Land	A	48.180
	Stendal	A	53.214
	Wittenberg	A	76.975
Hügelland	Magdeburg (k.S.)	C***	1.385
	Halle (Saale), (k.S.)	C	2.003
	Börde	A	45.963
	Burgenlandkreis	C	18.180
	Mansfeld-Südharz	C	40.000
	Saalekreis	C	11.841
	Salzland	B	9.049
Mittelgebirge	Harz	C	77.150

* allgemein sehr hohe Waldbrandgefährdung und Gefahr von Großbränden

** allgemein mittlere Waldbrandgefährdung

*** allgemein geringe Waldbrandgefährdung

Das Jahr 2009 war durch eine außergewöhnlich milde Witterung in der ersten Jahreshälfte und durch einen niederschlagsarmen Sommer gekennzeichnet. Extreme Wetterereignisse blieben im Jahr 2009 aus.

Aufgrund der Waldbrand begünstigenden trockenen Witterung im Sommer kam es zu einer überdurchschnittlichen Anzahl von Waldbränden im Land. Im zehnjährigen Mittel war dies das Jahr mit der dritthöchsten Waldbrandzahl. Die durchschnittliche Waldbrandflächengröße lag 2009 bei 0,17 ha/ Waldbrand.

Im Zuge der Umsetzung des Zweiten Funktionalreformgesetzes werden die Aufgaben der Unteren Forstbehörden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Diesbezüglich werden die Aufgaben des Waldbrandschutzes ab 2010 von den Landkreisen und kreisfreien Städten wahrgenommen.

Waldbrände in den Jahren 1992 bis 2009

Jahr	Anzahl	Fläche (ha)
1992	224	272
1993	136	89
1994	228	192
1995	182	93
1996	129	72
1997	128	40
1998	93	28
1999	145	62
2000	147	153
2001	66	5,7
2002	38	8,1
2003	178	87,7
2004	44	9,9
2005	73	12,2
2006	56	16,97
2007	66	33,47
2008	75	12,05
2009	75	12,7

Kontrollstelle für forstliches Vermehrungsgut

Die nachhaltige Versorgung mit identitäts- und herkunftsgesichertem Vermehrungsgut sichert eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Für die Überwachung der Gewinnung, der Anzucht und des Handels von forstlichem Vermehrungsgut ist die „Kontrollstelle für forstliches Vermehrungsgut“ zuständig.

In der Ernteperiode 2009/2010 wurden nach Baumarten und Herkunftsgebieten 77.000 kg Rohsaatgut bereitgestellt.

Für die gesamte Rohsaatgutmenge erfolgten eine Ernteeinweisung, Erntekontrolle und die Ausstellung von Stammzertifikaten.

Die Ergebnisse der Nadelbaumarten Kiefer und Lärche liegen erst zum Abschluss der Ernteperiode im 1. Quartal 2010 vor. Weiterhin wurde im Jahr 2009 mit der Überarbeitung des Erntezulassungsregisters (Darstellung als Shape-Format für eine integrierte GIS-Anwendung) und mit der Überprüfung der Zulassungskriterien der Erntebestände begonnen.

Baumart/ Herkunftsgebiet	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Summe der Baum- arten
Bergahorn (801)		353	60	42							455
Sandbirke (804)				222							222
Rotbuche (810)			4.827		2.289	4.062			902	1.234	13.314
Vogelkirsche (814)		118		428							546
Roteiche (816)	206	3.056									3.262
Stieleiche (817)				2.697	2.731						5.428
Traubeneiche (818)			443	11.171	16.101		2.438				30.153
Robinie (819)		51									51
Winterlinde (823)			32								32
Weißtanne (827)					1.165						1.165
Große Küstentanne (830)		2.042									2.042
Europäische Lärche (837)	1.210										1.210
Gemeine Fichte (840)								274	2.641		2.915
Douglasie (853)		2.497	2.668	8.507	2.703						16.375
Summe Herkunfts- gebiet	1.416	8.117	8.030	23.067	24.989	4.062	2.438	274	3543	1.234	77.170

Jagdhöheheit

Im zum 31.03.2009 beendeten Jagdjahr wurden in Sachsen- Anhalt rd. 92.200 Stck. Schalenwild gestreckt:

Wildart	31.3.2005	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2008	31.03.2009
Rotwild	3.754	3.291	3.635	3.894	4.526
Damwild	4.355	4.568	3.945	4.212	4.484
Muffelwild	894	883	729	865	906
Rehwild	46.590	47.439	42.861	45.198	46.564
Schwarzwild	33.092	30.989	17.040	29.826	35.647
Schalenwild	88.685	87.170	68.210	83.995	92.227

Damit wurde das Streckenergebnis des vorhergehenden Jagdjahres um ca. 10.000 Stck. übertroffen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war vor allem der nochmalige Anstieg der Schwarzwildstrecke um ca. 6000 Stck. Dieser Anstieg ist -regional differenziert- im gesamten Land Sachsen- Anhalt zu verzeichnen und als Weiser für die Populationsentwicklung zu werten.

Regionale Schwerpunkte dieses Anstiegs liegen im Landkreis Salzwedel und im gesamten südlichen Bereich einschließlich Harz. Im Landkreis Harz stieg die Schwarzwildstrecke auf mehr als das Doppelte zum Vorjahr an.

Die Entwicklung der Strecke von ca. 17.000 Stck. Schwarzwild im Jagdjahr 2006 über ca. 30.000 Stck. im Jagdjahr 2007 auf nunmehr fast 36.000 Stck. verdeutlicht die außerordentlich hohe Populationsdynamik des Schwarzwildes. Derzeit muss mit einer Zuwachsrate von mindestens 200% zum gesamten Frühjahrsbestand gerechnet werden.

Wildart	31.3.2005	31.3.2006	31.3.2007	31.03.2008	31.03.2009
Fuchs	31.802	35.078	23.857	30.269	31.108
Marderhund	372	464	656	1.145	1.728
Waschbär	1.692	2.166	2.367	3.888	6.239

Die Neozoen Marderhund und Waschbär befinden sich deutschlandweit weiter auf dem Vormarsch. In Sachsen- Anhalt kann bereits von einer flächendeckenden Ausbreitung ausgegangen werden.

Forsthoheit

Die Obere Forstbehörde ist unter anderem für die Ausweisung von forstrechtlich geschützten Waldgebieten zuständig. Im Jahr 2009 beging die forstliche Fachwelt das 125. Jubiläum der Begründung der „Bärenthorener Kiefernwirtschaft“ und den 70. Todestag ihres Initiators, des Forstmannes und Rittergutsbesitzers Friedrich von Kalitsch. Im heutigen Landkreis Anhalt-Bitterfeld gelegen, gilt das Waldgebiet bei der Gemeinde Polenzko als Wiege des Dauerwaldes und ist als Synonym einer nachhaltigen ökogerechten Waldbewirtschaftung bei Forstleuten im gesamten deutschsprachigen Raum und darüber hinaus ein Begriff.

Um diese historische Bewirtschaftungsform zu erhalten und zu Lehr-, Forschungs- und Dokumentationszwecken nutzen und weiterentwickeln zu können, wurde durch das Landesverwaltungsamt eine Fläche von ca. 240 Hektar als Waldschutzgebiet „Dauerwald Bärenthoren“ ausgewiesen und unter besonderen forstrechtlichen Schutz gestellt. Zurzeit sind auf der Grundlage des Waldgesetzes insgesamt 23 Waldschutzgebiete, Naturwaldzellen, Schutz- oder Erholungswälder unter Schutz gestellt.

Je nach dem Zweck der Unterschutzstellung gelten in diesen Gebieten besondere Festlegungen zur Bewirtschaftung und zur Abwehr schädigender Einflüsse.

Waldbrände stellen – neben biotischen Schadeinflüssen – die größte Gefährdung für Waldbestände dar, die nicht nur die wirtschaftliche Funktion, sondern in weitaus stärkerem Maße die wichtigen Schutzfunktionen des Waldes als Wasser- und Kohlendioxidspeicher beeinträchtigen. Ein Großteil der Brände entsteht regelmäßig durch Fahrlässigkeit. In den letzten Jahren spielte jedoch leider auch Brandstiftung eine zunehmende Rolle. Besonders waldbrandgefährdete Bereiche werden in Sachsen-Anhalt mit einem kameragestützten automatischen Frühwarnsystem überwacht. Ein Großteil der Brände wird jedoch auch von aufmerksamen Bürgerinnen und Bürgern bereits im Frühstadium gemeldet, so dass großflächige Waldbrände auch im Jahr 2009 verhindert werden konnten. einzelnen Förderinhalte.

Überblick über das Waldbrandgeschehen des Jahres 2009:

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl	Fläche (ha)
Dessau-Roßlau, Kreisfreie Stadt	8	1,41
Halle (Saale), Kreisfreie Stadt	0	0,00
Magdeburg, Kreisfreie Stadt	0	0,00
Altmarkkreis Salzwedel	9	1,19
Anhalt-Bitterfeld	6	0,50
Jerichower Land	27	5,60
Börde	0	0,00
Burgenland	0	0,00
Harz	6	0,25
Mansfeld-Südharz	0	0,00
Saalekreis	1	2,00
Salzland	0	0,00
Stendal	10	1,18
Wittenberg	8	0,62
Land Sachsen-Anhalt	75	12,75

Brandursachen

	Anzahl 2007	Fläche (ha)	Anzahl 2008	Fläche (ha)	Anzahl 2009	Fläche (ha)
Vorsatz	30	3,79	44	5,63	39	7,43
Fahrlässigkeit	11	15,30	11	3,57	9	0,25
natürlich	0	0,00	5	1,68	5	0,47
unbekannt	25	14,38	15	1,17	22	4,60

Betroffene Eigentumsformen

Waldeigentumsart	Anzahl	Fläche (ha)
Landeswald	31	4,66
Körperschaftswald	9	1,21
Privatwald	35	6,88

Forstliche Förderung/Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (FWZ) 2009/Förderung Umweltbildung/
Freiwilliges ökologisches Jahr/Landesgartenschau

<i>Förderinhalte</i>	<i>ausgereichte Fördersumme [Euro]</i>
<i>Forstförderung</i>	<i>4.155.516</i>
<i>Umweltbildung</i>	<i>534.194</i>
<i>Freiwilliges ökologisches Jahr</i>	<i>762.206</i>
<i>Landesgartenschau</i>	<i>2.557.400</i>
<i>Konjunkturpaket für LAGA</i>	<i>569.742</i>

Im Rahmen der Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres wurden 107 Teilnehmerplätze im Jahr 2009 gefördert.

Innerhalb der Umweltbildung wurden 18 Projekte gefördert.

Forstliche Rahmenplanung

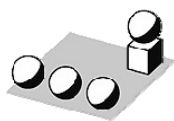
Im Jahr 2009 wurden 190 ha Wald durch Erstaufforstungsmaßnahmen und Maßnahmen bei Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen geschaffen.

Dabei wurden vor allem Flächen ausgewählt, welche landwirtschaftlich nicht genutzt werden konnten. Diese Flächen wurden meist in forstlichen Vorbehaltsgebieten geschaffen, die zum Aufbau eines ökologischen Verbundsystems genutzt werden.

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Fläche (ha)	55,28	16,32	20,3	25,3	108,79	190,01

Zusammenstellung der Waldmehrungsflächen 2004-2009

Im Jahr 2009 wurde mit der landesweiten Zusammenstellung der Forstlichen Rahmenplanung der fünf Planungsregionen begonnen, mit dem Ziel ausgewählte Themen/Daten zum Wald den Behörden und Institutionen zur Verfügung zu stellen.



Referat Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei

Referatsleiter Dr. Jörg Fenchel (m.d.W.d.G.b)

Dessauer Straße 70

06118 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-2701

E-Mail: joerg.fenchel@lvwa.sachsen-anhalt.de

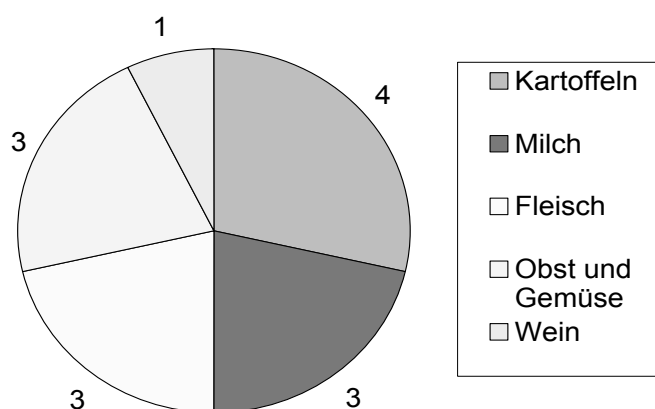
Das Referat 409 übt landesweit die Fachaufsicht über die Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ÄLFF) aus, für einzelne Aufgaben auch über Landkreise und kreisfreie Städte, z.B. über die unteren Fischereibehörden. Es wirkt beratend und ist Widerspruchsbehörde. Das Referat ist in einigen Bereichen selbst Bewilligungsbehörde, z. B. für Anträge nach der Nachhaltigkeitsrichtlinie und für grenzübergreifende und transnationale Leaderprojekte. Neu im Referat 409 ist die aufgrund der Änderung der Berufsbildungs-zuständigkeitsverordnung zum 01.10.2009 von der Landesanstalt für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau Sachsen-Anhalt (LLFG) übernommene Aufgabe der zuständigen Stelle für die Berufsbildung in den Berufen der Landwirtschaft und Hauswirtschaft.

Förderung der Marktstrukturverbesserung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Innovation

Auf der Grundlage der Richtlinie über die „Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Marktstrukturverbesserung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Innovationsförderung“ wurden die Ziele des „Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt“ (EPLR) umgesetzt und weiter verfolgt.

So konnten im Jahr 2009 für 14 Unternehmen Zuwendungsbescheide mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 25,5 Mio. EURO bzw. einem Fördervolumen von 8 Mio. EURO erteilt werden. Die geförderten Unternehmen verarbeiten folgende landwirtschaftliche Grunderzeugnisse:

- Milch
- Kartoffeln
- Fleisch
- Wein
- Obst und Gemüse



Anzahl der geförderten Unternehmen bezogen auf die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse dargestellt.

Haushalt und Mittelzuweisungen ÄLFF

Im Bereich Haushalt des Referats 409 werden die Einnahmen und Ausgaben der 4 ÄLFF verteilt, koordiniert und überwacht. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist das Fördermittelmanagement im Rahmen der Fachaufsicht über die ÄLFF. Das beinhaltet u. a. die Koordinierung und Überwachung der Einnahmen und Ausgaben der Bereiche Flurneuordnung, Ländlicher Wegebau, Dorferneuerung, Dorfentwicklung, Agrarinvestitionsförderungsprogramm, Erstaufforstung u. a. Dafür wurden den ÄLFF Haushaltsmittel in Höhe von rund 70,2 Mill. Euro zugewiesen. Für die bewilligten Zuwendungen im Referat wurden Auszahlungen getätigt und für die Rückforderungen und Zinsen Einnahmen gebucht und überwacht.

Siedlungswesen

a) Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte zum Grundstückverkehrs- und Landpachtverkehrsgesetz

Dem Referat obliegt auch die Fachaufsicht über die Durchführung des Grundstückverkehrs- und Landpachtverkehrsgesetzes in der Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte. Zu diesem Zweck wurden im Jahr 2009 Vor-Ort-Überprüfungen in sechs Landkreisen und einer kreisfreien Stadt durchgeführt.

b) Löschungsbewilligungen

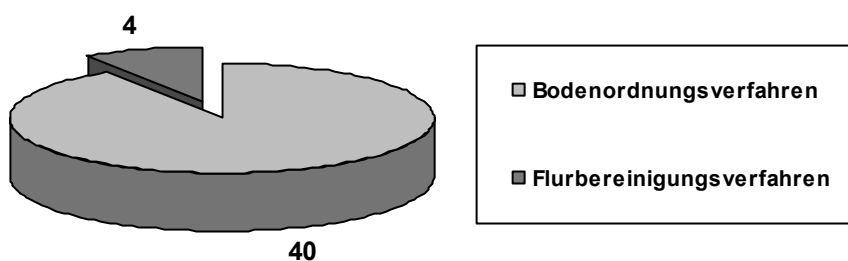
Es wurden im Jahr 2009 vier Anträge auf Löschung siedlungsrechtlicher Wiederkaufsrechte abschließend bearbeitet.

Widerspruchsbehörde

Die Widerspruchsbearbeitung in den verschiedenen Aufgabenbereichen des Referates bzw. der nachgeordneten Behörden bildete einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt.

a) Obere Flurneuordnungsbehörde

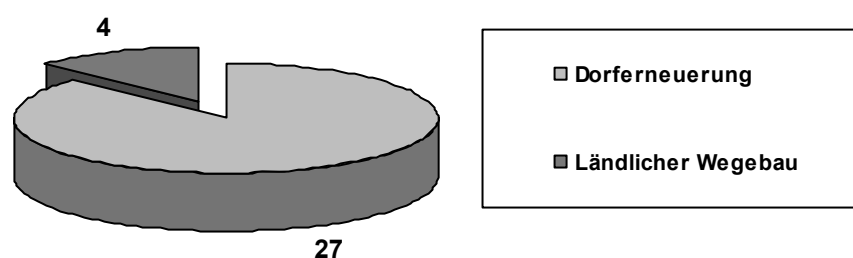
Es wurden 44 Widersprüche zu Flurbereinigungs- und Bodenordnungsverfahren in Sachsen-Anhalt bearbeitet.



b) Dorferneuerung und Ländlicher Wegebau

Es wurden 31 Widersprüche aus den Bereichen Dorferneuerung und ländlicher Wegebau bearbeitet.

Anzahl der abgeschlossenen Vorgänge



Petitionen/Eingaben

Es wurden zahlreiche Petitionen/Eingaben und sonstige Beschwerden bearbeitet, davon 9 Petitionen aus den Bereichen Bodenordnung, Flurbereinigung und Dorferneuerung.

Projektförderung im ländlichen Raum und institutionelle Förderung

Im Rahmen der Projektförderung im ländlichen Raum erhielten der Landfrauenverband, der Landjugendverband sowie die Landesarbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande Zuschüsse. Dem Landfrauenverband und dem Landjugendverband wurden außerdem Zuwendungen für die Aufrechterhaltung und Sicherstellung ihrer Geschäftstätigkeit bewilligt.

Agrarförderung

Im Bereich InVeKoS / Agrarumweltmaßnahmen bewilligen und zahlen die ÄLFF jährlich für ca. 4.900 Betriebe mit einer Landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1,2 Mio. ha 431 Millionen Flächenbeihilfe aus. Das Referat 409 übt über diese Verwaltungsverfahren die Fachaufsicht aus.

Im Bereich InVeKoS/ Agrarumweltmaßnahmen wurden 2009 zu 57 Widerspruchsverfahren. Entscheidungen getroffen. Drei Widersprüche waren im Bereich der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung zu entscheiden.

In den ÄLFF fanden Fachaufsichtsprüfungen im Bereich Zuweisung von Zahlungsansprüchen für Baumobstplantagen, Baum- und Rebschulen statt. Dabei wurden 29 Förderfällen das Verfahren und die Einhaltung der Dienstanweisung bezüglich der der Zuweisung von Zahlungsansprüchen geprüft.

Fördermaßnahme	Anzahl VOK
Betriebsprämie	3
Nachkontrollen Fernerkundung	4
Cross Compliance	5
Ausgleichszulage benachteiligte Gebiete	3
Agrarumweltmaßnahmen	18
Forstmaßnahmen	5
Erzeugerorganisation Obst	1
Förderung Steillagenweinbau	2
Stützungsprogramm Weinbau	4

Die Überwachung des ordnungsgemäßen Verwaltungsvollzugs der ÄLFF nach den EU-Vorgaben des InVeKoS erfolgte durch Wahrnehmung der Fachaufsicht bei der Teilnahme an 33 Vor-Ort-Kontrollen (VOK) verschiedener Beihilfe- und Förderverfahren. Die Fachaufsicht wurde zudem bei 5 Cross-Compliance-Kontrollen vor Ort wahrgenommen.

Amtliche Düngemittelverkehrskontrolle

Im Rahmen der amtlichen Düngemittelverkehrskontrolle wurden in 2009 insgesamt 233 Kennzeichnungskontrollen durchgeführt und 169 Düngemittelproben entnommen. Diese entfielen auf 145 mineralische Düngemittel und 24 organische bzw. organisch-mineralische Düngemittel. Ein Kennzeichnungsmangel bei den mineralischen Düngemitteln hat ein Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten zur Folge. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen noch nicht alle Untersuchungsergebnisse vor.

Ernährungsnotfallvorsorge

Zur Wahrnehmung der Fachaufsicht führte das Referat in den Landkreisen und kreisfreien Städten Prüfungen zum Vollzug des Ernährungssicherstellungsgesetzes und des Ernährungsvorsorgegesetzes durch. 2009 wurden drei Kontrollen durchgeführt. Bei den Überprüfungen wurden die Lagerung der im Jahr 2007 an die Landkreise und kreisfreien Städte übergebenen Verbraucherkarten sowie die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung der Ernährungsnotfallvorsorge geprüft. Das Referat beteiligt sich an der Arbeit der Arbeitsgruppe Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung 2011.

Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

Im Rahmen der Wahrnehmung von fachaufsichtlichen Aufgaben im AFP beantwortete das LVwA zahlreiche Anfragen der ÄLFF und nahm an den Sitzungen des Gutachterausschusses im Ministerium teil. Das LVwA begleitete 9 Vor-Ort-Kontrollen (VOK) der ÄLFF und vollzog darüber hinaus 3 VOK der ÄLFF nach. Es war über drei Widersprüche zu entscheiden.

Steillagenweinbau

Das LVwA nahm an zwei Vor-Ort-Kontrollen des ÄLFF Süd teil.

Neuordnung des ländlichen Raumes und der Eigentumsverhältnisse

Verfahrensart	Anzahl der Verfahren	Gesamtfläche in ha	Gesamtteilnehmeranzahl	Bemerkung
Unternehmensflurbereinigungsverfahren	80	81.185	27.581	anhängige Verfahren—z.B. zur Einweisung in die Trasse von Verkehrsprojekten, Beseitigung von Nachteilen für die Betroffenen, Neuordnung des Eigentums
Verfahren zur Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum	60	581	398	abgeschlossene Verfahren—z.B. Regelung von Eigenheimen und LPG-Stallanlagen auf fremdem Grund und Boden
Bodenordnungsverfahren	107	101.313	33.520	anhängige Verfahren—z.B. zur Wiederherstellung von selbständigem Eigentum in ländlichen Gebieten
vereinfachte Flurbereinigungsverfahren	44	31.576	8.367	anhängige Verfahren—z.B. für Maßnahmen der Landentwicklung, des Umweltschutzes, Beseitigung von Nachteilen für die allgemeine Landeskultur, Auflösung von Landnutzungskonflikten
davon LMBV	8	12.288	654	Sanierung Tagebauflächen

In der Funktion als obere Flurbereinigungsbehörde wurden gemäß § 41 FlurbG 4 Planfeststellungsbeschlüsse -/ genehmigungen gefertigt. Weitere 5 Flurbereinigungspläne (§§ 86, 87 FlurbG) wurden gemäß § 58 FlurbG genehmigt.

Ländlicher Wegebau außerhalb von Bodenordnungsverfahren

Im Rahmen des ländlichen Wegebauprogramms wurden rd. 3.700.000 € ELER - Mittel, 2.560.000 € aus der Maßnahme im Rahmen der Diversifizierungsbeihilfe Zucker und 562.760 € aus dem Konjunkturpaket II an die ÄLFF ausgereicht.

Integrierte ländliche Entwicklung (ILE) / LEADER

Im Jahr 2009 ist die integrierte ländliche Entwicklung durch die Zusammenarbeit von Bürgern, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden weiter vorangekommen. In enger Zusammenarbeit mit den lokalen Aktionsgruppen und den Landkreisen hat das Referat 409 hauptamtliche Leadermanager landesweit etabliert und diesen Prozess mit Bewilligung in einer Höhe von rd. 0,25 Mio. € gefördert.

Die Umsetzungsphase der Leaderkonzepte und der integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte ist in den 23 Leadergebieten und den 9 ILE- Regionen für die Bürger durch Realisierung geförderter Projekte erlebbar geworden. Die Verwirklichung von vernetzten Projekten, die in den lokalen Aktionsgruppen auch unter Beteiligung von Wirtschafts- und Sozialpartnern entstanden sind, hat die Erwartungen übertroffen. 360 Einzelprojekte mit einem Fördervolumen von 21 Mio. € EU- Mitteln konnten über die Leadermethode bewilligt werden.

Sachsen-Anhalts Leadergruppen haben seit dem 11.11.2009 einen eigenen Internetauftritt. Unter der Adresse www.leadernetzwerk-sachsen-anhalt.de stellen sich die 23 lokalen Aktionsgruppen vor und informieren über ihre Projekte. Landwirtschafts- und Umweltminister Dr. Hermann Onko Aeikens hat in Lutherstadt Wittenberg auf der Leaderkonferenz diese Internetseite frei geschaltet und im Rahmen eines Wettbewerbes die besten Darstellungen ausgezeichnet. Die lokalen Aktionsgruppen „Uchte-Tanger-Elbe“, „Rund um den Huy“ und „Zwischen Elbe und Fiener Bruch“ erhielten für ihre Internetpräsentation Urkunden.

Leader 2007 bis 2013

Für Projekte im Rahmen der Anbahnung und Betreuung gebietsübergreifender und transnationaler Projekte (Kooperationsvorhaben) ist das Referat 409 die landesweit zuständige Bewilligungsbehörde. Mit der Erarbeitung des Merkblattes über die Gewährung von Zuwendungen für Anbahnung und Betreuung für gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit im Rahmen von Leader 2007 - 2013 wurden wichtige Voraussetzungen für die Vorbereitung der Projekte durch die Antragsteller geschaffen.

Dorferneuerung / Dorfentwicklung / Breitbandförderung

Bewilligungsbehörden für Dorferneuerung / Dorfentwicklung sowie die Breitbandförderung sind die Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ÄLFF). Schwerpunkte der Fachaufsicht waren die Bearbeitung von Anfragen und Beschwerden zu Fördervorhaben, Abgrenzungsfragen zu anderen Förderprogrammen, Stellungnahmen zu Prüfberichten (Interne Revision, LRH, EU), Prüfungen des Verwaltungshandelns der ÄLFF, die Koordination von Fördervorhaben der Breitbandförderung sowie der Vor-Ort-Kontrollen im Rahmen der Risikoanalysen, die Aufteilung der Fördermittel auf die ÄLFF und die Überwachung der Debitorenbücher einschließlich der Berichterstattung gegenüber dem MLU.

Abgabe von fachlichen Stellungnahmen

Für 122 Vorhaben wurden 2009 fachliche Stellungnahmen abgegeben. Schwerpunkte bildeten Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, insbesondere für Windenergieanlagen und Stellanlagen, Planfeststellungsverfahren und Raumordnungsverfahren zum Verkehrswegebau sowie zu Versorgungsleitungen, naturschutzfachliche Planungen, wasserwirtschaftliche Vorhaben, bergbauliche Vorhaben, Regionale Entwicklungsplanungen sowie der Landesentwicklungsplan. Im Rahmen dieser Stellungnahmen vertritt das Referat 409 die öffentlichen agrarstrukturellen, landwirtschaftlichen und fischereiwirtschaftlichen Belange.

Fischerei

Einen Schwerpunkt bildete die Durchsetzung fischereirechtlicher Belange im Rahmen von Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für Wasserkraftanlagen, Fischaufstiegsanlagen, Wehrrumbauten, Hochwasserschutzanlagen und anderen Gewässerausbaumaßnahmen. Weiterhin war die Mitwirkung bei der Erarbeitung der Aalbewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete der Elbe und der Weser in Umsetzung der EU-Aalschutz-VO wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Bereiches Fischerei.

Beim Vollzug des Fischereigesetzes wurden ca. 130 Verfahren zur Erteilung von Befreiungen von fischereirechtlichen Verboten bearbeitet. Zahlreiche Stellungnahmen und Zuarbeiten zu verschiedenen fischereifachlichen und -rechtlichen Problemen wurden gefertigt. Fischereifachliche und -rechtliche Aspekte wurden insbesondere bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten, bei der Beurteilung von Investitions- und Fördervorhaben, bei der Verpachtung von Fischereiausübungsrechten durch die Landesbetriebe und in Raumordnungsverfahren eingebracht.

Im Rahmen des EU-Strukturfonds EFF (Europäischer Fischereifonds) wurden 7 Projekte bezuschusst. Als wesentliche Grundlage für Fachstellungnahmen und fischereirechtliche Entscheidungen wurde die Erfassung der Fischartenvorkommen des Landes Sachsen-Anhalt fortgeführt.

Aus der Fischereiabgabe wurden 19 Vorhaben gefördert, die Maßnahmen zur Verbesserung des Fischeischutztes, des Fischartenschutztes, der Fischereiforschung und der fischereilichen Hege beinhalteten:

Zuwendungszweck gemäß § 30 Abs. 4 FischG LSA	ausgereichte Mittel 2009 in EURO	Eingegangene Verpflichtungen für 2010 in EURO
Fischereischutz	1.800	40.000
Fischartenschutz	27.900	48.600
Fischereiforschung	2.600	
Fischereiliche Hege	62.700	81.000
Sonstiges	76.300	30.400
Summen	168.700	200.000

Besonderes Interesse in der Öffentlichkeit fanden die mit Mitteln der Fischereiabgabe geförderten Besatzmaßnahmen zur Bestandsstützung des Aals im Elbeinzugsgebiet und zur Wiedereinbürgerung des Lachses in der Nuthe.

Zuständige Stelle nach dem BBiG

Die zuständige Stelle für die Berufsausbildung in der Landwirtschaft und Hauswirtschaft hat gemäß BBiG die Durchführung der Berufsbildung (Berufsausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung) zu überwachen und diese durch Beratung aller an der Ausbildung Beteiligten (Auszubildende, Auszubildende, Ausbilder) zu fördern. Die Vor-Ort-Beratung wird durch die Ausbildungsberater bei den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ÄLFF) wahrgenommen. Im Rahmen der Aufgaben der zuständigen Stelle wurden 2009 insgesamt 244 Anerkennungsverfahren abgeschlossen, wobei 93 Betrieben die Eignung als Ausbildungsstätte ausgesprochen werden konnte. Die Ausbildungsbefugnis für geeignete Ausbilder wurde 151mal erteilt.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Berufsgruppen im Vergleich der Jahre

Eine detaillierte Übersicht über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach Ausbildungsberufen ist in anschließender Tabelle erfasst:

Ausbildungsberuf Gruppe	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Landwirtschaft	562	606	527	483	553	425	406
Hauswirtschaft	134	95	56	64	53	29	5
Werker/in Gartenbau	133	143	136	165	137	140	154
Helfer/in in der Hauswirtschaft	201	204	174	115	170	175	148
Gesamt	1030	1048	893	827	913	769	713

Des Weiteren prüft die zuständige Stelle die Anmeldungen zu den Abschlussprüfungen in der Erstausbildung hinsichtlich der Zulassungsvoraussetzungen und ist für die ordnungsgemäße Durchführung des gesamten Prüfungsverfahrens in allen Ausbildungsberufen verantwortlich.

Im Rahmen der Geschäftsführung in den Meisterprüfungsverfahren hat die zuständige Stelle im Berichtszeitraum 2009 insgesamt 12 Meisterprüfungen durchgeführt. Fünf Teilnehmer haben die Prüfung bestanden. Der Prüfung zum Nachweis berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse auf der Grundlage der Ausbildereignungsverordnung haben sich insgesamt 9 Teilnehmer gestellt, wobei alle Teilnehmer die Prüfung erfolgreich bestanden haben.

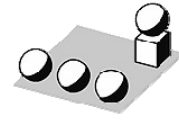
Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Ausbildungsberufen im Land- und Hauswirtschaftsbereich (Stichtag 31.12.2009)

Ausbildungsberuf	insgesamt	männlich	weiblich
Landwirt/in	148	131	17
Fachkraft Agrarservice	12	11	1
Winzer/in	6	3	3
Tierwirt/in	72	39	33
Fischwirt/in	3	3	0
Pferdewirt/in	26	4	22
Gärtner/in	98	73	25
Revierjäger/in	0	0	0
Forstwirt/in	31	28	3
Molkereifachmann/frau	5	2	3
Milchwirtschaftliche/r Laborant/in	5	1	4
Werker/in im Gartenbau*	154	104	50
Summe Landwirtschaft	560	399	161
Hauswirtschaftler/in	5	0	5
Helfer/in in der Hauswirtschaft*	148	20	128
Summe Hauswirtschaft	153	20	133
Insgesamt	713	419	294

* Ausbildung behinderter Menschen

Die zuständige Stelle ist zugleich Auskunft- und Beschwerdestelle. Vor gerichtlicher Klärung von Streitigkeiten im Rahmen der Berufsausbildung ist der Schlichtungsausschuss der zuständigen Stelle zu hören. Es wurden im Jahr 2009 zwei Schlichtungsverfahren durchgeführt. Ebenso in der Verantwortung der zuständigen Stelle liegen die Gleichstellungen bzw. die Feststellung der Gleichwertigkeit von deutschen, aber auch ausländischen Berufsabschlüssen. Im Jahr 2009 wurden 5 Anträge bearbeitet. Die zuständige Stelle arbeitet aktiv in Arbeitskreisen und Projektgruppen der zuständigen Stellen im Verband der Landwirtschaftskammern e.V. mit.

Referat Großschutzgebiete



Referatsleiter Robert Schönbrodt
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-2496
E-Mail: robert.schoenbrodt@lvwa.sachsen-anhalt.de

Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz

Die Erklärung des Biosphärenreservates nach Landesrecht am 23.02.2009 war ein Meilenstein in der Geschichte des Biosphärenreservates. Zu diesem Anlass fand am 14.04.09 im Schloss zu Roßla eine festliche Veranstaltung im Beisein von Frau Ministerin Wernicke und dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes, Herrn Leimbach, statt.

Regionalentwicklung, Nachhaltige Nutzung und Entwicklung

Die Verwaltung des Biosphärenreservates ist beteiligt am Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“. Ein Höhepunkt dabei war hier die gemeinsame Aktion „Luther und Barbarossa auf 48 Stunden -Tour“. Durch Bündelung verschiedener Angebote in der Südharz-Kyffhäuserregion entstand mit dem öffentlichen Nahverkehr eine attraktive Rundtour. Über 500 Besucher nutzten dieses Wochenende, um das Gebiet touristisch kennen zu lernen.

Gemeinsam mit dem Streuobstzentrum in Tilleda wurden zum 4. Mal die „Südharzer Obsttage“ vorbereitet und durchgeführt. Hier werden den Bürgern verschiedene Veranstaltungen zum Thema Obst angeboten, z. B. eine Sortenbestimmung. Bei Äpfeln wurden von 495 Proben 116 Sorten bestimmt; bei Birnen waren es 38 Sorten von insgesamt 105 Proben.

In diesem Jahr erfolgten Arbeiten an Wanderwegen auf einer Länge von 48 km, wobei der Schwerpunkt hierbei auf die Instandhaltung von touristischen Leiteinrichtungen wie Handläufe und Schutzhütten lag.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und Öffentlichkeitsarbeit

Mitarbeiter des Biosphärenreservates führten einige der Sonntagswanderungen, die von der länderübergreifenden Arbeitsgemeinschaft Karstwanderweg im gesamten Südharz koordiniert werden. Im Jahr 2009 wurde mit dem Junior-Ranger-Programm im Biosphärenreservat begonnen: 45 Kinder nahmen an insgesamt 29 Veranstaltungen teil.

Ein besonderer Höhepunkt war das „Haselmaus-Camp“, das gemeinsam mit dem BUND organisiert und als 2-tägige Veranstaltung im September in Hainrode durchgeführt wurde. Diese Veranstaltung richtete sich an Kinder und an die Familien. Die Teilnehmer erfuhren nicht nur Interessantes über Haselmäuse, Siebenschläfer und deren versteckte Lebensweise, sondern bekamen Gelegenheit, die Tiere aus nächster Nähe zu betrachten.

Im Jahr 2009 wurden im Biosphärenreservat 38 geführte Wanderungen mit 1250 Interessenten durchgeführt. Großes Interesse fanden auch die Vorträge, von denen in diesem Jahr 45 unterschiedlichster Inhalte vor 1600 interessierten Besuchern gehalten wurden.

Am 9. Mai fand eine gemeinsame Tagung zum Thema „Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz – eine Chance für die Zukunft“ mit dem BUND Deutschland statt. Anhand von Beispielen wurden Großschutzgebiete als Wirtschaftsfaktor vorgestellt, Fragen der Akzeptanz der Schutzgebiete diskutiert.

Die Herbsttagung des Biosphärenreservats im Oktober befasste sich mit dem Thema „Traditionen und Traditionspflege“ und den Möglichkeiten, diese zu unterstützen.

Die Biosphärenreservatsverwaltung gestaltete eine Sonderausstellung im Spengler-Museum in Sangerhausen mit, die das Leben und Wirken des Sangerhäuser Botanikers Carl-Friedrich Lebing zum Inhalt hatte und ca. 1000 Besucher anzog.

Mit der Übertragung von Aufgaben des Wolfsschutzes für den Süden Sachsen-Anhalts wurde ein neuer Arbeitsschwerpunkt in der Biosphärenreservatsverwaltung fixiert. Damit wurde eine Anlaufstelle für Landwirte, Tierhalter, Jäger und sonstige interessierte Personen eingerichtet.

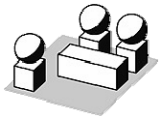
Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Fledermäuse Sachsen-Anhalt e.V. wurde vom 20.03. bis 22.03. eine Tagung zur Thematik „Klimawandel – Veränderungen der Areale bei Fledermausarten in Deutschland?“ durchgeführt.

Vom 18.09.2009 bis 20.09.2009 fand ein Lehrgang mit Prüfung für wissenschaftliche Fledermausmarkierer statt, der in Gemeinschaft mit der Fledermausmarkierungszentrale in Dresden und dem Arbeitskreis Fledermäuse Sachsen-Anhalt e.V. organisiert wurde.

Umfangreiche Arbeiten fanden im Gebiet der Gemeinde Questenberg statt, wo Kellieranlagen, die für verschiedene Fledermausarten bedeutsame Lebensräume darstellen, saniert bzw. in einem Fall völlig neu aufgebaut wurden. Weiterhin erfolgten im Umfeld Questenbergs Sicherungsmaßnahmen im Eingangsbereich der Questenhöhle und am Diensterbachstollen. Diese Arbeiten erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Verein für Integration, Beschäftigung und Soziales e.V. in Sangerhausen, der Ingrid und Wilfried Hoppe Stiftung Naturschutz in Hamburg sowie der Gemeinde Questenberg.

Fortgesetzt wurden auch die Arbeiten im Rahmen des Monitoring-Projektes Fledermaustollwut, das in Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Löffler-Institut Wusterhausen seit dem Jahr 2007 durchgeführt wird. In diesem Jahr sind ca. 450 Fledermäuse gefangen und beprobt worden.

In diesem Jahr wurden 3 „Fledermausnächte“ organisiert, die in Uftrungen, Walbeck und Staßfurt stattfanden und 370 interessierte Besucher anzogen.



Abteilung 5 - Schule

Abteilungsleiter

Andreas Riethmüller

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1830

E-Mail: andreas.riethmueller@lvwa.sachsen-anhalt.de

Referat Grundschulen

Referat Sekundarschulen

Referat Förderschulen

Referat Gymnasien, Gesamtschulen

Referat Berufsbildende Schulen

Referat Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe

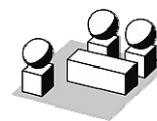
Referat Kultur, Fachstelle für öffentliche Bibliotheken

Referat Unterrichtsversorgung, Datenerhebung, Schulentwicklungsplanung

Referat Personal, Haushalt, Schulrecht Bereich Süd, BAföG

Referat Personal, Haushalt, Schulrecht Bereich Nord

Referat Grundschulen



Referatsleiterin Ute Messer
 Kühnauer Straße 161
 06846 Dessau
 Tel.: (0340) 6506-300
 E-Mail: ute.messer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Für das Land Sachsen-Anhalt arbeiten schulfachliche Referenten/Referentinnen und Sachbearbeiterinnen an vier Standorten für 514 öffentliche Grundschulen, 40 Grundschulen in freier Trägerschaft und die Grundschulbereiche der 3 Waldorfschulen.

Standorte: Halle, Ernst-Kamieth-Str. 2; Magdeburg, Olvenstedter Str. 1-2; Dessau, Kühnauer Str. 161 und Gardelegen, Philipp-Müller-Str. 2-4.

Territoriale Zuordnung der Landkreise/kreisfreien Städte

Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Stadt Halle (Saale)	Stadt Magdeburg	Stadt Dessau-Rosslau	Altmarkkreis Salzwedel
Burgenlandkreis	Börde, Salzlandkreis	Anhalt-Bitterfeld	Stendal
Mansfeld-Südharz	Jerichower Land	Wittenberg	
Saalekreis	Harz		

Anzahl der zu beaufsichtigenden Grundschulen zum 1.8.2009

	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Staatliche Grundschulen	166	204	86	58
Grundschulen in freier Trägerschaft	13	19	4	4

Anzahl der beschäftigten Lehrkräfte / Pädagogische Mitarbeiter je Standort (staatliche Grundschulen)

	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Lehrkräfte	1667/208	2050/232	871/124	539/55
Pädagogische Mitarbeiter	321/35	391/61	193/24	116/20

(gesamtes Stammpersonal / davon Stammpersonal in Freistellung ATZ)

Schließung von Grundschulen zum 31.7.2009 in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen

Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
4	2	0	0

Magdeburg: Das bedeutet, dass hier die Schüler im Klassenverband oder auch einzeln, je nach festgelegtem Schulbezirk, in eine bestehende Grundschule zu integrieren waren. Der Übergang der Schüler wurde aufgrund vorheriger Absprachen zwischen Schulleiter und schulfachlichen Referenten so problemlos wie möglich gestaltet.

Einschulungen zum Schuljahr 09/10:

Staatl. Grundschulen	16520
GS in freier Trägerschaft	1000
Gesamt Land Sachsen-Anhalt	17520

Im Schnitt hat jeder schulfachliche Referent ca. 40 Grundschulen zu betreuen. Dadurch, dass altersbedingt Referenten/-innen und Sachbearbeiterinnen in Rente bzw. in die Freistellungsphase der ATZ gehen, ändern sich auch die territorialen Zuständigkeiten. Damit heißt es oft, Schulen neu kennen zu lernen.

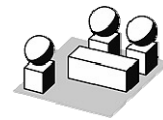
Gespräche mit Schulleitern, Lehrkräften, Hospitationen, Beratungen, Elterngespräche wurden geführt, so dass für den schulfachlichen Referenten ein Gesamtbild der Schule entstand. Dabei wurden Problemlagen zusammengestellt, auf die wir als Referat Einfluss nehmen mussten.

Schwerpunkte der schulfachlichen Arbeit im Kalenderjahr 2009 waren u. a.:

- Ausgestaltung der Schulprogrammarbeit
- Weitere Unterstützung der Schulleiter bei der Umsetzung der schulinternen Lehrpläne
- Veränderung in der Schulaufnahme – die Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten wird verstärkt, so dass der Übergang vom vorschulischen zum schulischen Lernen optimiert wird
- In der Unterrichtsarbeit unterstützen die schulfachlichen Referenten die Schulen bei der weiteren Umsetzung der Beschäftigung mit Bildungsstandards und niveaubestimmenden Aufgaben.
- Intensivierung der Vor- und Nachbereitung der Vergleichsarbeiten / landeszentralen Klassenarbeiten
- Umgang mit dem Leistungsbewertungserlass, besonders im Zusammenhang mit den Schullaufbahnerklärungen Klasse 4
- Durchführung der Eignungsfeststellung zum Übergang von der Grundschule zum Gymnasium
- Inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der flexiblen Schuleingangsphase
- Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
- Durchführung einer landesweiten Mathematik-Olympiade für Grundschulen in Halle

Auch im abgelaufenen Kalenderjahr wurden Funktionsstellen ausgeschrieben. Dem schulfachlichen Bereich kommt dabei die Aufgabe zu, dienstliche Beurteilungen anzufertigen bzw. die Fachgespräche zu führen.

Referat Sekundarschulen



Referatsleiter Jürgen Krampe
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-1897
 E-Mail: juergen.krampe@lwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat betreut alle Sekundarschulen im Land Sachsen-Anhalt. Dabei werden insbesondere die Schulleiter und Lehrkräfte durch die schulfachlichen Referenten beraten.

Anzahl	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Referatsleiter	1			
Referenten	13	14	5	4
Sachbearbeiter	6	4	3	2

Anzahl der zu beaufsichtigenden Sekundarschulen im Schuljahr 2009/10

	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Staatliche Sekundarschulen	45	72	29	19
Sekundarschulen in freier Trägerschaft	4	12	0	1

2 Sekundarschulen (im LK MSH und LK SK) wurden mit Wirkung 31.07.2009 geschlossen.

Anzahl der beschäftigten Lehrkräfte / Pädagogische Mitarbeiter je Standort (staatl. Sekundarschulen/Sekundarschulen i. freier Trägerschaft)

	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Lehrkräfte an staatl. Schulen	1371	1878	904	640
Pädagogische Mitarbeiter	34	37	33	8
Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft	66	166	0	26

Schülerzahlen pro Standort (staatliche Sekundarschulen)

Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
12069	17431	7839	4914

Referat Förderschulen



Referatsleiter Thomas Redlich

Olvenstedter Straße 1-2

39108 Magdeburg

Tel.: (0391) 567-5880

E-Mail: thomas.redlich@lvwa.sachsen-anhalt.de

Adäquat zu den Tätigkeitsfeldern der Referate Grundschule und Sekundarschule gestaltet sich die Arbeit des Referates Förderschulen. Hinzu kommt die Beratung und Entwicklung von Förderzentren, die Führung des Verfahrens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und die Einrichtung von Sonderunterricht.

Territoriale Zuordnung entspricht im Wesentlichen der der Grundschulen und Sekundarschulen. Die regionalen Förderzentren Haldensleben und Wolmirstedt sind dem Standort Gardelegen und die regionale Förderzentren Bernburg, Mansfeld Südharz, Hettstedt und Sangerhausen sind dem Standort Dessau zugeordnet.

Anzahl Förderschulen in der Fachaufsicht im Schuljahr 2009/10

	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Staatliche Förderschulen	30	37	27	18
Förderschulen in freier Trägerschaft	1	2	4	0

Anzahl der beschäftigten Lehrkräfte / Pädagogische Mitarbeiter je Standort
(staatliche Förderschulen)

	Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
Lehrkräfte	747	1015	512	286
Pädagogische Mitarbeiter	445	495	252	185
Betreuungskräfte	49	47	17	22

Schließung von Förderschulen zum 31.07.2009 in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen

Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
0	0	0	1

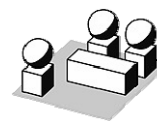
Schülerzahlen pro Standort (staatliche Förderschulen)

Halle	Magdeburg	Dessau	Gardelegen
3.822	3.757	3.177	1.317

Anzahl der Meldungen zum sonderpädagogischen Feststellungsverfahren 2008/09:

Bereich Ref.	Grundschule	Sekundarschule	Gymnasium	Elternhaus	gesamt
gesamt	1.541	173	39	1.517	3.270

Referat Gymnasien, Gesamtschulen



Referatsleiter (Stv.): Herr Boine (m.d.W.d.G.b.)
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-1976
 E-Mail: wolf-dietrich.boine@lvwa.sachsen-anhalt.de

Neben den strukturellen Aufgaben, die sich adäquat den Referaten Grund- und Sekundarschulen gestalten, hat das Referat Gymnasien, Gesamtschulen die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Abiturprüfungen in Abstimmung mit dem Kultusministerium zu gewährleisten.

Territoriale Zuordnung der Landkreis/kreisfreien Städte

Halle	Stadt Halle (Saale); Stadt Dessau-Roßlau; Anhalt-Bitterfeld; Burgenlandkreis; Mansfeld-Südharz; Saalekreis; Wittenberg
Magdeburg	Stadt Magdeburg; Stendal; Salzlandkreis; Jerichower Land; Harz; Börde; Salzwedel

Anzahl der Gymnasien und Gesamtschulen des Landes Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2009/10

	Halle	Magdeburg
Gesamtschulen	4 mit 3.041 Schülern	2 mit 1.653 Schülern
Staatliche Gymnasien	31 mit 18.976 Schülern	36 mit 20.878 Schülern
Schule des 2. Bildungsweges	1 mit 321 Schülern	1 mit 243 Schülern
Sportschule	1 mit 497 Schülern	
Freie Träger	7	8

Lehrkräfte/Pädagogische Mitarbeiter/Schüler an Gymnasien und Gesamtschulen

	Halle	Magdeburg
Lehrkräfte	2.074	2.213
Pädagogische Mitarbeiter	37	28
Lehrkräfte an freien Gymnasien und Gesamtschulen	222	268

Schließung/Fusion von Gymnasien zum 31.07.2008

	Halle	Magdeburg
Schließungen	1	0
Fusionen	-	-



Referat Berufsbildende Schulen

Referatsleiter Werner Schich

Olvenstedter Straße 1-2

39108 Magdeburg

Tel.: (0391) 567-5888

E-Mail: werner.schich@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat ist für die Berufsbildenden Schulen im Land zuständig. Dies beinhaltet die Ausübung der Dienst- und Fachaufsicht über die Berufsbildenden Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft. Zusätzlich werden Aufgaben in den Prüfungsausschüssen an den Berufsbildenden Schulen wahrgenommen.

Die territoriale Zuordnung der Berufsbildenden Schulen zu den Standorten des Landesverwaltungsamtes gestaltet sich wie folgt:

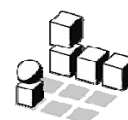
Halle	Städte Halle (Saale) und Dessau-Roßlau sowie die Landkreise Anhalt-Bitterfeld; Burgenland; Mansfeld-Südharz; Saalekreis; Salzlandkreis; Wittenberg
Magdeburg	Stadt Magdeburg sowie die Landkreise Altmarkkreis Salzwedel; Börde; Harz; Jerichower Land; Stendal

Zahl der Berufsbildenden Schulen

	Halle	Lehrer/Schüler	Magdeburg	Lehrer/Schüler
2005	23		12	
2006	23		11	
2007	21		12	
2008	18		13	
2009	17	1.622/34.145	13	929/25.316

Durch Fusion hat sich die Zahl der Berufsbildenden Schulen von 31 auf insgesamt 30 verringert. Die zahlenmäßigen Änderungen für die Bereiche Halle und Magdeburg zum Jahresrückblick 2008 ergeben sich auf Grund von Umstrukturierungen im Referat 505.

Referat Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe



Referatsleiterin Maren Stüwe
 Olvenstedter Straße 1-2
 39108 Magdeburg
 Tel.: (0391) 567-2530
 E-Mail: maren.stuewe@lvwa.sachsen-anhalt.de

Obere Denkmalschutzbehörde- Denkmalrechtliche Genehmigungsverfahren und Fachaufsicht

Das Referat ist als obere Denkmalschutzbehörde zuständig für die Erteilung von Genehmigungen für Abbrüche oder Zerstörungen von Kulturdenkmalen. Es sorgt als Fachaufsichtsbehörde für die landes-einheitliche Ausübung der Rechte und Pflichten sowie die rechtmäßige Erledigung von Aufgaben der kommunalen und nichtkommunalen unteren Denkmalschutzbehörden. Wird ein Kulturdenkmal verkauft, prüft die obere Denkmalschutzbehörde, ob ein Vorkaufsrecht zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt auszuüben ist und nimmt dies gegebenenfalls wahr.

Verfahren in der oberen Denkmalschutzbehörde (Neuanträge)

Verfahren	2006	2007	2008	2009	abgeschlossen 2009	offen am 31.12.2009
Anträge auf Abbruch	127	150	90	89	70	59
Prüfung Vorkaufsrecht	82	115	76	83	78	0
Planungsrecht	57	57	44	62	57	12
fachaufsichtliche Prüfungen	103	95	34	102	96	60
Widersprüche	37	31	87	19	21	29
Klageverfahren	3	2	5	0	1	3
Petitionen	2	2	2	0	0	0
Sonstiges	96	28	0	13	37	5
Gesamt:	507	480	354	368	360	168

Schwerpunkthemen der fachaufsichtlichen Tätigkeit der oberen Denkmalschutzbehörde im Jahr 2009 waren „Das denkmalrechtliche Genehmigungsverfahren bei energetischen Sanierungsmaßnahmen an Baudenkmalen“ sowie „Steuerliche Erleichterungen für Denkmaleigentümer“. Es wurde zu jedem Themenkomplex ein Workshop für untere Denkmalschutzbehörden durchgeführt. Darüber hinaus fanden zwei große Dienstbesprechungen mit allen unteren Denkmalschutzbehörden statt, in denen die Schwerpunkthemen vertieft wurden. Die Jahresstatistik über die Tätigkeit der unteren Denkmalschutzbehörden als Gesamtschau denkmalschützerischer Arbeit in Sachsen-Anhalt wurde fortgeführt und fachaufsichtlich ausgewertet. Neben zahlreichen anlassbezogenen fachaufsichtlichen Einzelfallprüfungen wurden bei zwei unteren Denkmalschutzbehörden Geschäftsprüfungen durchgeführt. Es wurden Arbeitshilfen zu Grundsatzfragen in Form von verbindlichen Rundverfügungen herausgegeben, um einen einheitlichen Vollzug des Denkmalschutzgesetzes in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten.

Denkmalpflegeförderung 2009

Das Referat ist Bewilligungsbehörde für Mittel des Landes und des Bundes zur Erhaltung von Kulturdenkmälern. Schwerpunkte der Förderung waren wie in den vergangenen Jahren Projekte von überregionaler Bedeutung, die gleichzeitig ein hohes öffentliches Interesse im Rahmen von Landesinitiativen aufwiesen. Nach der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung, Pflege und Erschließung von Kulturdenkmälern“ und im Rahmen des Konjunkturprogramms KP II gewährte das Referat 506 im Haushaltsjahr 2009 insgesamt 4,64 Mio. Euro Landesmittel (2008: 4,18 Mio. €) und 4,72 Mio. Euro Bundesmittel (2008: 0,30 Mio. €) aus den Programmen „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“, dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes 2008 und dem Konjunkturprogramm KP II für private und öffentliche Eigentümer von Kulturdenkmälern.

Insgesamt wurden bearbeitet (Vergleichszahlen aus 2008 in Klammern):

- Anträge 380 (392)
- mit einem Gesamtvolumen 88,91 Mio. Euro (69,80 Mio. Euro)
- davon beantragte Landesmittel 29,70 Mio. Euro (23,75 Mio. Euro)
- geförderte Projekte 96 (108)
- Gesamtinvestitionsvolumen inkl. Förderung 18,21 Mio. Euro (12,99 Mio. Euro)

Zuwendungsempfänger	Anzahl der Vorhaben	bewilligte Mittel Mio. Euro	Prozentualer Anteil
Privatpersonen, Vereine, Sonstige	35 (39)	7.139.930,00 €	76,26 %
Gebietskörperschaften	3 (12)	230.000,00 €	2,46 %
Kirchengemeinden	58 (57)	1.992.723,00 €	21,28 %
Gesamt	96 (108)	9.362.653,00 €	100,00 %

Förderschwerpunkte*	Anzahl Projekte	bewilligte Mittel Mio. Euro	prozentualer Anteil**
Projekte "Straße der Romanik"	26 (21)	1.210.540,00 €	28,9 %
Projekte "Gartenträume"	14 (16)	497.225,00 €	11,9 %
Projekte in UNESCO-Weltkulturerbestätten	19 (26)	661.693,00 €	15,8 %
Projekte in alten Hansestädten	24 (20)	1.171.502,00 €	28,0 %
Begleitung von Projekten des Bundes zur Förderung national bedeutender Kulturdenkmäler	10 (10)	518.460,00 €	12,4 %
Verzahnung mit anderen Förderprogrammen	20 (26)	1.167.618,00 €	27,9 %
Begleitung von Projekten bundesweiter Stiftungen	37 (46)	951.508,00 €	22,8 %
Projekte der Schuldendiensthilfe	39 (42)	605.944,00 €	14,5 %
Orgelsanierung mit der ZEIT-Stiftung	3 (1)	50.000,00 €	1,2 %
Begleitung von Projekten regionaler Stiftungen	41 (51)	1.323.484,00 €	31,7 %
"Die Dorfkirche" Kulturdenkmal des Jahres 2005	23 (33)	367.137,00 €	8,8 %

*Mehrfachnennungen möglich

**an der Fördersumme 4.481 Mio. Euro

Förderprogramme	Anzahl der Vorhaben	bewilligte Landes-/ Bundesmittel	prozentualer Anteil
Landesprogramm Denkmalpflege	75	2.908.653,00 €	31,07 %
Orgelförderung	3	500.000,00 €	0,53 %
Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes 2008	13	1.533.000,00 €	16,37 %
Bundesprogramm Kultur in den neuen Ländern/Invest-Ost	2	491.000,00 €	5,24 %
Reformationsjubiläum (Lutherdekade)	1	480.000,00 €	5,13 %
Konjunkturpaket II	2	3.900.000,00 €	41,65 %
Gesamt	96	9.362.653,00 €	100,00 %

Im Haushaltsjahr 2008 wurde vom Bund ein Denkmalschutz-Sonderprogramm mit einem Gesamtumfang von 40 Mio. € aufgelegt. Ziel des Förderprogramms ist die Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaft in der Bundesrepublik. Für das Land Sachsen-Anhalt wurden insgesamt 37 Fördervorschläge mit einem Antragsvolumen von 4,8 Mio. € erarbeitet und über das Kultusministerium an den Bund weitergeleitet. Letztlich konnten von den 37 Fördervorschlägen 13 Projekte in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 mit 1,53 Mio. Euro Bundes- und 0,16 Mio. Euro Landesmitteln bewilligt werden. Damit werden Maßnahmen mit einem Gesamtumfang in Höhe von 3,46 Mio. Euro umgesetzt.

Aus dem vom Bundeskabinett im Januar 2009 beschlossenen sog. Konjunkturpaket II erhält Sachsen-Anhalt ca. 356 Mio. Euro (75%) Bundesmittel.

Im Denkmalsbereich sind 8 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 7,9 Mio. Euro Bundes- und Landesmitteln für eine Förderung aus dem Konjunkturpaket II vorgesehen. Für 2 Projekte ist im Haushaltsjahr 2009 eine Förderung in Höhe von 2,92 Mio. Euro Bundes- und 0,97 Mio. Euro Landesmitteln erfolgt. Der Gesamtumfang dieser beiden Sanierungsmaßnahmen beträgt 4,75 Mio. Euro.

Als Weiterführung der Initiative zur Erhaltung der Dorfkirchen, unterstützt vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) durch die Wahl als Kulturdenkmal des Jahres 2005 wurden für Sanierungsmaßnahmen an 26 Dorfkirchen insgesamt 0,65 Mio. Euro Denkmalpflegefördermittel bereitgestellt.

In Vorbereitung auf das Haushaltsjahr 2010 wurden im Haushaltsjahr 2009 286 Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Denkmalpflege registriert und vorgeprüft. Davon wurden im Rahmen von zur Verfügung gestellten Verpflichtungsermächtigungen im HHJ 2009 bereits 29 Vorhaben mit Landesmitteln in Höhe von 0,61 Mio. Euro bewilligt.

Neben der Gewährung von Zuwendungen wurden im Jahr 2009 insgesamt 92 Verwendungsnachweise geprüft und abgeschlossen.

UNESCO- Weltkulturerbe

Auf der UNESCO-Weltkulturerbeliste sind folgende Weltkulturerbestätten aus Sachsen-Anhalt vertreten:

- Gartenreich Dessau-Wörlitz
- Luthergedenkstätten in Wittenberg und Eisleben
- Altstadt von Quedlinburg mit Stiftskirche und Schloss
- Bauhaus und Meisterhäuser in Dessau

Auf der „vorläufigen Liste der Kultur- und Naturgüter, die von der Bundesrepublik Deutschland zur Aufnahme in die UNESCO-Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt angemeldet werden sollen“ sind eingetragen

- Der Naumburger Dom und die hochmittelalterliche Herrschaftslandschaft an Saale und Unstrut
- Die Franckeschen Stiftungen

Das Referat koordiniert kommunale, regionale und Landesinteressen in Bezug auf die Erhaltungs- und Entwicklungsanforderungen der UNESCO-Weltkulturerbestätten, stimmt diese aufeinander ab und bündelt innerhalb des Landesverwaltungsamtes die Entscheidungen beteiligter Fachreferate.

In Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt erarbeitet das Referat Entscheidungshilfen und -empfehlungen für Landesbehörden, Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die der Bewahrung des Weltkulturerbes verpflichtet sind.

Es prüft, ob z. B. bei Abbrüchen, Neubauten oder Veränderungen von Gebäuden, Umgestaltungen von Park- und Gartenanlagen, der Aufstellung von Bauleitplänen und regionalen Entwicklungsplänen, oder bei Infrastrukturmaßnahmen die hohen Anforderungen des Denkmalschutzes, zu denen sich das Land Sachsen-Anhalt anlässlich der Aufnahme in die Welterbeliste verpflichtet hat, entsprechend berücksichtigt werden.

Das Welterbekomitee der UNESCO muss über die Planung von besonders erheblichen Wiederherstellungs- und Neubauvorhaben, die Auswirkungen auf den außergewöhnlichen und universellen Wert der Welterbestätten haben könnten, rechtzeitig vor der Erteilung einer Genehmigung oder dem Eingehen von nicht mehr revidierbaren Verpflichtungen benachrichtigt werden.

Im Rahmen dieser Verpflichtung wurden in enger Abstimmung mit der Monitoringgruppe des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS verschiedene Vorhaben begleitet und Lösungsvorschläge für die Vorhabensträger und die Genehmigungsbehörden erarbeitet.

Darüber hinaus stellen nach wie vor Windkraftanlagen in der Umgebung der Welterbestätten ein Problem dar. So sind in dem vorläufigen Regionalen Entwicklungsplan für die Planungsregion Halle Vorranggebiete für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, deren tatsächliche Bebauung einerseits die Authentizität der Luthergedenkstätten in Lutherstadt Eisleben und zum anderen die in Vorbereitung befindliche Kulturlandschaft an Saale und Unstrut beeinträchtigen könnten.

Bereits während der Aufstellung des Planes wurde die regionale Planungsgemeinschaft auf das Gefährdungspotential für die (geplanten und bereits eingetragenen) Welterbestätten nachdrücklich hingewiesen.

In regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen z. B.

- zum Gartenreich Dessau-Wörlitz
- zu Projekten zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017
- zur Vorbereitung des Welterbeantrages für den Naumburger Dom und die hochmittelalterliche Herrschaftslandschaft an Saale und Unstrut

wurden aktuelle Einzelmaßnahmen aber auch langfristige Planungen vorgestellt und erörtert. Gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern vor Ort wie den Kulturstiftungen des Landes, dem Kirchlichen Bauamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, dem Förderverein Welterbe an Saale und Unstrut und der Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe wurden denkmalpflegerische Lösungen zum Schutz des Weltkulturerbes erarbeitet.

Für die Aufnahmepvorbereitung des Antrags der Naumburger Dom und die hochmittelalterliche Herrschaftslandschaft an Saale und Unstrut in die UNESCO Welterbeliste, hat das Kultusministerium das Referat beauftragt, im Rahmen einer regelmäßigen Arbeitsgruppe die Koordination und Bündelung der kommunalen, regionalen und der Landesinteressen wahrzunehmen.

Im Rahmen des im März eingeleiteten Planfeststellungsverfahrens für die B 87 Ortsumgehung Bad Kösen wurden Stellungnahmen abgegeben und Beratungen mit dem Vorhabensträger geführt, um die mit dem geplanten Bau einer Saalebrücke bei Bad Kösen entstehende erhebliche Beeinträchtigung für das Antragsverfahren Welterbe an Saale und Unstrut zu vermeiden bzw. zu mildern. Das Planfeststellungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Zur Vorbereitung der Antragsstellung wurden bisher für die Regionen Goseck, Schönburg und Bad Kösen sog. Kulturlandschaftskataster in Auftrag gegeben, deren Bearbeitung durch regelmäßige Jour fixes begleitet werden.

Für das ehemalige Zisterzienserkloster Pforta, die heutige Landesschule Schulpforta, wurde ein Kultur- und Tourismuskonzept entwickelt. Zur Unterstützung bei der Realisierung dieses Konzeptes wurde eine Hauskonferenz unter Leitung des Präsidenten durchgeführt und die daraus resultierenden Aktionen aus den verschiedenen Referaten koordiniert und gebündelt.

Managementplan und Bildungsarbeit zu UNESCO- Welterbestätten:

Ein weiterer Schwerpunkt des Referates lag im Jahr 2009 in der Koordinierung und Beratung des Prozesses zur Entwicklung und Einführung von Managementplänen für Weltkulturerbestätten.

Seit Januar 2005 müssen alle Welterbestätten weltweit einen Managementplan erstellen. Diese umfassen alle Bereiche, Konzepte sowie Planungen und beschreiben das Instrumentarium im Hinblick auf Rechtsgrundlagen und Verfahren sowie in Bezug auf fachliche Grundlagen. Sie dienen als zentrales, handhabbares – schlankes – Planungs-instrument, um das jeweilige Welterbe optimal und nachhaltig managen zu können.

Der Notwendigkeit für alle Welterbestätten, einen Managementplan zu erstellen, sind bislang im deutschsprachigen Raum zehn Welterbestätten nachgekommen – in Sachsen-Anhalt noch keine. Seit Mai 2009 entwickelt das Referat ein Projekt „Einführung von Managementplänen in Welterbestätten Sachsen-Anhalts“ zunächst mit der Weltkulturerbestätte Quedlinburg als Pilotprojekt für Sachsen-Anhalt. Das Referat unterstützt die Stadt Quedlinburg dabei, motiviert und befähigt diese zur Erstellung eines Managementplans und begleitet den Erarbeitungsprozess. Bewusst wird der Stadt Quedlinburg im Sinne der wertschätzenden Kommunikation und Überzeugungsarbeit zur Unterstützung ein enges Netzwerk zur Seite gestellt, bestehend aus engem Termin- und Mittelabflussplan und einer abgestimmten Beratung mit dem Referat und dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie.

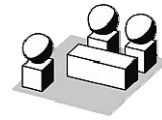
Im Rahmen der Strukturfondsförderung 2007-2013 in Verbindung mit der Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Stadtumbaus-Ost zur Aufwertung von Stadtteilen / Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität „Sanierungsgebiet“ begleitet das Referat 506 gemeinsam mit dem Referat 205 das Projekt „Welterbemanagementplan / Leerstandsmanagement“ der Stadt Quedlinburg. Die Finanzierung der anerkannten Gesamtkosten von bis zu 700 000 Euro setzt sich zusammen aus 406 000 Euro EFRE-Mitteln (58 v. H.), 98 000 Euro kommunalen Eigenmitteln und 196 000 Euro Städtebaufördermitteln Bund/Land. Die EFRE-Mittel werden in den Haushaltsjahren 2009 (99.429 Euro), 2010 (82,857 Euro), 2011 (80.210 Euro) und 2012 (143.504 Euro) bereitgestellt.

Der zu erarbeitende Managementplan wird in einer internetbasierten Datenbank (mit abgestuften Zugriffsrechten) alle Grundlagen, Ziele und Maßnahmen zum Schutz und Erhalt, zur Nutzung, zur Pflege und zur weiteren Entwicklung des Welterbes Quedlinburg erfassen. Er soll als integriertes Planungs- und Handlungskonzept alle wichtigen Themen von Stadterneuerung, Denkmalpflege, Wirtschaft und Tourismus, Wohnen sowie Öffentlichkeitsarbeit / Bildung fortschreibbar und nutzergerecht graphisch aufbereitet umfassen.

Das Pilotprojekt „Welterbemanagementplan / Leerstandsmanagement Quedlinburg“ wird Ende 2012 abgeschlossen sein.

Die Zusammenarbeit der Welterbestätten im Lande zu intensivieren liegt im Focus der Arbeit des Referates. Besonderes Augenmerk liegt auf den Schwerpunkten Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Darzustellen sind das Innen-Marketing mit Bewusstsein bildenden Aktivitäten zur Vermittlung der Welterbestätte mit ihren Zusammenhängen und der Bedeutung des Welterbeprogramms sowie das Außen-Marketing mit der Werbung für die Welterbestätte.

Referat Kultur, Fachstelle für öffentliche Bibliotheken



Referatsleiterin Ulrike Reichmann
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1833
E-Mail: Ulrike.Reichmann@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Kultur war im Jahre 2009 maßgeblich an der Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Infrastruktur im Land Sachsen-Anhalt beteiligt. Als Ansprechpartner für Künstlerinnen und Künstler, Vereine, Verbände, Gebietskörperschaften und kulturelle Institutionen wirkte es beratend und begleitend bei inhaltlichen und verwaltungstechnischen Fragen. Unter Beachtung der Kulturhoheit der Kommunen wurde die Entwicklung innovativer Lösungsansätze unterstützt und der Austausch von Ideen und Erfahrungen vermittelt.

In Zusammenarbeit mit den obersten Landesbehörden, vor allem dem Kultusministerium, wurden landesweite Vernetzungsprojekte realisiert sowie Modellprojekte begleitet.

Ebenfalls in Abstimmung mit dem Kultusministerium realisierte das Referat die Förderung von Projekten bzw. Institutionen nachfolgend genannter Bereiche: allgemeine Musikpflege, Musikschulen, Theater, Museen, Soziokultur, Traditions- und Heimatpflege, bildende Kunst, Literatur, Kunst- und Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche, internationaler Kulturaustausch, öffentliche Bibliotheken, Hochwasserschadensbeseitigung im Kulturbereich und die institutionelle Förderung landesweit in der Kultur wirkender Vereine und Verbände.

Auch im Kulturbereich wurden durch das 2009 aufgelegte Konjunkturprogramm II der Bundesregierung erstmals zahlreiche überwiegend investive Projekte gefördert.

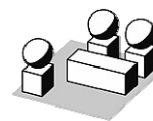
Dabei ist eine zunehmende Zusammenarbeit mit Drittmittelgebern, wie z.B. der Lotto Toto GmbH Sachsen-Anhalt, aber auch mit weiteren Förderern von bedeutenden kulturellen Projekten, wie der Kunststiftung Sachsen-Anhalt, zu bemerken.

Dem Referat Kultur sind die Dokumentationsstelle zur Erfassung von Kulturvermögen des Landes sowie die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken zugeordnet.

Förderbereich	Anzahl der ausgereichten Bescheide		Fördervolumen in €	
	2008	2009	2008	2009
Institutionelle Förderung	13	13	3.255.300	3.294.400,00
Öffentliche Bibliotheken	27	31	403.537	354.870,00
Theater/freie Theater/ Philharmonisches Staatsorchester	33	40	37.039.074	36.805.252,50
Musikschulen	39	37	3.506.549,41	3.206.077,37
Musik	39	41	2.610.412,00	2.439.400,00
Projekte mit Kindern und Jugendlichen	60	38	792.420,00	635.180,00
Internationaler Kulturaustausch	12	6	53.941,00	30.602,58
Traditions- und Heimatpflege	57	55	362.364,00	388.199,00
Literatur: Projekte/ Arbeitsstipendien	18 3	15 4	177.115,00 6.000,00	146.664,00 9.250,00
Soziokultur	22	17	172.170,00	179.214,00
Museen	45	41	2.892.685,00	1.756.305,83
Bildende Kunst: Projekte/ Arbeitsstipendien	23 11	16 5	205.210,00 36.299,00	130.330,00 28.700,00
Expo-Nachfolgeprojekte	1	1	185.000,00	250.000,00
Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich	2	3	18.000,00	14.940,00
Hochwasserschadensbeseitigung im Kulturbereich *	53 *	54 *	31.544.463,00*	31.982.687,00*
Konjunkturprogramm II	-	37	-	2.743.662,38

*IST kumulativ per 31.12.2009

Referat Unterrichtsversorgung, Datenerhebung, Schulentwicklungsplanung



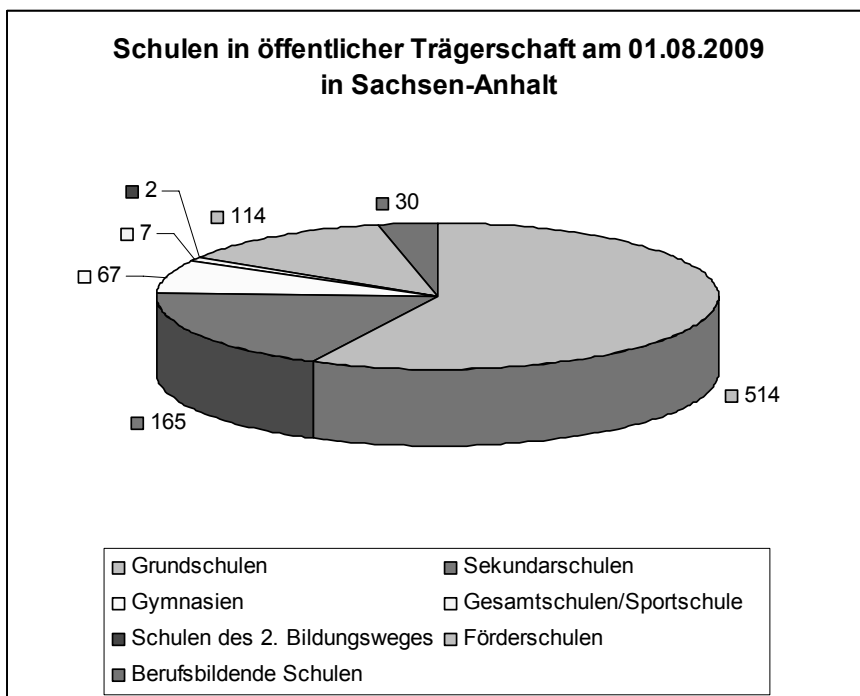
Referatsleiterin Tatiana Lichtenfeld
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1909
E-Mail: tatiana.lichtenfeld@lwa.sachsen-anhalt.de

Durch die Schulentwicklungsplanung der Landkreise wurden zum Schuljahr 2009/10 11 öffentliche Schulen (6 Grundschulen, 2 Sekundarschulen, 1 Gymnasium, 1 berufsbildende Schule, 1 Förderschule) geschlossen. Dadurch und im Zuge der Vorbereitung des Schuljahres 2009/10 wurden insgesamt bis zum Schuljahresbeginn ca. 2600 Personalmaßnahmen (Versetzungen, Abordnungen von Lehrkräften) erforderlich.

Im Laufe des Schuljahres sorgt das Referat kontinuierlich für eine ausgeglichene Unterrichtsversorgung und reagiert auf besondere Personalsituationen. Gegenwärtig wird vom Referat 508 der Einsatz von 18159 Lehrkräften und 2291 pädagogischen Mitarbeiterinnen aller Schulformen an landesweit 899 öffentlichen Schulen koordiniert. Bereits in der Freistellung der Altersteilzeit befinden sich 2486 Lehrkräfte sowie 303 pädagogische Mitarbeiterinnen.

Außerdem werden die statistischen Angaben von 79 allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft und von 36 freien Trägern beruflicher Ersatzschulen erhoben. Im Bereich der beruflichen Ersatzschulen werden entsprechend §16 Abs. 3a Schulgesetz insgesamt 222 Bildungsangebote vorgehalten.

Anzahl der Schulen in Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2009/2010		
Schulform	öffentliche	freie
Grundschulen	514	40
Sekundarschulen	165	14
Gymnasien	67	12
Gesamtschulen/Sportschule	7	3
Schule des 2. Bildungsweges	2	0
Förderschulen	114	7
Waldorfschulen	-	3
Berufsbildende Schulen	30	36

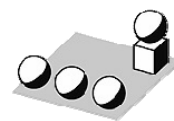


**Anzahl der Lehrkräfte/päd. Mitarbeiterinnen an öffentlichen Schulen
in Sachsen-Anhalt (ohne ATZ)**

Schulform	Lehrkräfte (2008)	Päd. MitarbeiterInnen (2008)
Grundschulen	4508 (4705)	881 (928)
Sekundarschulen	4704 (4897)	112 (128)
Gymnasien	3810 (4042)	30 (30)
Gesamtschulen/Sportschule	498 (492)	28 (29)
Schule des 2. Bildungsweges	51 (52)	-
Förderschulen	2333 (2407)	1240 (1298)
Berufsbildende Schulen	2255 (2357)	-

Im Jahr 2006 wurde das Pilotprojekt „Web-basierte Erfassung von Daten zur Unterrichtsversorgung“ mit 13 allgemein bildenden Schulen aller Schulformen und 34 Berufsbildenden Schulen gestartet. Zum Schuljahr 2009/10 erfolgte eine Erhöhung der teilnehmenden Schulen auf insgesamt 350. Es nehmen alle Berufsbildenden Schulen und Gymnasien/Gesamtschulen/2.Bildungsweg sowie 103 Grundschulen, 92 Sekundarschulen und 49 Förderschulen teil.

Referat Lehrpersonal, Schulrecht - Bereich Süd , BAFöG



Referatsleiterin Dr. Regina Meinicke
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-2093
 E-Mail: regina.meinicke@lwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat 509 (Lehrpersonal, Schulrecht und BAFöG) ist zuständig für die personalrechtliche Betreuung von 12.859 Leitungskräften, Lehrkräften, pädagogischen und sonstigen Mitarbeiter/innen und Lehr- amtsanwärter/innen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im südlichen Sachsen - Anhalt. Es führt das Personalkostencontrolling und die Stellenbewirtschaftung für das o. g. Personal durch, verwaltet den Sachkostenhaushalt der öffentlichen Schulen und bearbeitet Reisekosten, Honorare, Lernmittel, Zuwendungen, Fördermittel und Schadensersatzansprüche.

Der Schulrechtsbereich ist Widerspruchsstelle zu schulische Entscheidungen im Schulordnungsrecht, Prüfungsrecht u.a. sowie verantwortlich für die Bearbeitung von Schadensersatz, Regress – und Haftungsangelegenheiten.

Der BAFöG-Bereich des Referates übt die Fachaufsicht über die nachgeordneten BAFöG-Ämter aus, ist Widerspruchsbehörde für Angelegenheiten des Schüler - und Meister - BAFöG, führt das Ausbildungsstättenverzeichnis des Landes Schsen-Anhalt und ist seit 01.01.2006 verantwortlich für den Zahlungsverkehr und die Haushaltplanung in den Aufgabengebieten Schüler - BAFöG, BAFöG nach dem AFBG und studentisches BAFöG.

Ausgewählte Ergebnisse des Referates im Jahr 2009 in Zahlen

Personal

betreuter Personalbestand	ca. 12.700
umgesetzte Personalmaßnahmen	ca. 3.320
Personalratsbeteiligungen	ca. 4100
Beratungen zu Fragen der Alterszeit	240
Beratungen zur Gewährung von Teilzeit	200

Recht

Eil- und Hauptsachverfahren	ca. 70
Formelle Widerspruchsverfahren	ca. 170
Schadensersatz, Regress, Haftungsangelegenheiten	ca. 300
nicht förmliche Verfahren	ca. 300
Beratung und Fortbildung nachgeordneter und schulfachlicher Bereiche	ca. 750

Haushalt

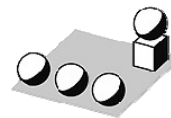
Personalkostencontrolling für den Schulbereich Halle	ca. 1,2 Mrd. Euro
landesweite Stellenbewirtschaftung	ca. 24.500 Stellen
bewirtschaftete Haushaltsmittel	ca. 35 Mio. Euro
davon u. a. Lernmittelkostenentlastung Eltern	ca. 3,1 Mio. Euro
Bewilligung von Fördermitteln für 105 bildungsbezogene Projekte an Schulen	ca. 0,5 Mio. Euro
Kostenrefinanzierung von Schulen in freier Trägerschaft	ca. 28 Mio. Euro
Gestellungsgeld für kirchliche Mitarbeiter	ca. 1,1 Mio. Euro
Reisekosten	ca. 0,2 Mio. Euro
Schulfahrten	ca. 0,7 Mio. Euro
Regionale Fortbildung der Lehrkräfte	ca. 0,1 Mio. Euro

BAföG

Widerspruchsverfahren (Schüler- und Meister-BAföG)	ca. 400
Fortbildung quartalsweise für Sachbearbeiter/-innen der nachgeordneten BAföG-Ämter	60

Planung des Haushaltes sowie Organisation und Durchführung des monatlichen BAföG – Zahlungsverkehrs für 12000 BAföG – Empfänger mit einem Haushaltsmittelumfang von 80 Mio Euro.

Referat Lehrpersonal, Schulrecht - Bereich Nord



Referatsleiter Klaus Segebarth
 Olvenstedter Straße 1-2
 39108 Magdeburg
 Tel.: (0391) 567-5703
 E-Mail: klaus.segebarth@lwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat übt die Dienstaufsicht über die öffentlichen Schulen im nördlichen Teil von Sachsen-Anhalt aus. Die Aufgaben umfassen die Bereiche Personal, Haushalt und Schulrecht. Insgesamt traf dies im abgelaufenen Kalenderjahr für 468 öffentliche Schulen zu, davon 264 Grundschulen, 91 Sekundarschulen, 59 Förderschulen, 36 Gymnasien, 2 integrierte Gesamtschulen, 15 Berufsbildende Schulen und eine Schule des Zweiten Bildungsweges.

Hinzu kommen im Rahmen der landesweiten Zuständigkeit für insgesamt 80 allgemein bildende Schulen in freier Trägerschaft Unterrichtsgenehmigungen für Lehrkräfte, darunter 40 Grundschulen, 3 Gesamtschule, 14 Sekundarschulen, 3 Waldorfschulen, 3 Förderschulen, 4 Schulen mit Ausgleichsklassen, 13 Gymnasien sowie 44 Schulträger mit insgesamt 210 berufsbildenden Schulen (mit 140 Berufsfachschulen, 34 Fachschulen, 18 Ergänzungsschulen, 8 Fachoberschulen und 10 Berufsschulen).

Personal

Im Referat wurden im Jahr 2009 durchschnittlich 11.936 Landesbedienstete an öffentlichen Schulen (Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter, Betreuer und Verwaltungskräfte sowie Referendare und Lehramtsanwärter) personalrechtlich betreut. Die personalrechtliche Betreuung fand ihren Ausdruck z.B. in folgenden Maßnahmen:

Maßnahme	Grundschulen	Förder-schulen	Sekundar-schulen	Gymnasien	Berufs-bildende Schulen
Abordnungen	946	408	416	248	47
Versetzungen	83	87	84	33	65
Maßnahmen zur Altersteilzeit	7	1	6	10	10
Verbeamtungen (auf Probe/auf Lebenszeit)	31	13	3	7	19
Einstellungen	17	14	10	17	19
Mutterschutz/Elternzeit	38	46	11	26	11
Teilzeitverträge (individuelle Teilzeit)	161	74	109	176	40
Beförderungen / Höhergrup-pierungen gemäß Förderkonzept	24	11	18	9	6

Für Schulen in freier Trägerschaft wurden im Jahr 2009 über 400 Bescheide und Einsatzbestätigungen erstellt, darunter für berufsbildende Schulen etwa 280 Bescheide und Einsatzbestätigungen. Teilweise wurde mit einem Bescheid für mehr als 30 Lehrkräfte über einen Unterrichtseinsatz entschieden. Die Genehmigungs-/Bestätigungsquote lag bei etwa 95 v. H. Auch für das Schuljahr 2009/2010 wurde durch das Referat 510 das landesweite Einstellungsverfahren von Lehrkräften in den Schuldienst des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Auf die 120 ausgeschriebenen Stellen bewarben sich insgesamt 492 Bewerberinnen und Bewerber. Nach drei Nachausschreibungen gelang es nahezu alle Stellen zu besetzen.

Haushalt

Landesweit wurden folgende Aufgaben wahrgenommen

- Bewirtschaftung der Haushaltsmittel für die Begabtenförderung— Für die Durchführung von Kreisarbeitsgemeinschaften, Spezialistenlagern, Korrespondenzzirkeln und Wettbewerben wurden 190.193 Euro für Sachkosten und Aufwandsentschädigungen bereit gestellt.
- Förderung von Angeboten außerhalb des Unterrichts (Programm „Soziale Komponente“ an Sekundarschulen und Förderschulen gemäß geltender Richtlinie):
Für 428 Projekte wurden Haushaltsmittel in Höhe von mehr als 104.000 Euro für Honorare und Sachkosten überwiesen.

Schulformübergreifende Förderung des außerunterrichtlichen Sports

Schwerpunkte der landesweiten Aktivitäten im Jahr 2009, die mit insgesamt 650.000 Euro unterstützt werden konnten, waren:

Organisation und Durchführung von Wettkämpfen aller Schulformen

- Im Bereich Jugend trainiert für Olympia /Jugend trainiert für Paralympics haben 1981 Mannschaften in 18 Sportarten an den Landkreis-, Regional- und Landesfinalen teilgenommen. Bei den Bundesjugendspielen waren 46 Mannschaften aus 15 Sportarten des Landes vertreten. Für 39 Projekte des Landes im Bereich „Sport in Schule und Verein“ wurden rund 20.000 Euro bereitgestellt.

Einrichtung von 1.850 Arbeitsgemeinschaften „Sport in Schule und Verein“ in 550 Schulen des Landes, an denen 22.000 Schüler teilnahmen.

Schulrecht

Die Schwerpunkte der Tätigkeit im Bereich Schulrecht lagen in der Beratung der Schulen in rechtlichen Angelegenheiten sowie in der Bearbeitung von Anträgen und Widerspruchs- bzw. Klageverfahren von Eltern und Schülern/innen.

Themenschwerpunkte bildeten hierbei die:

- Beschulung außerhalb des Schulbezirks / Schuleinzugsbereichs nach § 41 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt;
- Aufnahme an weiterführende Schulen insbesondere Eignungsfeststellungen;
- Überweisung an Förderschulen;
- Zeugniserteilungen und Versetzungsentscheidungen;
- Prüfungen;
- Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen gegen Schülerinnen / Schüler;
- Klagen der Träger von Ersatzschulen wegen Finanzhilfe.



Abteilung 6 - Familie, Gesundheit, Jugend und Versorgung

Abteilungsleiter

Dr. Herbert Freudrich

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1699

E-Mail: herbert.freudrich@lvwa.sachsen-anhalt.de

Referat Landesjugendamt - Jugend

Referat Landesjugendamt - Familie und Frauen

Referat Landesjugendamt - Kindertageseinrichtungen

Referat Gesundheit

Referat Arzneimittel- und Apothekenwesen

Referat Heimaufsicht, Rettungsdienst, Gesundheitswesen

Referat Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe

Referat Integrationsamt

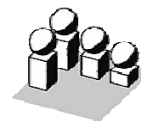
Referat Landesversorgungsamt

Referat Versorgungsamt - Hauptfürsorgestelle, Soziales Entschädigungsrecht

Referat Versorgungsamt - Schwerbehindertenrecht

Referat Bundeselterngeld

Referat Landesjugendamt - Jugend



Referatsleiter Andreas Gramatke
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1625
E-Mail: andreas.gramatke@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Jugend berät die Jugendämter sowie die freien Träger des Landes Sachsen-Anhalt und führt die Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe durch. Wer die Herausforderungen der Zukunft meistern will, braucht aktuelles Wissen. Nur wer sich auf dem Laufenden hält, kann den vielfältigen Anforderungen gerecht werden. Der Wandel ist zum Kennzeichen einer modernen und leistungsorientierten Verwaltung geworden. Ziel ist, die Leistungsfähigkeit der sozialpädagogischen Fachkräfte dauerhaft zu sichern, damit die vielfältigen Kompetenzen und Potentiale der Fachkräfte gezielt eingesetzt werden können. Dazu ist Fortbildung unerlässlich. Somit legt das Landesverwaltungsamt -Landesjugendamt- jährlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe ein differenziertes Fortbildungsangebot gemäß § 85 Abs. 2 Ziffer 8 SGB VIII vor.

Mit zahlreichen themen- und arbeitsfeldorientierten Fachtagungen, Kursen und Arbeitsgruppen haben wir auch 2009 wiederum die sozialpädagogischen Fachkräfte des Landes Sachsen-Anhalt für den beruflichen Alltag fit gemacht.

Erfreulicherweise wurden Veranstaltungen zu den Themen „Intervention und Prävention sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“, „Kinderschutzfachkraft gemäß § 8a SGB VIII“, „Leitungskompetenz in Kindertageseinrichtungen“ sowie Angebote, die auf aktuelle Entwicklungen Bezug nahmen, wie z.B. „Lernprozesse der Jüngsten –für Kinder von 0-3 Jahren“ und „Systemisches Arbeiten mit Familien“, gut angenommen. Mit den Angeboten im Fortbildungsprogramm haben wir auch im Jahr 2009 eine Plattform zum Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Diskussion, die die fachliche Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten der sozialpädagogischen Fachkräfte erweitern sollten, angeboten. Des weiteren

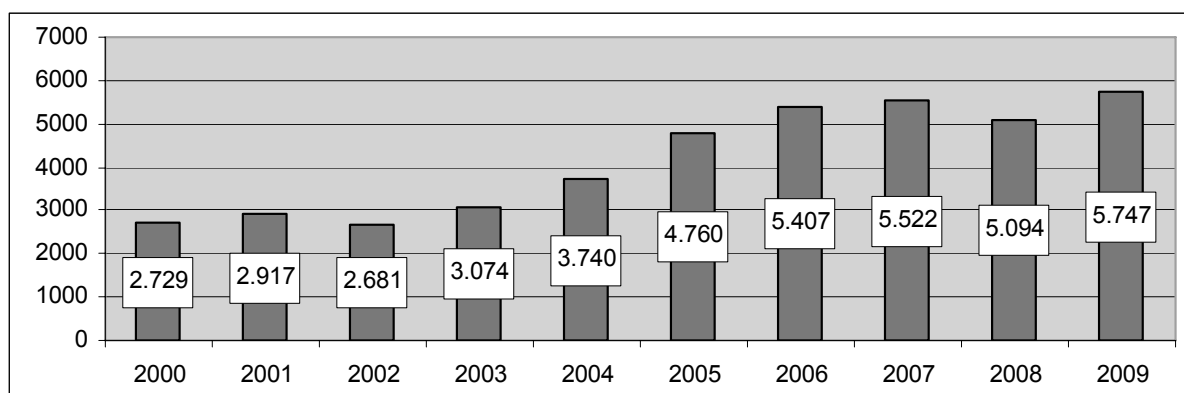
- fördert das Referat im Zuwendungsverfahren Projekte von freien und öffentlichen Trägern,
- berät bei der Konzipierung und Umsetzung von Vorhaben und
- prüft die Erreichung des Zuwendungszweckes incl. des ordnungsgemäßen und
- sparsamen/ wirtschaftlichen Einsatzes der ausgereichten Haushaltsmittel.

Das Referat Jugend nimmt außerdem die Beratung der Jugendämter im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) wahr.

Ausgewählte statistische Angaben

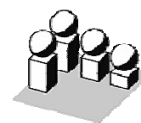
Fortbildungsveranstaltungen	2006	2007	2008	2009
Anzahl	252	299	241	256
Teilnehmer/-innen	5.407	5.522	5.094	5.747

Entwicklung der Teilnehmerzahlen an Fortbildungsveranstaltungen 2000 bis 2009



Fördermaßnahmen	2008	2009
Fachkräfteprogramm, Kinder- und Jugendring, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz Ausgereichte Landes-, Bundes- und EU-Mittel	8,5 Mio. Euro	14 Mio. Euro
<u>darunter: ESF-Förderprogramm</u> „Projekte zur Vermeidung von Schulversagen“ Eingegangene Anträge Ausgereichte Landes- und EU-Mittel	222 9.045 Euro	92 5.725.402 Euro

Referat Landesjugendamt - Familie und Frauen



Referatsleiterin Dr. Ursula Cremer
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-1641
 E-Mail: ursula.cremer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Die Aufgabenbereiche des Referates umfassen im Wesentlichen die Familien- und Frauenförderung, Erziehungshilfen, Aufsicht über Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, das Adoptionswesen und die Kostenerstattung an örtliche Träger der Jugendhilfe.

Im Bereich Hilfen zur Erziehung nimmt das Referat Aufgaben der Beratung, Information und Moderation für Jugendämter und freie Träger von Jugendhilfeeinrichtungen wahr. Die Tätigkeit des Landesverwaltungsamtes in diesem Bereich umfasst neben der Betriebserlaubniserteilung der Einrichtungen die fachliche Beratung, die laufende Überwachung der Einrichtungen, die Klärung bei Beschwerden und besonderen Vorkommnissen, die Prüfung von Tätigkeitsuntersagungen und die Moderation in Konfliktfällen.

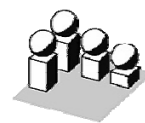
Ziel der Familien- und Frauenförderung ist es, in Kooperation mit den geförderten Einrichtungen und Diensten ein Netz von Angeboten für Frauen, Familien und Kinder vorzuhalten, mit denen Schutzaufgaben, aber auch Prävention, Information und Bildung wahrgenommen werden.

Als Zentrale Adoptionsstelle befasst sich das Referat – neben der Beratung und Fortbildung der Mitarbeiter/-innen in den Adoptionsvermittlungsstellen der Jugendämter – mit der internationalen Adoptionsvermittlung. Die Zentrale Adoptionsstelle ist an allen Adoptionen mit Auslandsberührung in Sachsen-Anhalt beteiligt.

Ausgewählte statistische Angaben

Familienförderung (ausgereichte Mittel)	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro	2009 in Mio. Euro
Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Schwangerschaftsberatungsstellen, Insolvenzberatungsstellen	5,4	5,7	5,5	5,7
Familienverbände/Geschäftsstelle "Pro Familia"/Verein "Familie in Not", Familienzentren	1,3	1,3	1,6	1,9
Frauenförderung, Landesfrauenrat	1,9	1,9	1,8	1,9
Adoptionen mit Auslandsberührung (Einzelfälle)	2006	2007	2008	2009
Fremdadoptionen	7	7	8	12
Stiefkind- /Verwandtenadoptionen	18	13	18	14
gesamt	25	20	26	26

Referat Landesjugendamt - Kindertageseinrichtungen



Referatsleiterin Dr. Gudrun-Carola von Hoven
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1657
E-Mail: gudrun.vonhoven@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Kindertageseinrichtungen nimmt im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

Aufsicht, Fachberatung, Fortbildung für Kindertageseinrichtungen

- Durchführung örtlicher Prüfungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und dem Kinderförderungsgesetz zur Gewährleistung des Kindeswohls
- Erteilung, Änderung, Versagung, Entzug von Betriebserlaubnissen
- Erteilung nachträglicher Auflagen zur Betriebsführung
- Beratung der Träger, der Leitungsfachkräfte, der pädagogischen Teams zu Fragen der Betriebsführung, der pädagogischen Konzeption und der pädagogischen Arbeit mit Kindern
- Beratung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte

Landeszuweisungen, Landeszuwendungen

Modellprojekte in Kindertageseinrichtungen

Projekthinhalte:

- Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu „Kompetenzzentren frühkindlicher Bildung“
- Weiterentwicklung eines interaktiven Kommunikationszentrums für die fachliche Unterstützung der Kindertageseinrichtungen bei der Umsetzung des Bildungsprogrammes
- Förderung sprachlicher Kompetenzen im Kindergarten

Zuweisungen aus EU-Förderprogrammen, vom Bund sowie vom Land

- Förderung von Projekten zur Qualifizierung des pädagogischen Betreuungspersonals in Kindertageseinrichtungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF)
- Förderung von baulichen Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus den europäischen Fonds EFRE und ELER, aus Landesmitteln sowie aus dem Bundesprogramm zum Krippenausbau

Landesprojekt „Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren“

Ausgewählte statistische Angaben

Kindertageseinrichtungen (Stand: 31.12.2008)	
Anzahl der Einrichtungen	1.934
Aufgenommene Kinder	126.288

	2006 in Mio. Euro	2007 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro	2008 in Mio. Euro
Landeszuweisungen zu den laufenden Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz	134,7	13- 6,0	13- 8,0	157,8
Landeszuwendungen zu den Investitionen in Kindertageseinrichtungen (ausgereichte Mittel)	3,5	4,7	3,5	0,071
Landeszuwendungen zu den Investitionen in anderen Einrichtungen im Bereich Jugend und Familie (ausgereichte Mittel)	1,9	1,0	0,3	1,51
Landeszuwendungen für Modellmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen (ausgereichte Mittel)	0,3	0,4	0,1	0,073
Landeszuwendungen für Kinder-Eltern-Zentren	-	0,2	0,2	0,147
Bundesprogramm Investitionen Krippenplätze				1,114
EU- und Landeszuwendungen (ELER) zu den Investitionen in Kindertageseinrichtungen				0,249
EU-Zuwendungen (EFRE IV) zur Infrastruktur, Energieeffizienz bei Kindertageseinrichtungen				0,807
EU- und Landeszuwendungen (ESF IV) zur Qualifizierung des Betreuungspersonals				0,157

Referat Gesundheit



Referatsleiterin Dr. Liane Schmidt

Maxim-Gorki-Straße 7

06114 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-3026

E-Mail: liane.schmidt@lvwa.sachsen-anhalt.de

Das Referat Gesundheit integriert die Aufgabengebiete des Leitenden Arztes der Versorgungsverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt, der Ärztlichen Gutachterdienste des Landesversorgungsamtes im Landesverwaltungsamt sowie des Versorgungsamtes Schwerbehindertenrecht und Soziales Entschädigungsrecht. Mit der Fachaufsicht über die unteren Gesundheitsbehörden und der Bearbeitung von Widersprüchen gegen Amtshandlungen und Bescheide der unteren Gesundheitsbehörden werden Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wahrgenommen. Darüber hinaus ist das Referat für die Wahrnehmung des Prüfungsausschussvorsitzes für Gesundheitsfachberufe zuständig, nimmt Aufgaben nach dem Krankenhausgesetz LSA im Zusammenhang mit der Vorsorge von Großschadensereignissen wahr und steht für die Erledigung ärztlicher Querschnittsaufgaben im Landesverwaltungsamt zur Verfügung.

Die versorgungs- und sozialmedizinische Begutachtung erfolgt:

- nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER), hierzu gehören das Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit Anhangs- und Sondergesetzen (Kriegsopferversorgung mit Heil- und Krankenbehandlung und Orthopädischer Versorgungsstelle; Opferentschädigungsgesetz; Häftlingshilfegesetz; Infektionsschutzgesetz; Anti-D-Hilfegesetz; Soldatenversorgungsgesetz; Zivildienstgesetz; Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)
- nach dem SGB IX, Teil 2 (Schwerbehindertenrecht)
- nach dem Landesblinden- und Gehörlosengeldgesetz (LBliGG)
- in Angelegenheiten der Kriegsopferfürsorge (KOF-Hauptfürsorgestelle) und in den Kündigungsschutzverfahren (SGB IX) im Auftrag des Integrationsamtes

Der Leitende Arzt der Landesversorgungsverwaltung ist Mitglied des Ärztlichen Sachverständigenbeirates der Sektion "Versorgungsmedizin" beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales, einem Gremium, welches das Bundesministerium bei der medizinisch-wissenschaftlichen Überarbeitung der für die versorgungsmedizinische Begutachtung in allen Bundesländern geltenden "Anhaltspunkte für die Ärztliche Gutachtertätigkeit im Sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht" berät. Er ist im Rahmen seiner Aufgaben für die einheitliche Umsetzung der "Anhaltspunkte" als Instrument eines zentralen Qualitätsmanagements zuständig und gewährleistet die fachliche Anleitung und Kontrolle aller im Bundesland tätigen internen und extern gebundenen versorgungsmedizinischen Gutachter. Für externe Begutachtungen nach dem Schwerbehindertenrecht besteht seit dem Jahr 2006 die Möglichkeit eines elektronischen Imports gutachtlicher Stellungnahmen.

Der Leitende Arzt der Landesversorgungsverwaltung verfügt über die Weiterbildungsbefugnis "Sozialmedizin", so dass im Landesverwaltungsamt als anerkannte Weiterbildungsstätte für Sozialmedizin alle Ärztinnen und Ärzte ihre Weiterbildung beginnen bzw. erfolgreich abschließen konnten.

Im Aufgabenbereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wurde im Rahmen von Fachbesuchen über die nach der Kreisgebietsreform im Jahr 2007 in den unteren Gesundheitsbehörden geschaffene Arbeitsorganisation und Aufgabenerledigung berichtet.

Ausgewählte statistische Angaben

Gutachtenerledigung 2006 bis 2009

- Ausschnitt versorgungsmedizinische Schwerpunktaufgaben

Auftragsein- und ausgänge 2006 (alle Leistungsgesetze betreffend)	Eingänge	Ausgänge
im Auftrag des Versorgungsamtes SchwbR und SER	55.266	54.855
im Auftrag des Landesversorgungsamtes	3.159	3.154
insgesamt	58.425	58.009

Auftragsein- und ausgänge 2007 (alle Leistungsgesetze betreffend)	Eingänge	Ausgänge
im Auftrag des Versorgungsamtes SchwbR und SER	55.415	55.725
im Auftrag des Landesversorgungsamtes	2.142	2.101
insgesamt	57.557	57.826

Auftragsein- und ausgänge 2008 (alle Leistungsgesetze betreffend)	Eingänge	Ausgänge
im Auftrag des Versorgungsamtes SchwbR und SER	58.057	57.871
im Auftrag des Landesversorgungsamtes	2.114	2.134
insgesamt	60.171	60.005

Auftragsein- und ausgänge 2009 (alle Leistungsgesetze betreffend)	Eingänge	Ausgänge
im Auftrag des Versorgungsamtes SchwbR und SER	57.902	55.778
im Auftrag des Landesversorgungsamtes	2.073	2.081*
insgesamt	59.975	57.859

* höhere Aktenausgänge resultieren jeweils aus Überhängen der vergangenen Jahre

Referat Arzneimittel- und Apothekenwesen



Referatsleiter/-in NN

Referentin Dr. Bärbel zur Horst-Meyer m.d.W.d.G.b.

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-1293

E-Mail: baerbel.zurhorst-meyer@lwa.sachsen-anhalt.de

Dem Referat Arzneimittel- und Apothekenwesen obliegt die Durchführung des Arzneimittelgesetzes (AMG), des Apothekengesetzes (ApoG), des Transfusionsgesetzes (TFG), des Gewebegesetzes, des Heilmittelwerbegesetzes (HWG) sowie des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG). Dies beinhaltet neben Besichtigungen/Inspektionen der betroffenen Betriebe und Einrichtungen (z.B. Arzneimittelherstellere Betriebe und Vertriebsunternehmen, Arzneimittelgroßhandelsbetriebe, Krankenhaus- und Krankenhausversorgende Apotheken, Apotheken mit Großhandels-Erlaubnis) vornehmlich die Erteilung von Erlaubnissen und Zertifikaten, die Überprüfung klinischer Prüfungen von Arzneimitteln am Menschen, die Entnahme von Arzneimittelproben zur amtlichen Untersuchung sowie die Kontrolle der Verschreibung von Betäubungsmitteln bei Ärzten, Zahnärzten und in Krankenhäusern. Darüber hinaus leisten die Mitarbeiter des Referats Amtshilfe u.a. für die Kriminalpolizei, die Zollfahndung sowie die Zollämter (hier: Abgrenzung von Arzneimitteln zu anderen Produkten) und stellen Bescheinigungen nach dem Schengener Durchführungsabkommen zum Mitführen von Betäubungsmitteln im Rahmen einer ärztlichen Behandlung ins Ausland aus.

Ausgewählte statistische Angaben

Übersicht über die überwachungspflichtigen Betriebe und Einrichtungen (Stand: 31.12.2009)	
Gesamtzahl der Betriebe mit Herstellungserlaubnis nach § 13 AMG und/oder Einfuhrerlaubnis nach § 72 AMG	38
darunter Tierarzneimittel-/Tierimpfstoffhersteller	8
Betriebe mit Erlaubnis nach § 20b und/oder § 20c AMG	34
Entnahmekliniken von Nabelschnurblut nach § 14 Abs. 4 AMG	21
Pharmazeutische Vertriebsunternehmer (ohne Erlaubnis nach § 13/§ 72 AMG)	3
Betriebe mit Großhandelserlaubnis nach § 52a AMG	92
Auftragsprüflaboratorien nach § 14 Abs. 4 AMG	18
Wirkstoffhersteller/-händler	16

Apotheken gesamt	616
davon Hauptapotheken	506
Zweigapotheken	4
Filialapotheken	106
darunter Apotheken mit Versandhändlerlaubnis	75
darunter in Zuständigkeit des Landesverwaltungsamtes	31
Krankenhausapotheken	17
an klinischen Prüfungen beteiligte Prüfarzte und Auftragsforschungsinstitute	739
Betäubungsmittel verschreibende Ärzte	1.812

Überwachungstätigkeit	2007	2008	2009
Inspektionen von			
- Betrieben mit Herstellungserlaubnis/ Einfuhrerlaubnis	42	42	51
im Ausland	1	4	0
- Gewebe-Entnahmeeinrichtungen	-	-	12
- Entnahmekliniken von Nabelschnurblut	-	-	17
- pharmazeutischen Vertriebsunternehmen	0	0	2
- Betrieben mit Großhandelserlaubnis	15	17	30
- Auftragsprüflaboratorien	9	3	8
- überwachungspflichtigen Wirkstoffherstellern	3	3	4
- Apotheken	30	26	31
- Krankenhausapotheken	9	8	8
- klinischen Prüfungen bei beteiligten Prüfarzten und Instituten	11	5	3

- Prüfeinrichtungen bzgl. Einhaltung GLP (Gute Laborpraxis)	5	1	1

Kontrollen der Verschreibung von Betäubungsmitteln bei Ärzten, Zahn- ärzten, in Krankenhäusern	200	133	121

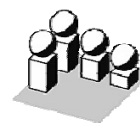
Vorgänge zu Einstufungs- und Abgrenzungsfragen, Zollanfragen	110	91	63

Amtliche Probenahme § 65 AMG			
- Anzahl Betriebe	20	16	38
- entnommene Proben	147	170	216

Maßnahmen § 69 AMG			
- bei Beanstandungen von Arzneimitteln, hergestellt in Sachsen-Anhalt	23	16	39
- Weiterleitung von Beanstandungen von Arzneimitteln, hergestellt in anderen Ländern an die zuständige Behörde	79	102	50
- Straftatbestände	1	4	1

	2006	2007	2008	2009
Erteilung/ Änderung Erlaubnisse von				
Apothekenbetriebserlaubnis	55	37	40	30
Verwaltungsgenehmigung	2	0	0	0
Versandhandel	12	13	9	10
Erlaubnisse nach §20b und/oder §20c AMG	-	-	-	1
Herstellungserlaubnis § 13 AMG	85	81	87	99
Einfuhrerlaubnis § 72 AMG	40	48	42	42
Großhandel § 52a AMG	5	9	8	8
Ausstellung/ Änderung und Bescheinigungen von				
Einfuhr von Arzneimitteln § 72a AMG	23	27	42	28
Ausfuhr von Arzneimitteln §73a AMG	56	68	99	129
Zollamtliche Bescheinigungen § 73 VI AMG	68	129	189	105
Bescheinigungen zur Mitnahme von Betäubungsmitteln bei Reisen nach dem Schengener Durchführungsabkommen		129	133	213
GMP (Gute Herstellungspraxis)	23	31	17	39
Bescheide				
ohne Bußgeld	2.061	2.182	1.942	2319
mit Bußgeld	9	12	4	3
Teilnahme				
an Beratungen	113	114	98	74
an Fortbildungen	36	37	45	43
an Prüfungen	10	8	10	8
Amtshilfe	2	2	3	2

Referat Heimaufsicht, Rettungsdienst, Gesundheitswesen



Referatsleiterin Marion Roscher

Maxim-Gorki-Straße 7

06114 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-3051

E-Mail: marion.roscher@lvwa.sachsen-anhalt.de

Zu den wesentlichen Aufgaben des Referates gehören:

- die Überwachung und Beratung von Einrichtungen der Altenpflege und Behindertenbetreuung
- die Überwachung und Beratung von Krankenhäusern, in denen die Unterbringung psychisch Kranker erfolgt,
- die Geschäftsstelle des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung des Landes Sachsen-Anhalt,
- die Förderung im Zuwendungsverfahren von Projekten im Gesundheitsbereich und die Prüfung der Erreichung des Zuwendungszweckes incl. des ordnungsgemäßen und sparsamen/ wirtschaftlichen Einsatzes der ausgereichten Haushaltsmittel,
- im Bereich Rettungswesen die Rechtsaufsicht über die Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes,
- Das Ausreichen finanzieller Mittel an Krankenhäuser
- die Entschädigungszahlung nach § 56 Infektionsschutzgesetz - IfSG

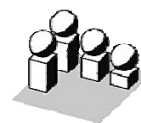
Ausgewählte statistische Angaben

	2006	2007	2008	2009
Anzahl der Heime gesamt	608	630	651	714
Altenheime, Altenwohnheime,	3	4	4	3
Altenpflegeheime	351	370	377	409
Kurzzeitpflegeheime	35	35	27	30
Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen	47	46	50	61
Hospize	3	4	4	4
Heime für Menschen mit Behinderungen	165	168	183	204
Übergangswohnheime	7	7	6	3

	2006	2007	2008	2009
Durchgeführte Überwachungen in Einrichtungen	859	886	860	936
Durchgeführte Beratungen nach §4 HeimG	1.702	1.831	1.492	1.359
Getroffene Anordnungen	4	2	3	1
Untersagung des Heimbetriebes	0	1	0	0

Fördermaßnahmen (ausgereichte Mittel) in Mio. Euro	2006	2007	2008	2009
(Rettungsdienst*, Dispensaire, Gesundheitsvor-, -für- und -nachsorge, Landesvereinigung für gesundheitliche Aufklärung, Drogen- und Suchtberatung, AIDS-Prävention, Betreuungsvereine, LAG „Aktiv im Vorruhestand“, Landesseniorenvertretung, Finanzhilfen i. V. mit Lotto-Toto-Gesetz)	8,3	7,5	6,7	7,4
* 2008 keine Weiterförderung durch das Land				

Referat Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe



Referatsleiterin Isa Weiß
 Ernst-Kamieth-Straße 2
 06112 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-1700
 E-Mail: isa.weiss@lvwa.sachsen-anhalt.de

Die wichtigsten Aufgaben des Referates sind:

- Durchführung von Staatsprüfungen in der Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Psychotherapie und Lebensmittelchemie;
- Durchführung von staatlichen Prüfungen für Fachberufe im Gesundheitswesen;
- Aufsicht über staatlich anerkannte Schulen und Ausbildungsstätten;
- Erteilung von Ausbildungsermächtigungen;
- Erteilung von Approbationen und Berufserlaubnissen für akademische Berufe im Gesundheitswesen;
- Rücknahme, Widerruf und Ruhensanordnung von Approbationen;
- Erteilung von Erlaubnissen zur Führung der Berufsbezeichnung für Fachberufe im Gesundheitswesen;
- Heilpraktikerangelegenheiten.

Ausgewählte statistische Angaben

Akademische Berufe	2006	2007	2008	2009
Ärzte				
Approbationen	329	322	494	464
Berufserlaubnisse	246	188	174	156
Zahnärzte				
Approbationen	35	33	28	34
Berufserlaubnisse	12	14	8	13
Apotheker				
Approbationen	96	99	100	71
Berufserlaubnisse	2	7	0	5
Psychologische Psychotherapeuten				
Approbationen	1	9	6	4
Berufserlaubnisse	0	0	0	0

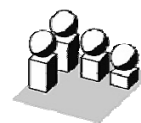
	2006	2007	2008	2009
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten				
Approbationen	1	6	3	4
Berufserlaubnisse	0	0	0	0
Lebensmittelchemiker				
Berufserlaubnisse	2	6	8	9

Prüfungszulassungen für akademische Berufe gesamt:	1.335	1.440	1.531	1.579
---	--------------	--------------	--------------	--------------

Gesundheitsfachberufe	2006	2007	2008	2009
Erlaubnisse gesamt:	2.456	2.544	2.381	2.338
Gesundheits- und Krankenpfleger	528	473	426	456
Krankenpflegehelfer	79	86	84	75
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger	52	39	43	42
Hebammen/Entbindungspfleger	17	17	14	19
Rettungsassistent	98	122	78	77
Pharmazeutisch-technischer Assistent	121	98	152	148
MTA	135	128	126	141
Physiotherapeut	408	495	462	403
Ergotherapeut	284	268	288	255
Logopäde	36	76	30	43
Masseur und medizinischer Bademeister	93	89	108	98
Diätassistent	34	38	41	33
Podologe	78	25	27	41
Altenpfleger	493	590	502	507

Prüfungszulassungen für Gesundheitsfachberufe gesamt:	1.107	1.108	1.043	1.054
--	--------------	--------------	--------------	--------------

Referat Integrationsamt

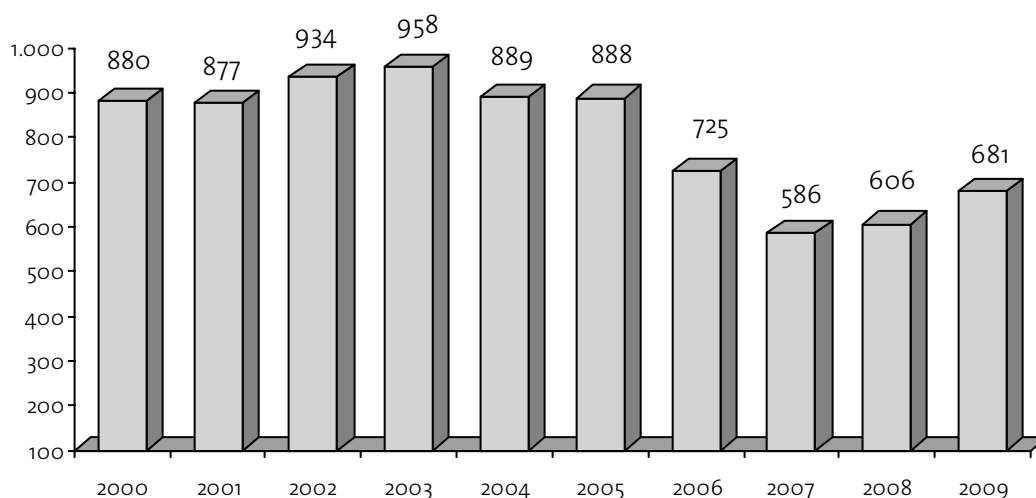


Referatsleiter Lutz Baumeister
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 514-1672
E-Mail: lutz.baumeister@lwa.sachsen-anhalt.de

Im Schwerbehindertenrecht – Sozialgesetzbuch IX Teil 2 „Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen“ sind die Aufgaben der Integrationsämter wie folgt festgelegt: Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe, Begleitende Hilfe für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben, Kündigungsschutz sowie Schulungs- und Bildungsmaßnahmen. Der besondere Kündigungsschutz (§§ 85-92 SGB IX) für schwerbehinderte Menschen beinhaltet, dass eine Kündigung seitens des Arbeitgebers erst ausgesprochen werden kann, wenn das zuständige Integrationsamt zugestimmt hat. Durch diese Verfahrensweise können zunächst alle Möglichkeiten, das gefährdete Beschäftigungsverhältnis doch noch zu erhalten, genau geprüft und ausgeschöpft werden. Dabei steht eine möglichst gütliche Lösung für alle Beteiligten immer im Zentrum der Bemühungen.

Ausgewählte statistische Angaben

Entwicklung der Antragseingänge zum Kündigungsschutz 2000 bis 2009*



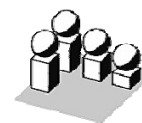
* vorläufiges Ergebnis für 2009

Abgeschlossene Kündigungsverfahren	2006	2007	2008	2009*
Ordentliche Kündigung	587	527	497	576
Außerordentliche Kündigung	77	70	65	65
Änderungskündigung	35	26	12	15
Beendigung des Arbeitsverhältnisses	6	11	5	13
Gesamt:	705	634	579	669

Kündigungsgründe in abgeschlossenen Verfahren	2006	2007	2008	2009*
Betriebliche Gründe	410	324	291	391
Personenbedingte Gründe	167	180	158	151
Verhaltensbedingte Gründe	128	30	130	127
Gesamt:	705	634	579	669

* vorläufiges Ergebnis für 2009

Referat Landesversorgungsamt



Referatsleiter Detlef Manz
 Maxim-Gorki-Straße 7
 06114 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-3069
 E-Mail: detlef.manz@lwa.sachsen-anhalt.de

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Referates umfasst Grundsatzangelegenheiten nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER) und dem Feststellungsverfahren nach dem SGB IX (Schwerbehindertenrecht) und die damit verbundenen Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelverfahren. Außerdem wird seit Inkrafttreten des § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungs-gesetz (StrRehaG) über die Gewährung einer besonderen Zuwendung für Haftopfer (Opfer-pension) zum 29.08.2007 die landes-einheitliche Durchführung und Anwendung dieser der Versorgungsverwaltung obliegenden Aufgabe gewährleistet und die in diesem Zusammen-hang anhängigen Rechtsmittelverfahren bearbeitet.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Übertragung der im Referat Bundeselterngeld wahrgenommenen Aufgabe des Vollzugs des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) im Rahmen der Umsetzung des 2. Funktionalreformgesetzes auf die unteren Verwaltungsbehörden (Landkreise und kreisfreie Städte) zum 01.01.2010 federführend zu begleiten.

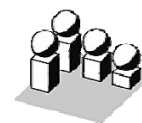
Ausgewählte statistische Angaben

Klagen SER	2008	2009
Bestand 01.01.	189	156
Neueingänge	55	63
Erledigungen	88	35
Klage stattgegeben	4	1
teilweise stattgegeben	0	1
Anerkenntnis/Vergleich	16	8
Klage zurückgewiesen	6	16
Klage zurückgenommen	44	8
Sonstige Erledigung	18	1
Bestand 31.12.	156	184

Klagen SGB IX	2007	2008	2009
Bestand 01.01.	1.059	1.114	1.277
Neueingänge	811	1.019	1.043
Erledigungen	756	856	880
Klage stattgegeben	40	49	36
teilweise stattgegeben	47	33	4
Anerkenntnis/Vergleich	193	306	321
Klage zurückgewiesen	223	197	177
Rücknahme	229	250	316
Sonstige Erledigung	24	21	26
Bestand 31.12.	1.114	1.277	1.440

2009 (2008)	Anträge auf gerichtliche Entscheidung § 17a StrRehaG	Beschwerdeverfahren § 17a StrRehaG
Bestand 01.01.		
Neueingänge	31 (149)	21 (33)
Erledigungen	38 (122)	17 (29)
Noch anhängig	20 (27)	8 (4)

Referat Versorgungsamt - Hauptfürsorgestelle, Soziales Entschädigungsrecht



Referatsleiterin Sabine Maiwald
 Maxim-Gorki-Straße 7
 06114 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-3100
 E-Mail: sabine.maiwald@lwa.sachsen-anhalt.de

Im Referat werden hauptsächlich folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Rentenleistungen,
- Heil- und Krankenbehandlung,
- orthopädische Versorgung und andere Leistungen

für Kriegsoffer, Opfer von Gewalttaten, Wehr- und Zivildienstbeschädigte, Impfgeschädigte, Personen, die nach dem 08.05.1945 in der Sowjetischen Besatzungszone, im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin oder in den in § 1 Abs. 2 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) genannten Gebieten aus politischen Gründen inhaftiert wurden und dadurch gesundheitlich beeinträchtigt worden sind, Personen, die in der DDR aufgrund eines Unrechtsurteils inhaftiert waren und dadurch Gesundheitsschäden erlitten haben, die noch heute fortauern, Personen, die durch eine Anti-D-Immunprophylaxe in der DDR mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden.

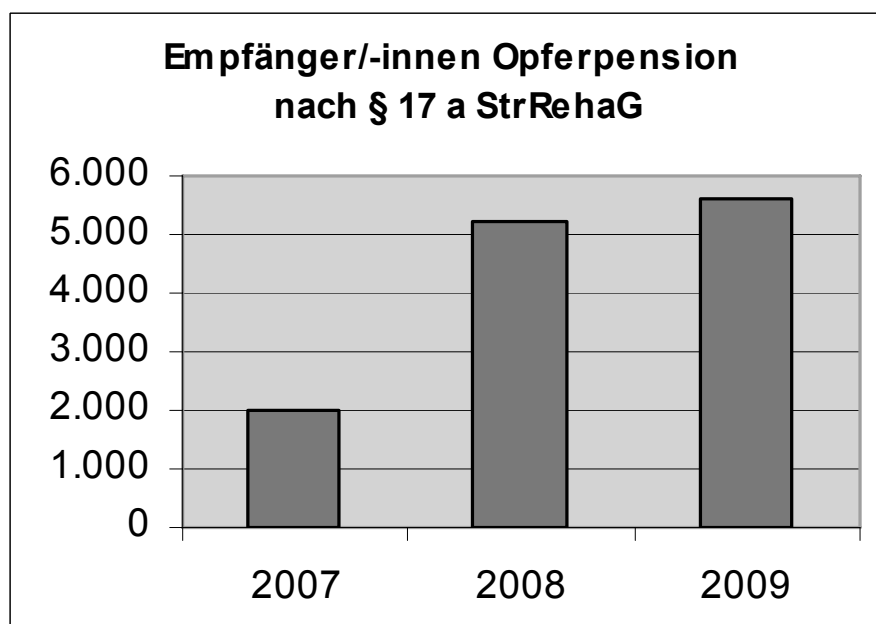
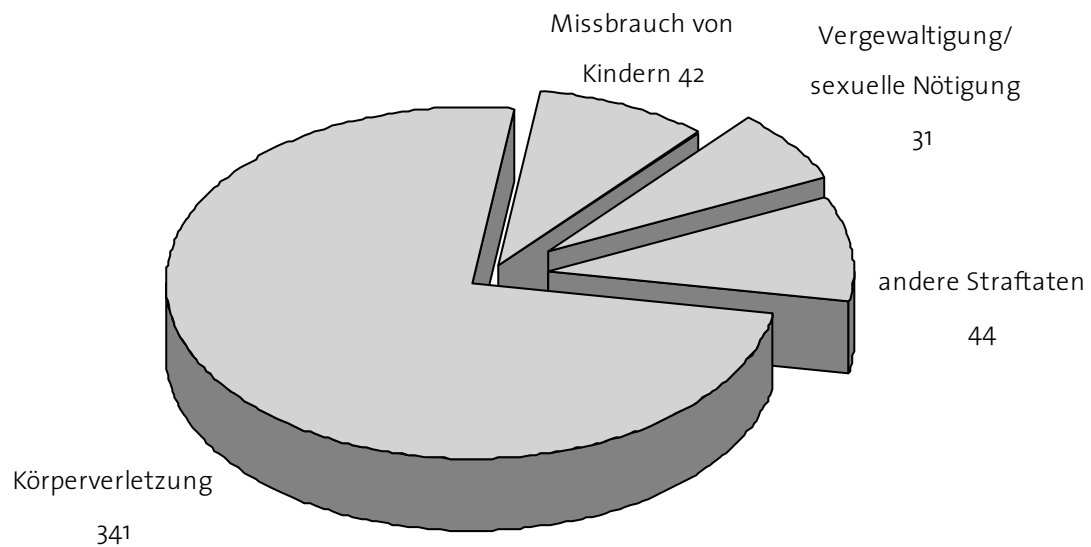
Außerdem werden vom Referat auch Soziale Ausgleichsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gewährt, wie z.B. die Kapitalentschädigung für jeden in der DDR zu Unrecht verbrachten Haftmonat nach §17 oder die im Jahr 2007 neu eingeführte „Opferpension“ gemäß § 17a StrRehaG.

Darüber hinaus nimmt das Referat die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle wahr und gewährt Leistungen der Kriegsofferfürsorge für alle Berechtigten nach dem BVG und den Gesetzen, die dieses für anwendbar erklären.

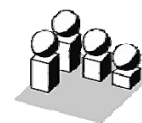
Ausgewählte statistische Angaben

Versorgungsfälle	2006	2007	2008	2009
Rentenempfänger/-innen nach Bundesversorgungsgesetz	13.443	11.793	10.361	8.965
Rentenempfänger nach Anhanggesetzen	637	633	644	660
Zahlfälle nach dem Anti-D-Hilfegesetz	110	111	111	110
Leistungsempfänger/-innen der Kriegsofferfürsorge	2.891	2.396	1.903	1.567
davon einmalige Leistungen	1.888	1.514	1.124	859
laufende Leistungen	1.003	882	779	708
Zahlfälle Opferpension	-	2.007	5.207	5.626

Aufgliederung der Anträge 2009 nach Straftaten



Referat Versorgungsamt - Schwerbehindertenrecht



Referatsleiterin Sabine Maiwald m.d.W.d.G.b
 Maxim-Gorki-Straße 7
 06114 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-3100
 E-Mail: sabine.maiwald@lwa.sachsen-anhalt.de

Der Aufgabenschwerpunkt des Referates liegt in der Bearbeitung der Angelegenheiten des Schwerbehindertenrechts (§ 69 SGB IX) sowie des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt (LBliGG).

Menschen gelten als behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.

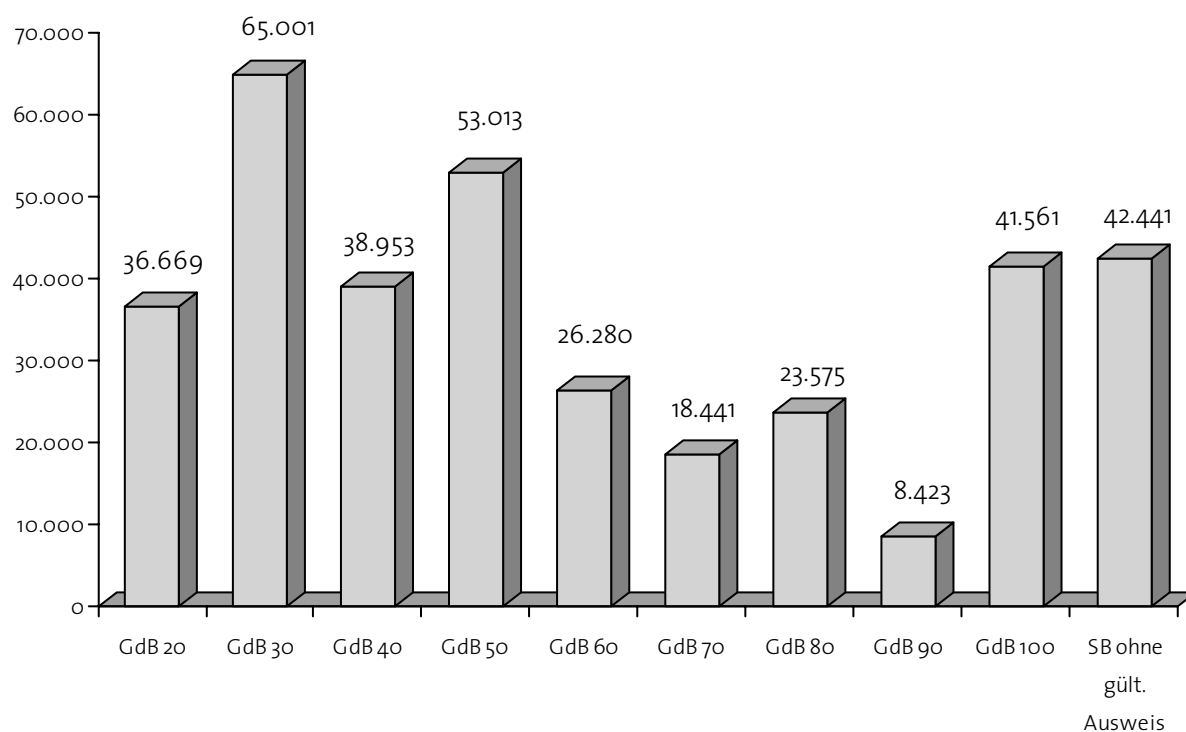
Die Versorgungsverwaltung stellt auf Antrag das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der Behinderung (GdB) fest. Die Auswirkungen der Funktionsbeeinträchtigung auf die Teilhabe am Leben werden als GdB, nach Zehnergraden abgestuft, von 20 bis 100 bewertet. Ab einem GdB von wenigstens 50 liegt eine Schwerbehinderung vor und es erfolgt die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises. Des Weiteren wird auf Antrag die Vergabe von Nachteilsausgleichen, sogenannten Merkzeichen (MZ) festgestellt. Die Eintragung der MZ im Ausweis berechtigt zur Inanspruchnahme bestimmter Rechte (z.B. Steuer-, Parkerleichterungen, Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr).

Nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt wird blinden, hochgradig sehbehinderten und gehörlosen Personen Blinden- bzw. Gehörlosengeld gewährt. Das monatliche Blindengeld für Erwachsene beträgt 350 Euro und für Minderjährige 250 Euro. Hochgradig sehbehinderten und gehörlosen Personen wird ein Blinden- bzw. Gehörlosengeld in Höhe von 41 Euro monatlich gewährt.

Ausgewählte statistische Angaben

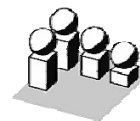
Menschen mit Behinderungen (§ 69 SGB IX)	2006	2007	2008	2009
Behinderte (GdB 20 - 40)	126.329	128.333	134.546	140.623
Schwerbehinderte (GdB 50 - 100)	215.030	205.308	207.370	213.734
- mit gültigem Ausweis	175.047	171.654	170.414	171.293
- ohne gültigen Ausweis	39.983	33.654	36.956	42.441
Behinderte gesamt	341.359	333.641	334.916	354.357

Menschen mit Behinderungen nach Grad der Behinderung



Blinden- und Gehörlosengeldempfänger/-innen	2006	2007	2008	2009
Blindengeldempfänger	6.577	6.442	6.214	5.990
– ungekürztes Blindengeld	2.349	2.287	2.156	2.045
– gekürztes Blindengeld	2.151	2.043	1.964	1.896
– hochgradige Sehbehinderung	2.077	2.112	2.094	2.049
Gehörlosengeldempfänger/-innen	1.508	1.486	1.466	1.447

Referat Bundeselterngeld (aufgelöst zum 31.12.2009)



Referatsleiter Detlef Manz (m.d.W.d.G.b.)
 Maxim-Gorki-Straße 7
 06114 Halle (Saale)
 Tel.: (0345) 514-3069
 E-Mail: detlef.manz@lwa.sachsen-anhalt.de

Die Aufgabe des Referates Bundeselterngeld liegt in der Durchführung des zum 01.01.2007 in Kraft getretenen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG).

Das Gesetz ermöglicht Müttern und Vätern für maximal 14 Monate (12 Monate + 2 Partnermonate) Elterngeld als Entgeltersatzleistung zu beziehen. Elterngeld wird in Höhe von 67 % des in den letzten 12 Monaten vor der Geburt des Kindes erzielten durchschnittlichen Nettoeinkommens, mindestens jedoch in Höhe von 300 € und höchstens von 1800 €, monatlich gezahlt. Nach bisherigen Erfahrungen bezieht etwa ein Drittel der Anspruchsberechtigten den Mindestbetrag von 300 € monatlich, etwa ein Viertel der Anspruchsberechtigten bezieht Elterngeld zwischen 500 und 750 € monatlich, nur etwa 5 % der Anspruchsberechtigten erhält monatlich 1250 € und mehr.

Eine weitere Aufgabe des Referates ist der Vollzug der Bußgeldvorschriften nach dem SGB XI und dem BEEG in Verbindung mit dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG).

Nach dem 2. Funktionalreformgesetz obliegt der Vollzug des BEEG als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises ab 01.01.2010 den kommunalen Gebietskörperschaften. Das Referat Bundeselterngeld wurde zum 31.12.2009 aufgelöst; das mit der Bearbeitung der Elterngeldangelegenheiten befasste Personal auf dem Wege eines gesetzlichen Übergangs auf die unteren Verwaltungsbehörden (Landkreise/kreisfreie Städte) übergeleitet. Den unteren Verwaltungsbehörden wurden ca. 20.000 Vorgänge übergeben.

Ausgewählte statistische Angaben

Elterngeldempfänger-/innen, deren Leistungsbezug im Jahr 2008 endete	19.175
Anspruchshöhe im 1. Monat	
300 Euro	6.816
301-499 Euro	3.375
500-749 Euro	4.421
750-999 Euro	2.366
1.000-1.249 Euro	1.172
1.250 und mehr Euro	1.025

Erledigungen Bundeselterngeld	2008	2009
Eingegangene Anträge	20.321	19.685
Darunter von Vätern	3.281	3.548
Erledigte Anträge	20.617	19.852
Darunter Bewilligungen	20.302	19.587
Darunter Versagungen/Ablehnungen	255	203

Herausgeber:	Landesverwaltungsamt	
Redaktion:	Stabsstelle Kommunikation	
E-Mail:	pressestelle@lvwa.sachsen-anhalt.de	
Internet:	www.landesverwaltungsamt.sachsen-anhalt.de	
Postadresse:	Ernst-Kamieth-Straße 2	
	06112 Halle (Saale)	
	Tel: (0345) 514-1244	
	Fax: (0345) 514-1477	
Layout:	Landesverwaltungsamt	
	Stabsstelle Kommunikation	
Fotos:	Einband	LVwA, Stabsstelle Kommunikation
	Seite 2	LVwA, Stabsstelle Kommunikation
	Seite 3	Mitteldeutsche Zeitung vom 23.01.2010
	Seite 4/5	LVwA, Referat Planfeststellungsverfahren
	Seite 6/7	LVwA, Referat Wasser
	Seite 9	LVwA, Referat Denkmalchutz, UNESCO-Weltkulturerbe
	Seite 10/11	LVwA, Referat Berufsbildende Schulen
	Seite 12/13	LVwA, Referat Koordinierungsstelle EG-DLR
	Seite 14/15/16	LVwA, Referat Naturschutz, Landschaftspflege
	Seite 17	RWE Rheinland Westfalen Netz AG
	Seite 19	LVwA, Referat Raumordnung, Landesentwicklung
	Seite 21/22/23	LVwA, Stabsstelle Kommunikation
	Seite 24	Mitteldeutsche Zeitung
	Seite 25	Volksstimme vom 16.05.2009
	Seite 26/27	LVwA, Stabsstelle Kommunikation
	Seite 28	Volksstimme
	Seite 30	LVwA, Referat Städte- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Schulbauförderung
	Seite 32	LVwA, Referat Abfallwirtschaft, Bodenschutz
	Seite 35	LVwA, Referat Arzneimittel und Apothekenwesen
	Seite 59	LVwA, Referat Verbraucherschutz, Veterinärangelegenheiten
	Seite 110	LVwA, Referat Planfeststellungsverfahren

Eine Vervielfältigung auf fotochemischen oder mechanischen Wegen (Kopieren, Scannen, Abfotografieren, Nachdrucken) – auch auszugsweise – ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Diese Publikation darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben politischer Informationen oder Werbemittel. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Publikation nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.